



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

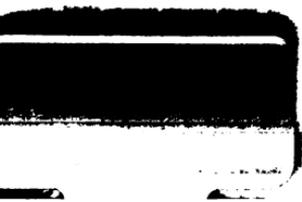
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

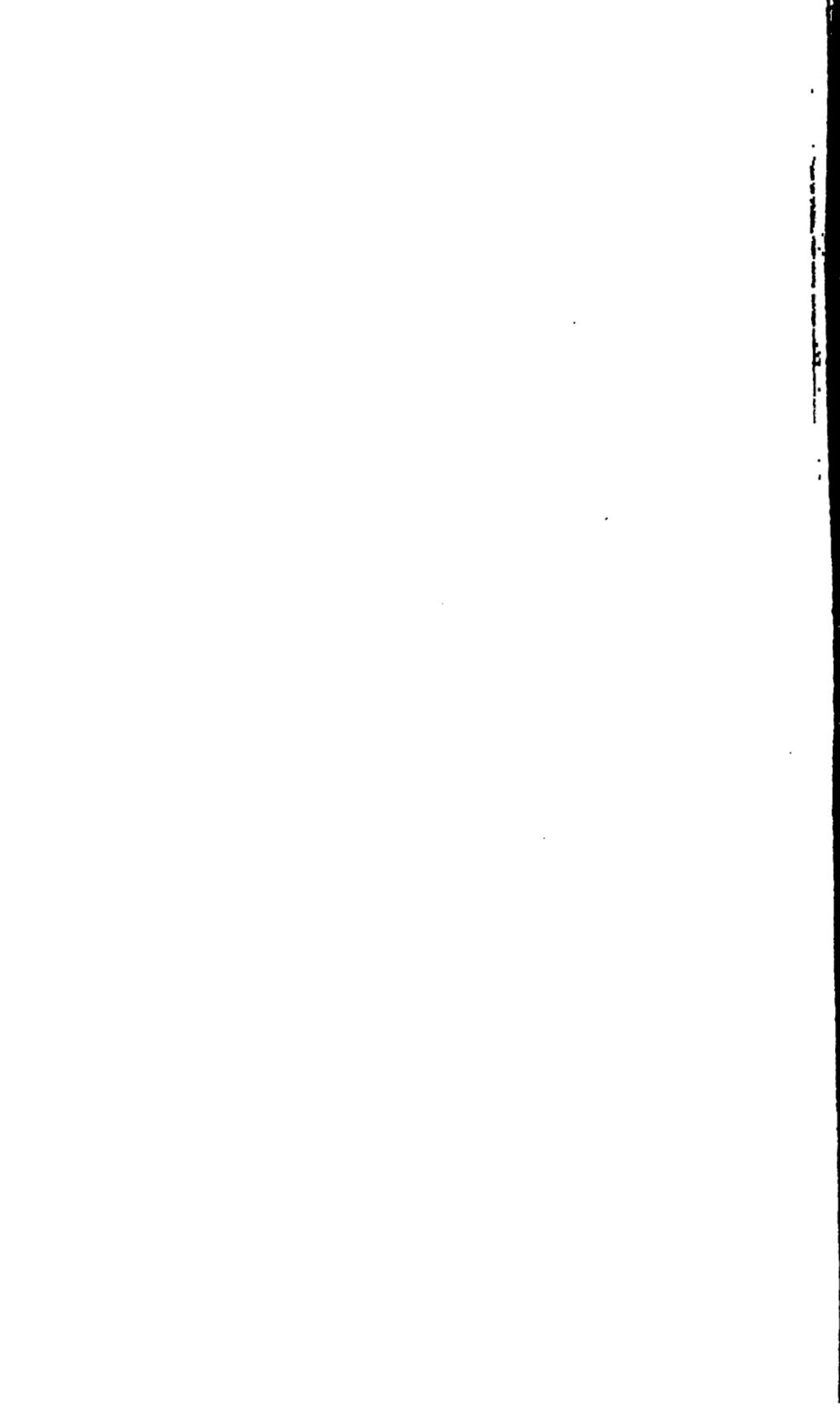
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.







POLITISCHE GRUNDER UND DIE
CORRUPTION IN DUETSCHLAND

Rudolph Hermann Meyer

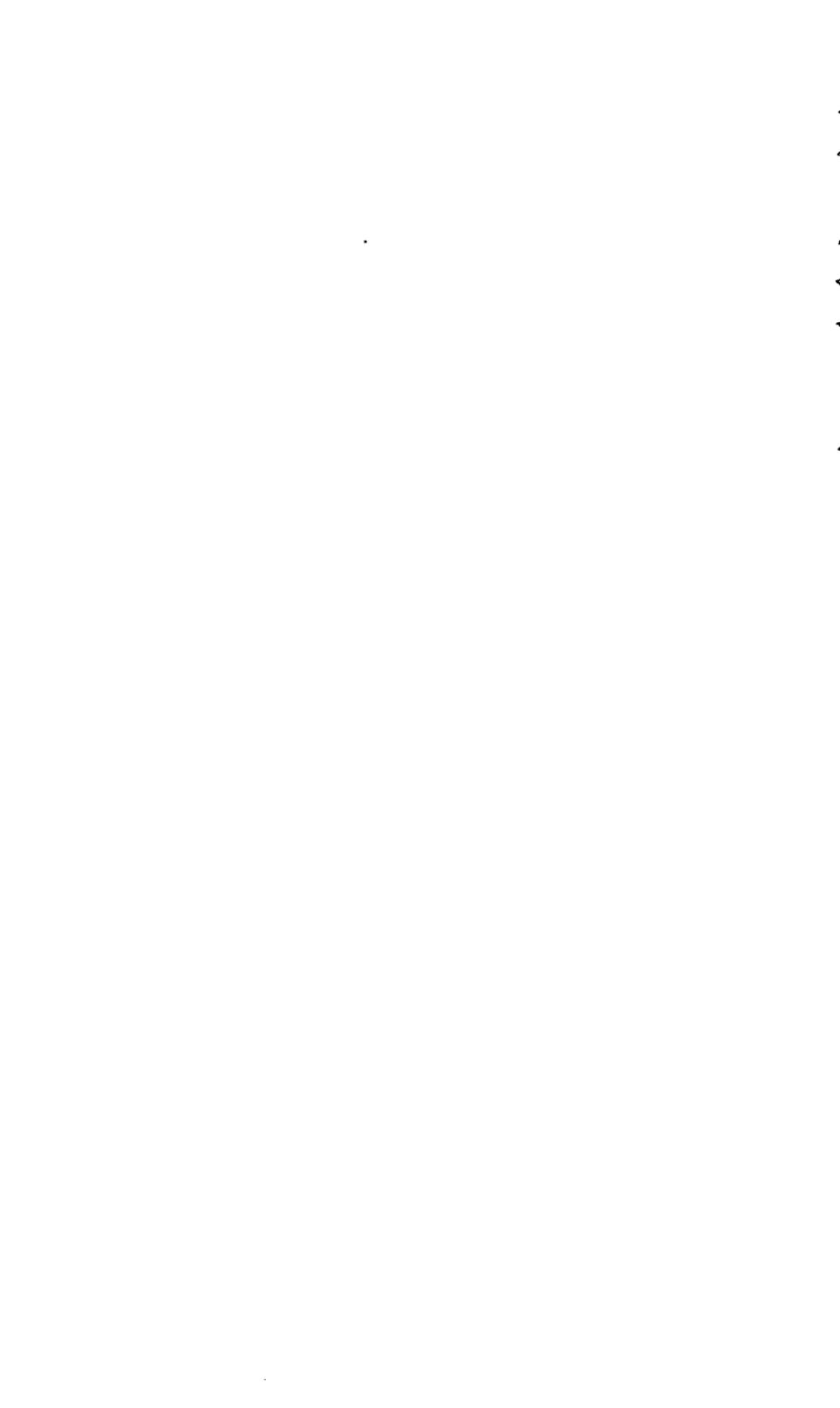
UNIVERSITY MICROFILMS, INC.

*A Subsidiary of Xerox Corporation
Ann Arbor*

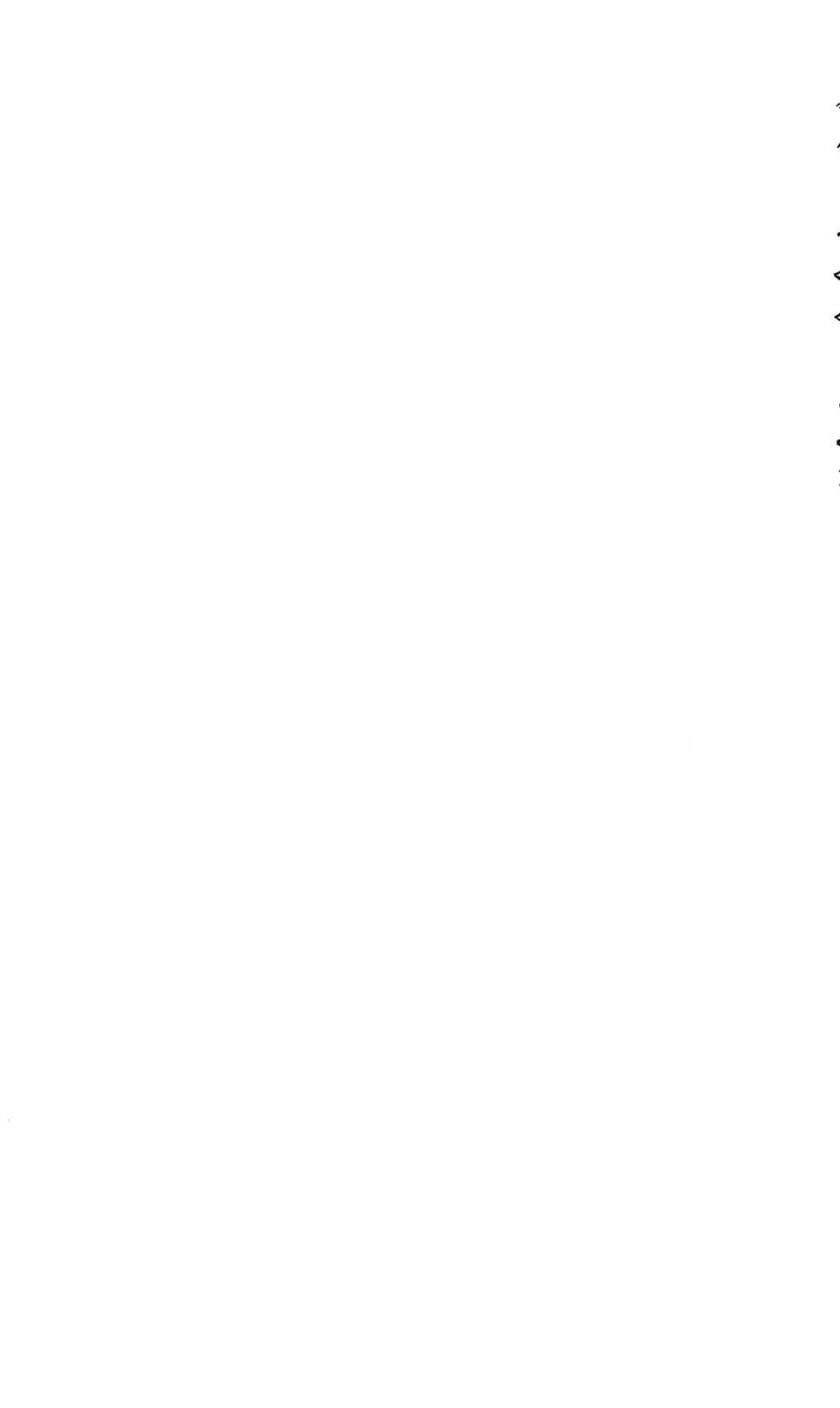
XEROX

67644

OP 27068



**This "O-P Book" is an Authorized Reprint of the
Original Edition, Produced by Microfilm-Xerography
by University Microfilms, Ann Arbor, Michigan, 1967**



Politische Gründer

und die

Corruption in Deutschland.

Von

Dr. Rudolph ^{Herwaldt} Meyer.



LEIPZIG,
Verlag von E. BIDDER.
1877.

LOAN STACK

HB 3789

M4

Inhalt.

	Seite
1. Buch. Pläne und Gründeranfänge:	
Das französische Vorbild	1
Die Etablierung der patriotischen Geldmächte	18
Die politischen Gründeragenten	27
An's Geschäft! Eisenbahnen	37
An's Geschäft! Hypothekenbanken	50
2. Buch: Gründerperiode:	
Krieg, Milliarden und Culturkampf	75
Der Leichenraub an Strousberg	88
Gründungswahnsinn	97
3. Buch: Liquidation:	
Vorboten des Krach	112
Krach und Staatshilfe	125
Die feindlichen Brüder	133
Die deutsche Eisenbahnzeitung	146
Blossstellung der Regierung	154
Der Schwindler Noth und letzte Hoffnung	172
Augenblickliche Situation und Aussicht	181
Nachrede (Wer aber ist Schuld?)	196

X 51
M 61

**Der Verfasser behält sich das Recht der Übersetzung vor. Größere Auszüge sind
nur mit Genehmigung der Verlagsabteilung gestattet.**

I. Buch.

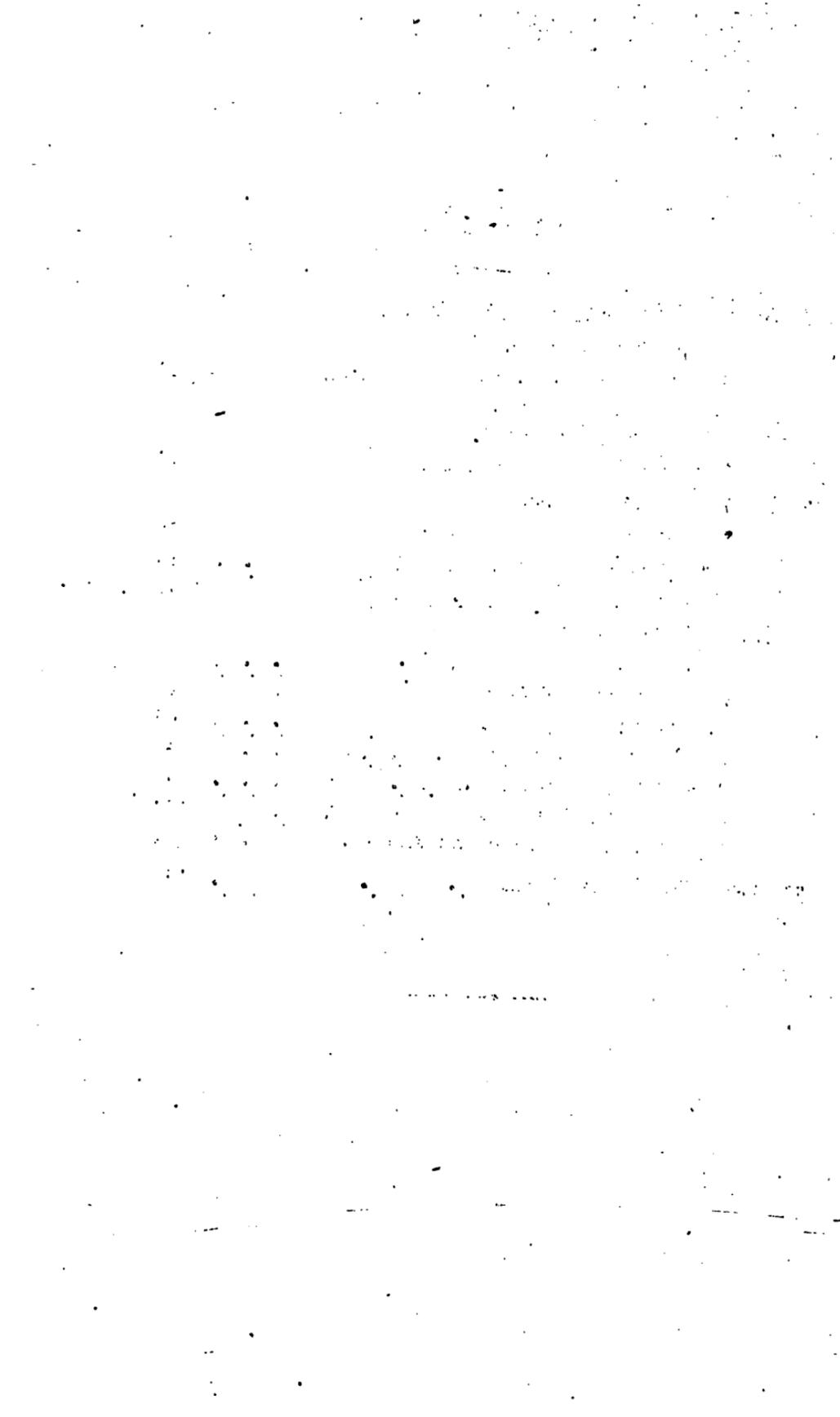
Pläne und Gründeranfänge.

Das französische Vorbild.

Die altpreussische Wirthschaftspolitik ist zutreffend mit dem Ausdruck einer «landesväterlichen» bezeichnet worden. Dank derselben ist es weisen Monarchen, die seit 240 Jahren fast ununterbrochen sich in der Regierung folgten, mit Hülfe von Ministern, die keine geniale Dilettanten in der Volkswirtschaft waren, gelungen, ein armes, kleines Volk zu unerhörten politischen Kraftäusserungen leistungsfähig zu machen. Diese Fürsten haben, was der grosse Nationalökonom und Journalist Friedrich List mit Recht als die Aufgabe des weisen Regenten bezeichnet, die productive Kraft der Nation erhöht und diese dadurch befähigt, höher veranlagte und durch die Natur ihrer Länder mehr begünstigte Nationen zu überflügeln und zu besiegen.

Die Handels-, Gewerbe- und Landbaupolitik dieser Monarchen trug einen gleichmässigen Charakter, welchen man als den der Bevormundung und Erziehung zu Tüchtigkeit und Sparsamkeit bezeichnen kann. Die königliche Bank, die Landschaften, die Canalbauten, die Porzellanmanufaktur, die Colonieen im Oderbruch bei Berlin — Alles trägt den Stempel dieser sorgsamten Politik des «Landesvaters», der seine Pflicht im Geben des guten Beispiels und in Gewährung der Hülfe, wo sie erforderlich ist, sieht und sucht.

In der Neuzeit, namentlich seit 1848, ist man von dieser Politik mehr und mehr abgegangen, seit 1867 hat man mit ihr definitiv und radikal gebrochen. Das Volk sei mündig



geworden und man dürfe es nur in den Genuss seiner vollen Freiheit setzen, hiess es, so werde es in bisher ungeahnter Weise seine Kräfte entfalten zu einem „ungeheuren Aufschwung“.

Wohl, wir haben diesen Aufschwung gehabt und stehen jetzt, nach nur neun Jahren, bereits am Ende einer beispiellos heillosen Wirtschaftsperiode, sehen den Bankrott des neuen Systems hereinbrechen, trotzdem die ganze Macht der Regierung aufgewendet wird, denselben abzuwenden.

Es zeigt sich aber gleichzeitig und ist nicht mehr zu vertuschen, dass die Wirtschaftspolitik der letzten neun Jahre zwar nicht mehr von einer wahrhaft landesväterlichen Regierung, aber auch nicht durch das freie Zusammenwirken der wirtschaftlich emanzipirten Volkskräfte bestimmt wurde, sondern dass die Regierung ihren Arm und ihre Mittel einer engverbündeten Clique der gefährlichsten und gewissenlosesten Menschen geliehen hat und noch zu leihen fortführt, welche dem Volke planmässig, unter heuchlerischer Bethenerung, seiner Freiheit und Wohlfahrt zu dienen, Gesetze aufdrängten, deren Existenz eine straflose Ausplünderung des Volkes gestattete.

Eine Gesellschaft politischer Geschäftsleute und industriöser Politiker bildete sich in Deutschland, welche in die Parlamente drang, die hohe Beamtenschaft durch allerhand Mittel für sich gewann, überall Einfluss erlangte und somit eine Wirtschaftspolitik schuf, welche nur ihren eigenen Interessen, und selbst denen in kurzsichtiger Weise diente. An diese Gesellschaft schlossen sich kleinere Cliques, die in ähnlicher Weise operirten, nur weniger umfangreich und einflussreich und auch weniger verderblich. Endlich entstanden hie und da selbstständige Ausbeutergruppen, welche die Geschäfte der grossen Ausbeuter einfach im Kleinen copirten. Das Volk selbst aber wurde, während man ihm von Aufschwung vorlog, an allen Ecken und Kanten geplündert und geschädigt von diesen Gründern.

Es zeigte sich, als die Regierung ihrer grossen Aufgabe, die Leitung der Wirtschaftspolitik mit starker und sicherer Hand zu besorgen, untreu wurde, dass ein Consortium von

gewissenlosen Menschen sich derselben bemächtigte und nun wirtschaftliche Vorsehung spielte. Dieselben drängten sich, unter Erheuchlung grossen Patriotismus, an den Leiter der deutschen Politik und bewogen denselben, ihre Gegner als Gegner des Reichs zu behandeln.

Die augenfällige Freundschaft des Fürsten Bismarck und «seiner Minister», namentlich der Herren Delbrück und Camphausen, für die hervorragendsten Gründer ist hie und da so gedeutet worden, als haben jene Staatsmänner einen sträflichen Antheil an den schmutzigen Geschäften ihrer gründerischen Freunde genommen und sich mit deren Hülfe auf Kosten des Volkes bereichert. Im Juni 1875 veröffentlichte die Kreuz-Zeitung Artikel: «Die Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen», in deren zweitem es hiess: «Die intimen Beziehungen des Herrn von Bleichröder zum Fürsten (Bismarck) dürften, mindestens indirect, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem preussischen Gesandtengelde und ohne eigenes Vermögen seinen Souverän in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentiren zu können, allerdings guten Rath in finanziellen Dingen haben musste».

Die Veranlasser dieser Artikel wollten hiermit andeuten, dass Herr von Bleichröder das Vermögen des Fürsten Bismarck verwalte, und zwar in sehr vortheilhafter aber wenig ehrenvoller Weise für letztern. Sie sprachen es offen aus, dass der Fürst sogar bei verrufenen Gründungen, wie die der «Preussischen Central-Boden-Credit-Actien-Gesellschaft» durch Herrn von Bleichröder «betheiligt» worden sei. Indess haben diese Herren, die vorsichtig im Hintergrunde sich hielten, diese Angaben niemals bewiesen, und der Mann, durch den sie diese mindestens sehr zweideutigen Artikel in die Welt setzen liessen, der frühere Bureau-Beamte der Rheinischen Eisenbahn, Herr Dr. Perrot, erklärte es für absichtliche Erfindung, dass jene Stelle eine «persönliche Insinuation» gegen den Fürsten habe enthalten sollen. Er suchte sogar eine Audienz beim Fürsten nach, um sich persönlich zu entschuldigen, wurde aber nicht angenommen. Wenn, wie wir annehmen, Perrot in dieser Erklärung die Wahrheit sagt,

so beweist er nur, dass er selbst nicht verstand, was Andere ihn schreiben liessen ¹⁾).

Im October 1876 hat dann allerdings der conservative Herr von Diest-Daber in einer Broschüre: «Der sittliche Boden im Staatsleben,» Andeutungen über die Gründung obiger Actien-Gesellschaften gemacht, welche die in Berlin erscheinende «Deutsche Reichsglocke» zu der Enthüllung veranlassten, Fürst Bismarck sei bei deren Gründung consorcialiter theilhaftig worden. Eine so schwere Anschuldigung kann nicht öffentlich erhoben werden, ohne dass die Gelegenheit die Gerichte beschäftige. In diesem Moment ist sie noch unerwiesen. Sollte sie bewiesen werden, so würde die Judenherrschaft, unter der Deutschland thatsächlich seit Jahren schmachtet, in höchst schmerzlicher aber genügender Weise erklärt sein. Indess darf der Fürst Bismarck gewiss, wie Jedermann, verlangen, dass man ihm solange nur edle Motive unterlegt, bis ihm sträfliche nachgewiesen worden sind. Und so liegt denn uns die schwierige Aufgabe ob, für die Freundschaft und Gunst, welche dieser mächtige Staatsmann bertichtigten Volksausbeutern bewiesen und noch erweist, Gründe zu suchen, die nicht in einem schmutzigen Interesse wurzeln.

Man hat gesagt, Fürst Bismarck habe Napoleon III. vielfach nachgeahmt und übertroffen. Der Fürst hat aber erstens zu viel Urtheilsfähigkeit und zweitens zu sehr den Trieb zu abfälligen Urtheilen, um sich Andere zum Vorbilde zu nehmen. Die Nachahmung dürfte also mindestens nicht eine bewusste und planmässige gewesen sein. Andererseits ist der Fürst allen Theorien abhold, dagegen giebt er Viel auf das, was er sieht, und was er für praktisch bewährt hält. Wenn er also auch nicht die Absicht gehabt hätte, Napoleon III. nachzuahmen, so würde diese seine Eigenart es doch sehr erklärlich machen, wenn er dasjenige in Deutschland einzuführen suchte, was er in Frankreich schätzen gelernt hat.

Ob er Napoleon III. schliesslich übertreffen wird, ist noch eine offene Frage. Man war geneigt, es für seine aus-

¹⁾ Natürlich ist Verfasser im Besitz der Beweise für diese seine Angaben.

wärtige Politik mindestens zuzugeben. Indess soll Niemand vor seinem Tode glücklich gepriesen werden. Auch Napoleon III. hat seine Jahre des Glanzes gehabt, wie Fürst Bismarck jetzt, und auch uns drohen noch Gefahren, vielleicht eine europäische Coalition.

Ob Fürst Bismarck diese Gefahren dauernd wird beschwören können, muss erst die Zukunft lehren. «Politik treibe ich wie die Entenjagd. Ich ziehe meinen Fuss nie von einer Bülte herunter, bevor ich nicht durch Anfühlen eine andere gefunden habe, auf die ich ihn sicher stellen kann» — dies ist ein verbürgter Ausspruch von ihm. Wir haben hier also die Politik von Fall zu Fall, die sehr praktisch ist, solange man stets eine neue, haltbare Bülte findet, sobald die alte unter dem eigenen Gewicht zu versinken droht, eine Gefahr, die nahe liegt, denn der Fürst ist ein schwerer Mann und zerdrückt Alles, was er unter die Füße bekommt. Das haben sie Alle erfahren, die sich ihm hingaben, die Parteien sowohl wie die Personen. Er hat sie schnell abgenutzt und dann von sich geworfen: die conservative Partei erst, jetzt versinkt schon die nationalliberale Bülte im Sumpfe. Die Savigny, Mühlner, Graf Lippe, Graf Arnim thaten ihm Dienste und versanken, und schon ist die festeste liberale Minister-Bülte, Delbrück, ebenfalls unter der Oberfläche verschwunden, während Camphausen und Falk ihm jeden Augenblick in die Versenkung folgen können.

Die auswärtige Politik der Staatsmänner pflegt ein geheimnissvolles Dunkel zu umgeben. Die unbedingten Verehrer des Fürsten rühmen von ihm, dass er eine neue diplomatische Schule geschaffen habe, deren Characteristik die Offenheit sei. Indess scheint diese Waffe zweischneidig zu sein, denn auch die Gegner des Fürsten lernen sie gebrauchen, und zwar solche Gegner, die ehemals seine Freunde waren. Sie bemühen sich, «mehr Licht» in die Geschichte unsrer diplomatischen Feldzüge zu bringen, und durch dieses Licht entdecken wir denn auch sehr wesentliche Schlagschatten.

Eine solche Bülten-Politik ist eine Glückspolitik. Man muss eben stets eine neue Bülte finden. Es finden sich Leute

die es für sicherer halten, einen Damm durch einen Sumpf zu schütten, als ihn von Bülte zu Bülte zu passiren.

Es lässt sich nun nicht leugnen, dass die ungerufenen exdiplomatischen «Laternenmänner» selbst zugeben müssen, dass bis zum Jahre 1870 das Glück dem Fürsten in beispielloser Weise hold gewesen ist. Noch im Jahre 1870 habe ein völlig missglücktes Unternehmen ihn auf diejenige Höhe geführt, auf welcher er jetzt in den Augen Europas steht. Durch die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern, die jene Laternenmänner eine offenbare diplomatische und politische Blamage nennen, während sie die Officiösen für einen vorhergesehenen planmässigen Act ausgeben, habe er den Frieden mit Frankreich erkaufte, wie im Jahre 1867 durch die Abtretung Luxemburgs. Nur die ungeahnte Verblendung Napoleon's, der sich mit der Bismarck zugefügten Schlappe nicht begnügte, habe uns den Krieg verschafft, einen Krieg, den Fürst Bismarck ängstlich zu vermeiden gesucht habe. Was planlos von ihm herbei geführt worden sei, nämlich der Krieg, werde ihm sogar nachträglich von Vielen, besonders von den Franzosen und Ultramontanen, als ein wohl angelegter Plan gedeutet.

Nachdem nun aber Fürst Bismarck, Dank dem Glück und — Herrn von Moltke, wider seinen Willen, der Besieger Frankreichs geworden, scheine sein Glück erschöpft zu sein. Das Glück scheine es müde zu sein, dafür Sorge zu tragen, dass alle seine Missgriffe in der auswärtigen Politik zu seinem Vortheil ausschlagen.

Die Campagne, welche der Reichskanzler in Italien und Frankreich gegen die Katholiken unternahm, die Rathschläge, welche er durch den Grafen Münster der englischen Regierung behufs Behandlung der irischen Katholiken geben liess, die belgische Kesselschmiedepisode und die sich daran knüpfenden Versuche, Sicherheitsgesetze gegen fremde Attentäter in ganz Europa zu promulgiren, die eilige Anerkennung des Präsidenten der spanischen Republik, Serrano, der sofort darauf fiel und dessen Sturz von dem vorsichtigeren Gortschakoff vorausgesehen war, die «Krieg-in-Sicht-Episode» vom Frühjahr 1875, die mit der Besänftigung des Reichs-

Der Fürst war als Gesandter in Paris Zeuge des grössten wirthschaftlichen Aufschwunges, dessen das Napoleonische System fähig ist. Leider hatte er Frankreich schon verlassen, als jenes System stückweise Bankrott machte, und er ist zu sehr gewöhnt, nur das zu glauben, was er sieht, als dass er an die Wirklichkeit des Bankerotts jenes Systems hätte glauben sollen, dessen Ausbruch er nicht mehr mit eigenen Augen sah. Ob nun mit seinem Willen oder nicht, jedenfalls haben wir in Deutschland die Nachahmung der napoleonischen Wirthschaftspolitik erlebt, zu einer Zeit, als die Fehlerhaftigkeit des Systems in Frankreich bereits praktisch erprobt war.

Welches war nun dies napoleonische Wirthschaftssystem? Es war der cäsaristische Socialismus auf St. Simonistischer Grundlage.

Napoleon hat in seiner ersten Regentenhälfte alle Monarchen Europas überstrahlt, weil er ihnen in der That geistig überlegen war. Er hatte in seiner Jugend und im ersten Mannesalter viel erfahren und viel gelernt, hatte sich von den Ideen der Zeit erfüllen und begeistern lassen und wusste ihnen als Regent Fleisch und Blut zu geben. Zudem waren es die besten und edelsten Ideen des Jahrhunderts, welchen er Ohr in seiner Jugend geliehen hatte, Ideen, denen nur die religiöse Zucht fehlte, um segensreich wirken zu können. Die Sturm- und Drangperiode Napoleons III. gehört in Frankreich der St. Simonistischen Schule an.

St. Simon, dieser Grandseigneur aus dem vorigen Jahrhundert, der auf einer der höchsten Stufen der Gesellschaft — mit herzoglichem Range — geboren und in einem ausserordentlich ereignissvollen Leben bis zur äussersten Dürftigkeit und zum tiefsten Elend herabgestiegen war, der zu allen Zeiten nur einen Gedanken hatte, wie die Menschheit wahrhaft zu beglücken sei, dieser Mann, dessen Herz so gross und stets so kindlich war, der den Egoismus nicht anerkannte, da er ihn nicht besass, dessen Verstand so originell und so prophetisch combinirte und dem nur der geschulte Glaube fehlte, ist vielleicht die edelste Gestalt unter allen Socialisten. Und wie musste sein System einem Präbendenten

gefallen, der nicht ohne Hoffnung lebte, es einmal in grossem Stil durchführen zu können! Schon verband den auf purpurner Decke geborenen und in die Verbannung arm verstossenen Jüngling das gleiche Schicksal mit dem Herzog in der Dachstube. Mehr noch muthete den träumerischen Prinzen mit dem weichen Herzen, der es so leicht fand zu geben, wenn er hatte, und der später so viel und so gern gegeben hat, der gleiche Characterzug St. Simons an, zumal Beide all' die Glückseligkeit, die sie zu verbreiten planten, demselben Volke der Franzosen zunächst zgedacht hatten. Und endlich, welches System konnte dem ehrgeizigen Kronprätendenten sympathischer sein als das St. Simons, der *«la* proklamierte: *«L'Alliance entre la Royauté et l'Industrie.»*?

«Das Königthum,» sagt St. Simon, «müsse die Revolution beenden.» Wie oft kehrt diese Phrase des Socialisten in den Proklamationen des Kaisers wieder! Das Mittel hierzu besteht darin, *«à établir l'administration des affaires publiques la plus favorable à la culture, au commerce et à la fabrication»* und zwar in der Weise, dass die Verwaltung vom Könige in die Hände der cultivateurs, der négociants und manufacturiers les plus capables gelegt werde. So wird aus dem St. Simonistischen «König» der «Industriechef,» der «Industriemonarch,» die wirthschaftliche Vorsehung des Landes, dessen Hauptaufgabe der Aufschwung des Landes und die Verbesserung des Looses der ärmsten Klasse ist.

Der St. Simonistische Socialismus trat zu jener Zeit in Frankreich in dieser royalistischen Form auf. Als der damalige «König», sowohl der Bourbon wie Louis Philipp, diese ihm zgedachte Rolle nicht übernahm, wurde der Socialismus naturgemäss demokratisch, aber auch in dieser Form wendete er sich und musste er sich an den Staat wenden, wie es Louis Blanc auch that. Der royalistische oder cäsaristische Socialismus aber ist recht eigentlich eine «Kronprinzentheorie.» Indess hat Napoleon III. nicht die Kämpfe des Meisters mitgemacht, sondern er durchlebte die Bestrebungen und theilte die Pläne der Schüler St. Simon's, mit denen er theilweise schon als Gefangner in Ham in Verbindung trat und deren Einige eine so bedeutende Rolle

unter seinem Scepter spielten. Schon St. Simon hatte die Idee der Gründung von Landbanken «mit 30 Milliarden Capital» aufgestellt, zur Mobilisirung des Grundbesitzes. Sein Schüler, Bazard, entwickelte diesen Keim zur «Centralbank,» die alle Capitalien des Landes an sich ziehen und von einem Centrum aus als befruchtender Regen den Capitalstrom in alle einzelnen Gegenden des Landes planmässig leiten sollte. Seit 1830 wurde diese Bankidee im «Globe» von den Gebrüdern Pereire, den Abkömmlingen portugiesischer Juden, literarisch verfochten. Infantin, Michel Chevalier vertraten neben diesen Praktikern mehr die theoretische Seite des Systems.

Kaum war Napoleon im Besitz der Macht, als sich die alten Freunde an die gekrönten Socialisten machten. Sogar Infantin tauchte aus seiner Verschollenheit auf, und es hiess in den sechziger Jahren, er habe den Kaiser für die progressive Erbschaftsteuer als «einzige» Steuer gewonnen. Michel Chevalier wurde der officielle Nationalökonom des Kaiserreichs. Sein treuer Freund auf dem Throne erhob ihn zum Senator und befolgte seinen Rath, als er mit England den freihändlerischen Handelsvertrag schloss.

Dies war ein Bruch mit der traditionellen Handelspolitik Frankreichs seit des weisen Colbert Zeiten, die einen festen und hohen Schutz der französischen Industrie zum Wohle des Landes stets im Auge behalten hatte. Warum brach Napoleon theilweise mit dieser Tradition? Weil er Grund hatte, zu hoffen, dass Frankreich, Dank seiner Politik, bald allen Ländern industriell überlegen sein würde. Das andern Ländern überlegene Land aber kann aus dem Freihandel Nutzen ziehen auf Kosten der anderen. War diese Hoffnung begründet? Sie war wenigstens nicht unberechtigt! Lange nicht so unberechtigt wie die gleiche Hoffnung der deutschen Nachtreter Chevaliers: der sogenannten «Freihandelshausierburschen», Prince Smith, Faucher, Michaelis, Braun, denen es gelang, den deutschen Michel zum «Freihändler» — aus Princip natürlich — zu machen. Der Deutsche thut bekanntlich Alles «aus Princip», sogar und mit Vorliebe, mit dem Kopfe an die Wand rennen.

Die Geschichte wird Napoleon's Conceptionen Gerechtigkeit widerfahren lassen! Sie waren grossartig und sind nicht alle gescheitert, und die da scheiterten, thaten es theilweise, weil ihr Schöpfer krank und arbeitsunfähig wurde, wodurch sie in der Ausführung Schiffbruch litten. Das Misslingen der Napoleonischen Pläne hat denselben Grund, der gegen alle socialistischen Weltverbesserungssysteme bedenklich macht. Diese setzen regelmässig den Menschen als «von Natur gut» in die Rechnung; da er aber leider nur eine «verständige Bestie» ist und also der Erlösung bedarf, so wird das Resultat solcher Rechnung stets die Erwartung des Rechenkünstlers trügen. Der Unterschied zwischen Napoleon, der zuerst das St. Simonistische System praktisch zu machen suchte, und seinen Nachahmern in anderen Ländern besteht darin, dass Napoleon bewusster Socialist war, seine Nachahmer aber rohe Empiriker und «praktische Staatsmänner», welche auf dem napoleonischen Wege Macht und Einfluss in ihrer Hand concentriren wollten, dagegen «Beglückung der Masse und Direction der Industrie» und dergleichen Motive entweder gar nicht kannten oder als alberne Phantastereien verlachten. Werfen wir einen kurzen Ueberblick auf die Wirthschaftspolitik Napoleons, die, wie wir sehen werden, bei uns nachgeahmt aber nicht erreicht wurde!

Der Kaiser wollte England, den einzigen ebenbürtigen Concurrenten Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiet, durch die Arbeit des Friedens besiegen.

Englands Grösse datirt von der Monopolisirung des indischen Handels, deren erste Bedingung der Seeweg um das Cap der Guten Hoffnung ist. Napoleon I. schon hatte die Hand auf Aegypten legen wollen. Er liess die Landenge von Suez nivelliren, um sie durchstechen zu lassen. Die Vernichtung seiner Flotte bei Abukir vereitelte diesen Plan. Sein Neffe nahm diese «Napoleonische Idee» auf und führte sie durch!

Er unterstützte Lesseps. Im Jahre 1854 concessionirte die Pforte, auf Andringen Frankreichs, das Canalunternehmen; 1869 passirte das erste Schiff, unter den Augen

der Gattin des kranken Kaisers Napoleon, den Canal. Der Seeweg von England nach Indien war um 6000 engl. Meilen verkürzt, der indische Handel musste wieder allmählich durch das Becken des Mittelmeeres, dieses «französischen See's», seinen Weg nehmen. Aber sogar der Handel Englands mit Indien sollte theilweise durch Frankreich geleitet werden. Hierzu genügte dem Kaiser der Weg über Marseille nicht.

Napoleon I. hatte von 1800 bis 1807 eine Kunststrasse über den Simplon bauen lassen. Die indische Post benutzte zu Napoleon's III. Zeiten diesen Weg. Derselbe erste Napoleon hatte von 1802—1811 die Kunststrasse über den Mont Cenis passabel hergestellt. Der Neffe unterstützte die piemontesische, ihm befreundete Regierung beim Bau des Tunnels durch diesen Berg. Im Jahre 1857 begann der Bau der Mont-Cenis-Eisenbahn. Der verbannte Kaiser hatte noch die Genugthuung, ihre Eröffnung zu erleben. Jetzt geht das englische Postfelleisen von Alexandrien über Brindisi, den Mont Cenis und Calais in 147 Stunden nach England. Frankreich ist, Dank der klugen Politik Napoleons III., die Weltstrasse zwischen England und Indien geworden.

Der Kaiser unterstützte die grossen Dampferlinien, welche nicht nur das Mittelmeer von französischen Häfen aus durchschneiden, sondern auch die, welche nach Amerika die Verbindung aufrecht erhalten. So verlegte er Frankreich in den commerziellen Mittelpunkt zweier Welttheile.

Diesen Mittelpunkt selbst durchzog er mit einem planmässig angelegten Netz von Eisenbahnen, vermehrte das vorzügliche überkommene Canalnetz und erstreckte seine landesväterliche Fürsorge bis auf die Vicinalwege. Er schuf dem Handel im Innern leichte Communication, nach Aussen zwei jede Concurrrenz ausschliessende Wege.

Die Industrie und Landwirthschaft, auch die wollte er fördern. Vornehmlich durch Gewährung reichlichen und billigen Credits.

Als er zum Throne kam, fand er nur Eine Geldmacht vor, das Haus Rothschild; und das war dem Emporkömmling

feindlich und hat nie seine orleanistischen Sympathien verleugnet. Für seine Pläne aber brauchte er eine stets bereite Capitalmacht zur Seite. Seine früheren Freunde, die Pereires, versprachen, sie ihm zu verschaffen und dadurch nicht nur ihn finanziell von den Rothschilds zu emancipiren, sondern auch ihm Mittel zur Ausführung seiner volksbeglückenden Pläne zu gewähren.

Sie gründeten den Crédit Mobilier zur Beförderung der Industrie und den Crédit Foncier für den Grundbesitz. Bei diesen Gründungen wurden sie von den deutsch-jüdischen Bankiers Fould, Fould-Oppenheim und Salomon Oppenheim jun. unterstützt, deren letzterem wir weiterhin wieder begegnet werden. Das Institut des Crédit Mobilier beabsichtigte eine vollständige Beherrschung der Börse, Anziehung sämtlicher kleinen Capitalien des Landes und Verwendung derselben zu allerhand grossartigen industriellen Unternehmungen, zur Schöpfung von Bahnen, Canälen, Bergwerken, Fabriken, Transportgesellschaften, die planmässig ineinandergreifen, sich gegenseitig fördern und stützen sollten. Kurz, die St. Simonistischen Juden Emile und Isaac Pereire versprachen ihrem «Industriemonarchen», ihm eine Bank zu schaffen, mittelst deren er die Production des ganzen Landes ordnen und überall hin Wohlstand verbreiten könne. Man halte es wohl fest, dass diese Vorbilder unserer Reichsfinanciers immer die Schöpfung productiver Anlagen im Auge hatten, wie Strousberg von sich mit Recht auch rühmt, während die deutschen Nachahmer der Pereires nur ausnahmsweise eine neue Bahn bauten oder ein neues Unternehmen schufen. Sie warfen vielmehr nur «Werthe» zusammen oder schufen Banken, die ihrerseits abermals gründeten, und das nie eines volkswirtschaftlichen Zweckes, sondern stets nur der Erzielung eines Gründergewinnes wegen, Alles nur um's «Agio».

Freilich haben beide Institute, sowohl der Mobilier wie der Foncier, Grosses gewirkt, viel gewaltige Unternehmungen, Canal- und Eisenbahnbauten, sowie die «Transatlantique» zur Verbindung Frankreichs mit dem Auslande, geschaffen. Der Crédit Foncier erleichterte zunächst den Bauern die

Hypothekenverhältnisse und ermöglichte Haussmann seine Umbauung von Paris. Allein beide Banken wurden gewaltige Corruptionsanstalten und bilden hierdurch den dunklen Fleck in der Napoleonischen Regierung. Strousberg nennt den Mobilier betreffend «eine Pestbrutstätte im Bankwesen». Die Pereires sammelten um sich einen Anhang politisch bedeutender Männer, trugen die Corruption in das Parlament, in die Ministerien, in das Volk durch den Agiotageschwindel. Sie bereicherten sich und ihre Creaturen und politischen Agenten ungeheuer auf Kosten der Actionäre ihrer Banken und brachten diese schliesslich an den Rand des Bankrotts. Da wendeten sie sich um Hülfe an den Kaiser und der war schwach genug, sie gewähren zu wollen. Allein selbst die Finanzmacht des Staats wäre, wenn man sie auch ganz hätte einsetzen können, nicht im Stande gewesen, den Zusammenbruch des Systems zu verhindern.

Als die kaiserliche Regierung sich um Subvention für nothleidende Unternehmungen der Gebrüder an's Parlament wenden musste, wurde der eigentliche Zweck, das Ueberwasserhalten jener Spekulanten und ihrer politisch hochgestellten Mitschuldigen, mindestens ebenso geistreich von Rouher mit volkswirtschaftlichen und politischen Motiven umhüllt, wie Herr Camphausen die durch Garantirung von Halle-Sorau-Guben durchgesetzte Staatsdotacion an Bleichröder-Disconto-Handelsgesellschaft mit Worten verschleiert hat. Allein im französischen Parlament fand sich, in Deutschland 1876 leider nicht, ein Mann, Pouyer Quartier, welcher den Phrasenqualm des Vicekaisers mit dem Hanch seines Mundes zertheilte und den ganzen Schwindel aufdeckte. Von da ab war es um die Pereires und ihre Schöpfungen gethan. Sie geriethen in Misscredit und Verachtung. Diese Verachtung übertrug sich voll und ganz auf die kaiserliche Regierung und bereitete ihren Sturz vor. Die Pereires wurden in Civil- und Criminalprocesse verwickelt, ruinirt, bestraft, und ihre Institute gingen in die Brüche.

So scheiterte diese Seite des cäsaristischen Socialismus, den die St. Simonistischen Ideologen in Frankreich zu verwirklichen suchten. Und gerade diese verkrachte Seite seines

Systems ist es, welche Herr von Bismarck, welcher niemals irgend welche Ideale zu verfolgen gesucht hat, hier in Deutschland vornehmlich cultivirt und die auch hier bereits beim Bankrott angelangt ist. Wie sehr sich bei uns bereits ebenfalls die Regierung und die liberale Partei für diese Geschöpfe einer verfehlten Politik, für die politisch-socialen Corruptionsheerde, compromittirt haben, das soll in der Folge untersucht werden.

In Frankreich hat sich ein Process vollzogen an den Pereires und an der Napoleonischen Regierung, wie er lehrreicher für uns gar nicht gedacht werden kann. Vielleicht, dass wir in der letzten Stunde noch, bevor der bereits begonnene fünfte Act zu Ende gespielt wird, von Frankreich lernen. Dieser fünfte Act trägt nämlich in Deutschland wie in Frankreich den Titel: «Staatshülfe für die festgefahrenen und dem Bankerott nahen Schwindler». In Frankreich sollte der Staat den vom Mobilier ausgesogenen kleineren Gesellschaften durch Staatsgarantie beispringen, allein der Versuch schon, dies zu thun, diskreditirte die Regierung und bereitete ihren Sturz vor. Die Corruption der Napoleonischen Regierung war dem Volke nicht mehr zu verbergen. Die geschädigten und betrogenen Actionäre der zusammenbrechenden Gesellschaften machten die Regierung nicht mit Unrecht verantwortlich für ihr Unglück. Die Gründer Pereire wurden mit Schimpf von der politischen Bühne vertrieben und kamen auf die Anklagebank. Heute sind sie gefallene Grössen wie ihr Kaiser, den sie hauptsächlich gestürzt haben, denn die — Verzweiflung über den Skandal im Innern trieb Napoleon zum Kriege. Nur neue Gloire konnte die Scharte auswetzen, aber er fand keine Gloire, sondern — Sedan und die Verbannung.

Als Herr von Bismarck Gesandter in Paris war, befand sich das Kaiserreich auf der Höhe auch seiner wirthschaftlichen Bahn. Noch blühten der Mobilier und der Foncier. Noch galten die Chevalier, Pereire als glänzende, verdienstvolle Männer. Noch gedieh Industrie und Handel, noch nährte sich der Arbeiterstand gut und der Kaiser kokettirte mit dem Socialismus. Alles dies sah Herr von Bismarck,

oder dafür interessirte Leute machten ihn später darauf aufmerksam.

Als er Minister in Preussen wurde, war heimlich der Krach in Frankreich schon im Anzuge, aber noch wurde er mit Hilfe der Regierung vertuscht. Noch 1864 verdoppelte der Mobilier sein Capital von 60 Millionen. Niemand ahnte, dass er bereits insolvent sei. Erst 1867 wurde die Sache ruchbar, erst 1869 mussten Pereires aus der Volksvertretung scheiden. Herr von Bismarck hielt sie für grosse Männer und ihre Schöpfungen für nachahmenswerth. Auch er brauchte eine «grosse und patriotische Geldmacht» zur Seite, denn er hatte grosse politische Pläne, die viel Geld erforderten, und das Abgeordnetenhaus wollte «diesem Ministerium keinen Groschen» bewilligen. Was lag näher als der Gedanke, sich solche «grosse und patriotische Geldmacht» zu schaffen? Wie der Versuch gemacht wurde, werden wir in der Folge entwickeln und auch, wie er jetzt schon am Scheitern ist.

Wir leben eben in dem Zeitalter des Geldes. Das Geld herrscht, oder vielmehr diejenigen herrschen, deren Geschäft es ist, Geld umzuschlagen. Sagt doch Strousberg so zutreffend: «Der Heiligenschein, der das Wort «Bankier» umgiebt, ist das goldene Kalb, vor dem in unserer Zeit sich Alles beugt. Der Staatsmann ist angewiesen, sich das Vertrauen des Capitals zu erhalten, denn so lange der Bankier der Trichter ist, durch den die Gelder des Publikums fliessen müssen, so lange das Publikum nur den Impulsen der Bankwelt folgt, so lange wird diesem Gewerbe eine ungehörliche Macht, ein falscher Glanz gegeben, und so lange wird der Bankgründer die Masse ausbeuten.»

Es ist möglich, wahrscheinlich sogar, dass Herr von Bismarck die Bankwelt für seine politischen Pläne gebrauchte, und so würde sich auch ohne die Annahme, dass er selbst ein Speculant sei, welche seine Ankläger bisher nicht bewiesen, es erklären, dass er den Bankiers zu einer Macht in Deutschland verhalf, der sich jetzt fast Alles und Alle beugen müssen, wenn sie nicht vernichtet werden wollen, ja, die Regierung selbst beherrscht die Bankwelt nicht mehr, sondern

sie folgt vielfach den Impulsen, welche ihr aus der Börse zukommen und muss ihnen folgen. Die Börse hat bereits — im alten Preussen ein unmöglicher Fall — Minister gestürzt, und den Candidaten ihrer Wahl zum Minister gemacht, und gerade dieser Börsen-Liebling ist es, welcher nicht ohne Glück seine Politik durchsetzt, von der man behauptet, sie finde keineswegs den Beifall des Fürsten. So ist diesem sein eigenes Geschöpf, die »politische Finanzmacht« bereits über den Kopf gewachsen. Aber der Fürst erntet hier nur die Folgen seiner eigenen Politik, denn er hat diese Finanzmacht so gestärkt, während er es nicht zu thun brauchte und nicht hätte thun sollen. Als er es that, brach er mit der traditionellen preussischen Politik, und so macht man denn ihn mit Recht und Grund persönlich verantwortlich für die unheilvollen Folgen dieser neuen und verkehrten Wirthschaftspolitik.

Die Etablirung der patriotischen Geldmächte.

Das Haus S. Bleichröder und die Disconto-Gesellschaft zu Berlin sind die beiden Finanzmächte, welche Herrn von Bismarck zu der Zeit, als er bereits gegrift war, sich anboten zu den Diensten, welche die Percire'schen Institute seinem Lehrmeister an der Seine geleistet hatten. Es ist aus den nun folgenden Ereignissen anzunehmen, dass der Minister dieses Angebot annahm. Das erstgenannte Haus ist ein älteres Berliner Bankgeschäft und wurde schon vom Vater des jetzigen Inhabers betrieben. Man taxirte Herrn Gerson Bleichröder vor der Bismarck'schen Periode auf einige Hunderttausend Thaler. Seine Bedeutung lag darin, dass er der Berliner Agent Rothschild's war.

Die Disconto-Gesellschaft wurde 1856 von dem früheren Finanzminister David Hansemann, dem Vater des jetzigen Inhabers, mit 10,000,000 Thaler Capital, angeblich zur Beförderung der Erwerbsthätigkeit, entwickelt aus einer älteren, schon 1850 gegründeten Gesellschaft, die ihre Thätigkeit mit

einem Capital von nur einigen Hunderttausend Thalern begonnen hatte. Sofort nach ihrer Constituirung auf grossem Fusse verfiel sie auf Schwindelprojecte. Es ist bemerkenswerth, dass schon die erste Gesellschaft von 1850 einem belgischen Muster und die von 1856 nach dem des Crédit Mobilier gegründet wurde und auch gleich mit Geschäften nach Art derjenigen des letzteren Instituts debütirte. Es macht nichts, dass die Disconto-Gesellschaft eine Commandit-Gesellschaft war. Das lag lediglich an der preussischen Gesetzgebung, welche zu jener Zeit für diese Art von Associationen eine freiere war als für Actiengesellschaften.

Es muss auf Familienbeziehungen in diesem Buche mehrfach eingegangen werden, nicht aus Lust am Skandal, sondern weil sich nur so gewisse Geschäfte erklären lassen. Eine Tochter von David Hansemann ist mit Georg Marx, dem Sohne eines jüdischen bankerotten Weinhändlers in Bonn, verheirathet. Dieser Marx betrieb mit seinem Vetter, August Marx, Commissionsgeschäfte, wie es pleite gegangene Juden zu thun pflegen. Sie machten mit Vorliebe in Bergwerken, und so hal'ten sie der Disconto-Gesellschaft die Bergwerke Bleialf und Henrichshütte auf, mit grosser Provision für sich. A. Marx soll von ersterer Hütte fortdauernd 10 Procent des Bruttoertrages erhalten. Die Disconto-Gesellschaft wollte nun ihr Capital schon 1857 auf 20,000,000 Thaler bringen und jene Bergwerke in besondere Gesellschaften «umgründen». Allein die damalige Krisis verhinderte beide Geschäfte, und die Disconto-Gesellschaft blieb mit den, wie sich herausstellte, vollkommen unrentablen Bergwerken sitzen. Bleialf soll ca. 10,000,000 M. successive verschlungen haben und Henrichshütte kostete noch mehr. Nach einigen Jahren zwangen die entrüsteten Actionäre der Disconto-Gesellschaft die Inhaber, Hansemann und den Juden Goldschmidt, letztere Hütte auf eigene Rechnung zu übernehmen. Da diese der Gesellschaft den Kaufpreis nicht bezahlen konnten, so kam man überein, dass die Abzahlung dadurch erfolgen sollte, dass Inhaber und Verwaltungsrath auf $\frac{1}{6}$ ihrer 25 Procent Tantième alljährlich zu Gunsten der Disconto-Gesellschaft verzichteten. Ult. 1859 kostete Hen-

richshütte der Disconto-Gesellschaft 3,327,718 Thaler und Bleialf 155,716 Thaler; letzteres Conto hatte sich ult. 1860. auf 235,815 Thaler erhöht. Beide Hütten gaben Nichts zur Verzinsung ihres Capitals. So kam es, dass die Dividende der Disconto-Gesellschaft von $6\frac{1}{2}$ Proc. in 1855 auf $13\frac{1}{2}$ Proc. in 1856 hinauf geschwindelt wurde, um auf $5\frac{1}{2}$ und 4 Proc. in 1857, 58 und 59 zu fallen.

Neben der Disconto-Gesellschaft entstand 1856 eine andre böse Gründerbank, die «Berliner Handelsgesellschaft», an der die Herren Conrad, Gelpcke, Zwicker, Gerson von Bleichröder, Jaques, v. Diergardt, v. Magnus, Mevissen, v. Oppenheim, Warschauer, Güterbock, Mendelssohn u. A. betheilt waren. Diese, Herr Hansemann mit seinem Staab, zu dem schon frühe die hohen Beamten Scheele, Wilckens, Schumann, Wehrmann gehörten, und der bertichtigte Nuland sind die Helden jener ersteren, jetzt fast in Vergessenheit gerathenen Gründerperiode. Oppeln-Tarnowitz, Minerva, die Gruben Phönix und Präsident, jetzt Bochumer Bergwerk, blieben die anrtlichststen Ruinen jener Schwindelzeit. Als der Staatsanwalt sich der vornehmen Gründer annehmen wollte, veranstalteten diese Massenpetitionen des Handelsstandes, welche diese Gründereien durch «kaufmännische Usancen» erklärten und entschuldigt wissen wollten. Es gelang, dem berechtigten Eifer der Staatsanwaltschaft einen Dämpfer aufzusetzen und ein grosses Verbrechen grosser Schwindler bleibt ungesüht.

Einigen ist es eine Warnung gewesen. Herr Warschauer z. B. hat sich, wenigstens für seine Person, an dem Schwindel unserer Tage nicht betheilt. Andere haben die Angst vergessen und sich nur erinnert, dass es ihnen unter Umständen gelingt, eine Strafe von sich abzuhalten, die weniger reiche und einflussreiche Verbrecher ereilt und vernichtet. Diese haben damals umsonst das Zuchthaus mit dem Aermel gestreift. Inzwischen haben sie durch ihre politischen Agenten die Gesetze so abändern lassen, dass sie stolz mit vier Pferden auf Gummirädern am Zuchthause vorbeifahren dürfen.

Die Disconto-Gesellschaft nun kam also ungestraft und auch ohne allzugrosse Verluste aus jener ersten Gründer-

periode heraus. Der Cours ihrer Commandit-Antheile hob sich von 97 Proc. in 1863 auf 121 Proc. Anfangs 1869.

Diese Bank, welche 1869 von Adolph Hansemann, dem Sohne David's, und dem jüdischen Mitinhaber Meyer Goldschmidt geleitet wurde, suchte frühzeitig politische Männer an sich zu fesseln, und da das Parlament in den sechsziger Jahren in Preussen noch ziemlich einflusslos war, interessirte man vornehmlich active und frühere Beamte für das Institut. Dazu giebt es zwei Wege: Betheiligung bei Emissionen und Geschäften, resp. directe Bestechung, oder Aufnahme in den Verwaltungsrath und Versorgung von Familienmitgliedern in gut dotirten Stellungen. Immerhin bleibt auch letzteres Manöver eine Bestechung einflussreicher Personen, die sich dann im gegebenen Falle durch Geltendmachung ihres Einflusses bedanken müssen. Die erstere und directere Bestechungsart entzieht sich fast immer der öffentlichen Cognition, die zweite ist nicht zu verbergen. Die Disconto-Gesellschaft hat wahrscheinlich beide, jedenfalls letztere mit Virtuosität geübt. Der Gewinn der Bank wird am Ende jedes Geschäftsjahres so vertheilt, dass auf das Capital 4 Proc. vorneweg abgehoben werden. Vom Ueberschuss erhielten die Inhaber 25 Proc. Der Rest fällt auf Reserve- und Superdividende. Auf die Höhe jenes Corruptionsfonds kommen wir weiterhin zu sprechen.

Schon am 21. Mai 1860 wurde von den Commanditären der damalige Geh. Ober-Reg.-Rath Wehrmann in den Verwaltungsrath gewählt, der eine so glänzende Carrière machen sollte. Als er 1869 erster Rath im Staatsministerium mit dem Vortrage bei Sr. Majestät wurde, musste er die reich dotirte Sinecure, die ihm mehr einbrachte als sein Staatsgehalt, niederlegen. Dafür machte die Disconto-Gesellschaft seinen missrathenen und bereits ohne Erfolg nach Amerika exportirten Sohn zum hochbesoldeten Chef der Depot-Verwaltung. Da er hier das Gelächter seiner Untergebenen erregte, schickte sie ihn an die Börse. Als er sie auch hier compromittirte, machte sie ihn zum «Director» eines Filialinstituts und versorgt ihn auch heute noch, wenn wir nicht irren bei der Aachener Disconto-Bank. Sie zog nun fort-

dauernd mehr einflussreiche Personen an sich, die man in zwei Kategorien theilen muss: I. Geschäftsleute, II. politische Agenten. 1868 hatte sie ad I: Baswitz, Bauendahl, Brees, Hartmann-Chemnitz, J. Kaufmann, E. Lampson, W. Puscher, G. Reimer, C. Winkelmann, R. Hardt, v. Diergardt, zu denen noch L. Schäffer kam ad. II: Schumann; Excellenz Wirkl. Geh. Rath, Wilckens Geh. Ober-Finanzrath, Wehrmann Geh. Ober-Reg.-Rath, sämmtlich in den Berliner Ministerien, und ad I und II Freiherr von Eckardstein-Prötzel, jüdischer Abkunft, Geschäftsmann, blutiger Gründer und Abgeordneter, also in allen Sätteln gerecht. — Wir werden alsbald sehen, wie die Disconto-Gesellschaft ihr Lager «politischer Agenten» reichlicher assortirte.

Auch ist zum Verständniss des Folgenden noch die Familienverbindung des jetzigen Inhabers A. Hanseemann wichtig. Der General von Kusserow heirathete eine Tochter des Bankiers Oppenheim, genannt Salloppenheim aus Cöln und zeugte 3 Kinder mit ihr, den Legationsrath von Kusserow, augenblicklich vortragender Rath im auswärtigen Amt, die Frau A. Hanseemann, und die jetzt geschiedene Frau des Eisenhändlers Ravené in Berlin. Durch die Verbindung mit Oppenheim war A. Hanseemann mit der reichen Judenschaft verwandt. Wir sehen später, wie die Verwandten sich zur systematischen Plünderung des deutschen Volkes vereinigen.

Das Haus S. Bleichröder und die Disconto-Gesellschaft des A. Hanseemann also boten sich dem Grafen Bismarck an als entwicklungsfähige Keime zur Bildung der ersehnten «grossen und leistungsfähigen patriotischen Geldmacht.»

Das Jahr 1869 inauguirte eine neue Wirthschaftspolitik für Deutschland, die capital-liberale Interessenpolitik. Bis dahin hatten wir von 1867 ab nur liberale Manchesterpolitik auf Grundlage doctrinärer Erwägungen getrieben, die uns 1867 das Freizügigkeitsgesetz, die Aufhebung der Wuchergesetze (Lasker-Miquél), 1868 den Handelsvertrag mit Oesterreich, d. h. das principielle Uebergehen von der traditionellen Schutzpolitik für Industrie und Gewerbe zum Freihandel gebracht hatten.

Noch im August 1869 folgte die nationalliberale Partei rein doctrinären Eingebungen, war sie noch nicht zur capital-liberalen Interessenpartei durch Ankauf ihrer Führer corrum-pirt. Die von Lasker, Miquel, Wehrenpfennig inspirirte «Liberale Correspondenz» (L. C.) plaidirte für Privat-, anstatt Staatstelegraphen, gegen die Eisenbahn-Prämien-Anleihe, von der wir gleich sprechen werden, und gegen die grossen Capital-Associationen, wie sie sich, namentlich durch Fusion von Eisenbahn-Gesellschaften, bilden, «weil sie einen Staat im Staate bilden, dem Staate nicht zum Vortheil» gereichen etc. Auch gegen das Postregal war man eingenommen und begünstigte die Kühnemann'sche Packet-Beförderungs-Anstalt. Die Königliche Seehandlung und die Domänen wollte man veräussern, Staatsbahnen in Privatbahnen verwandeln, die Eisenbahntarife herabsetzen etc. Man sieht überall den manchesterlichen Doctrinarismus. Die Sache sollte bald eine andere Wendung erhalten.

Die Disconto-Gesellschaft hatte bereits in früheren Jahren sich mit der Emission von Eisenbahnpapieren beschäftigt, und auch schon seit 1862 sich um Eisenbahn-Concessionen beworben. Sie wurde z. B. beim Gesuch um Concession von Berlin-Lehrte vom Handelsministerium auffallend begünstigt, das die concurrirende Berlin-Magdeburger Bahndirection anwies, «sich mit der Disconto-Gesellschaft zu verbinden.» Die Disconto-Gesellschaft erhielt die Concession und übertrug sie an die Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft unter Bedingungen, die ihr rund 2,000,000 Thlr. einbrachten. Wir fragen uns vergebens nach dem Grunde, der den Minister bewog, der Disconto-Gesellschaft die Concession zu geben, zumal der Justizminister officiell schrieb, «es ergebe sich die Vermuthung, dass es dem Comité Hansemann nicht sowohl um eine Anlage zur Förderung des öffentlichen Wohles, als lediglich um ein Privatinteresse zu thun sei.» Graf Lippe hat diese Kühnheit — im Pensionsstübchen zu bereuen. Sein Nachfolger hat sich nie eine ähnliche Bemerkung über die Disconto-Gesellschaft erlaubt. Die politischen Agenten der Disconto-Gesellschaft, damals nur Beamte, dürften die Gründe, die auf den Handelsminister drückten, kennen.

Nachdem dies Geschäft so «vorteilhaft» abgelaufen war, wuchs der Disconto-Gesellschaft der Appetit. Sie beschloss mehr und mehr Bahnen unter ihre Clientel zu bringen, und fasste zunächst folgenden Plan: Sie übernahm für 26 Millionen Thaler Prioritäten der Oberschlesischen, für 28 $\frac{1}{2}$ Mill. der Köln-Mindener, für 35 $\frac{1}{2}$ Mill. der Bergisch-Märkischen und für 10 Mill. Thaler der Magdeburg-Halberstädter Bahn fest und wollte diese Prioritäts-Obligationen in ihren Tresor legen, dafür aber 100,000,000 Thlr. Prämien-Anleihe zu 4 $\frac{1}{2}$ Procent emittiren, die mit 4 Procent verzinst und mit $\frac{1}{2}$ ausgelost werden sollte.

Man berechnete, dass die Disconto-Gesellschaft durch die Spekulation auf die Spielwuth des Publikums, welches ein 4 $\frac{1}{2}$ Proc. Prämienpapier höher bezahlt als ein 4 $\frac{1}{2}$ Proc. Zinspapier von derselben Sicherheit, gleich bei der Emission 10,000,000 Thaler «verdienen» werde, abgesehen von dem Vortheil, den die Verwaltung von 100,000,000 Thaler durch so viele Jahre immer mit sich bringt; da gehen Stücke und Coupons verloren, wird Capital und Zins nicht sofort nach Fälligkeit behoben etc.

Gegen dieses Project einer, wie wir weiterhin sehen werden, elenden Nachahmung des beim Crédit Mobilier üblichen Verfahrens, erhob sich ein Sturm der Entrüstung: die Disconto-Gesellschaft beherrschte noch nicht die öffentliche Meinung durch genügende Pressbestechung. Ausser der «Berliner Börsen-Zeitung» traten nur «Spencersche» und «Elberfelder» offen für das Geschäft ein. Auch das Parlament war noch nicht zum «Syndikat in der Leipziger Strasse» oder zur «Börse No. II.» herabgesunken. Die Herrenhäusler und das Abgeordnetenhaus interpellirten die Regierung und erklärten sich gegen das Geschäft. Im ersteren sprach sich Wilckens, im zweiten von Eckardstein für die Disconto-Gesellschaft aus und, was sehr zu beachten, Miquél liess sich «für» einschreiben, kam aber durch Schluss der Debatte nicht zum Wort. Auf dem volkwirtschaftlichen Congress legte sich der berühmte Gründer der Deutschen Bank, Erfinder des Nickelgeldes und der Reichsjudenbank, Bamberger,

für Prämien-Anleihen ein, die weder «monströs noch unsittlich» seien.

Es kam bei diesen Debatten heraus, dass der Finanzminister v. d. Heydt und der Handelsminister Graf Itzenplitz der Disconto-Gesellschaft bereits bindende Versprechungen gemacht hatten, die sie nun nicht wahrmachen konnten. Die Wuth der Disconto-Gesellschaft war grenzenlos. Zunächst veranstaltete sie an der Börse eine allgemeine Baisse in preussischen Staatspapieren, um der Regierung ihre Macht fühlbar zu machen. Sie liess die Volkswirthe angreifen: «Wir leben in einer praktischen Welt . . . Uebrigens vergesse man nicht bei der Schilderung der Natur des Bankiers, dass in der Welt gerade der Bankier die Principien der Freiheit vertritt» (Börsen-Zeitung vom 4. September 1869). Dasselbe Blatt warnte am 14. Oktober die Wähler vor denjenigen Abgeordneten, die «dem Volk den Credit vertheuerten.» Am 18. Oktober drohte sie den Grundbesitzern, die im Herrenhause sich besonders energisch gegen die Prämien-Anleihe ausgesprochen, mit der Rache der Börse. Endlich liess sie ihren ganzen Zorn über den unglücklichen v. d. Heydt los, der, im Gegensatz zu Itzenplitz, die Disconto-Gesellschaft gar nicht vertheidigt hatte. Sie drohte mit «Enthüllungen» (15. Oktober) und da Heydt schon früher, durch Vorlage des Börsensteuerprojects, der Börse missliebig geworden war, so wurden alle Hebel gegen ihn mit solchem Erfolge in Bewegung gesetzt, dass er schon am 28. Oktober seine Entlassung erhielt, der erste Minister, den in Preussen offenkundig die Börse stürzte. Itzenplitz rettete sich durch Gefügigkeit, machte in Folge Alles, was die Disconto-Gesellschaft und ihre Genossen verlangten, um 1873 um so ruhmloser zu fallen. Der Triumph der Börse war gross, als zu Heydt's Nachfolger der damalige Präsident der Seehandlung, Camphausen, ernannt wurde.

Camphausen, der nahe Verwandte des bekannten 1848er Ministers und des Bankiers und vielfachen Gründers A. Camphausen am Rhein, war seit 1848 mit Hansemanns Familie intim befreundet, ebenso wie sein erster Rath bei der Seehandlung, Scheidtman, den die «Kreuz-Zeitung» seiner

Zeit «Peter Müus» zu nennen pflegte. Dieser stehende Mittagsgast Hansemanns ist noch activ.

Jetzt war die Regierung der Börse unbedingt ergeben, zumal der Präsident des Reichskanzleramtes, Delbrück, durch seine Verwandtschaft mit dem Chef des grauenhaften Gründerhauses Leo Delbrück u. Co., ihr auch nahe stand, und der Unterredacteur der «National-Zeitung», Michaelis, noch bevor er zum Geheimen Rath und Faktotum Delbrück's avancirte, erklärt hatte, «der Moralist sei der geschworene Feind aller wirthschaftlichen Vorgänge», was Ofenheim in Wien frei übersetzte: «Mit Moral baut man keine Eisenbahnen». Delbrück fand bekanntlich später dem Gründungsschwindel gegenüber kein anderes Wort als: «die Regierung könne Leute nicht schützen, die ihr Geld los sein wollten». Camphausens Prinzip bei Verwirthschaftung der Milliarden hiess: «Keine Zinsen zu verlieren» — ohne Rücksicht auf Sicherheit des Capitals. Sein Mittel gegen die Krisis war: «Herabsetzung der Löhne.» Michaelis war schon erster Rath und rechte Hand Delbrücks, und Bismarcks vertrautester Rath, Lothar Bucher, ist ein alter Protégé des Hansemann'schen Hauses. Als er Anfangs der 60er Jahre von England, wo er als politischer Flüchtling gelebt, zurückkehrte, beschäftigte ihn David Hansemann, sein inzwischen reich gewordener Fractionsgenosse von 1848, mit publicistischen Arbeiten, zog ihn an seinen Tisch. Es ist anzunehmen, dass er auch von dieser Seite her dem Grafen Bismarck empfohlen wurde. Er ist ein gern gesehener Sommergast noch jetzt auf Hansemann's Besitzung auf Rügen, Schloss Lanken. Die Disconto-Gesellschaft verstand es, sich einflussreiche Freunde zu machen und ihre Freunde zu poussiren. Im Herbst 1876 ging sogar das Gerücht, Herr L. Bucher solle erster Rath im Staatsministerium werden, als welcher er den Vortrag bei Sr. Majestät erhalten würde. Man wunderte sich in eingeweihten Kreisen um so weniger hierüber, als diese Stellung fast traditionell von Leuten occupirt worden ist, welche der Börse und namentlich der Disconto-Gesellschaft nahe stehen, von ihr abhängig sind oder waren. Wehrmann und Schumann waren Verwaltungsräthe dieser Bank. Ein Freund im Cabinet

Sr. Majestät aber kann einer Bank, die u. A. auch Concessionen von Hypotheken-Banken, Bahnen etc. nachsucht, Millionen einbringen. Eine bessere Regierung konnte sich die Börse nicht wünschen, als sie nach Heydt's Sturz zusammengesetzt war.

Diese Einsicht ist in den hohen Regierungskreisen übrigens auch verbreitet und der durch seinen Witz und seine, wenn man will, burschikose Offenheit bekannte, der Börse für seine Person vornehm abholde Minister Graf Eulenburg hat nicht nur vor zahlreicher Tischgesellschaft, sondern auch einem rheinischen Fürsten gegenüber noch neuerdings mit dem Ausdruck des Bedauerns erklärt: «Die alten Stützen der Regierung sind vernichtet. Wir müssen uns fortan auf die Juden stützen.»

War somit der Einfluss der Börse bis ins Cabinet Sr. Majestät ein gesicherter, so hatte sie durch den einflussreichsten Geheimen Rath Berlins, Herrn G. Bleichröder, stets Zugang zum Fürsten Bismarck, was bekanntlich nicht einmal fremde Botschafter von sich sagen können, und es handelte sich nur noch darum, auch die Volksvertretung gründlich zu corruptiren.

Die politischen Gründeragenten.

Der Verlauf des gescheiterten Hundertmillionen-Coups hatte die Disconto-Gesellschaft belehrt, dass ihre politischen Machtmittel noch ungenügend seien.

Der bequemste Weg, zu politischem Einfluss zu gelangen, geht heut zu Tage durch das Parlament, wie früher durch die Antichambres. Welcher Weg der verwerflichere unter Umständen ist, das zu ergründen überlassen wir den Moralisten. Hier lag nun der Gedanke nahe, und er wurde auch für eine kurze Zeit gefasst, dass Herr Hansemann selbst sich zum Abgeordneten wählen liesse, was ihm bei seinem Reichthum natürlich ebenso leicht werden musste, wie es Strousberg leicht geworden war.

Allein Herr Hansemann ist nicht nur ein befähigter Geschäftsmann, sondern er hat sogar ein gesundes Urtheil über sich selbst, was bei einem Geldmanne und Parventi ausserordentlich beachtenswerth ist. Hansemann entbehrt jeden Rednertalents und er hat unliebenswürdige Gewohnheiten, ermangelt aller abgeschliffenen Formen und durchaus jenes concilianten Wesens, welches für den Parteiführer unerlässlich ist, wenn es nicht durch eminente Gaben anderer Art ersetzt wird. An der Börse hiess er noch vor zehn Jahren nur der «gebildete Hausknecht», wobei der Ton nicht auf das Adjectivum gelegt wurde. Hansemann sah also nach kurzer Ueberlegung ein, dass er in dem Parlament stets nur eine secundäre Rolle spielen, keinen grossen politischen Einfluss gewinnen und dem Geschäft der Disconto-Gesellschaft jedenfalls nicht soviel durch seine Wirksamkeit im Parlament als durch seine Thätigkeit in der Direction der Disconto-Gesellschaft nutzen werde.

So verfiel er auf den nahe liegenden Gedanken, einen Parlamentarier von Ruf für das Interesse der Disconto-Gesellschaft zu gewinnen.

Es musste sich ein Mann besonders empfehlen, welcher, neben politischem Einfluss, gleichzeitig Geschäftsmann, Bankier war. Die Zahl derselben ist nicht eben gross, und Herr Hansemann lieferte einen neuen Beweis seines Scharfblicks durch die Wahl, welche er traf. Sie fiel auf den Stettiner Abgeordneten, Consul G. Müller.

Dieser Mann ist zwar kein grosser Redner, spricht aber immerhin «für's Haus» gut genug. Er ist ein sehr geriebener Geschäftsmann und wäre als solcher für die Disconto-Gesellschaft unschätzbar gewesen, wie die vielfachen Gründungen beweisen, an welchen er sich späterhin betheiliget hat. Sein Einfluss im Parlament war in allen «geschäftlichen» Fragen ein sehr grosser und vielleicht nur von dem Meyer's aus Bremen übertroffener, und mit Recht, da er, ausser unbestreitbarer Kenntniss aller Arten von Geldoperationen, als «correcter Liberaler», Vertreter einer bedeutenden See- und Handelsstadt und reicher Mann eine Fülle von Eigenschaften in sich vereinigte, welche zu Einfluss verhelfen.

Die Wahl Hansemann's war also eine überaus glückliche und geschickte zu nennen. Allein der Plan scheiterte an einem Umstand, auf den Hansemann nicht geachtet hatte, weil ihm dergleichen noch nie hinderlich in den Weg getreten war. Müller hatte für die ihm angetragene Stellung — zu viel Charakter!

Herr Hansemann wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens wollte er seinen einzigen Mitdirector Meyer Goldschmidt, der lange Zeit die Seele des Geschäfts gewesen, los werden, zumal derselbe erkrankt war. Hansemann, damals noch rothblütig, zog nun mehr und mehr die Entscheidung über alle Geschäfte an sich und entwickelte dabei, wie ihm selbst seine Gegner nachrühmen, ebenso viel Fleiss wie — in Rücksicht auf seine geringe Bildung — überraschendes Geschick. An dieser Selbstherrschaft, welche ihm der alte Kaufmann Goldschmidt früher nicht gelassen hatte, fand Hansemann zuviel Geschmack, als dass er sie später hätte aufgeben mögen, und als Goldschmidt seiner Krankheit wegen resigniren musste, dachte Herr Hansemann garnicht daran, einen wirklichen Nachfolger für ihn auf den Directionssessel der Disconto-Gesellschaft zu berufen. So fasste er den Plan, den zu engagirenden politischen Agenten neben sich in die Direction zu nehmen, ihm aber keinen geschäftlichen Einfluss zu gestatten.

Herr Müller wollte die Nachfolge Goldschmidt's übernehmen, aber auch die ganze Nachfolge, d. h. er wollte gleichberechtigt neben Hansemann in der Direktion der Disconto-Gesellschaft schalten und nicht einfach dessen Dekrete mit unterzeichnen. Natürlich passte dies Hansemann nicht, und die Sache zerschlug sich zu seinem grossen Kummer.

Müller übernahm dann die Vertretung der Meininger Credit-Bank in Berlin und gründete heftig. Allein sein Charakter bewährte sich auch jetzt noch insofern, als er die Unvereinbarkeit dieser Thätigkeit mit der Rolle eines Gesetzgebers einsah: Er trat von der politischen Bühne ab, und das ist, unserer Ansicht nach, eine anständige und die einzig wirklich «correcte» Handlung.

Da Hansemann nun einen guten Geschäftsmann und Parlamentarier von der nöthigen Gefügigkeit sich nicht kaufen konnte, so suchte er unter den geschäftsunkundigen Parlamentariern ein Werkzeug, und da er nun auf dessen geschäftliche Unterstützung nicht zu rechnen hatte, so war er berechtigt, höhere politische Fähigkeiten zu beanspruchen.

Nach kurzer Unterhandlung nahm Herr Miquél die ihm angetragene Rolle in der Disconto-Gesellschaft und im Parlament an.

Herr Miquél — der übrigens eigentlich Michel heisst (im hannöverschen Dialect wird sein Name Mikel gesprochen und ist von unserem Helden dann französirt worden), — hat im F-bruar 1875 im Reichstage eine oratio pro domo gehalten, worin er zu seiner Entschuldigung sagt, er habe später als «Aufsichtsrath» gar keine Kenntniss von den Operationen der Disconto-Gesellschaft gehabt, das besorge fast Alles die Direction. Er habe auch als «Inhaber» nur sein juristisches Ressort bearbeitet.

Dies ist nicht so unrichtig. Er hat thatsächlich als Geschäftsinhaber keinen irgendwie nennenswerthen Einfluss auf den Gang der Geschäfte geübt; er sowenig wie seine Mitdirectoren Hecker und Salomonsohn. Er war sogar in der Direction selbst vollkommen überflüssig, denn die Leitung des Ganzen behielt Hansemann, die Börse Hecker und das juristische Fach, von dem Miquél behauptet, er habe es bearbeitet, besorgte der Hauptsache nach Rechtsanwalt a. D. Salomonsohn, der auf dem Gebiet der Juristerei, welche Financiers gebrauchen, sehr viel gescheuter ist als Miquél es je werden wird. Da man einen «Geschäftsinhaber» indess doch auch pro forma im Bankgebäude zuweilen beschäftigen muss — Badereisen und Sommeraufenthalt in Thale gestattete man ja dem leicht abkömmlichen politischen Agenten der Disconto-Gesellschaft sehr liberal — und man ihn doch auch nicht mit Bücherliniiren und Briefcopiren, der Leute wegen, beauftragen konnte, so sind ihm freilich unbedeutendere juristische Arbeiten anvertraut worden. Allein es hätten sich Hunderte von auf diesem Gebiet viel erfahreneren Juristen, als der im Communaldienst bisher

beschäftigte Oberbürgermeister, für den zehnten Theil seines Einkommens engagieren lassen.

Herr Hansemann schmeisst kein Geld für Nichts und Wiedernichts fort. Wenn er nun den scheidenden Mitinhaber noch 1873 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrathes machte, so muss Herr Miquél wohl an anderer Stelle der Disconto-Gesellschaft solche Dienste geleistet haben, dass er dafür in der That eine fürstliche Besoldung verlangen durfte. Seiner schönen Augen wegen hat Herr Miquél nicht die Hunderttausende erhalten, die Herr v. Hansemann nach Goldschmidts Ausscheiden bequem in die eigene Tasche stecken konnte.

Diese Dienste hat er geleistet, wie wir sehen werden. Uebrigens ist seine Vertheidigung eine elende. Sogar Strousberg sagt: «Man kann aber solchen Vertrauensposten nicht von sich auf Andere übertragen und muss dann darauf verzichten, im Aufsichtsrath und gleichzeitig Grtinder zu sein und einer Verwaltung oder Gesellschaft, deren Thätigkeit man nicht leitet und verfolgen kann, den Lüstre seines Namens zu geben.»

Als vielfacher Aufsichtsrath Hunderttausende einstreichen und nachher erklären, man habe als solcher nichts gethan, sei also am Krach der beaufsichtigten Gesellschaften unschuldig, ist einfach albern.

Aber nicht nur, was Miquél angeblich nicht gethan hat sondern auch, was er thun musste, ist neuerdings Gegenstand der Erörterung gewesen. Herr Lasker selbst hat nach Herrn von Diest's Aufzeichnungen diesem am 4. März 1874 gesagt, «dass auch in die Parlamente hinein die Hydra immer mehr einzudringen versuche» und er hat dabei Braun, Miquél, Kardorff, Adickes, v. Eckardstein und Andre als solche genannt, «die sich als in eigenthümlicher Weise bei der Förderung einiger Gesetze (Prämien-Anleihe. Anmerkung des Herrn v. Diest) betheiligt erwiesen hätten.»

Hierauf antwortet nun Lasker freilich:

«Ich kann mich der Einzelheiten aus jenem vor Jahren geführten Gespräche nicht mit wörtlicher Genauigkeit erinnern, wohl aber vermag ich, nicht allein aus inneren Gründen, sondern auch durch Nebenumstände in meinem

Gedächtniss unterstützt, im Wesentlichen die in der Notiz entstellten Aeusserungen richtig wiederzugeben, weil ich sie zur Zeit nicht allein vor Herrn v. Diest, sondern auch wiederholt in Freundeskreisen gethan und mit denselben in keiner Weise zurückgehalten habe. Ich sprach mein Bedauern darüber aus, dass immer mehr Abgeordnete in geschäftliche Stellungen sich begeben, welche sie bei der Förderung von Gesetzen als betheiligt erscheinen lassen. Möglich, sogar sehr wahrscheinlich ist, dass ich dabei auf die 1870 im Reichstage geführten Verhandlungen über die Zulassung von Prämienanleihen und die preussische Centralbodencreditactiengesellschaft exemplificirt habe, weil ich auch dessen mich erinnere, mein Bedauern darüber ausgesprochen zu haben, dass in dem Verwaltungsrathe dieser Gesellschaft eine erhebliche Zahl von Reichstagsmitgliedern verschiedener Parteien sassen; ich bedauerte ferner, dass einzelne dieser Mitglieder den Antrag, die Ausgabe von Prämienanleihen unter gewissen Normativbedingungen zuzulassen, in den Reichstag einbrachten oder unterstützten, während in öffentlichen Blättern mitgetheilt war, dass jene Gesellschaft (Disconto-Gesellschaft. Siehe oben.) mit dem Plane umginge, eine Prämienanleihe auszugeben. Ferner möglich ist, dass ich ausserdem im Verlaufe der langen Unterhaltung eine Aeusserung gethan, dass «die Hydra» immer mehr auch in die Parlamente hinein zu dringen versuche.

•Wenn nun Herr v. Diest die Notiz so abgefasst hat, dass diese den Eindruck hervorbringt, als ob ich die genannten Personen besonders angeklagt und mit der «Hydra» in Zusammenhang gebracht hätte, so lasse ich dahin gestellt, ob dies aus Ungeschicklichkeit oder von vorn herein mit Absicht geschehen ist. Aber so viel ist mir völlig klar, dass es gerade diese Notiz und die ihr gegebene Fassung ist, welche Herr v. Diest zur Basis des Operationsplanes gemacht hat, um mich zu zwingen, dass ich gegen Mitglieder der nationalliberalen Partei als öffentlicher Ankläger auftreten sollte, ohne mir zu bezeichnen, welcher bestimmten Thatsachen sie anzuklagen wären.

«In dem Brief vom 16. Februar 1876 erklärt Herr v. Diest, ausserhalb der erwähnten Notiz, dass ich gerade Herrn Miquél in dem Gespräch vom 6. März 1874 ihm als Gründer genannt hätte. Dagegen kann ich mit aller Bestimmtheit erklären, dass ich Herrn Miquél niemals als «Gründer» vor Herrn v. Diest benannt haben kann. Denn ich erinnere mich aus jener Zeit genau, auf anderweitige hierüber gemachte Bemerkungen erwidert zu haben, dass mir die Geschäfte der «Berliner Disconto-Gesellschaft» und die Art der Mitwirkung des Herrn Miquél bei derselben völlig unbekannt (!! Er hat 1872 ein Gutachten für die Disconto-Gesellschaft über die Gründung der rumänischen Eisenbahn-Action-Gesellschaft gemacht, auf Ansuchen Miquéls und, wie die Staatsbürger Zeitung behauptet, gegen ein Honorar von 6000 Mark. Diese Behauptung Lasker's ist also eine freche Lüge.) wären, und dass ich besonders jede wegen «Gründergeschäfte» gegen Herrn Miquél gerichtete Verdächtigung, bis zur Bezeichnung bestimmter Fälle, zurtückweisen müsste, weil ich Herrn Miquél für durchaus unfähig hielte, an einer schwindelhaften Gründung sich zu betheiligen.»

Wie viel Worte, so viel Lügen! Lasker, der 1873 der Welt alle seine Kenntniss über Schwindel und Gründungen angeblich im Parlament erzählt und als Sünder bloss Stroussberg, Wagener, Putbus und Biron findet, hat, wie er selbst zugesteht, schon 1870 bei Prämien-Anleihe und Central-Bodencredit die Erfahrung gemacht, dass einzelne Mitglieder diese, für die Disconto-Gesellschaft vortheilhaften Anträge einbrachten oder unterstützten, d. h. dass sie als politische Gründer-Agenten und nicht als Volksvertreter operirten. Diese traurige Erfahrung hat er bei seinen Enthüllungen 1873 nicht nur unterschlagen, sondern, von Diest gedrängt, giebt er sie 1876, nach 6 Jahren, erst nothgedrungen zu. Aber auch jetzt noch sucht er Miquél weiss zu waschen, obschon der — 1870 war er schon Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft — den Hauptnutzen, einen grösseren als die anderen Gründer-Agenten, die nur Verwaltungsräthe waren, von jenen Gesetzen haben musste! Und endlich haben wir im stenographischen Bericht über die einschlagende Ver-

handlung im Abgeordnetenhanse gelesen, dass Miquél sich für die Prämien-Anleihe zum Worte gemeldet hatte, also jedenfalls an jenen Unthaten der «Hydra» betheiligt war. Wenn Herr Lasker den Herrn Miquél schliesslich für unfähig hält, sich an schwindelhaften Gründungen zu betheiligen, so muss er schwachsinnig geworden sein! Miquél war u. A. Director der Provinzial-Disconto-Gesellschaft, der Dortmunder Union, der St. Gotthard-Eisenbahn — lauter verschwindelte Gesellschaften.

Jedenfalls fällt aus Laskers eigener Erklärung das Zugeständniss heraus, dass sich seit 1870 — wir behaupten, bereits seit 1869 — ein Ring von politischen Agenten — die «Hydra» — constituirte, der solche Gesetze machte, wie sie die Börse gebrauchte, um sich zu bereichern — durch Plünderung des Publikums.

Kehren wir nun von Herrn Miquél zu dessen Kostgeber zurück!

Herr Hansemann aber verstärkte seine politische Position noch mehr. Schon im Juli 1869 war der Geh. Rath Scheele aus dem Staatsdienst ganz geschieden, um sich vollständig dem Dienst der Disconto-Gesellschaft zu widmen; er wurde Vorsitzender des Verwaltungsrathes. Von Geschäftleuten traten successive ein Moritz Reichenheim, Gustav Hansemann; als politische Agenten wurden gewonnen Präsident und Abgeordneter von Rönne, Geh. Oberfinanz-Rath a. D. Scheller, Geh. Rath Wehrmann seit 1873, Staatsminister a. D. v. Bernuth. So nach allen Seiten hin einflussreiche Leute mussten Herr Hansemann's grosse Pläne erfolgreich unterstützen können und — thaten es auch.

Der damalige Bundesgenosse des Herrn Hansemann, Bleichröder, erfreute sich persönlich vortrefflicher Beziehungen, deren wichtigste die Kreuz-Zeitung in den Aera-Artikeln andeutete. Indess sah auch er ein, dass er eine parlamentarische Position gewinnen müsse. Wer Herrn Bleichröder einmal gesehen hat, begreift, dass seine Persönlichkeit im Parlament nur Heiterkeit erregen würde. Bei aller auch ihm eigenthümlichen Stammeseitelkeit sah er dies selbst ebenso ein wie Herr Hansemann und verzichtete gleich

diesem auf parlamentarische Lorbeern. Er fing also an, Herrn Laskers juristischen Rath zu benutzen; für wieviel Honorar oder Gehalt, ist noch nicht bekannt geworden. Er gewann ferner dessen Freund, den nationalliberalen Abgeordneten, Bürgermeister von Gera, Weber, der ganz in seine Dienste trat, sowie den freiconservativen Abgeordneten von Kardorff durch Bethheiligung bei Gründungen.

Später hat Eugen Richter sich in auffallender Weise der Interessen der Finanzdioskuren angenommen, ist jedoch so vorsichtig zu Werke gegangen, dass man die Motive bisher nicht hat entschleiern können. Dasselbe gilt von Herrn von Benda.

Die zahlreichen Beziehungen zu anderen Finanzconsortien und Bahngesellschaften, welche beide Bankchefs successive anknüpften, führten ihnen noch andere politische Kräfte zu, wie v. Bennigsen, Adikes etc., über die wir weiterhin sprechen werden.

In der «Schlesischen Volkszeitung» vom 18. October 1876 hat Verfasser eine Liste von noch im Reichstage oder Abgeordnetenhaus sitzenden Verwaltungsräthen resp. Directoren veröffentlicht, welche 80 Nummern aufweist und von 20 solchen, die früher in diesen Häusern sassen. Jetzt bereits ausgeschiedene, hervorragend durch ihre geschäftlichen Bethheiligungen bekannte Abgeordnete sind: Marquard-Barth, Graf Bochholz, v. Carlowitz, Guido Graf Henckel v. Donnersmarck, Meyer-Bremen, Consul G. Müller, v. Rothschild, v. Sängner-Grabowo, Schön, Strousberg, Wagener. Von activen Abgeordneten sind besonders zu nennen: Bamberger, v. Bennigsen, Berger, v. Bernuth, v. Bethmann-Hollweg-Runowo, Gra Bethusy-Huc, v. Bonin, Dr. K. Braun, Braun (Hersfeld), Buhl, Bunsen, Chevallier, v. Eckardstein, Friedenthal, Hagen, Hammacher, Handjery, Prinz Karl zu Hohenlohe, Kapp, v. Kardorff, Kieschke, Koch, Laporte, Löwe-Calbe, Graf Maltzahn-Militsch, Minckwitz, Miquël, Mosle, Müller-Stuttgart, Graf Pückler, Herzog von Ratibor, Richter-Tharand, Reinike-Halle, v. Rönne, v. Schauss, Schöttler, Schulze-Delitzsch, Scipio, Siemens, v. Unruh-Magdeburg, v. Wedell-Malchow, v. Winter, Wölfell, Wolfsohn.

Diejenigen 13 Abgeordneten, deren Namen gesperrt gedruckt sind, haben mit Gründungen von Disconto-Bleichröder zu thun gehabt. Noch muss hervorgehoben werden, dass Sonnemann-Frankfurt, wie sich neuerdings durch Enthüllungen der «Staatsbürger-Zeitung» herausgestellt hat, gewohnheitsmässig bei Gründungen theilhaftig wurde. Eine ganz erschöpfende Gründer-Liste von Abgeordneten hofft Herr O. Glagau demnächst im zweiten Bande seiner Geschichte des Gründungsschwindels zu veröffentlichen. Die oben Genannten dürften indess die Hauptmitglieder jenes Consortiums sein, welches Herr Lasker als die «Hydra» bezeichnet. Unter obigen Gründern ist nur ein Conservativer und kein Ultramontaner!

Nachdem die Börse ihre Freunde in der Regierung und Volksvertretung sicher placirt hatte, begann sie die Presse auf ihre Seite zu bringen. Die nationalliberalen Correspondenzen wurden bis heute theilweise in den Büreaux der Disconto-Gesellschaft oder in ihrem Hause in der Charlottenstrasse gefertigt. Für die nationalliberale Wahlagitation steuerte sie freigebig bei. Mit ihren Diäten ist Miquel noch vor Kurzem in Deutschland umhergereist, um Propaganda für das famose Reichseisenbahn-Project zu machen. Einen grossen Theil der Presse bestach man direct. Als zugängliche Blätter sind durch v. Diest und Andere die «National-Zeitung» und die «Frankfurter Zeitung» entlarvt. Von den Börsenzeitungen versteht sich die Gefolgschaft von selbst.

Um die Bahn für lucrative Geschäfte freizumachen, mussten einige Gesetze abgeändert werden. Von jetzt ab sehen wir die liberale Partei mehr und mehr die doctrinäre Bahn verlassen, ungeheuer praktisch, d. h. capital-liberal werden. Nach 1869 wurde durch die Gewerbeordnung dem Grosscapital und Grossbetrieb das Handwerk preisgegeben; 1870 entstand das neue Actiengesetz, das dem Schwindel Thür und Thor öffnete, indem es die «Gründungen» ganz freigab. Das Strafgesetz wurde ferner von solchen Paragraphen gereinigt, die reichen Leuten mit weitem Gewissen und laxer Moral unbequem werden konnten. Diese dürfen

von da ab lachenden Mundes das Zuchthaus mit dem Aermel streifen.

Herr O. Glagau schildert trefflich die Einigkeit und Herzlichkeit, welche zwischen der Regierung und dem Parlament herrschte, als das Actien-Gesetz gegeben werden sollte, um das sich Graf Renard, ein ganz berühmter Gründer, neben Lasker und Miquel hervorragend verdient machte. Ueber die Wirkungen dieses Gesetzes sagt die Reichsglocke: «Dass die Bildung der Aktiengesellschaften zu einer schamlosen Plünderung des Publikums geführt hat, dessen Hab und Gut dadurch in die Taschen einiger wenigen Gründer, Verwaltungsräthe, Börsenjobber, Makler und Juden gewandert ist, darüber dürfte wohl der Ausspruch Delbrücks, dass man das Publikum nicht hindern könne, sein Geld zu verlieren, jeden Zweifel beseitigt haben».

An's Geschäft! Eisenbahnen.

Wir haben gesagt, dass Frankreich für unsere verfehlte Wirthschaftspolitik und auch für die Praxis unserer Reichsjuden in vielen Stücken vorbildgebend gewesen sei. Beweis: Das Haus Rothschild zu Paris kaufte zunächst die Oesterreichische Südbahn vom österreichischen Staate, ruinirte sie durch allerhand finanzielle Praktiken und verkauft sie jetzt eben wieder an die italienische Regierung. Dasselbe Geschäft wollen unsere Finanz-Dioscuren bei uns machen.

Den Anstoss dazu gab die eigenthümliche Lage des Herzogthums Braunschweig. Man fürchtete dort die Annexion durch Preussen für den Fall des Ablebens des jetzigen kinderlosen Herzogs und wollte die Bahnen zu Geld machen, um deren Capital dem Lande zu erhalten. Die Disconto-Gesellschaft kaufte gemeinsam mit S. Bleichröder, M. A. von Rothschild, Eltzbacher, Meininger- und Darmstädter-Bank im März 1870 die Braunschweigischen Staatsbahnen, nachdem die Verhandlungen fast ein Jahr gedauert hatten,

und gründete daraus eine Actien-Bahn, in deren Verwaltungsrath Bleichröder seinen Compagnon Schwabach, die Disconto-Gesellschaft ihren politischen Agenten Miquel delegirte, wodurch sie die Bahn unter ihrer Herrschaft behielten.

Dies war überhaupt das System unserer Reichsbankiers. Sie setzten einige «ihrer Leute» in den Verwaltungsrath oder in die Direktion einer abhängigen Gesellschaft und machten durch deren Vermittelung finanzielle Geschäfte mit derselben, d. h. eigentlich mit sich selbst, zum Schaden der bewirthschafteten Gesellschaft und zu ihrem Vortheil.

«Herr v. Hansemann hat den Grundsatz», sagt Strousberg in dem Buche «Dr. Strousberg und sein Wirken», «dass er und die Disconto-Gesellschaft sich bei industriellen Angelegenheiten, welcher Art sie auch sein mögen, nur theiligt, wenn die Verantwortlichkeit für den Betrieb oder die Ausführung auf andere Schultern gelegt werden kann. Dies schliesst unter gewöhnlichen Verhältnissen seinen Einfluss auf die Verwaltung aber nicht aus, nur die Verantwortung übernimmt er nicht (wohl aber den Verdienst). Bei Dortmunder Union waren die Herren Grillo und v. Born die verantwortliche Aufsicht, bei Görlitz Geheimrath Wilckens und Consorten u. s. w. Wenn es möglich ist, einem Institut, wie der Disconto-Gesellschaft, unzählige Beziehungen zu verschaffen, wobei dieselbe alle möglichen rechtlichen (?) Vortheile geniessen, und über enorme associirte Capitalien einen unbeschränkten Willen ausüben kann, ohne verantwortlich und sogar in der Lage zu sein, ihre Speculation in den betreffenden Papieren, neben vollster Kenntniss, mit einer Unbefangenheit zu handhaben, als ob sie der Sache ganz fern steht, und dass, wer auch verliert, sie sicherlich gewinnen muss, so verdient der Schöpfer dieses Systems seitens der Besitzer der Discontocommanditheile jede Anerkennung. Anders verhält es sich mit den Mündeln der Disconto-Gesellschaft. Diese leiden sicherlich schwer darunter.»

An anderer Stelle erzählt Strousberg, wie die Disconto-Gesellschaft ihre Mündel plündert. Sie hatte eine Anzahl Herren, die von ihr abhängig sind, Salomonsohn, Wilckens,

R. Hardt, Levinstein und Hansemanns Schwager Ravené in den Verwaltungsrath der Berlin-Görlitzer Eisenbahn gebracht und dirigirte durch diese die Bahn. «Was mir völlig zum Ueberdruss war, war der Umstand», sagt Stronsberg, der als Erbauer der Bahn auch im Verwaltungsrath sass, «dass wir eigentlich gar keine selbstständige Körperschaft waren, die Parole wurde von der Disconto-Gesellschaft ausgegeben. Der Vorsitzende und andere Personen von dort waren Mitglieder des Aufsichtsrathes, ein Geschäftsinhaber und Schwager und sonstige Beamte waren gleichfalls dabei . . .»

Nun kommt ein classischer Fall der Plünderung des Mündels durch den Vormund:

«Es handelte sich um die Begebung von vier oder sechs Millionen Thaler Obligationen, die zu Bauzwecken im Laufe von einem oder zwei Jahren erforderlich waren. Eines Tages kam diese Angelegenheit auf die Tagesordnung; der betreffende Geschäftsinhaber (Salomonsohn) entfernte sich allerdings; der Vorsitzende und die sonst oben erwähnten Betheiligten blieben aber, und nun wurde ein Contractsentwurf mit der Disconto-Gesellschaft bezüglich Uebernahme der Obligationen vorgelegt, wonach, neben anderen Bestimmungen, die erwähnte Gesellschaft dieselben zu vier oder sechs Procent unter dem Course für ähnliche Papiere kaufte und ihr freies Ermessen bezugs Abnahme gegeben werden sollte, wobei ausserdem die Verzinsung des Erlöses bis zur Verwendung niedriger als die Obligationenzinsen sein sollte. Ich machte darauf aufmerksam, dass hierdurch eine sehr grosse Summe in Coursdifferenzen involviret werde, dass Zinsverluste entstehen würden, und dass eine Gesellschaft, die ihre Obligationen, Prioritätsactien ganz und selbst Stammactien theilweise verzinst habe und die eine selbstständige Direction besitze, die Vermittelung der Bankenwelt hier nicht bedürfe, und namentlich, da die Gelder nicht auf einmal nöthig wären, die Effecten nach Bedarf ausgeben könnte. Herr Lewinsein, der, wie ich überzeugt bin — obgleich ich keine Beweise dafür besitze —, bei diesem Geschäft, wenn nicht in erster Linie, doch in irgend einer

interessirt war, plaidirte eifrigst für Annahme des Contractes, und Herr Geheimrath Wilckens schloss, neben der ihm eigenen Breittretung der Frage, in der ihn in gleicher Weise zierenden brüskten Art, so bald wie thunlich, die Debatte.»

Der Contract wurde angenommen! Strousberg schreibt weiter:

«Ueber das Verfahren wird jeder rechtlich denkende Mensch nur ein Urtheil haben. War es Recht, dass Geheimrath Wilckens, Mitglied des Aufsichtsraths eines Bankinstitutes, welcher aus dem Profit dieses Institutes eine Tantième bezieht, zugleich als Vorsitzender bei der Sitzung eines Aufsichtsrathes in einer Frage präsidiert und die Debatte leitet, in der es sich darum handelt, seiner Bank, die ihm im Verhältniss zu ihrem Profit zahlt, Hunderttausende zu verdienen zu geben, und dieses in einem Aufsichtsrathe, wo die Majorität notorisch aus ihm in dieser Beziehung gleichgestellten Personen besteht, und durfte ein solcher Contract überhaupt unter diesen Verhältnissen abgeschlossen werden, ohne andere Institute zur Concurrenz aufzufordern?

«Formelle Gründe mögen ein solches Handeln erlauben und gesetzlich straflos lassen (O nein, § 263 al. 4, § 266 des Strafgesetzes!); über das Unmoralische eines solchen Vorgehens kann kein Zweifel herrschen; und dieser Herr Geheimrath Wilckens war das Haupt der Partei, welche die Disconto-Gesellschaft (Herr Miquel war damals noch Geschäftsinhaber) und Herr Levinstein aus moralischen Rücksichten pro bono publico durch alle möglichen Künste an diese Stelle gebracht haben.

«Zu beweisen würde es mir nicht schwer fallen, dass die Stellung und die niedrige Anbetung des goldenen Kalbes unserer Zeit die grossen Bankhäuser und Bankinstitute in die Lage versetzt, ohne Gesetzesüberschreitung und Gefahr Verhältnisse anzubenten, welche weniger hochsittliche Personen nur unter Anwendung von Mitteln nachahmen können, die als betrügerisch bezeichnet werden würden. Das böse Beispiel, mit Lorbeeren gekrönt, ist aber der wahre Verführer; es untergräbt das

**Rechtsgefühl, ja das rechte Bewusstsein und cor-
rumpirt die Geschäftswelt.**

Ganz gewiss!

In ähnlicher Weise vollzieht sich die Plünderung der
anderen Bahnen, welche, wie wir gleich sehen werden, die
Disconto-Gesellschaft successive unter ihre Herrschaft brachte.

Das oben geschilderte braunschweigische Eisenbahn-
Geschäft und dasjenige mit der verschachtelten Concession
von Berlin-Lehrte hatten guten Nutzen abgeworfen, schon
bei der Gründung, und fuhren fort, Nutzen bei der dauern-
den Bewirthschaftung der Bahnen abzuwerfen; die Sache
schmeckte nach mehr. Es tauchte also im Disconto- Bleich-
röder- Ring der pyramidale Gedanke auf, alle deutschen
Staatsbahnen anzukaufen, sie in abhängige Actien-Gesell-
schaftsbahnen zu «gründen», alle bestehenden Privatbahnen
durch Uebernahme ihrer neuen Emissionen und Besorgung
ihrer Bankiergeschäfte unter ihre Botschaft zu bringen und
so den gesammten Eisenbahnverkehr Deutschlands zu mono-
polisiren.

Die liberale Partei hatte sich von jeher für das Privat-
bahnsystem erklärt. Es war leicht, durch deren Presse die
Sache dem Publikum als eine ungeheuer liberale und wirth-
schaftlich richtige Operation mundgerecht zu machen. «Man
hat eben», schrieb die Berliner Börsen-Zeitung am 20. Novem-
ber 1869, «einsehen gelernt, dass der Staat sich möglichst
von Allem fernhalten soll, was Private so gut wie er, und
erwiesener Maassen häufig besser zu leiten im Stande sind».
Und die politische liberale Presse folgte dem Impuls, welchen
Killisch von Horn, der Disconto-Gesellschaft Leibjournalist,
ihr ertheilte.

Vom November 1869 ab verlautete, dass Disconto- Bleich-
röder mit Aussicht auf Erfolg um den Ankauf der Staats-
bahnen des Königreichs Sachsen verhandelten. Späterhin
bewarben sich dieselben und verbündete Finanzmächte um
Ankauf der bayerischen, badenser und elsass-lothringer
Staatsbahnen, doch gelang ihnen nur die Erwerbung der
mecklenburgischen Friedrich-Franz-Bahn, die sie in ein
Actien - Unternehmen umschmiedeten. Der riesige Plan

bezüglich der Staatsbahnen ist also zum grossen Theile gescheitert. Glücklicher operirten sie bezüglich vieler Privatbahnen.

Dem Herrn Bleichröder kann man nicht so auf die Finger sehen, wie der Disconto-Gesellschaft, da er keine Geschäftsberichte veröffentlicht. Indess weiss man, dass er mit Landau und Consorten die Concession für Weimar-Gera und Posen-Kreuzburg erwarb.

Die Berichte der Disconto-Gesellschaft gaben an folgende Geschäfte:

Im Jahre 1869 betheilte sich die Disconto-Gesellschaft nur bei der Emission von:

1) Rheinischen Actien.

Laut Bericht der Direktion der Disconto-Gesellschaft pro 1870 emittirte sie in diesem Jahre:

2) Oberschlesische,

3) Magdeburg-Halberstädter, 1. Rheinische Bahnpapiere.

Im Jahre 1871:

4) Cöln-Mindener, 2. Oberschlesische, 3. Magdeburg-Halberstädter,

5) Thüringische,

6) Nordhausen-Erfurter,

7) Bergisch-Märkische,

8) Rechte Oderufer,

9) Halle-Sorau-Gubener,

10) Berlin-Görlitzer,

11) Hannover-Altenbekener Bahnpapiere.

Im Jahre 1872:

7. Bergisch Märkische, 2. Oberschlesische, 9. Halle-Sorau-Gubener, 11. Hannover-Altenbekener, 10. Berlin-Görlitzer.

12) St. Gotthard-Bahn,

13) Berlin-Potsdam-Magdeburger,

14) Görlitz-Reichenberger Bahnpapiere.

Im Jahre 1873:

4. Cöln-Mindener, 7. Bergisch-Märkische, 3. Magdeburg-Halberstädter, 10. Berlin-Görlitzer, 11. Hannover-Altenbekener, 9. Halle-Sorau-Gubener.

15) Pfälzische Ludwigsbahn.

Auf fast alle dieser Bahnen gewann die Disconto-Gesellschaft maassgebenden Einfluss, wie sich das z. B. dadurch äussert, dass Hansemann einige seiner Agenten in deren Verwaltungen dirigierte. So sassen oder sitzen im Verwaltungsrath von:

1) Halle-Sorau-Guben: v. Bernuth, Hardt, Goldschmidt, v. Eckardstein, Herrmann.

2) Bergisch-Märkische: Reinhardt, Russel, Windhorn und Weber von der Anti-Consorteria, dem Bleichröddering.

3) Berlin-Potsdam-Magdeburger: Reinhardt, Reimer, Wilckens.

4) Berlin-Görlitz: Wilckens, Hardt, Salomonsohn, Schwager Ravené, Lent.

5) Braunschweigische: Miquél und Schwabach vom Bleichröddering.

6) Berlin-Anhalter: Scheele.

7) Thüringer: Reinhardt.

8) Hannover-Altenbekener: Miquél, Lent.

9) Magdeburg-Halberstädter: Lent und mehrere Andere, ausserdem von Nathusius-Althaldensleben und Kaufmann Nathusius (noch nicht geadelt).

10) Dortmund-Gronau-Enscheder: Hardt, Reinhardt, Lent.

11) Märkisch-Posener: Reinhardt, Goldschmidt, Hardt, Herrmann.

12) Rechte Oderufer-Bahn: Salomonsohn.

13) Rhein-Nahebahn: Reinhardt.

14) Mecklenburgische Friedrich-Franzbahn und

15) Marienburg-Mlawa ist ganz unter der Schutzherrschaft der Disconto-Gesellschaft, doch ist uns die Ermittlung der Namen der Verwaltungsräthe bisher nicht möglich gewesen.

Auf diesem Wege würde man noch weiter vorgeschritten sein, wenn nicht der «Krach» dazwischen gekommen wäre und nun, worüber späterhin mehr, der Gedanke in der Consorteria wach geworden wäre, die übernommenen Obligos auf den Staat abzuwälzen. Dass die Regierung diese Bil-

dung eines Staats im Staat nicht hinderte, sondern wohl gar begünstigte, giebt gewiss sehr, sehr ernst zu denken.

Das Jahr 1869 gab einem internationalen Eisenbahnunternehmen Leben, das uns zuvörderst beschäftigen muss.

Wir haben den grossartigen und genial durchgeführten Plan erwähnt, den Napoleon III. fasste, um den indischen Handel über Frankreich zu leiten und Frankreich durch Canäle und Bahnen zu einem vorzüglichen Verkehrsgebiet zu machen. Auch unsere Staatsmänner wollten in ähnlicher Weise das nun geeinte Deutschland auf die Höhe der Situation bringen. Canäle sollten gebaut werden: — nicht ein Spatenstich ist gemacht. Die Nordsee sollte mit der Ostsee durch einen Canal bei Kiel verbunden werden, damit das kleine Dänemark uns nicht in einem Kriege die Ostsee sperren kann: — die schönsten Projecte liegen in den Mappen unserer Ministerien.

Das höchst beachtenswerthe Project, Berlin mit Dresden durch einen Canal zu verbinden, liegt ausgearbeitet im Handelsministerium; — allein die Wünsche der um die Concession der Berlin-Dresdener — jetzt verküchelten — Eisenbahn sich bemühenden Herren wurden so wirkungsvoll und so überzeugend dem Herrn Weisshaupt vorgetragen, dass dieser wiederum dem Handelsminister bei dem Vortrag über die Frage der Concessionsertheilung seine Ueberzeugung nicht verhehlen konnte, dass die Berlin-Dresdener Bahn viel «vortheilhafter» sei als der Canalbau. Wir werden sehen, welchen Täuschungen Herr Weisshaupt sich hingegen hat.

Das Project, die Ostsee von Uckermünde mit Berlin durch einen Canal zu verbinden, ist von allen Unbefangenen als eines der nützlichsten und besten für das Land anerkannt worden. Obgleich die Adjacenten und Communen ihrerseits zu den grössten Opfern und Beiträgen sich bereit erklärten, fehlten angeblich auch hier der Regierung die Mittel, um durch eine ausreichende Beitragsquote ihrerseits das Werk zu Stande zu bringen.

Das Land sollte von Eisenbahnen reichlich durchzogen werden: — ist planlos angegriffen und von reichsfreundlichen

Gründern mittelst enormen Schwindels nur theilweise ausgeführt worden. Aber ein grosses Project hat man wirklich in Angriff genommen!

Franzosen hatten den Canal von Suez gebaut. Franzosen und Italiener genossen, nach Durchbohrung des Mont Cenis, die Früchte ihrer Arbeit. Wo wir nicht mit gesäet hatten, wollten wir mit ernten. Eine Bahn durch den St. Gotthard sollte einen Theil des indischen Handels wieder in die deutsche Rheinstrasse leiten, welche im Mittelalter von diesem Handel so belebt worden war. Die italienische Regierung ging — mehr aus politischer Klugheit und Dankbarkeit als aus ökonomischem Interesse — auf den Plan ein; auch die Schweiz zeigte sich geneigt, das Unternehmen zu fördern. Da Deutschland am meisten interessirt bei der Sache war, liess man ihm die Ehre der Ausführung. Wem konnte der Graf Bismarck diese wichtige Angelegenheit anvertrauen, wenn nicht den bewährten Reichsfreunden, die zu «grossen und patriotischen Geldmächten» herangefüttert werden sollten? Also bauen wir die Bahn nicht in Regie für die drei Staaten, sondern lassen wir durch die «Reichsfreunde» eine Actiengesellschaft zu ihrer Erbauung machen und unterstützen wir dieselbe durch Staatssubvention!

Der Krieg hatte die Sache verzögert. Im Oktober 1871 constituirte sich ein Consortium, welches die Bildung einer Actiengesellschaft zum Bau der St. Gotthardbahn sich zur Aufgabe stellte. Chef des Consortiums war Hansemann, als dessen Vertreter Miquel fungirte. Er schloss einen Vertrag mit dem Vertreter der schweizer Cantone, A. Escher, dessen Hauptpunkte lauten:

„Zum Zwecke der Ausführung des Gotthardbahn-Unternehmens übernehmen die Direction der Discontogesellschaft, die Bank für Handel und Industrie, der A. Schaafhausen'sche Bankverein und S. Oppenheim jun. und Comp. die Bildung eines internationalen Consortiums, welches aus einer Gruppe von Schweizerischen Eisenbahngesellschaften, Bankinstituten und Bankhäusern, einer Gruppe von Italienischen Bankinstituten und Bankhäusern und einer Gruppe von Deutschen Bankinstituten und Bankhäusern bestehen soll.

Die Deutsche Gruppe betheilligt sich bei dem Consortium mit

einem Drittheile des ganzen Geschäftes und behält jeder der beiden andern Gruppen eine gleiche Betheiligung vor.

An der Betheiligung der deutschen Gruppe von einem Drittheile des ganzen Geschäftes participiren: Die Direktion der Discontogesellschaft mit 50%, die Bank für Handel und Industrie mit 20%, der A. Schaafhausen'sche Bankverein mit 15%, S. Oppenheim jun. und Comp. mit 15%. Sie behalten anderseits der Generaldirektion der k. Seehandlungs-Societät in Berlin, sowie den Bankhäusern M. A. von Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M. und S. Bleichröder in Berlin den Eintritt in diesen Vertrag vor. Das Consortium wird die Gotthardseisenbahngesellschaft errichten. Das Consortium verpflichtet sich zur Uebernahme der 34 Millionen Franken Aktien zum Course von 95% abzüglich 3% Provision. Bei der hierauf zu leistenden ersten Einzahlung von 20% werden der Coursabschlag von 5% und die Provision von 3% in Anrechnung gebracht. Durch Einzahlung der zweiten Rate, nach welcher 40%ige, auf den Inhaber lautende Interimsscheine ausgehändigt werden, sind die Verpflichtungen des Consortiums bezüglich der Uebernahme der Aktien erfüllt. Die Gotthardbahngesellschaft wird Prioritätsobligationen im Betrage von 68 Millionen Frs. ausgeben. Das Consortium verpflichtet sich zur festen Uebernahme dieser Obligationen zum Course von 97% abzüglich 2% Provision. Bei jedesmaliger Abnahme von Obligationen werden der Coursabschlag und die Provision nur von dem abgenommenen Betrage in Anrechnung gebracht.“

Herr Hansemann tritt hier als der einzige finanzielle Entrepreneur auf. Aus dem ersten Jahresbericht der Gesellschaft, datirt «Luzern den 9. Juni 1873», Seite 23 geht hervor, dass sein Stellvertreter ist „Reichstags-Abgeordneter Miquèl in Berlin“, so wörtlich zu lesen. Miquèl hat also seine Vertrauensstellung als Reichstagsmitglied benutzt, um den Ausländern, welche sich an der Gesellschaft theiligten, und jetzt beschwindelt sind, Vertrauen einzufössen. War es nicht hierauf abgesehen, so musste er sich in jenem offiziellen Bericht als «Inhaber der Disconto-Gesellschaft» aufführen lassen, weil für ein Finanzgeschäft ein Bankdirector wichtiger ist, als ein Abgeordneter.

Da nach diesem Vertrage das deutsche Bankjudenthum die ganze Sache in die Hand nahm und von Ausländern nur verwandte oder befreundete Häuser zuliess, so machen ausländische Capitalisten mit Fug und Recht unsere deutschen reichsfreundlichen Bankiers für den jetzt eingetretenen

Krach verantwortlich. Ausserdem ist dies deutsche Consortium jene bekannte Clique, deren Mitglieder wir in der Gründerperiode stets, gruppenweise vereint, deutsches Capital retten sehen und die jetzt bereits auf Zeugen- und Anklagebank gewohnte Erscheinungen sind.

Die deutschen Verwaltungsrathsmitglieder führt der erste Jahresbericht wörtlich folgendermaassen auf: «Die Herren Geheimrath A. von Hansemann in Berlin (Stellvertreter: Reichstagsabgeordneter Miquèl in Berlin), Freiherr Karl von Rothschild in Frankfurt a. M. (Stellvertreter: Geheimrath Gerson von Bleichröder in Berlin), Geheimrath Mevissen in Köln (Stellvertreter: Präsident Dr. Parous in Darmstadt), Geheimrath Freiherr Abr. von Oppenheim in Köln (Stellvertreter: Freiherr Albert von Oppenheim in Köln) und Commerzienrath V. Wendelstadt in Köln (Stellvertreter: Director Movius in Köln).»

Herrn Mevissen begegnen wir neben A. von Oppenheim und Wendelstadt ferner in dem Verwaltungsrath der Rheinischen Bahn, ferner Wendelstadt, Movius, Mevissen im Schaafhausen'schen Bankverein, Mevissen, Abr. v. Oppenheim in der Cölner Privatbank, dieselben und Wendelstadt in der Feuerversicherungsgesellschaft Colonia, der Lebensversicherungs-Gesellschaft Concordia, der Cölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft und der Cölnischen Hagelversicherungsgesellschaft, den Wendelstadt in dem Cölner Bergwerksverein, im Sieg-Rheinischen Bergwerksverein, im Cöln-Müsener, in der Cölnischen Maschinenbau-gesellschaft mit A. von Oppenheim zusammen, beide vereint mit Mevissen und der Cölnischen Baumwollspinnerei, alle drei in der Darmstädter Bank, endlich finden wir einige jener Herren bekanntlich als Angeklagte oder hart gravirte Zeugen, Wendelstadt sogar als Verurtheilten im Process der Rheinischen Effectenbank. Die Herren Hansemann-Bleichröder-Rothschild-Miquèl haben also eine ihrer würdige Genossenschaft sich für dies europäische Geschäft beigesellt.

Das Bankierconsortium sicherte sich gradezu erstaunliche Provisionen, die noch dazu von vorn herein abgezogen wurden. Bei den Actien lag die Sache so: Das Consortium

verpflichtet sich, 40 Proc. von 34 Mill. Frca. angeblich einzuzahlen = 13,600,000 Frca., und davon 5 + 3 Proc. = 8 Proc. = 2,720,000 Frca. für sich einzubehalten, so dass nur 10,880,000 Frca. in die Gesellschaftskasse fliessen. Anders ausgedrückt heisst dies, die Gesellschaft erhält 32 Proc., das Consortium an Provision ca. 8 Proc., oder $\frac{1}{4}$ dessen, was das Publikum der Gesellschaft zahlte. Factisch verdiente das Consortium noch mehr, denn die Actien wurden in Interimsscheinen am 22. Januar 1872 zwar al pari aufgelegt, aber nur an «Freunde» abgelassen, sofort auf 104—105 getrieben und so successive verkauft. Jetzt sind 60 Procent eingezahlt.

Von den Obligationen wurden die ersten 3 Serien von 48,000,000 Frca. nominal eingezahlt. Mithin beträgt die Provision 2,400,000 Frca., der Gewinn aber mehr, da man die Obligationen zu 101 Proc. auflegte und dann in die Höhe trieb.

Dieser Gesellschaft nun, welche sich verpflichtete, 102 Mill. Frca. nominal aufzubringen, bewilligte das deutsche Reich 20, Italien 45, die Schweiz 20 Mill. Frca. Subvention à fonds perdu, und die deutsche Reichsregierung setzte ein so edles Vertrauen in Herrn Hansemann und Genossen, dass sie sich nicht einmal eine Vertretung im Rath der Gesellschaft sicherte!

Diese Gesellschaft hat nun mit dem grössten Leichtsinne oder betrügerisch operirt. Die Ausgaben für Beschaffung des Baucapitals, Provisionen, Coursdifferenzen (d. h. Profit des Consortiums) betragen bis ult. 72 = 3,320,000 Frca.; in 1872 = 900,000 Frca.; in 1874 = 202,710 Frca.; in 1875 = 700,000 Frca. Summa 5,122,710 Frca., während erst für 20,400,000 Frca. Actien- und für 48,000,000 Frca. Obligationen-Capital nominell eingegangen war. Die Gesellschaft hat nur den Tunnel in Accord bauen lassen; die anderen Arbeiten baut sie in eigener Regie und hat z. B. bei den tessiner Linien den auf 18 $\frac{1}{2}$ Mill. Frca. lautenden Anschlag um das Dreifache überschritten, indem sie 51 Mill. Frca. depensirt hat. Wie das kommen konnte, kann erst eine Untersuchung ergeben. Uns, die wir die Operationen kennen, mittelst deren

die Hansemann-Bleichröder-Miquèls Unternehmungen plündern, die ihnen anvertraut sind, wundert die Sache nicht. Die Schienenlieferung für die Bahn hat Hansemann als St.-Gotthards-Verwaltungsrath dem Herrn Hansemann als Director der — — Dortmunder Union übertragen! Ebenso übertrug er die Schienenlieferung für die Rumänischen Bahnen — seinem Schwager Ravené, natürlich nicht zum niedrigsten Preise. Da nun die Sache schief geht, will das edle Consortium weder die noch nicht eingezahlten 40 Proc. auf die 34 Mill. Frs. Actien im Betrage von 13,600,000 Frs., noch die IV. Obligationen-Serie mit 20,000,000 Frs. einzahlen. Die Direction des St. Gotthard hat dem schweizer Bundesrath eine Rechnung aufgestellt, wonach das Deficit die artige Höhe von 102,4 Mill. Frs. erreicht, und sie ersucht um Einberufung einer internationalen Conferenz, die eine neue Subvention bewilligen soll!

Indess hat die italienische Regierung schon erklärt, dies nicht thun zu wollen. Die italienischen Verwaltungsräthe haben fast alle ihre Stellen niedergelegt, und es heisst, Herr von Hansemann wolle sich auch zurückziehen, wie ja auch einer der Verwaltungsräthe der rumänischen Bahnen sagte, am liebsten hätten sie jetzt (wo es nichts mehr zu verdienen giebt) nichts mit der Sache zu thun.

Vorläufig ist also die St. Gotthardbahn eine Pleitebahn. Napoleon III. hat den Mont Cenis durchbohrt und den Suezcanal gegraben. Fürst Bismarck ist — — weniger glücklich gewesen. Aber die theuren Reichsfreunde, Hansemann, Bleichröder, Miquèl und Genossen, haben sich einen schönen Rock bei der Gelegenheit angezogen. Die Sache wird natürlich noch viel Staub, namentlich in den italienischen und schweizerischen Parlamenten, aufwirbeln, das deutsche Parlament wird wohl schweigend eine neue Subvention bewilligen. Aber dass diese finanzielle Heldenthat unserer Reichsjuden den deutschen Namen im Auslande populär machen werde, ist kaum anzunehmen.

An's Geschäft! Hypothekenbanken.

Die Börsen-Zeitung hatte, nachdem die Hundertmillionen-Prämienanleihe, hauptsächlich an der Opposition der Grundbesitzer im Herrenhause, gescheitert war, dem Stande derselben mit der Rache der Haute-Finance gedroht. Diese Rache sollte nicht lange auf sich warten lassen.

Am 10. December 1869. brachte dasselbe Blatt die Nachricht, dass Bleichröder und andere Bankiers in Berlin eine Bodencreditanstalt nach dem Muster des französischen Crédit Foncier gründen wollten. Die Sache war auffallend genug, da bereits im März 1869 der Schwindel, welchen Haussmann mit dem Foncier getrieben, in der französischen Kammer einen argen Sturm erregt hatte und es eigentlich hiess, dem deutschen Volk mehr zumuthen, als man selbst seiner Schafsgeduld billigerweise ansinnen konnte, dass ein soeben im Auslande verkrachtes Institut nun in Preussen nachgeahmt und vom Volk als eine Wohlthat angesehen werden sollte. Und doch wagte man es — mit Glück!

Zudem ist der Foncier, wie schon angedeutet, eben die Verwirklichung der St. Simonistischen Landbank. Man beabsichtigte, ihn successive zum Eigenthümer der beliebigen Grundstücke zu machen und so den Grundbesitz Frankreichs unter die Herrschaft der Capitalisten des Foncier zu bringen. Natürlich hatte sich St. Simon nicht gedacht, dass sein Ideal von den es ausführenden Juden so corrumpt werden könne. Wie aber Graf Bismarck, dem man Förderung des Bleichröderschen Projects zuschrieb, plötzlich zum jüdischen St. Simonismus gekommen war, erschien allen Einsichtigen um so mehr als ein Räthsel, da man wusste, dass der Graf noch vor Kurzem Pläne gehabt, die nicht, wie der obige, den Ruin der Grundbesitzer, sondern ihr Wohl im Auge hatten.

Es ist bekannt, dass Herr von Bismarck in der Conflictszeit die Idee fasste, die Sympathien der arbeitenden Klasse zu gewinnen und politisch gegen die Bourgeoisie zu verwerthen, welche ihm im Abgeordnetenhause eine so unangenehme Opposition machte. Seine Unterredung mit Lassalle

dürfte wirklich stattgehabt haben, und dass er Wagener's Rathschlägen sein Ohr lieh, steht fest. Bismarck hat die Wege des Socialismus damals gewandelt, aber anders als Napoleon die des St. Simonismus. Napoleon war es Ernst um die von St. Simon geplante Volksbeglückung. Bismarck wollte sich des Lassalle'schen Anhangs zu politischen Zwecken bedienen, ein Missbrauch, dessen sich Lassalle zwar bewusst war, den er aber, im Vertrauen auf die Macht des Socialismus, nicht fürchtete. Wagener hat stets mit Lassalle eine wirthschaftliche Reform in dem Sinne im Auge gehabt, dass die Gesetzgebung es dem fleissigen und ordentlichen Arbeiter in Stadt und Land möglich machen müsse, zu Besitz und Selbstständigkeit zu kommen. Ueber die Wege war er mit Lassalle nicht einig und zog auch nicht die gleichen Consequenzen mit ihm. Wie er die Hebung der Arbeiter anstrebte, so wollte er auch die Handwerker und kleinen Grundbesitzer vermehren und ökonomisch leistungsfähiger machen.

Ein Theil, und zwar der grössere der Conservativen, missbilligte diese Pläne und verlangte schon damals «stramme Zucht» für die Arbeiter, wie heute Contractbruchstrafen etc. Herr von Bismarck aber neigte sich Wageners Rath zu; die Frucht war das allgemeine gleiche Wahlrecht für den Norddeutschen Bund und die Aufhebung des Coalitionsverbotes. Auch hatte Wagener Aussicht, den Grafen Bismarck für den Normal-Arbeitstag zu gewinnen, der nicht, wie die «Kreuz-Zeitung» in ihrer vollkommenen Unwissenheit neulich behauptete, eine socialdemokratische Erfindung ist, sondern in allen mittelalterlichen Zünften, die die «Kreuz-Zeitung» gern wieder ins Leben rufen möchte, gegolten hat und die Grundlage jeder neuen Organisation der Arbeit sein muss.

Wollte man dem Grundbesitzerstande überhaupt und dem kleinen besonders, aufhelfen, die Ansiedelung der Arbeiter erleichtern und den Uebergang vom «Häusler» und «Einlieger» zum «grundbesitzenden freien Arbeiter» ermöglichen, so mussten unsere Grundschuldverhältnisse andere werden. Die kündbare Capitalhypothek stand solchen Reformen im Wege. Diese Gedanken waren Bismarck von Wagener um so leichter nahe zu legen, als damals eine sogenannte

«Hypothekennoth» der Grundbesitzer herrschte — die, nebenbei bemerkt, jetzt wieder im Anzuge ist.

Herr von Bismarck liess nun durch Lothar Bucher den grossen Gelehrten, längst conservativ gewordenen Arbeiterfreund und Socialisten Rodbertus ersuchen, ihm einen diesbezüglichen Reformplan auszuarbeiten. Dies geschah und wurde der Plan gedruckt unter dem Titel: «Zur Erklärung und Abhülfe der heutigen Creditnoth des Grundbesitzes.» Rodbertus empfahl kurz das Rentensystem und Gründung eines Landrenten-Instituts. Der Plan ist vortrefflich und hat nur den — Fehler, dass die Börse bei seiner Verwirklichung ebenso wenig ein Geschäft machen kann, wie ihr dies bei Gründung der Central-Landschaft möglich gewesen ist. Indess ist Rodbertus auch kein Börsen-Socialist, wie die Pereire, Miquèl, Bamberger etc.

Die Landwirthe selbst stellten sich der neuen Theorie Anfangs feindlich gegenüber. Die Agrarierführer bekämpften sie. Wilmanns bezeichnete sich selbst in einem Referat als «principiellen Gegner» derselben. Ohne dass ein Umschlag ihrer Ansichten durch eine wissenschaftliche Arbeit bisher motivirt wäre, behaupten jetzt, nach Rodbertus' Tode, diese selben Leute, sie seien Anhänger der Theorie, und Niendorf hat sogar die Dreistigkeit, in einer Zuschrift an die Deutsche Landwirthschaftliche Zeitung von «unserm» Rodbertus zu sprechen.

Herr O. Beta hat ihn in jenem Blatte gründlich abgeführt, und wir können letzterem bezeugen, dass Rodbertus über die unwissenschaftliche, systemlose und rohe Agitation und Polemik mehrerer Agrarierhäuptlinge sich nur mit dem beissendsten Spott zu äussern pflegte. Es ist Leichenschändung, wenn der ehemalige, wegen demokratischer Umtriebe abgesetzte, atheistische Dorfschulmeister Niendorf, der nie drei Zeilen ohne grobe syntactische Fehler schreiben konnte, von «unserm» Rodbertus spricht.

Wie Bismarck das Werk des grossen Denkers aufgenommen, ist nicht bekannt geworden. Allein nicht nur geschah nichts, um dessen Plan auszuführen, die Gesetzgebung arbeitete vielmehr in der Hypotheken- und Subhastations-

ordnung schnurstracks der Absicht des Rodbertus entgegen, indem sie nicht die Erhaltung des Grundbesitzers im Besitz sondern dessen Hinauswerfen aus dem Besitz erleichterte. Beide Gesetze sind antisociale und capitalistische. Aber mehr noch!

Schon am 20. October 1869 brachte die Börsen-Zeitung, der Moniteur der «Consorteria» — wie wir die Disconto-Gesellschaft mit ihrem Rattenkönig von politischen Helfershelfern bezeichnen, im Gegensatz zur «Anticonsorteria» oder dem «Bleichröderring» — einen heftigen Angriff auf die Landschaften, die von Friedrich dem Grossen gegründeten Credit-Institute für Grundbesitzer, welche auf dem Princip der Gegenseitigkeit und nicht des Actien Capitals als Garantiefonds, beruhen: «Gegenwärtig liegt keine Veranlassung mehr vor, einzelnen Corporationen auf Kosten der Rechtsgleichheit eine so eximirte Stellung zu gewähren. Die Privilegien der Landschaften schädigen heute den Credit der Grundbesitzer. Der Grundbesitz würde sein Interesse besser wahrnehmen, wenn er sich zeitgemässe Creditinstitute schafft» etc.

Als solch' «zeitgemässeres Creditinstitut» wurde am 21. März 1870 die «Preussische Central-Bodencredit-Actien-Gesellschaft zu Berlin», concessionirt und zwar mit Verletzung der «Rechtsgleichheit» gegenüber den schon bestehenden Hypotheken-Actienbanken und auch den Landschaften, mit unerhörten Privilegien, sowohl was Beweglichkeit bezüglich des Zinsfusses, der Taxen und Beleihungsgrenzen als auch den Geschäftsumfang anlangt. In der That war der bereits als Schwindelbank entlarvte Foncier in Berlin copirt! Unter den Concessionären befanden sich Disconto-Gesellschaft (Hansemann-Miquél), Bleichröder, Rothschild, Oppenheim etc.

Hatte man beim Crédit Mobilier und Foncier bereits alle Künste der auf die Ausbeutung des Publikums, d. h. auf einen bisher durch das Strafgesetz bedauerlicher Weise noch nicht vorgesehene[n] Betrug, der aber alle Charakteristiken des Betruges sonst an sich trägt, vorgemacht, so wurden sie natürlich hier copirt. Der Crédit Mobilier erfand die Nichtvollzahlung der Actien, das «Jungen» derselben, die künstliche Hausse derselben mit Hilfe der bestochenen Presse,

bevor dies gegründete Institut noch in's Leben getreten war also eine Hausse rechtfertigen konnte, das Vorbehalten der Gründer, bei neuen Emissionen «Junge» zu pari zu beziehen u. s. w. Es wurden bei der preussischen Copie für 12,000,000 Thlr. Action bei nur 40 Procent Einzahlung ausgegeben. Sie wurden nur nominell zu 106 Procent an der Börse aufgelegt. In der That hatten die emittirenden Häuser sie unter sich getheilt und einflussreichen Personen welche al pari überlassen. Es war der erste Fall, dass in Berlin so im Grossen die Bestechung einflussreicher Leute, namentlich Politiker, durch das fluchwürdige System der «Betheiligung» ausgetübt wurde. Der erste Schritt zur Corruption der Politiker durch die Börse war am hellen Tage geschehen. Die Action wurden bald auf 130 Procent hinaufgeschwindelt, d. h. für den Interimsschein, auf den man 40 Thlr. gezahlt hatte, erhielt man an der Börse 70 Thlr.; man «verdiente» also mit seinem Gelde in wenigen Wochen 70 Procent!! Jene Conservativen, welche Dr. Perrot zu den «Aera-Artikeln» veranlassten, behaupten nun, und Diest-Reichsglocke neuerdings auch, Graf Bismarck sei selbst mit einer oder einer halben Million in Action al pari «betheiligt» worden und habe somit 150—300,000 Thlr. «Banhans'sche Trinkgelder» eingesteckt. Indess ist der Beweis dafür bisher nicht erbracht und sollte man meinen, dass die einfachste Klugheit den Fürsten vor der Annahme einer solchen Betheiligung hätte schützen müssen, da dieselbe sich als ein strafrechtlich zu verfolgender Amtsmisbrauch zu eigener Bereicherung qualificiren und den Fürsten gefesselt in die Hände der «Betheiliger», also Bleichröder's, Hansemann's, Rothschild's, Miquél's, Oppenheim's liefern würde. Dagegen haben die Verwaltungsräthe eine Betheiligung erhalten von je 10,000 Thlr. Action, einige auch eine höhere. Von Einem (dem Grafen Arnim) wird behauptet, er habe sie nicht angenommen. Hierunter befanden sich folgende Männer von politischem Einfluss: Minister a. D. von Bernuth, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bochholz, Braun-Wiesbaden, v. Heyden-Cartlow, v. Kardorf, Miquél, v. Säger-Grabowo, v. Wedell-Malchow, Scheele, v. Nathusius-Hundisburg, Kennemann-Klenka, v. Simpson-

Georgenburg, Wilkens, v. Eckardstein-Prötzel, Geh. Ober-Finanzrath Mülle, Graf Arnim-Boytzenburg. Letzterer trat indess sehr bald aus, wie er erklärte, weil ihm das Geschäft «nicht reinlich» vorkam. Natürlich ist es für diese Herren, die von der Disconto-Gesellschaft und ihren Freunden theiligt und seitdem mit hübschen Tantiemen bedacht worden sind, nicht mehr gut möglich, im Parlament oder sonstwo das «Interesse des Landes» zu wahren, sobald dies mit dem Interesse des «Disconto-Bleichröder-Ringes» collidirt.

Die Wirksamkeit dieser Bank ist jetzt über Deutschland ausgedehnt. Verfasser hat bereits 1870 in der «Berliner Revue» nachgewiesen, dass das Statut sogar den bestehenden Gesetzen widerspricht, (worauf der Decernent des Finanzministeriums, Wollny, ausdrücklich aufmerksam gemacht haben soll!!!), dass der Zweck des Instituts nur sein kann, die Bankiers und ihre Helfershelfer auf Kosten der Grundbesitzer zu bereichern und diese unter deren Herrschaft zu bringen, den Grundbesitz schliesslich zu Gunsten einer Finanzclique zu expropriiren, wie die Juden des Foncier dies beabsichtigten. Die Bank wollte alle bestehenden Hypotheken-Banken und auch die Landschaften durch ihre Concurrenz dahin bringen, dass sie sich ihr unterwürfen und in ihr aufgingen. Hier haben wir wieder den Pereire'schen Plan, wie er beim Mobilier bereits ausgeführt war: der Mobilier kauft nämlich die Actien, Obligationen etc. der von ihm gegründeten oder ihm unterworfenen industriellen Unternehmungen an, legt sie in seinen Tresor und giebt auf Grund dieser Sicherheit eigene zinstragende Obligationen aus bis zur zehnfachen Höhe seines Grundcapitals, sodass dies eine zehnprocentige Deckung gewährt.

Der Vortheil dieser Operation für professionelle «Gründer» liegt auf der Hand. Nehmen wir an, Pereire gründet hundert verschiedene industrielle Actienunternehmungen mit einem Durchschnittscapital von je 1 Million Thaler. Will er die einzeln emittiren, so muss für jedes Papier eine besondere Reklame — durch Inserate, Pressbestechung und Bethelligung — gemacht werden, um das Publikum auf den Leim zu locken. Das kostet viel. Manches Unternehmen «scheint» dem

Publikum auch nicht, ist wohl als «faul» bekannt. Wie anders, wenn der Mobilier erklärt: «Wir haben für 100,000,000 Thlr. Fonds von Unternehmungen verschiedener Art übernommen, die alle von uns, nach sorgsamer Prüfung unter Zuziehung eines Staatscommissars, als solide befunden sind. Auf Grund dieser, wie der Staatscommissar bescheinigt, in unserem Tresor vorhandenen Fonds geben wir für 100,000,000 Thlr. verzinsliche Obligationen des Mobilier aus, für die nicht nur jene 100,000,000 Thlr. verschiedene erworbene Fonds, sondern noch unser ganzes Actiencapital haften». Für eine solche einmalige Emission von 100,000,000 Thlr. kann man schon etwas dispensiren, da lohnt die Pressbestechung. Dies «Papier mit der grossen Firma» ist leicht zu placiren, ist weltmarktsfähig, kann ein Spielpapier aller Börsen werden.

Der Plan hat auch wirklich viel für sich und die Pauke hat nur ein — Loch! Wer garantirt dafür, dass der Mobilier wirklich nur solide Fonds ankauft? Und er hat unsolide gekauft.

Nun, die Sache wurde also bei uns von der Consorteria unter Concession der Regierung nachgemacht.

Schon das Project der Hundertmillionen-Prämien-Anleihe war eine Copie des — auch damals bereits als «verkracht» bekannten Mobilier-Systems: die Disconto-Gesellschaft wollte für 100,000,000 Thlr. Obligationen von 4 Eisenbahngesellschaften in ihren Kasten legen und dafür für 100,000,000 Thlr. Prämienscheine unter ihrer Garantie emittiren. Ebenso hat nach dem Statut die Preussische Central-Bodencredit-Actien-Gesellschaft das Recht, bei 12,000,000 Thlr. haar eingezahltem Grundcapital für 240,000,000 Thlr. Pfandbriefe der einzelnen Landschaften und Actien-Hypothekenbanken in Deutschland, ferner Communal-, Kreis- und andere Obligationen zu erwerben, in ihren Kasten zu legen und für denselben Betrag «Central-Pfandbriefe» zu emittiren. Sind unter den angekauften Fonds «faule», so beträgt die Garantie der Centralbank nur 5 Procent durch ihr eigenes Capital. Beim Mobilier betrug sie sogar 10 Procent, und doch genügte dies nicht.

Der Schwindel riss trotzdem ein. Die Basis des Berliner Instituts aber ist nur halb so solide als die des damals schon als schwindelhaft entlarvten Musterinstituts. Wie eine Regierung, die das Wohl des Landes im Auge hat, eine solche Anstalt concessioniren konnte, das wird solange ein Räthsel bleiben, bis man die Geschichte der Gründung genau kennt.

Wir können uns hier eine Betrachtung allgemeiner Natur nicht versagen. In der Folge, wie bisher schon, werden wir überall finden, dass die deutschen Ausbeuter französische Muster sklavisch und zum Theil sogar missverständlich nachahmen. Wir haben es hier mit Juden — Bleichröder, Oppenheim, Landau etc. — oder christlichen Bankiers, meist rheinländischer Abkunft, zu thun, wie Hanseemann, Camphausen, Mevissen, Rautenstrauch, Wendelstadt, Delbrück (allerdings kein Rheinländer). Letzterer Genossen kennen wir aus v. Diest's Enthüllungen: Bankierssöhne, zu faul und dumm, um sich die Qualification zum einjährigen Dienst zu erwerben, bestachen zu Diest's Zeiten die Aerzte und kauften sich so vom Militairdienst los. Als sie von Diest denunciirt wurden, liess ihr Landsmann, Minister v. d. Heydt, den allzueifrigen Landrath durch den Minister-Ehrenmann, Grafen Schwerin, absetzen. Nebenbei bemerkt, sehr gerecht, dass die Börse, deren Lieblingen zu Gefallen der pflichtvergessene Minister einen gewissenhaften Beamten absetzte, später den Minister selbst stürzte. So wird es übrigens noch mehr Leuten gehen. Wenn man nun diese Leute sieht, die Hanseemann, Bleichröder u. s. w., wie sie unfähig sind, im Parlament zu reden, ihre Raubpläne in den Zeitungen selbst zu vertheidigen, wie sie auch nicht einen originellen Gedanken bei ihren Beutezügen entwickeln, sondern sklavisch die Pereires und Lagrands copiren, wie endlich ihre sinnlos aufgebauten Schwindelunternehmen — Dortmundener Union etc. — derartig zu Grunde gehen, dass auch nicht eine Spur von «Werth» in den Taschen der Ausgebeuteten zurückbleibt, so wandelt Einen ein Gefühl des Ekels an und man fragt sich mit Recht, welches Interesse, welchen Genuss Staatsmänner im vertraulichen Verkehr mit solchen Geldprotzen finden können, die wirklich elende Geistesproletarier —

sind. Wie vornehm und bedeutend erscheinen im Vergleich mit ihnen ihre Pariser Vorbilder! Isaac und Emil Pereire waren arme jüdische Literaten, aber gelehrter als die semitischen Penny-a-liner's der Berliner Consorteria-Pressen. Sie entwickelten die socialistische Idee St. Simons derartig, dass sie zum Betrug desselben Volkes ausgebeutet werden konnte, das St. Simon hatte beglücken wollen. Immerhin doch eine geistige Leistung! Unsere Pereires können nur den Schwindel vergrößern — die zehnpcentige Deckung des Mobilier in die fünfprocentige der Central-Bodencredit-Actien-Gesellschaft abschwächen.

Ebensotief wie die deutschen Epigonen der französischen Erfinder des quasisocialistischen Bankschwindels unter den Vorbildern, stehen auch die deutschen Abgeordneten und Publicisten der Mehrzahl nach, was volkwirtschaftliches Wissen anlangt, unter ihren französischen Genossen. Es ist kein Zweifel, dass Bebel, Hasselmann und Liebknecht im Reichstage gründlichere nationalökonomische Kenntnisse haben als der ganze übrige Reichstag zusammengenommen. Die Conservativen haben dort seit Wagens Ausscheiden keinen Mann, der bisher auch nur drei zusammenhängende Sätze über volkwirtschaftliche Dinge gesprochen hätte, und der Gelehrte der Liberalen ist Herr — Bamberger, ein reiner Börsensocialist. Als die Central-Bodencredit-Actien-Gesellschaft im Parlament und in der Presse discutirt wurde, hat auch nicht ein Mann soviel Kenntnisse gehabt, darauf hinzuweisen, dass wir es hier mit einer auf den Schwindel zugeschnittenen St. Simonistischen Idee zu thun haben, die bereits in Frankreich Bankerott gemacht hatte! Und diese Sippe von unwissenden Politikern im Parlament und in der Presse, die mühsam aus der Hand in den Mund, vom Conversationslexicon auf die Tribüne und in den Leitartikel, leben, sind ganz einig, wenn mal wo Jemand auftaucht, der was weiss und kann, ihn zu verketzern oder todzuschweigen. Solange Rodbertus lebte, schwiegen sich die Agrarier über ihn aus. Jetzt, da er todt ist, ihnen keinen Abgeordnetensitz nehmen und sie nicht durch sein Wissen beschämen kann, preisen sie ihn als den «ihrigen!»

Wir haben in Deutschland nur einen Gründer gehabt, der sich, wenn auch nicht an Wissen, so doch an Genialität mit den französischen Vorbildern allenfalls messen kann, natürlich auch einen Juden, Strousberg; und es ist hoch interessant, mit welcher Verachtung er von unseren parlamentarischen Heroen, von unseren Bankiers und Banken spricht.

Strousberg meint, es habe zu allen Zeiten edle Geschlechter unter den Juden gegeben, allein die Emancipation derselben in Deutschland habe zur Folge gehabt, dass diese untergingen, «während beinahe ausschliesslich aus den niedrigen Schichten» sich zahlreiche Männer heraufgeschwungen haben. Die Majorität der wohlhabenden und gebildeten Juden sind solche Emporkömmlinge. Als man den Juden das Bürgerrecht eingeräumt, zogen sie aus verkommenen Gemeinden des Ostens in die grossen Städte. «Mit weniger Ansprüchen und Bedürfnissen (als sie die hier schon lange ansässigen «vornehmen» Juden hatten) und ungenirt durch Skrupeln jeder Art, war es den neuen Leuten leicht, zu bestehen, Vermögen zu erwerben und die Alten zu verdrängen. Der kleine Producten-, Fell- und Talghändler, wohlhabend geworden, zog nach einer grösseren Stadt und wurde der Commissionär seines früheren Collegen in der Provinz. Viele aus den ärmsten Ständen der Juden ergreifen mit Eifer und Erfolg die wissenschaftliche Carrière (nun stichelt Strousberg ganz offen auf Lasker), hungern sich mit Hilfe ihrer reichen Glaubensgenossen auf Gymnasium und Universität durch, erreichen eine wissenschaftliche Bildung, die der Herzensbildung und dem Savoir-faire weit voraus ist. Je grösser der Widerspruch in dieser Beziehung, je schlimmer die Folge... Der jüdische Politiker, dessen Verwandte und Eltern vielleicht Wucherer und Gauner in der Provinz Posen waren, hält, im Bewusstsein seiner edleren Ziele, sich für etwas ganz besonders Erhabenes, weil er sich ausnahmsweise als ehrlichen Mann sieht; er fühlt sich als Schwan von Gänsen ausgebrütet und ist nur zu leicht geneigt, krankhafte Theorien zu pflegen und, indem er die realen Interessen nur von verwerflicher

Seite kennt, Interessenlosigkeit als für das öffentliche Wohl allein heilbringend zu betrachten. Eine höhere andere Lebensanschauung scheint ihm unberechtigt und die übrigen Glieder der Gesellschaft schädigend. Comfort und Geschmack, ihm unbekannt Grössen, heissen Luxus und Verschwendung, diese stellt er der Entbehrung der Masse gegenüber.»

Auf das Bankgeschäft übergehend, sagt Strousberg: «Das kleine Geschäft in der Provinz war, wie dies heute noch der Fall ist, meistens auch mit kleineren oder grösseren Vorschüssen verbunden, es entwickelten sich daraus kleine Wuchergeschäfte und die sogenannten Geschäftsusancen im Producten-, Börsen- und Bankwesen, die sich jetzt auch in das grosse Geschäft übertragen haben. Der Berliner Commissionär wurde des kleinen Wucherers Wucherer, und allmählich verwandelte sich das Commissionsgeschäft in das sogenannte Bank- und Commissionsgeschäft und brachte aus seinem faulen Ursprung weitere Usancen mit sich, die sich in der Neuzeit auf das ganze kaufmännische und Börsenwesen übertragen haben und denen heute leider gleichmässig von Juden und Christen gehuldigt wird....

Es ist überhaupt ein Irrthum, wenn man von Berliner Banken spricht. Diese sind sämmtlich nur Commissionsgeschäfte für Fonds und fremde Wechsel und im grösseren und kleineren Grade Gründungshäuser oder Gründungsgesellschaften, Speculanten und in jüngerer Zeit, mit wenigen Ausnahmen, Wucherer. Letztere Bezeichnung bezieht sich aber nicht etwa nur auf kleine Häuser — sie ist beinahe allgemein giltig. Unter den alten Privatbankiers allein findet man noch Häuser, die den anständigen Traditionen ihrer Geschäfte treu geblieben sind. Hohe Dividenden sind heute das Kriterium der Prosperität, während sie mit grösserem Recht ein Indicium sind, dem Unsolidität und Speculation zu Grunde liegen. Soweit aber die Anschauung nicht allgemein ist, müssen hohe Dividenden erzielt werden, und dazu bieten Speculation und Wucher die allein geeigneten Mittel... Ich behaupte nur, dass wir keine eigentlichen Banken haben und dass die meisten, die dafür

gelten, der Industrie keine Stütze sind und Speculation, Wucher und Unmoralität üben und verbreiten.»

Strousberg stellt nun solche Behauptungen nicht etwa beweislos hin, sondern charakterisirt sofort eine der «grössten, anständigsten und feinsten» Banken, wie sie im Börsenjargon heisst, als eine Wucheranstalt par excellence. Er erzählt, wie er für 2,700,000 Rubel Actien der von ihm gebauten Bahn Brest-Grajewo verpfändet habe bei einem Consortium Capitalisten, geleitet von der Berliner Handelsgesellschaft, für 20 Proc. mit monatlich 1 Procent Zinsen auf die Nominalsumme, also für je 20 Rubel einen Rubel monatlich oder zwölf jährlich, d. h. Zins auf Zins nicht gerechnet, 60 Proc. pro anno!

Die Berliner professionellen kleinen Pfandleiher und Wucherer nehmen freilich noch etwas mehr, nämlich vom Thaler und Monat $2\frac{1}{2}$ Sgr. Das Strousbergsche Pfandgeschäft dürfte 1872 gemacht worden sein. Damals waren Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft die Herren Geheimer Commerzienrath F. Gelpcke sen.; Commerzienrath Wilhelm Conrad, Fr. Gelpcke jun.; Verwaltungsräthe: die Geheimen Commerzienräthe Gerson v. Bleichröder, Alex. Mendelssohn, A. Borsig, H. Zwicker, Mevissen-Köln, Commerzienrath R. Brook, Generalconsul V. v. Magnus, die Bankiers J. Jacques, Ad. Meyer, Heinr. Wolff, Gustav Güterbock, Geheimer Regierungsrath Windhorn, Freiherr Albr. v. Oppenheim-Köln.

Sein wirklich sachverständiges und aufrichtiges Urtheil über unser Bankwesen resumirt Strousberg: «Das Bankwesen als solches, richtig verstanden und richtig betrieben, ist eine dem Lande nöthige und jeglichen Verkehr fördernde Institution. Wie dasselbe und Alles, was damit zusammenhängt, aber bei uns betrieben wird, dient es, ausgenommen das auswärtige Wechsel-, Börsen- und Commissionsgeschäft, durchaus falschen Zwecken. Sicher in Bezug auf ihre Solvenz, sind unsere Bank- und Hypothekeninstitute, Bankiers, Wechselgeschäfte und Commissionshäuser nichts Anderes als Triebfedern zur Speculation und Mittel zum Wucher und

zum legalisirten Betrug. Das Schlimmste dabei ist, dass dies Resultat mit persönlicher, wenn auch falsch verstandener Ehrlichkeit, zu vereinbaren ist. Unser Gesetz, unsere Staatsbank, die jetzt prävalirenden Principien und das sich daraus ergebende System tragen die Schuld daran. Es giebt allerdings Handlungshäuser, die bei ihren alten Traditionen verblieben sind, diese sind ehrenwerth, aber meistens nutzlos. Wie die jüdischen Bankiers die Erfinder oder wenigstens gewandten Verwender von Usancen sind, die heute allgemein grassiren und dem Wucher und legalisirten Betrug Thür und Thor öffnen, so hat der mehr systematisch-philosophische Geist des Germanen versucht, durch Principien zu wirken und, unter Beibehaltung alles oben Geschilderten, zur Vervollkommnung unseres Geschäftssystems den Lehrsatz aufgestellt: «In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf». (Bekannter Ausspruch David Hansemanns, des Vaters vom gegenwärtigen Inhaber der Disconto-Gesellschaft.) Die Jünger dieses Cultus haben denn auch Institute als Tempel gegründet, in welchen dieser Grundsatz durch eine Zahl der fähigsten Priester mit einem Eifer vertreten wird, der der besten Sache würdig wäre und der zugleich in ihrer Ueberzeugungstreue, Naturanlage und ihrem Interesse wurzelt und allgemeine Anerkennung findet.»

Es ist bekannt und wird auch in diesem Buche geschildert, dass hauptsächlich die Disconto-Gesellschaft Stroussberg «beerbt». Auf sie bezieht sich hauptsächlich der obige Passus. Diese «fähigsten Priester» im Tempel des goldenen Kalbes sind die Geschäftsinhaber und Verwaltungsräthe der Disconto-Gesellschaft.

Solche Leute sind es, welche sich des vertrauten Umganges, der Freundschaft unserer Minister erfreuen und von ihnen Concessionen, wie die der Central-Bodencredit-Gesellschaft erhielten.

Leicht würde es dem «Ring» geworden sein, die Actien letzterer Bank so hoch zu treiben, wie man später die der Dortmunder-Union, Laurahütte und anderer Schwindelunter-

nehmungen trieb, wenn nicht der französische Krieg herein gebrochen wäre.

Auch sonst hatte die Bank Pech. Sie fing sofort an, den Grundbesitz mit Halsabschneiderei zu «retten». Sie forderte hohe Provisionen, Damno, Verwaltungsgebühr und kann mit den Landschaften nur dadurch concurriren, dass sie höher beleihet, d. h. auf Kosten der Sicherheit der von ihr emittirten Pfandbriefe. Durch dies Mittel hat sie in der That ihr Geschäft ziemlich schnell ausgedehnt, indem sie im August 1876 für 131,000,000 M. Pfandbriefe emittirt hatte. Da aber ihre Geschäftspraxis nicht unbekannt blieb, gelang es ihr nur, eine kleine Hypotheken-Actien-Gesellschaft aufzusaugen. Die Landschaften gründeten sich die Central-Landschaft und retteten sich so vor ihrer «Liebe».

Die Gunst der Regierung blieb ihr aber in dem Grade, dass man ihren Wirkungskreis auf ganz Deutschland incl. Elsass-Lothringen ausdehnte.

In diesem neugewonnenen Reichslande passirte noch ein ähnlicher interessanter Fall.

Minister Delbrück ist der Vetter von A. Delbrück in Firma Leo Delbrück und Co. Dieser Vetter ist einer der gefährlichsten Gründer, die es je gegeben hat. Mit dem Abgeordneten Dr. L. Bamberger, G. Müller, v. Magnus, E. v. d. Heydt, A. von Rath, Hardt, Wendelstadt u. A. gründete er die «Deutsche Bank» in Berlin, die Glagau eine «klassische Gründung» mit Recht nennt. Mit dem bereits von einem Ausgebeuteten durchgeprügelten Abgeordneten und Geh. Rath Kieschke, Stadtrath Risch, E. v. d. Heydt, Levien, B. Oppenheim gründete er die «Deutsche Baugesellschaft»; mit E. v. d. Heydt, Geh. Baurath Hitzig (Itzig), B. Oppenheim die «Actien-Gesellschaft für Bau-Ausführungen»; mit Graf G. Henckel von Donnersmarck, G. Müller, Friedländer die «Donnersmarckhütte»; ferner den «Hamburger-, Barmer-, Berliner-Bankverein» und eine Masse anderer Gesellschaften. Im «Berliner-Bankverein» sind seine Verwaltungsrathsgenossen u. A. Graf G. Henckel, Goldschmidt, der bekannte Abgeordnete Dr. Kapp, B. Oppenheim, Kieschke; in der «Deutschen Bank» Zwicker (Gebtrider Schickler), Hardt

(Disconto-Ring), v. d. Heydt, des Ministers wohlgerathener Sohn, G. Müller, Abgeordneter Mosle, v. Rath, Wendelstadt (jetzt wegen Betrugs in Köln verurtheilt).

Man sieht, dies ist auch ein recht netter, natürlich ebenfalls hochliberaler, finanzieller Rattenkönig, dem auch die politischen Verbindungen durch Betheiligung von Abgeordneten nicht fehlen, abgesehen von der Verwandtschaft mit dem Präsidenten des Reichskanzleramtes. Dieser «Nebenring» nun — neben der Consorteria der Disconto-Gesellschaft und der Bleichröderschen Anticonsorteria freilich eine blosse Neben-sonne — der sich neuerdings noch durch Gründung des Hôtels «Kaiserhof» nicht gerade vortheilhaft bekannt gemacht hat, wurde im März 1872 mit der Concession der «Actien-Gesellschaft für Boden- und Communalcredit in Elsass-Lothringen» von der kaiserlichen Regierung begnadigt. Aber damit nicht genug! Die kaiserliche Regierung der Reichslande benutzt diese, von gewiss sehr, sehr (für den Staatsanwalt Tessendorf) fragwürdigen Leuten gegründete Bank als — Depositenkasse!

Das eingezahlte Actiencapital betrug ult. 75 nur 4,800,000 M. Das Hypothekengeschäft ist nicht ausgedehnt, da erst für 9,000,000 M. Hypotheken erworben sind. Gegenüber dem winzigen Actiencapital besass die Bank ult. 74 für 15,000,000 Frs., ult. 1875 für 10,000,000 M. Effecten, die nicht specialisirt sind und an denen schon erheblich verloren sein dürfte. Trotzdem erscheint diese Bank der kaiserlichen Regierung sicher genug, dass sie ihr zu 2½ Procent folgende Gelder anvertraute: Es gingen ein 1874 = 28,587,244 Frs., aus = 38,435,778, Bestand 36,232,103 Frs. öffentliche Gelder. Das Guthaben der Regierung im Contocorrentverkehr betrug ult. 74 = 17,127,500 Frs. Also hatte die Regierung ult. 74 zu fordern 53,300,000 Frs. Die Depositen der Regierung betragen ult. 75 = 7,493,069 M., öffentliche Gelder lagen ausserdem bei der Bank 34,216,113 M., so dass die Spekulantengesellschaft über 41,600,000 M. Staatsgelder zu einem verschwindenden Zins verfügte. Die Regierung vertraut der Bank also das Zehnfache von deren Grundcapital an! Ist solche Zuwendung etwa keine Staatssubvention?

Wir haben noch andere Hypotheken-Actien-Banken in Deutschland, welche ebenfalls mehr zum Schaden als zum Nutzen gereichen. Indess kann man nicht sagen, dass sie hervorragend politischen Einfluss geübt hätten.

Da ist die «Preussische Boden-Credit-Actien-Bank», bekannt unter dem Namen «die Jachmann'sche». Sie hat wahrhaft entsetzliche Gründungen mittelst ihrer Tochter, der «Preussischen Credit-Anstalt», ins Leben gerufen. Ihr Verwaltungsrath weist auch hervorragende liberale Abgeordnete auf und an ihrer Spitze steht der Exminister von Bonin, allein sie hat nie mit dem Staate skandalöse Geschäfte gemacht und kann auch den Grundbesitz nicht so ausbeuten, wie die Central-Boden-Credit-Actien-Gesellschaft, da ihre Statuten — sowie die aller übrigen Hypotheken-Actien-Banken — weit engere Grenzen ziehen. Von namhaften Leuten hat diese Bank noch in ihrer Verwaltung: George Beer, von Puttlitz, v. Carstenn, v. Prillwitz, Richter-Muskau, General v. Witzleben, Julius Alexander, Helfft, F. W. v. Krause und die Exabgeordneten Dr. Engel, Ahlmann und den Abgeordneten Grafen Wintzingerode. Darunter sind allerdings einige böse Gründer, allein keine hervorragenden politischen Agenten. Allerdings überrascht der achtzigjährige Exminister v. Bonin durch eine wirklich erstaunliche Unverfrorenheit, indem er auf den Trümmern des Lindenbau-Vereins — sich um ein neues Abgeordnetenmandat bewirbt, anstatt seine grauen Haare sorgfältig vor den Augen der Leute zu bewahren und täglich Gott auf den Knien zu danken, dass ihn Tessedorf nicht fasst und sie mit Schimpf und Schande in die Grube bringt. Aber unsere Zeit hat die Scham verloren und frech trotz dem öffentlichen Gewissen noch der Mann, dessen einer Fuss bereits im Grabe steht. Die Bank wurde 1868 concessionirt und hatte ult. 1875 für 60 Mill. Mark Pfandbriefe emittirt.

Auf die Henckel'schen Banken kommen wir noch in einem anderen Capitel zu sprechen. Die Braunschweig-Hannöversche Hypothekenbank wurde von dem Delbrück-Nebenring mit Hilfe des Berliner Bankvereins (Guido Graf Henckel, Dr. Kapp, A. Delbrück, B. H. Goldschmidt, M. Frege,

B. Rensemänn, Graf Salm-Reiferscheid) gegründet; in der Verwaltung finden wir Frensdorff (Hannöversche Disconto-Gesellschaft), F. Gelpcke jun. (Berl. Handels-Gesellschaft), F. Kayser (Norddeutsche und Internationale Bank), Ad. Levien (Berl. Bankverein), Abgeordneten Laporte, Wallich, (Deutsche Bank: Bambergers Gründung: Siemens, Kapp und Consorten). Auch diese Bank erfreut sich also trefflicher politischer Connexionen, denen sie wohl auch ihre, 1872 erfolgte, Concessionirung verdankt. Sie hatte ult. 1875 für 28 Mill. Mark Pfandbriefe emittirt.

Die Deutsche Grund-Credit-Bank zu Gotha entstand schon 1867 und erfreut sich noch mehr nach Hofluft riechender Verwaltungsräthe, wie Fürst Hatzfeld-Trachenberg, Graf Maltzahn-Militsch, Graf Pourtalès, Freiherr v. Cohn-Dessau. Sie steht mit dem Schlesischen Bankverein in Beziehungen (Graf Joseph Hoverden, Guido Graf Henckel, Prinz Carl Hohenlohe, Lehfeld, Graf Schaffgotsch) und wird von dem früheren Staatsanwalt von Holtzendorff dirigirt, einem Manne, der wegen auffälligen Liberalismus aus dem Staatsdienst gedrängt wurde. Dieser Liberalismus hat ihn nicht gehindert, durch seinen bertichtigten Agenten Bauer, in Berlin sehr zweifelhafte Geschäfte zu machen. Die Bank hatte ult. 1875 für 78 Mill. Mark Pfandbriefe emittirt.

Bei der 1872 concessionirten Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank, die ult. 1875 für 25 Mill. Mark Pfandbriefe emittirt hatte, ist nur der Exabgeordnete Elsner von Gronau bekannt.

Ohne wesentliches Interesse, weil ohne politischen Einfluss im deutschen Reich sind die kleineren Hypotheken-Banken und die süddeutschen. Zu ersteren gehören u. A. zwei in Schwerin, wovon die Boden-Credit-Actien-Bank u. A. Herrn Hagen von der Fortschrittspartei ihre Existenz verdankt, unter den Gründern der zweiten, der Hypotheken- und Wechselbank, finden wir den unvermeidlichen E. v. d. Heydt und Herrn Siemens wieder. In der Rheinischen Hypothekenbank zu Mannheim sitzen die Parlamentarier Professor Bluntschli, Scipio, Dr. Buhl. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank zu München hat zwar für 196 Mill. Mark Pfandbriefe

emittirt, besitzt aber im Reichstage gar keine Vertretung. Dagegen hat die Süddeutsche Boden-Credit-Bank von eben da ihren Director, Dr. v. Schauss, sowie den Verwaltungsrath, Grafen Arco-Valley in den Reichstag entsendet. Von der Württembergischen Hypotheken-Bank, mit 37 Mill. Mark Pfandbriefen, kennen wir Herrn Sarwey in Berlin. Die Deutsche Hypothekenbank zu Meiningen, mit 46 Mill. Mark Pfandbriefen, und die Frankfurter Hypotheken-Bank, mit 26 Mill. Mark Pfandbriefen, scheinen noch keine parlamentarische Vertretung gefunden zu haben.

Im Ganzen wirken etwa 30 solche Anstalten in Deutschland, von denen in Preussen auch nicht eine vor dem Jahr 1864 entstanden ist. Wir verdanken sie also alle mit einander der vom Fürsten Bismarck inauguirten Wirthschaftspolitik.

Man wird sagen müssen, dass Fürst Bismarck von dem Wege, auf dem er sich in Folge der Rathschläge von Wagener und Rodbertus befand, abgewichen ist und eine verderbliche Politik für den Grundbesitz verfolgt. Anstatt die Erhaltung der Familien im Besitz und die Ansiedelung der Landarbeiter durch das Rentensystem zu fördern und den Grundbesitz von der Finanzherrschaft frei zu machen, hat er das Entstehen von Capitalistenbanken begünstigt, die den Grundbesitzern den Hals abschneiden und — die schliesslich selbst zum grossen Theil pleite gehen werden. Sie beleihen zu hoch, beuten die Schuldner zu sehr aus, und die nächste Grundkrisis wird sie haufenweise insolvent machen. Hierüber werden wir demnächst eine besondere Schrift veröffentlichen. Die einen schleunigen Verkauf verschuldeter Grundstücke ermöglichende neue Subhastationsordnung potenzirt noch die Gefahren solcher Hypothekenbanken. Die Bismarck'sche Agrarpolitik ist also antisocial, capitalistisch, soweit man die Grundschild-Verhältnisse in's Auge fasst.

Es sei uns zum Schlusse dieses Capitels noch gestattet, das auch auf diesem Gebiet ungemein sachverständige Urtheil Strousbergs über unsere Grundschild-Politik, also Gesetzgebung und Bankconcessionirung, folgen zu lassen.

Er sagt, unsere Hypothekengesetze machen es gefährlich, Etwas zu besitzen, worauf man Schulden hat. Der

Wucher hat so überhand genommen und sich nicht nur auf Private beschränkt, dass es, wenn man Geld gegen Hypotheken sucht, nur eine Frage der Zeit ist, wie bald man ruiniert sein werde. Die Hypothekeninstitute haben sich der für Hypotheken bestimmten Capitalien grossentheils bemächtigt und treiben einen abscheulichen Wucher . . .

«Pupillengelder, sowie die Mittel anständiger Privatleute sind fast sämmtlich von Hypothekeninstituten in Anspruch genommen, und diese treiben den ruchlosesten Wucher. Für die ersten, sicheren Hypotheken werden Quasi-Pfandbriefe gegeben, die nicht geliefert werden, sondern wofür eine geringere Summe als pari ausgezahlt wird, und wehe dem, der Hypotheken verkaufen muss, die nicht in die erste Kategorie gehören; wenn sie auch noch so gut sind, und ob der Abnehmer eine Hypothekenanstalt oder ein Wucherer mosaischen oder christlichen Glaubens sei — das Fell wird ihm über die Ohren gezogen und namentlich und theilweise mit Recht (!) seit Einführung unserer neuen Hypothekengesetze (!!), denn in der Ausführung der Theorie unserer interessenlosen (?) Oekonomen, das natürlich Feste (Immobile) flüssig (mobil-) zu machen, also Klage, Subhastation und Alles darauf bezügliche so viel als thunlich zu beschleunigen, hat man jeden Hypothekenbesitz, der nicht die erste Stelle einnimmt, oder wo der Besitzer der zweiten Stelle nicht unter allen Umständen seinen Vordermann bezahlen kann, absolut unsicher gemacht.

«Die Folgen zeigen sich schon, und sie werden noch viel eclatanter auftreten. Gerade weil für ein Haus oder Gut nicht immer gleich Käufer, oder richtiger bezeichnet, Liebhaber gefunden werden können, darum muss in einem Lande, wo die Verhältnisse einen verschuldeten Grundbesitz bedingen, Zeit vorhanden sein, um im Nothfalle die gekündigten Gelder zu suchen. Wer Gelegenheit gehabt hat, dies zu beobachten, wird gefunden haben, dass früher nicht immer der Gläubiger gleich zum Aeussersten geschritten ist, weil er viel Zeit verlieren musste, während welcher er nur einfache Zinsen liquidiren konnte; wenn es aber doch dazu kam, so hätte der Schuldner oder Besitzer späterer Hypo-

theken meistens Zeit genug, um sich das Geld anderweitig zu beschaffen. Heute wird kurzer Process gemacht, Subhastationen herbeigeführt, die den Besitzer ruiniren und die Hypothekengläubiger schädigen.

«Will man durchaus ein schleuniges Verfahren gut heissen, so dürfte höchstens die gekündigte Hypothek fällig werden und nicht gleich alle anderen Capitalien. Ich kenne scheinbar anständige Leute, die nur gute Hypotheken auf kurze Zeit kaufen und dann kündigen, um von Neuem ein grösseres oder kleineres Damno zu fordern; bei nicht pünktlicher Zinszahlung wird die Schraube in gleicher Weise gedreht, gekündigt und gegen Damno erneuert.

«Der Wucher frisst Haus- und Grundbesitzer vollständig auf, und mögen sich die heute Wohlsituirten nur nicht trösten. Wenn sie Kinder haben, ihr Vermögen theilen müssen, so wird es nur eine Zeitfrage sein, wie bald Letztere vermögenslos dastehen werden.

«Kein Gesetz kann einer Hypothek den Verkehrswerth eines mobilen Pfandes geben; der Versuch (dazu) hat die Sicherheit nicht vermehrt, sogar verringert und den Wucher zur vollen Blüthe gebracht».

Strousbergs Kritik ist überall berechtigt und erschöpft nicht einmal das Uebel. Am Betrübendsten ist aber, dass unsere Gesetzgeber diesen Verlauf der Dinge kannten, bevor jene unseligen Gesetze gegeben wurden, dass man ihnen auch andere Vorschläge zu einer conservativen Grundschuldgesetzgebung gemacht hatte, die sie aber nicht befolgten.

Die Politik des Herrn Reichskanzlers ist auch später dem Grundbesitz gegenüber eine schwankende gewesen. Auf dem 6. Congress deutscher Landwirthe brachte Dr. Robertus, Professor A. Wagner und Verfasser einen Antrag durch, der eine Untersuchung — eigentlich aller — landwirthschaftlichen Verhältnisse bezweckte mit der ausgesprochenen Absicht, eine Reform der Agrargesetzgebung anzustreben. Der Fürst schien der Sache geneigt, denn er hielt Sr. Majestät Vortrag darüber und der Kaiser befahl, dass dem Antrage Folge gegeben werde. Nun richtete

der landwirthschaftliche Minister folgenden Brief an Herrn Dr. Rodbertus:

Berlin, den 15. Juli 1876.

Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Euer Hochwohlgeboren wird bekannt sein, dass die Absicht besteht, dem von dem sechsten Congress deutscher Landwirthe an das Reichskanzleramt gerichteten Antrage auf Veranstaltung einer Enquête, betreffend die wirthschaftliche Lage der arbeitenden Klassen auf dem Lande sowohl an sich, wie auch in ihrem Zusammenhange mit der wirthschaftlichen Lage des Grundbesitzes und des Kapitals näher zu treten.

Bei der Wichtigkeit der in dem betreffenden Antrage näher specificirten Fragen und der mannigfachen Deutung, welche verschiedene der darin, zumal in Frage V und VI enthaltenen Punkte finden können, erlaube ich mir Euer Hochwohlgeboren als den Hauptantragsteller ergebenst zu bitten, mir gefälligst, wenn es Ihre Zeit und Ihr Befinden erlaubt, in einem kleinen Exposé näher ausführen zu wollen, wie Sie Sich im Detail die Zusammensetzung einer solchen Commission, den Gang und die Ziele ihrer Untersuchungen, zumal in Bezug auf Frage VI gedacht haben.

Durch eine möglichst aufklärende Auseinandersetzung über Ihre Absichten bei dieser Enquête würde die Anbahnung des richtigen Weges für dieselbe und die Ueberwindung der sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten sehr erleichtert werden.

Eine möglichst baldige Antwort würde mir sehr erwünscht sein.

Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

gez. Friedenthal.

An den General-Landschaftsrath

Herrn Dr. Rodbertus

Hochwohlgeboren

Jagetzow.

Rodbertus' Antwort lautet:

Euer Excellenz hochgeehrtes Schreiben vom 15. Juli d. J. beehre ich mich ganz gehorsamst, in Folgendem zu beantworten.

Euer Excellenz theilen mir hochgeneigtest mit, dass die Absicht besteht, dem von dem sechsten Congress deutscher Landwirthe an das Reichskanzleramt gerichteten Antrage auf Veranstaltung einer Enquête, betreffend die wirthschaftliche Lage der arbeitenden Klassen auf dem Lande sowohl an sich, wie auch in ihrem Zusammenhange mit der wirthschaftlichen Lage der Grundbesitzer und des Kapitals näher zu treten.

Euer Excellenz fügen dann weiter wörtlich hinzu: „Durch eine möglichst aufklärende Auseinandersetzung über Ihre Absichten bei

der Enquête würde die Anbahnung des richtigen Weges für dieselbe und die Ueberwindung der mannigfach sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten sehr erleichtert werden.“

Indessen muss hier ein Missverständnis mit unterlaufen. Der Antrag, den ich mitgestellt, richtet sich gar nicht auf „Veranstaltung einer Enquête“, sondern auf „Einsetzung einer Commission mit der Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen auf dem Lande sowohl an sich, wie in ihrem Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Lage des Grundbesitzers und des Kapitals nach sechs Euer Excellenz bekannten Gesichtspunkten zu untersuchen.“

Absichten bei einer Enquête habe ich daher gar nicht gehabt und in der That um so weniger haben können, als ich — so wie hier das Wort Enquête, wie es doch scheint, in der technischen Bedeutung und Form genommen wird, in welcher es bei uns zur Feststellung von socialen Thatsachen durch Einzelvernehmung von Sachverständigen gebräuchlich geworden — als ich, sage ich, der Ueberzeugung bin, dass solche Enquête niemals zu einer auch nur annähernd richtigen Beantwortung der sechs Fragepunkte unseres Antrages führen kann. Denn, wenn auch allenfalls in Punkt I, II und IV eine Vernehmung einzelner praktischer Sachverständiger anwendbar wäre, so sind doch Punkte III, V und VI schlechterdings nicht durch Einzelvernehmungen, sondern nur durch statistische Ermittlungen zu erledigen. Dies leuchtet ein, ohne dass ich es weiter auszuführen nöthig habe. Das haben sich natürlich die Antragsteller von vornherein klar gemacht und deshalb, wohl vorbedacht, ihren Antrag auf Einsetzung einer Commission und nicht der Veranstaltung einer Enquête gestellt. Indessen wäre es möglich, dass das Wort Enquête in Euer Excellenz hochgeehrtem Schreiben nicht in jener engeren technischen Bedeutung, sondern in der allgemeinen einer Untersuchung in irgend einer andern beliebigen Form zu verstehen ist, in welchem Falle dann das, was ich vorstehend geküssert, nicht platzgreifen würde.

Wenn nun Euer Excellenz weiter zu erfahren wünschen, wie ich mir die Zusammensetzung einer solchen Commission, den Gang und die Ziele ihrer Untersuchungen, zumal in Bezug auf Frage VI gedacht habe, so stehe ich nicht an mich zu der Ansicht zu bekennen, dass, wenn die sechs Fragepunkte eingehend beantwortet werden sollen, jedenfalls die drei Antragsteller Mitglieder der Commission sein müssen, denn diese werden keinen Antrag gestellt haben, den sie nicht selbst in allen seinen Punkten gründlich zu erledigen sich im Stande gefühlt hätten. Auch scheinen mir die Persönlichkeiten derselben hinreichend Garantien für Lösung der Aufgabe zu bieten. Herr Professor Wagner zählt bekanntlich zu den berühmtesten Nationalökonomen und grössten Autoritäten in dieser Wissenschaft; Herrn Dr. Meyer übertrifft Niemand an genauer Kenntniss der

Arbeiterbewegungen in ganz Europa; ich meinerseits bringe wenigstens die Früchte einer vierzigjährigen Beschäftigung mit den socialen Fragen in die Commission mit. Dagegen dürften vom Reichskanzleramte ausserdem nur noch zwei Mitglieder zu ernennen sein, denn bei der notorischen Abneigung der Mitglieder des Reichskanzleramtes gegen eine ernste Inangriffnahme der socialen Frage könnte leicht, wenn die Mehrzahl der Commission durch das Reichskanzleramt ernannt würde, eine genügende Beantwortung der sechs Fragepunkte noch im Schoosse der Commission selbst scheitern. Dennoch braucht die bei blossen Praktikern so leicht aufsteigende Besorgniss nicht gehegt zu werden, dass die Beantwortung der sechs Fragepunkte bei der von mir vorgeschlagenen Zusammensetzung der Commission zu theoretisch ausfallen würde. Eine solche Gefahr kann bei diesen Fragen gar nicht stattfinden, da sie entweder gar nicht zu beantworten sind oder ihren Antworten, wie schon angedeutet, nur die zuverlässigsten statistischen Ermittlungen zum Grunde liegen können und müssen. Desshalb würde auch die Commission mit der Befugniss auszurlisten sein, allerdings über Specialfragen Sachverständige vernehmen, aber hauptsächlich auch die statistischen Bureaux des Reiches requiriren zu dürfen, um aus deren bereits vorhandenen Ermittlungen die erforderlichen Notizen zur Combination der Schlüsse, die zur Beantwortung der Fragen zu ziehen wären, zu erhalten.

„Gang und Ziel“ der Untersuchungen werden bei solcher Zusammensetzung und solchen Befugnissen auch der Commission klar vorliegen. Der „Gang“ der Arbeiten liegt in der Reihenfolge der sechs Fragen deutlich ausgesprochen und ich wüsste nicht, was ich bei der Präcision, deren sie sich erfreuen, ihrem Verständnis noch hinzusetzen könnte. Punkt II. führt allerdings zu einem andern Begriff von Jahreslohn, als bisher in der Regel angenommen war, allein seit ein Doder die Vertheilung des englischen Nationaleinkommens beleuchtet hat, darf man auch in Deutschland nicht länger zögern, den Jahreslohn nach der Zahl der wirklich vorgekommenen Lohnstage abzuschätzen. Die Multiplikation dieses Jahreslohnes mit der statistisch ermittelten Zahl der wirklichen Arbeiter ergäbe dann die Ziffer des jährlichen nationalen Arbeitslohnes. Diese Summe, die Zahl nicht bloß der wirklichen Arbeiter, sondern auch deren Angehöriger gegenüberzustellen, ist zur Kenntniss der Lage der arbeitenden Klassen desshalb erforderlich, weil doch die Angehörigen mit von jener nationalen jährlichen Lohnsumme leben wollen und müssen. Erst wenn diese Gegenüberstellung erfolgt ist, ergibt ein einfaches Divisions-Exempel, wie gross der Unterhalt ist, der durchschnittlich auf jeden zum Arbeiterstande gehörigen Kopf fällt. Eine Zweideutigkeit kann meines unmaassgeblichen Erachtens in Punkt V absolut nicht gefunden werden.

Eben so wenig in Punkt VI, wenn sich nur die Commission den Begriff des verhältnissmässigen Arbeitslohnes geklärt und zugleich klar macht, dass, wenn in Folge einer Zunahme der nationalen Productivität und Production der auf Grund- und Kapitalbesitz fallende Theil dieser Zunahme sich beim Grundbesitz anders als beim Kapital äussert, beim Grundbesitz nämlich als ein Steigen der Grundrente oder Erhöhung des Reinertrages pro Morgen, beim Kapital hingegen nicht als ein Steigen der Kapitalrente oder Erhöhung des Gewinnes resp. Zinsfusses per Cent, sondern als eine Vermehrung der Kapitalrente, weil bei solcher Zunahme der nationalen Production sich auch stets das Kapital entsprechend vermehren muss und also der Gewinn resp. Zinsfuss sehr leicht auf denselben Procentsatz stehen bleiben kann. Diese Erfordernisse zum Verständniss und Ermittlung der in Punkt VI enthaltenen Beziehungen und Verhältnisse finden sich aber bei den Antragstellern und würden sich auch jedenfalls in der Commission finden, wenn die Antragsteller die Majorität darin hätten. Andernfalls würde die Beantwortung von VI grössere Schwierigkeiten haben, ja vielleicht unmöglich werden, da der Begriff des verhältnissmässigen Arbeitslohnes einer neueren nationalökonomischen Auffassung angehört und noch nicht allgemein in das Volksverständniss eingedrungen ist; auf die verschiedene Form der Rentenzunahme beim Grund- und Boden und Kapital ist sogar erst von mir in meinen socialen Briefen aufmerksam gemacht worden.

Wenn Euer Excellenz dann schliesslich noch nach den „Zielen“ der von uns beantragten Untersuchung fragen, so sind dieselben keine anderen, als ein treues objectives Bild des Theilungsverhältnisses des Nationaleinkommens zwischen Arbeitern, Grundbesitzern und Kapitalisten und der Bewegung dieses Theilungsverhältnisses seit 30—40 Jahren zu gewinnen, denn nur erst, wenn davon ein wahres Bild vorliegt, wenn man zweifellos weiss, wie sich dies Verhältniss zur Zeit stellt und ob und nach welcher Seite dieser drei Theilnehmer am Nationaleinkommen es sich seit 30—40 Jahren etwa verändert hat, ist ohne Gefahr eines Irrthums zu beurtheilen, ob, mit welchen Massregeln und zu Gunsten welchen Theils der Staat zu interveniren hat.

Denn auf eine positive Staats-Intervention, sei es in einzelnen Beziehungen, auch nur durch Erlass anderer Gesetze — wie beim Grundbesitz durch Einführung des Rentenprincips — wird zuletzt doch eine ehrliche und erfolgreiche Inangriffnahme der socialen Uebelstände hinauslaufen müssen. Euer Excellenz ganz gehorsamster

gez. Rodbertus.

Seitdem ist alles still in dieser Angelegenheit gewesen. Man will aber nicht durch eine gewissenhafte Untersuchung

den Beweis sich liefern lassen, dass die von 1869 ab befolgte Agrarpolitik nur Halsabschneidern zu Gute kommt und den Grundbesitzerstand ruinirt. Die Hypotheken-Actien-Gesellschaften wuchern weiter — das durchschnittliche Damno, welches sich eine der solidesten, die «Preussische Bodeneredit-Actien-Bank zu Berlin» zahlen lässt, beträgt 11 Procent — und so wird man weiter arbeiten, bis derselbe Krach, der schon in die von den Consorterien ausgeplünderten Eisenbahnen gefahren ist, auch über die Hypothekenbanken hereinbricht. Hier wie an allen übrigen Enden der von Bismarck seit 1867 und mehr noch seit 1870 inauguirten verfehlten Wirthschaftspolitik steht — der Bankrott.

II. Buch. Gründerperiode.

Krieg, Milliarden und Kulturkampf.

Der Ausbruch des Krieges mit Frankreich traf unsere Börse und die in der Entwicklung zu patriotischen «Welt-häusern» begriffenen Reichsfreunde Bleichröder-Hansemann hart. Alle grossen Pläne mussten verschoben werden. Der Norddeutsche Bund nahm eine 5 proc. Kriegsanleihe zum Course von 88 Procent im Betrage von 100 Mill. Thaler auf. Die patriotische Berliner Börse zeichnete ganze — — drei Millionen! Die Anleihe wurde bei weitem nicht vollgezeichnet, und Herr Lasker, dieser scheinheilige Advokat seiner gründerischen Stammesgenossen, sagte nachher im Reichstage ganz kühl, daraus könne man den Bankiers keinen Vorwurf machen, mit ihrem «Geschäftscapital» hätten sie sich bei einem so unsicheren Geschäft nicht betheiligen können, mit ihrem «Privatcapital» hätten sie es reichlich gethan. Wir wissen also jetzt durch Lasker, der ehemals Bleichröders bezahlter Commis — als Rechtsconsulent — war, dass das überflüssige Taschengeld der Berliner Bankiers damals 3 Mill. Thaler betrug.

Man hätte meinen sollen, dass die Liebe des Grafen Bismarck für seine Freunde Bleichröder, Miquel, Hansemann u. s. w. durch dies Instichlassen etwas abgekühlt worden wäre. Aber nein, er vergass und vergab in diesem Falle einmal, und als er die 5 Milliarden Kriegscontribution den Franzosen auferlegte, liess er Bleichröder nach Paris kommen, um seinen Rath für das Vaterland nutzbar zu

machen. Der muss sehr schwer gewogen haben, denn Gerson Bleichröder erhielt dafür das — «Eiserne Kreuz», als ob er sein Blut eingesetzt hätte, wie ein Tapferer von Wörth und Sedan. Sehr gut persiflirte der «Kladderadatsch» diesen «Ritter», indem er seine Decoration in Form einer — Couponscheere abbildete.

Neuerdings hat Herr Jules Favre in seiner Schrift: «Gouvernement de la défense nationale» eine merkwürdige Enthüllung über Bleichröder's Thätigkeit in Versailles gemacht, welche der frühere preussische Generalconsul Schramm in seinen, zu Mailand erscheinenden, «Glossen» zu einer Verdächtigung des Fürsten Bismarck verwerthet. Hiernach habe der Reichskanzler die Contribution anfänglich auf «sechs» Milliarden festgesetzt und gewünscht, dass sich die französische Regierung der Hülfe der Herrn Bleichröder und Guido Grafen Henckel von Donnersmarck bei deren Abzahlung bediene. Diese Herren hätten ihren Finanzplan den Herren Thiers, Favre und einer parlamentarischen Commission vorgetragen. Der Vortrag habe aber einen «peniblen» Eindruck gemacht und sei aus dem «Gefühl der nationalen Würde» von den Franzosen abgewiesen worden. Die Finanziere hätten sich für ihre Bemühungen nämlich nicht weniger als noch «drei Milliarden» — wohl an «Garantie-Provisionen», ein Begriff, den wir bei dem rumänischen Geschäft Bleichröders noch näher kennen und schätzen lernen werden — sichern wollen. Darauf habe Graf Bismarck schliesslich von der Betheiligung der von ihm empfohlenen preussischen Bankiers abgesehen und die Contribution sogar um «eine» Milliarde ermässigt. Schramm stellt nun, wie wir hoffen in verleumderischer Weise, die Sache so dar, als habe Bismarck durch das Nachlassen einer Milliarde von den früher festgestellten «sechsen» das Schweigen der Franzosen über die «peniblen» und «unwürdigen» Vorschläge der preussischen Bankiers erkaufen wollen.

Leider ist auf diese Verdächtigungen keine officiële Richtigstellung deutscherseits bisher erfolgt. Wenn auch natürlich nicht dem Fürsten Bismarck, so ist seinen Unterhändlern allerdings alles Mögliche zuzutrauen, vorausgesetzt

nur, dass viel Geld dabei zu verdienen ist. Bleichröder's skandalöse Geldgier und schmutzige Geschäftspraxis werden wir in der Folge noch genügend kennen lernen. Graf Guido Henckel von Donnersmarck ist ebenfalls einer der blutigsten Gründer. Er sitzt im Verwaltungsrath des «Schlesischen Bankvereins», des «Berliner Bankvereins» mit A. Delbrück, B. Oppenheim, Dr. Kapp u. A. zusammen, zwei entsetzlicher Gründerbanken. Er gründete mit A. Delbrück und Genossen die «Donnersmarckhütte», der er 6 Proc. Dividende garantirte aber nicht leistete, ferner die «Schlesische Actien-Gesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb» etc.

Immerhin wird man sagen müssen, dass der Fürst Bismarck nicht eine glückliche Hand hatte, als er diese finanziellen Vertrauensmänner zu seiner Unterstützung bei dem Milliardengeschäft sich auswählte, und es scheint, als wenn die Franzosen sich jetzt der gierigen Propositionen derselben bedienen wollten, um den Fürsten selbst zu verdrängen. Anruchig genug sind diese Finanziere dazu.

Uebrigens haben wir s. Z. in Erfahrung gebracht, dass Bleichröder und Graf Henckel selbst nicht einig gewesen seien, indem ersterer die Leistungsfähigkeit Frankreichs nur auf 2, letzterer auf 10 Milliarden geschätzt habe. Bismarck habe anfänglich 8 Milliarden verlangt, sei dann auf 6 und endlich auf 5 herabgegangen. Thatsache ist, dass Graf Henckel späterhin nicht mehr in der Lage war, irgend welchen Verkehr mit Herrn Thiers zu unterhalten, während Bleichröder auch später fortdauernd in Beziehungen mit Herrn Thiers blieb. Es würde sogar behauptet, dass Herr von Bleichröder den Grafen Harry Arnim bei Herrn Thiers verdrängt und in dem Zweikampf Bismarck contra Arnim eine zweideutige Rolle gespielt habe.

Bei der «Fructificirung» der fünf Milliarden wird Bleichröder wohl auch seine Dienste geleistet haben, indess ruht noch ein dichter Schleier über diesem Geschäft. Man sagt Herrn Camphausen nach, er habe den Haupteinfluss auf die Anlegung, besser gesagt auf die Verpretzelung oder Verdüftung — wie die «Kreuz-Zeitung» mit einem bei ihr erstaunlichen Witz bemerkte — gehabt. Wenn es der Fall

st, so sichert ihm diese That einen dauernden Platz in der Geschichte: Noch nie hat ein Staat Verfügung über eine so colossale Summe besessen, und noch nie ist eine bedeutende Summe so unerhört nutzlos, ja schädlich für das Volk, verwendet worden.

Die wichtigsten Culturarbeiten konnte man damit ausführen, das Land mit Canälen durchziehen, die so schlechten Landstrassen ausbauen, tausend nützliche Unternehmen fördern — nichts, nichts davon geschah. Camphausen fasste seine Aufgabe auf, wie ein kleiner Geldwechsler, dessen höchster Wunsch der ist, «keine Zinsen zu verlieren». Selten hat die absolute Unfähigkeit eine so massive Gestalt angenommen, wie in Herrn Camphausen.

Während die Masse des der Regierung zufließenden Capitals durch die von Bismarck durchgesetzte schnelle Abzahlung Seitens Frankreichs in fehlerhaftester Weise zu schnell nach Deutschland geschafft wurde, so dass der Finanzmann des Reichs, Delbrück, oder vielmehr sein Freund und Rathgeber Camphausen, freilich in Verlegenheit gerathen konnte, wohin mit dem Segen, thaten Beide nun ihrerseits auch noch das Fehlerhafteste, was man damals thun konnte. Sie warfen das Geld massenhaft auf den deutschen Geldmarkt durch Rückzahlung von Staatsanleihen und durch Vorschüsse an grosse Bankiers — wörtüber weiterhin mehr. Durch diesen Capitalzufluss, der sich namentlich über die Berliner Börse ergoss, wurde der Gründungsschwindel der Jahre 1872 und 73 erst möglich. Die Börse sah die von unseren Tapferen erkämpften Milliarden als ihre rechtmässige Beute an, und sie hat in jenen Jahren das deutsche Volk reichlich um ihren Betrag ärmer gemacht. Die Milliarden sind uns also durch die falsche Politik der Minister Bismarck-Delbrück-Camphausen ein Unsegen geworden.

Der Krieg brachte uns noch ein zweites Unglück: den kirchlichen Unfrieden im Laude und die Verschärfung der socialen Klassengegensätze.

Die Socialdemokratie existirte zwar schon seit 1864. Aber sie war gespalten. Der energischere und gefährlichere Theil, die Lassallesche Partei, gehorchte noch der Führung

des gelehrten und staatsklugen von Schweitzer. Der Mann ist arg verleumdet worden. Bebel hat ihn im Reichstage einen «Lump» genannt und Forkenbeck hat den Todten nicht gegen diese Beschimpfung in Schutz genommen. Verfasser hat Schweitzer sehr gut gekannt. Schweitzer wollte wirklich das Wohl der Arbeiter. Revolutionen rufen stets Reaction hervor und bringen ein Land um eine Generation zurück. Schweitzer wie Lassalle hatten den Weg der Reform im Auge: die Reform durch die starke Staatsmacht Preussens.

Etappen auf diesem Wege waren das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht und der Normalarbeitstag. Letzterer ist für die Arbeiter nothwendig, um ihnen die Muse zu gewähren, welcher ein Mensch bedarf, der höhere Interessen verfolgen will als die um's tägliche Brod. Er ist zudem die erste Bedingung einer Organisation der Arbeit. Ein Mann, der durchschnittlich nur 10 Stunden täglich arbeitet, gewinnt Muse, die er Anfangs missbrauchen mag, späterhin aber gewiss nützlich zu seiner Belehrung, technischen Vervollkommnung oder zur häuslichen Arbeit in seinem Familienkreise benutzen wird. Das allgemeine Stimmrecht ist nur dann eine erträgliche Institution, wenn man durch solche Muse die Masse zu einem verständigen Gebrauch dieses politischen Rechts heranbildet. Der Arbeiter, welcher 12 und mehr Stunden täglich arbeiten muss, kann sich kein eigenes politisches Urtheil bilden und wird blind dem ersten besten Agitator an die Wahlurne und — auf die Barrikade folgen. Schweitzer hoffte, Bismarck werde nach einem Siege über Frankreich das Gesetz über den Normalarbeitstag folgen lassen. Die Arbeiter würden dann allmählich zur Theilnahme am politischen Leben herangezogen werden, mehr und mehr in's Parlament ihre Vertreter senden und endlich eine allmähliche sociale Reform durchsetzen — wie denn ja auch Louis Blanc und Lassalle durch die Productivassociation, über deren Zweckmässigkeit man streiten kann, diese langsame und unblutige Umgestaltung bewerkstelligen wollten.

In dieser Hoffnung, dass der Graf Bismarck die ernsthafte Absicht habe, auf dem 1867 durch Verleihung des

allgemeinen Wahlrechts betretenen Wege fortzuschreiten, hielt Schweitzer während des Krieges die Lassalleaner in Ruhe, während gegen den Vorstand der «Eisenacher» Socialistenpartei General Vogel von Falkenstein einschreiten musste. Kurz vor seinem Tode hat von Schweitzer dem Verfasser gestanden, er habe sich im Sommer 1871 überzeugt, dass Bismarck eine antisociale Politik verfolgen werde, und dass in Folge dessen der Lassalleanismus in Deutschland einem radikalen Communismus, der auf den geeigneten Moment zur Revolution nur lauert, Platz machen werde. Deshalb vornehmlich habe er damals sich von der Agitation zurückgezogen. Seine Prophezeiung ist eingetroffen. Wir haben eine durch und durch revolutionäre und fortwährend wachsende, einige, socialdemokratische Partei in Deutschland, deren Ausbreitung durch die ewigen, nur Oel in's Feuer giessenden, polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen nur beschleunigt wird.

Zum verschärften socialen Unfrieden kam seitdem hinzu der kirchliche Kampf. Fürst Bismarck hat auch auf diesem Gebiet seine Politik gewechselt. Er dachte früher an keinen Streit mit dem Papst, er wollte den Glauben der Katholiken nicht beeinflussen, die er seit 1848 als Conservative schätzte. Unter dem Einfluss Wagener'scher Rathschläge beabsichtigte er, den Bischof von Ketteler zum Erzbischof von Köln zu machen. Dies sollte der erste Schritt zur Ernennung desselben zum Fürst-Primas der katholischen Kirche in Deutschland sein. Die katholische Kirche sollte die Stellung einer privilegierten Corporation in Deutschland erhalten. Die Regierung würde durch den Primas mit dem Papst einerseits, mit dem deutschen Episcopat andererseits, verhandeln. Mit Hilfe des auf socialen Gebiet so erfahrenen von Ketteler sollte dann eine conservativ-socialen Reformpolitik getrieben und der Capitalismus, die Judenherrschaft gebrochen werden.

Als der Erzbischof Graf Ledochowsky, den Bismarck selbst nach Posen befördert hat, 1871 in Versailles war, fand er den Fürsten schon Kühler, als er ihn zu finden hoffen durfte. Die Infallibilitätserklärung des Papstes konnte wohl kaum der Grund sein, da Graf Bismarck früher sowohl den

Vorschlägen des Grafen Harry Arnim wie denen des Fürsten Hohenlohe gegenüber sich ablehnend verhalten hatte. Letztere liefen darauf hinaus, durch eine Action verschiedener weltlicher Mächte die Annahme jenes Dogma durch das Concil zu bekämpfen. Beim Zusammentreten des ersten deutschen Reichstages noch sprach der Fürst Bismarck die Absicht aus, mit dem Centrum zusammenzugehen zu wollen, nachdem die Occupation Rom's durch die Italiener gegen seinen Willen erfolgt war.

Erst nachdem die antipreuussischen Elemente des Centrums, wie Windthorst, durch die deutschen Partikularisten, die bayerische Patriotenpartei, verstärkt worden waren, reizte die gelegentliche Opposition dieser Leute seinen Zorn. Er machte auch die anders denkenden und anders stimmenden Mitglieder des Centrums mitverantwortlich für die Haltung dieser Elemente der Partei. Dieser Stimmung gab der Fürst Ausdruck in einem Briefe an den Grafen Frankenberg vom Juni 1871. Das hatte zur Folge, dass die ganze Centrumsfraction ihn fortan als ihren Feind behandelte.

Dies wurde ihm möglicher Weise angenehm aus einer anderen Erwägung: Es ist nicht undenkbar, dass in Folge der ungeahnten Siege und der Wiederherstellung des deutschen Kaiserthums dem Fürsten der Gedanke kam, oder ihm nahe gelegt wurde, die religiöse Einheit im neuen Reich wieder herzustellen. Zwar war das alte Reich an dem Streben der habsburgischen Kaiser, diese Einheit auf katholischer Basis zu erhalten, im dreissigjährigen Kriege gespalten und somit der Auflösung entgegen geführt worden. Allein der Gedanke hat für den Mächtigen grossen Reiz. Auch Friedrich Wilhelm III. hatte in schwacher Stunde sich ihm hingeeben, als er die Union zwischen Lutheranern und Reformirten schuf und mittelst Dragonaden durchzuführen suchte. Diese Union hat der evangelischen Kirche und dem Christenthum in Preussen unendlich geschadet. Bismarck war in Paris und Petersburg nicht ohne zu lernen. Der Gallikanismus schon musste ihm gefallen. Auch läuft der ältere Plan, einen Primas für Deutschland zu ernennen, ja auf die Zusammenfassung der deutschen Katholiken und

auf eine freilich mit dem katholischen Kirchenbegriff nie vollkommen zu vereinbarende grössere Selbstständigkeit von Rom hinaus. Indess scheint von der Kaiserproklamation in Versailles ab die Idee einer Nachbildung der russischen Kirche mit dem Kaiser-Patriarchen an der Spitze erwacht zu sein. Der freimaurerisch-humanitär angehauchte Altkatholicismus erschien vielleicht geeignet, den Katholicismus und Protestantismus in eine deutsche Nationalkirche mit dem Kaiser als Summus Episcopus zu verschmelzen.

Auf die Entwicklung dieser Idee haben zwei Männer entscheidenden Einfluss gehabt, wenn sie nicht sogar die Erfinder derselben sind: Miquél und von Bennigsen. Letzterer hat als Mitglied der Kaiserdeputation in Versailles in diesem Sinne gewirkt, und Miquél hat sich — sehr unvorsichtig — nicht lange darauf im Local der Disconto-Gesellschaft vor den Beamten derselben, worunter doch auch Katholiken waren, dahin ausgesprochen, dass man nun mit den Katholiken bald fertig werden würde.

Vielleicht wäre dieser Idee nicht Folge gegeben worden, wenn nicht im Reichstage das Centrum den oben gekennzeichneten partikularistischen Zusatz aus Bayern erhalten und sich sehr selbstständig etablirt hätte. Der Fürst kann selbstständige Leute und Parteien überhaupt nicht leiden, und die Führer des Centrums, Windthorst und Savigny, mussten ihm natürlich wenig sympathisch sein. Bei seiner Neigung, persönlichen Eindrücken Einfluss auf seine Handlungen zu gestatten, beschleunigte diese Gestaltung der Dinge den offenen Bruch. Dieser hatte zur Folge, dass die liberale Majorität des Reichstages sich dem Fürsten um so unbedingter zur Verfügung stellte, als sie sehr wohl einsah, wie Bismarck ohne Unterstützung der Katholiken keine conservative Majorität im Parlament jemals wieder würde erhalten können. Den Culturkampf schützen, hiess das liberale System in Deutschland kräftigen und in der Herrschaft halten.

Bei geschickter Benutzung der Unfehlbarkeit, die in der Presse als etwas Unerhörtes dargestellt wurde, obschon die Katholiken behaupten, sie habe im Grunde genommen immer existirt, war es leicht, viele Evangelische für den Gedanken

zu gewinnen, es müsse die deutsch-katholische Kirche selbstständiger von Rom gemacht werden. Als erster Schritt hierzu erschien die Austreibung der Jesuiten zweckmässig, die man, mit Recht oder Unrecht, als die päpstlichen Aufpasser an den Höfen der deutschen Bischöfe ansah. Soweit folgten auch viele Evangelische dem Fürsten auf dem neuen Wege. Allein sie behielten eine Einigung mit den Bischöfen, und durch diese mit dem Papst, als Ziel des Kampfes im Auge. Sie verloren aber mehr und mehr und endlich jede Einwirkung auf den Fürsten, der sich schliesslich ganz den Einflüssen hingab, die von der sogenannten rechten Seite der Nationalliberalen auf ihn wirkten.

Am weitesten, noch bis zur Jesuitenaustreibung, ging die conservative Fraction, wenn man so noch sagen darf, Wagener-Blanckenburg mit dem Fürsten. Verfasser ging nicht soweit. Bereits im Jahre 1867 hatte er dem Geheimen Rath Wagener ein Exposé auf dessen Wunsch ausgearbeitet, welches sich dahin aussprach, Deutschlands Interesse erfordere es, dass der Papst, als geistliches Oberhaupt vieler Millionen deutscher Unterthanen, nicht selbst Unterthan eines fremden Monarchen sein, d. h. dass er Souverän von Rom bleiben müsse. Auch Italiens Interesse sei grösser daran, dass Rom, als freie Residenz des Papstes, eine internationale Bedeutung behalte, als dass es zur Hauptstadt eines Landes herabsinke. Noch im Winter von 1873 zu 74 bemühte sich Moritz von Blanckenburg um Wiederherstellung des kirchlichen Friedens beim Fürsten Bismarck. Wir glaubten damals, der Friede zwischen Kaiser und Papst sei leicht herzustellen, wenn der Papst mit Deutschlands Zulassung wieder Souverän von Rom werde. Nachdem Wagener seine Antijesuitenrede gehalten, hat ihm Verfasser sein Bedauern über dieselbe noch am selbigen Tage ausgesprochen. Wagens Verhalten erklärt sich aus der oben geschilderten Rücksicht auf Selbstständigmachung der Bischöfe von dem Orden Loyola's. Dieser Herr war persönlicher Eigenthümer der vom Verfasser damals redigirten «Berliner Revue», die er vom Baron Hertefeld nach Keip's Tode geerbt hatte. In Abwesenheit des Redakteurs wurde ein Artikel gegen die Jesuiten in einem Sep-

temberheft des Jahrganges 1872 der Revue publicirt. Verfasser kehrte sofort zurück und inhibirte die Fortsetzung, indem er Herrn Wagener erklärte, die Redaction niederlegen zu wollen, wenn das Blatt zum Tummelplatz des Culturkampfes gemacht werden solle. Herr Wagener versicherte, dass er selbst gegen die katholische Kirche nichts weniger als feindlich gesonnen, dass der Altkatholicismus ein todgebornes Kind sei und dass sich der vom Verfasser gemissbilligte Artikel auch nur gegen die Jesuiten richte, indess solle auch die Aufnahme solcher Angriffe dem Redacteur ferner nicht zugemuthet werden, und das ist auch nicht geschehen, wie denn dem Verfasser von dem Besitzer des Blattes stets vollkommen freie Hand gelassen worden ist.

Dass übrigens sowohl Wagener wie v. Blanckenburg keine Freunde einer cäsaropapistischen Politik, die doch allein den letzten Grund zum Culturkampf liefern kann, sind, erhellt schon daraus, dass beide Herren gar nicht einmal der Union angehören: Wagener ist Irvingianer und Blanckenburg Altlutheraner. Beide müssen also die Freiheit der Kirche vom Staat wünschen.

Seitdem sowohl Wagener's wie Blanckenburg's Einfluss auf den Fürsten aufgehört hat — im Winter 1875—76 hat Blanckenburg dem Fürsten Bismarck zum letzten Male seine beweglichsten Vorstellungen gemacht und hat sich seitdem vollkommen von der Politik zurückgezogen —, ist sowohl die kirchliche als die sociale Politik des Reichskanzlers eine unheilvollere geworden, und wir haben jetzt alle Ursache, jede auswärtige Verwicklung zu vermeiden — mit zwei so erbitterten und mächtigen Parteien im Lande.

Weshalb aber trieben die liberalen Führer, und zwar vornehmlich von Bennigsen und Miquel, den Fürsten auf dem Wege des Culturkampfes weiter und weiter? Die Thatsache selbst steht fest und ist von Ersterem zudem einmal ausgeplaudert worden, denn dass Herr v. Bennigsen einer der Hauptfactoren gewesen, welche zum «Culturkampf» getrieben, geht daraus hervor, dass er in einer unbewachten Stunde einmal im Reichstage erklärte, das Centrum wüsste

gar nicht, «wie schwer es der Regierung gefallen» sei, den kirchlichen Kampf aufzunehmen.

Woher weiss das Herr v. Bennigsen? Doch wohl nur daher, dass er mit einer von denjenigen gewesen, welche aus politischen, socialen und antikirchlichen Motiven die Leiter der Staatsgewalt zur Action gegen die Katholiken und protestantischen Conservativen gedrängt haben?

Herr Miquel, der Verfasser der revolutionären studentischen Wartburg-Adresse des Jahres 1848, ist natürlich auch heute noch kein Christ, obschon er Mitglied der evangelischen — Provinzialsynode ist! Man liebt eben die Religion überhaupt nicht und möchte sie gern ganz «wegbilden». Der Culturkampf aber kam 1871 deshalb so gelegen, weil man mit ihm das Volk beschäftigen und ihm so die ausbeuterischen Handlungen verbergen konnte, welche Miquel, Bamberger, Bennigsen und Genossen im Schilde führten. Der Culturkampf ist die spanische Wand, hinter der sich die «Gründer» versteckten. Man achte nur darauf: Alle jene Blätter, welche die eifrigste Reklame für Gründungen machten und die heute am lautesten auf die Enthüller des Schwindels schelten, sie haben am heftigsten den Culturkampf geschürt und suchen auch heute noch durch antikirchliche Hetzartikel das Volk zu beschäftigen und von der Fährte der Gründer abzulenken.

Kein Schriftsteller dürfte heute schon in der Lage sein, alle die unglücklichen Umstände, welche diesen heillosen und ganz und gar überflüssigen Streit zwischen dem Staat und der leistungsfähigsten christlichen Confession resp. Kirche entzündet und gefördert haben, genau und vollständig zu kennen und darzustellen. Soviel nnr steht fest, dass Fürst Bismarck wider seinen Willen Culturkämpfer geworden ist, sich aber, wie es scheint, leider mehr und mehr in seine neue Rolle gefunden und mit ihr befreundet hat.

Nachdem einmal Fürst Bismarck durch die Opposition einzelner Centrums-Mitglieder im Frühjahr 1871 in eine gereizte Stimmung versetzt worden war, warnte Herr von Keudel, damals Mitglied des Reichstages, einen seiner persönlichen Freunde, welcher Mitglied des Centrums war, mit

folgenden Worten: «Sie werden sich wundern, welche Maassregeln der Fürst Bismarck gegen die Katholiken ergreifen wird.» Je mehr er die katholische Kirche bekämpfte, desto compacter und ergebener wurde die liberale Majorität im Parlament, desto mehr feierte ihn die liberale Presse als den Culturkampfheros, der er nie hatte werden wollen, nie hätte werden sollen. So haben sich die Dinge zugetragen. Die Einen haben es nicht gesehen, die Anderen wollen es nicht sehen und sagen, Bismarck habe den Krieg gegen die Kirche seit lange geplant, wie er den Krieg gegen Frankreich seit lange geplant habe, obschon er ihn doch stets zu vermeiden suchte. Nachher liess ihn die liberale Partei nicht los und will ihn auch heute noch nicht an die «Deutsch-Conservativen» abtreten. Man giebt vor, der Friede sei nur durch «den Büssergang nach Canossa» zu erreichen und — man scheint Glauben für diese Albernheit zu finden.

Der Culturkampf ist nun auf eine Art geführt worden, welche durchaus dem capitalistischen Atheismus und Liberalismus adäquat ist. Die modernen Liberalen anerkennen nur eine Macht: das Geld. Ihr einziges Mittel im Culturkampf ist also auch, «das Höherhängen des Brodkorbes». Diese Idee hat der Gründer Hammacher Herrn Falk appor- tirt. Man will den katholischen Klerus aushungern. Eine überaus rohe und einfältige Idee! Die Kirche hat ja ganz unversiegbare Hilfsquellen und einen Executor, gegen den der Steuerexecutor des Staats ein wahrer Waisenknabe ist. Die ewigfliessende Hilfsquelle der Kirche ist das Sündenbewusstsein der Menschen und ihr Executor ist die Todesangst des reichen Sünders, der zittert, vor seinen Richter zu treten. Die Kirche hat mehr Dotationen von sterbenden «Liberalen», Atheisten und Ungläubigen erhalten als Beiträge von ihren Gläubigen. Leute wie Hammacher und Miquél, an deren Händen das unrechte Gut der Armen, der Wittwen und Waisen klebt, sie sind es, welche in der letzten Stunde die Kirche bereichern. Und solange solche Leute nicht aussterben, versiegen die Hilfsquellen der Kirche nicht. Ferner ist es eine geschichtlich feststehende Thatsache, dass Strafen,

und namentlich Geldstrafen, religiöse Gemeinschaften nicht brechen sondern festigen.

Dass man ausserdem mit Ausweisungen und Gefängnisstrafen gegen Geistliche vorgeht, liegt freilich nicht nothwendig im liberalen System, sondern in unseren neudeutschen Gewohnheiten, die uns eine Legion von politischen und Pressprozessen, im Ganzen etwa 6000 — worunter 19 Procent wegen Bismarckbeleidigung — zugezogen haben.

Die Idee, mit Hilfe des Executors und Gefängniswärters den Geistlichen zu bekämpfen, ist freilich originell aber nicht glücklich. Die Macht des Geistlichen liegt gar nicht im Geistlichen selbst, sondern in den Millionen von Christenherzen, welche an diesen Geistlichen glauben, von ihm Trost und Vergebung ihrer Sünden hoffen. Was nützt es, den Erzbischof Ledochowsky abzusetzen, wenn die Hunderttausende seiner Erzdiocese ihn doch als ihren Seelenhirten verehren, gleichgültig, ob er im Palast zu Posen, oder im Gefängnis zu Ostrowo oder im Exil zu Rom weilt. Was nützt dem Staat der Herr Kubetzack in der Pfarrwohnung zu Xions, wenn kein Gemeindeglied zu ihm in die Kirche geht. Mit Geldbussen, Gefängnis und Verbannung bekämpft man keine Religionsgenossenschaft, in welcher der Glaube lebt. Nur Menschen, die selbst an nichts Ueberirdisches glauben, die nur die physische Gewalt und die Macht des Geldes kennen und anerkennen, konnten auf diese Art von Culturkampf verfallen, der der Kirche gar keinen, dem Staat sehr, sehr viel Schaden zufügt. Allein man muss zugeben, dass Gründer nicht anders culturkämpfen können.

Die Gründerei selbst ist zwar keine Folge des Culturkampfes gewesen, aber sie hat denselben trefflich als Coullisse zu benutzen verstanden. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, dass fast alle Gründer, mit sehr verschwindenden Ausnahmen, Culturkämpfer und Liberale gewesen sind und, um unter dem Schutze der Regierung zu gründen, geculturkämpft haben. Insofern existirt ein Zusammenhang zwischen Gründerthum und Culturkampf. Nachdem jetzt die Gründungsraserei zum Katzenjammer der Liquidation verrauscht ist, sehen wir die wüthigsten Helden des Gründer- und Cultur-

kampfes, wie Miquél, das Büsserhemde nehmen, um die Absolution für die doppelte Sünde durch ein und denselben Bussgang zu gewinnen. Doch haben wir zunächst die eigentliche Gründerperiode jetzt einer historischen Beleuchtung zu unterwerfen.

Der Leichenraub an Strousberg.

Strousberg hat sich ebenfalls seine politischen Agenten gehalten, und es ist für unsere zur demokratischen Regierungsform hinneigende Richtung charakteristisch, welchen Kreisen früher und welchen jetzt diese Agenten entnommen wurden resp. werden: Die «Disconto-Gesellschaft» ist die Schöpfung des liberalen Minister a. D. Hansemann; sie hat bis heute den liberalen Anstrich behalten. Aber sie repräsentirt den Liberalismus der höheren und «gebildeteren» Bourgeoisie. Als mehr plebejisch-demokratische Bank steht neben ihr die «Deutsche Genossenschafts-Bank». Die Disconto-Gesellschaft entnahm bis 1869 ihre politischen Agenten der hohen liberalen Bureaukratie, drang durch sie in die Ministerien und durch Wehrmann in's Cabinet Sr. Majestät. Von 1869 ab, als der Schwerpunkt politischer Macht vom Hof und Ministerium mehr und mehr ins Parlament sank, engagirte sie mit Vorliebe liberale Parlamentarier, Miquél, Bennigsen, v. Bernuth, v. Rönne etc. Die demokratische «Deutsche Genossenschafts-Bank» war natürlich, da sie am Hof und in den Ministerien keinen Cours hatte, auf «Volksmänner» angewiesen und wurde von solchen — als Parrisius, Sörgel, Schultze-Delitzsch, Halske, Soltmann, Reichenheim — geleitet, was sie nicht gehindert hat, recht faule Gründungen zu leisten, wie «Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsbank» — Cours 43, «Brauerei Königstadt» — Cours 23, «Zuckerfabrik Körbesdorf» — Cours 29 B, «Admiralsgartenbad» — Cours 8 B, «Hallesche Maschinenfabrik» — Cours nicht mehr notirt, «Stadtbank» — in Liquidation u. s. w. Man sieht, auch Volksmänner können — gründen, wobei wir be-

merken wollen, dass Schultze's Freund, Löwe-Calbe, ebenfalls Gründer ist, Berger-Witten und Hagen auch. Daneben haben wir auch zwei «conservative» Banken, die ebenfalls gegründet haben. Die auf denselben Kundenkreis berechnete, den die Deutsche Genossenschafts-Bank ins Auge fasste, ist die «Schuster'sche Gewerbebank», deren Verwaltungsrath u. A. angehörten von Olfers, Graf Solms-Sonnenwalde, Geh. Rath Wagener, Quistorp-Stettin, von Hülsen-Magdeburg, von Werdeck, von Sprenger, die Handwerker Kafka, Neuhaus und die Fabrikanten Reimann und O. Krause. Es ist bekannt, dass auch diese Bank heftig gründete, indess waren zur Gründerzeit, d. h. 1871, Wagener, Quistorp, von Werdeck, v. Sprenger, von Olfers bereits ausgetreten und durch Baron v. Czetztritz-Neuhaus auf Colbenitz, Schlittgen, P. Kahle, v. Ohlen und Adlerskron und Oder ersetzt. Wagener hat nur das Geschäft der Pommer'schen Centralbahn mit der Bank gemacht.

Diese Schuster'sche Gewerbebank hatte also einen social-politischen Zweck: Man wollte den Handwerkerstand von der Abhängigkeit des jüdischen Wucherers befreien.

Auf eine andere Interessengruppe waren die Henckel'schen Institute berechnet, auf den Stand der Grundbesitzer. Henckel, ein sehr schlauer Patron niedrigster Herkunft wusste eine Anzahl von Aristokraten für die Idee der Gründung einer conservativen Geldmacht in Berlin zu gewinnen, welche ebenfalls die Grundbesitzer von der Judenschaft unabhängig machen sollte. Die eingefangenen aristokratischen Dilettanten wurden die Opfer des schlauen Henckel, der dem Grundbesitzerstande gar nichts genutzt, sich aber schnell bereichert hat und schliesslich in seine Geschäfte mit Strousberg einen Theil seiner aristokratischen Statisten verwickelt und compromittirt hat. Wir finden bei den Henckel'schen Banken als Verwaltungsräthe die Herren: Graf Eberhard Stolberg, Graf zu Solms-Barnth, Graf Kleist-Juchow, Graf Schaffgotsch-Koppitz, Herzog von Ujest, v. Treskow-Grocholin, Fürst Putbus, v. Brand-Lindau, Graf Prashma, v. Krause-Schwartzow, General v. Derenthal, Graf Lehdorf-Steinort, v. Meding, v. Ruffer, v. Seydewitz-Görlitz, v. Plötz-Gr. Weckow, Engel-

ken-Potsdam, Tresorier Sr. Majestät Geiling, Iffland-Bückeburg, General-Lieutenant Fürst zu Hohenlohe, Rechtsanwalt Munckel.

Der Director Langheinrich gewann für eine Lebensversicherungs-Gesellschaft «Friedrich Wilhelm» aus ähnlichen Gründen die Herren: Herzog von Ratibor, Prinz Karl zu Hohenlohe, Graf Maltzahn-Militsch, Graf Schulenburg-Filehne, v. Wedell-Cremzow, Graf Johannes Renard, Graf Pourtalès, Graf Hagen-Möckern, v. Wallenberg-Pachaly.

Nur eine bescheidene Anzahl dieser Männer ist unter die professionellen Gründer zu rechnen und diese gehörten entweder nie der altconservativen Partei an oder sind aus ihr ausgeschieden. Ihre Betheiligung an den oben genannten Instituten hatte, wie gesagt, social-politische Gründe.

Ganz anders verhält es sich mit denjenigen unter ihnen, welche späterhin aus dem Gründen eine Profession machten. Sie wurden ausschliesslich durch Strousberg in den Schwindel hineingezogen. Zunächst handelte es sich um Geschäfte, welche an sich ebenfalls zu billigen sind, um die Herstellung von Eisenbahnen für unsere vernachlässigten östlichen Provinzen. Ostpreussische Magnaten hatten endlich einen Engländer gefunden, welcher die Ostpreussische Südbahn zu bauen begann. An diesen Engländer kam zufällig der Dr. Strousberg heran und drängte ihn endlich heraus. Strousberg trat hier in Beziehungen zu dem Grafen Lehndorf, Baron Romberg, Baron v. d. Goltz-Kallen, Kanzler v. Gossler, v. Mirbach-Sorquitten, Präsident Maurach, Graf Schwerin-Sandau, Graf Schwerin-Parlese, v. Simpson-Georgenburg.

Bei der Rechten-Oder-Ufer-Bahn waren seine Verwaltungsräthe: Herzog v. Ujest, Geh. Rath Heise — conservativer Abgeordneter —, v. Muschwitz, v. Ruffer, v. Rother, v. Yasselstein, Herzog von Ratibor, v. Schmackowsky, v. Krenski.

Ferner bei «Berlin-Görlitz»: Geh. Rath Richtsteig, Geh. Rath Dulon, Graf Solms-Baruth, v. Seydewitz, Jaques.

Bei der «Märkisch-Posener»: Geh. Rath Ambronn, Landrath Wocke, Assessor Plewe, v. Unruhe-Bomst.

Bei «Halle-Sorau-Guben»: Ambronn, Graf Solms-Sonnenwalde, Herzog von Ujest, Fürst Putbus, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode.

Endlich erwarb Strousberg noch die Concession der «Rumänischen Eisenbahnen» für sich, die Herzöge von Ujest und Ratibor und den Grafen Lehndorf-Steinort.

Alle diese Bahnen wurden nach dem — nicht von Strousberg erfundenen sondern in Frankreich längst üblichen — System Strousberg gebaut. Das ganz veraltete preussische Eisenbahn-Gesetz von 1838 verbot Actienausgabe unter pari. Man umging es, indem gegen Provision Scheinzeichnungen von angesehenen und solventen Leuten beigebracht wurden. Die Actien übernahm dann der General-Unternehmer in Zahlung und gab sie theilweise an Unternehmer in Zahlung, liess sie theilweise durch Bankiers versilbern. Als solche dienten Herrn Dr. Strousberg namentlich Henckel und Jaques. Mit Scheinzeichnungen wurde eine Anzahl der oben genannten Herren bedacht und sollen 5 Procent des Baucapitals in der Regel für dergleichen Gründungskosten aufgegangen sein. Leider hat man bisher die Liste der «Betheiligten» noch nicht ermitteln können.

Gebaut wurde zwar so schlecht wie möglich, die Anschläge wurden so hoch wie möglich gemacht. Trotzdem reichte der Erlös der Actien, bei der Pressbestechung und der verschwenderischen Bureauhaltung und Lebensweise Strousbergs, nicht zur Erbauung der Linien, für welche die resp. Actien bestimmt waren, und suchte sich Strousberg eine neue Concession zu verschaffen. Hierbei sind ihm eine Anzahl der oben genannten Verwaltungsräthe älterer Unternehmungen zweifellos behülflich gewesen, obschon Strousberg in seinen veröffentlichten Memoiren dies zu bestreiten sucht. Er emittirte nun die für neuconcessionirte Linien erhaltenen Actien und baute die alten Linien tant bien que mal aus dem Erlös der neuen Actien fertig. Natürlich musste die Pauke bald ein Loch kriegen, zumal der alte, sehr unfähige aber ehrliche Handelsminister Itzenplitz doch allmählich den Schwindel durchschaute und nicht mehr Bahnen anders concessionirte als mit der ausdrücklichen Vorschrift, dass fortan

nicht in Generalentreprise gebaut werden dürfe. Eine solche Bedingung gingen auch v. Bennigsen, Adikes, Graf Münster und Genossen ein, als sie die Concession für Hannover-Altenbeken erhielten. Trotzdem brachen sie dies Versprechen und übertrugen Strousberg den Bau. Hierbei wurden sofort 300,000 Thlr. Gründerspesen «gemacht».

Als Strousberg immer mehr in Verlegenheit gerieth, kaufte er unsinnig allerhand Objecte, Güter, Häuser, Bergwerke und belastete sie ungeheuer mit Hypotheken. Endlich, um 1871, war er am Rande seiner Hülfquellen. Der Bankrott stand in tiefer Aussicht. Brach er aus, so mussten alle seine Helfershelfer compromittirt werden.

Da wurde von einflussreicher Seite intervenirt. «Man» ersuchte Disconto-Bleichröder, die «grosse, patriotische Geldmacht», den pleiten Strousberg auszulösen. Diese liquidirten ihn im Stillen ab. Sie übernahmen die Rumänischen Bahnen, indem sie mit der rumänischen Regierung eine besondere Convention schlossen, kraft deren sie eine Actien-Gesellschaft zur Vollendung des Baues dieser Bahnen gründeten. Dieser Gesellschaft übertrug die rumänische Regierung alle criminal- und civilrechtlich zu betreibenden Ansprüche an Strousberg und seine Mitconcessionäre, die beispielsweise für viele Millionen Thaler mehr Obligationen ausgegeben hatten, als sie auszugeben berechtigt waren. Merkwürdiger Weise verfolgte die Hansemann-Bleichröder'sche Verwaltung Herrn Strousberg & Co. nicht, wie sich denn, trotz der Notorietät jener Unterschlagung, bisher kein Staatsanwalt in Preussen gemüsstigt sah, Strousberg und seine Mitschuldigen anzuklagen. Den Russen blieb es vorbehalten, jenen grossen Schwindler zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Verwaltung der neuen Gesellschaft einigte sich vielmehr mit Strousberg, zum grossen Schaden der Actionäre und schädigte auch fortan durch ihr Geschäftsgebahren die ihrer Obhut anvertrauten Actionäre noch mehr. Die Regierung Deutschlands und Preussens aber unterstützte diese ungetreuen Verwalter fremder Gelder: Herr Delbrück liess der rumänischen Eisenbahn-Actien-Gesellschaft 3 Millionen Thaler aus der Reichshauptkasse, d. h. aus Steuergroschen, von denen eine

nach einem Jahre, eine zweite nach zwei und die letzte nach drei Jahren zurückgezahlt werden sollten, zu 4 Procent Zinsen. Ebenso ließ ihr Camphausen durch die Seehandlung 2 Millionen Thaler zum Bankzinsfuß. Beide Geschäfte gegen Hinterlegung von rumänischen Prioritäten und Garantie von Disconto-Bleichröder. Diese Garantie ließen sich die Verwaltungsräthe von ihren Actionären mit 4 Proc. p. a. bezahlen, indem sie 8 Procent von der Eisenbahn-Gesellschaft nahmen. Sie machten also mit diesen 5,000,000 Thlr. Staatsgeldern einen Profit von 200,000 Thlr. jährlich! Ferner bot v. Hanse- mann seinem Verwandten v. Oppenheim ein fundirtes Darlehn an die Eisenbahngesellschaft zu 6 Proc. Zinsen und 4 Proc. vornweg, vierteljährlich mit 1 Procent, abziehbarer Provi- sion an! Er übertrug seinem Schwager Ravené die Schienen- lieferung für die Rumänischen Bahnen, ohne dass eine Lieferung öffentlich ausgeschrieben worden wäre. Diese und andere skandalöse Dinge wurden von dem Redacteur der «Eisenbahn-Zeitung», jetzt «Deutschen Reichsglocke», Herrn Joachim-Gehlsen, enthüllt, allein anstatt dass der Staatsanwalt wegen Ausbeutung der der Obhut jener Verwaltungsräthe anvertrauten Actionäre, ferner wegen ungültiger, durch Stroh- männer zusammengesetzter General-Versammlungen und ähnlicher Malversationen, gegen die Schuldigen hätte vor- gehen sollen, klagte er den Redacteur wegen Beleidigung an und erzielte eine Verurtheilung. Der Staatsanwalt Simon von Zastrow stellte die Behauptung auf, die Staatsanwalt- schaft habe sich in den «häuslichen Zwist» zwischen Actio- nären und Verwaltungsrath eigentlich nicht einzumischen. Der Gerichtshof anerkannte zwar, dass Hanse- mann-Bleich- röder in eine «schiefe Stellung» gerathen seien, als sie mit sich selbst in der Eisenbahngesellschaft zum Vortheil ihrer Banken Geschäfte machten, erklärte aber 8 Procent für einen billigen Zins, 4 Procent Garantie-Provision für ganz correct und begründete sein hartes Urtheil gegen Gehlsen durch den erschwerenden Umstand, dass die Angegriffenen «Leute in hochachtbarer socialer Position» seien. Ein radikales Blatt sagte, mit diesem Urtheil sei das Gericht bei einer Grenze angelangt, die nicht mehr überschritten werden könne ohne..

Ein Wiener Blatt nannte diese Geschichte «einen Eisenbahnscandal, wie ihn noch nie die Welt erlebt habe» und bezeichnete in einem nicht übel motivirten Artikel Berlin als das «Eldorado der Spitzbuben und die Metropole des Schwindels», in der man nur «einige Grafen oder noch höher geborene Spitzbuben zu betheiligen brauche», um eine Freiprämie auf den frechsten Schwindel zu haben, während Jeder gefasst und gestraft werde, «der dem Bäcker einen Laib Brod oder einem Schuster ein Paar Stiefel gestohlen».

Diese rumänische Eisenbahn-Actien-Gesellschaft wird von zwei Stroh Männern, dem früheren Weinreisenden Nitsche und dem ehemaligen Unteroffizier Ottermann, als «Directoren» angeblich geleitet. Die eigentliche Direction übt Hansemann durch den Verwaltungsrath, in dem neben ihm noch sitzen: v. Bleichröder, Scheele, Lent, Miquel, Wiener, Wölffel, Reinhard, Riem.

Die Disconto-Gesellschaft löste Strousberg auch bei den von ihm gebauten deutschen Bahnen aus, indem sie in seine contractlichen Verpflichtungen eintrat. Hierdurch wurde sie der Bankier dieser meist schon halb bankerotten Bahnen und es gelang ihr, dieselben in wenig Jahren ganz insolvent zu machen, indem sie sich Provisionen, Zinsen, Unterparicourse und ähnliche «Benefices», wie die Franzosen zu sagen pflegen, ausbedang, bis nichts mehr zu lucriren war.

Wie sie die Interessen der Actionäre von Hannover-Altenbeken schädigte, klagt Strousberg in seinem Werke rührend. Bei Abschluss eines einzigen Geschäftes liess sie sich, ausser Zins und Provision, eine «Gewinnbetheiligung» von 400,000 Thlr. für sich und von 200,000 Thlr. für die ebenfalls unter ihrer «Protection» stehende Magdeburg-Halberstädter Bahn vom Bauunternehmer garantiren. Wie kann man sich da wundern, dass das Geld bei Hannover-Altenbeken nie reicht, trotz immer neuer Obligationen-Creirung! Wohl aber kann man sich wundern, dass ein Mann wie Bennisgen, der diesen Schwindel als Aufsichtsrath gut hiess, noch politisch und als Beamter möglich ist.

Die aristokratischen Verwaltungsräthe der Strousberg'schen Bahnen zogen sich nun fast alle zurück, nur Herr v. Seydewitz und einige Andere blieben.

Dagegen übernahm die Disconto-Gesellschaft die liberalen Gründergenossen des Dr. Strousberg, deshalb blieben v. Bennigsen und Adikes auch in der Verwaltung von Hannover-Altenbeken, nachdem bereits die Disconto-Gesellschaft Herrn Strousberg verdrängt hatte.

Die Disconto-Gesellschaft liess sich ferner vom pleiten Eisenbahnkönig seine Dortmunder Hüttenwerke abtreten, um daraus die «Dortmunder Union» zu gründen, und trug eine Collectivhypothek auf alle seine Häuser und Güter ein, in Folge deren sie dieselben jetzt zum Theil bereits in der Subhastation erstanden hat. So war also Anfangs 1872 Strousberg in die böhmischen Wälder, nach Sbirow, verstossen und Bleichröder, mehr aber noch die Disconto-Gesellschaft, hatten ihn in Deutschland beerbt.

Für diese Dienste, welche Hansemann-Bleichröder einigen hohen, compromittirten Edelleuten erwiesen, erhielten sie selbst den Adel. Den Actionären Strousberg's leisteten sie in der That keine Dienste. Wenn der Bankerott 1871 wirklich ausbrach, erhielten diese mehr als sie heute besitzen. Die rumänischen Obligationen standen ult. 1871 noch 70%, die Actien im Oktober 1872 nur noch 50 Proc., und im August 1876 sind sie auf 15 Procent herabgekommen. Auf diese Weise haben Hansemann-Bleichröder-Miquel «deutsches Capital gerettet», wie sie im Gehlsen'schen Processe frech behaupteten. Hätten sie ihre schmutzigen Hände davon gelassen, so befänden sich die kleinen deutschen Capitalisten besser. Die Disconto-Gesellschaft nahm den Börsenanteil der Strousberg'schen Beute, und bei dieser, sich als Leichenraub kennzeichnenden Theilung, geriethen sich die beiden, bis dahin auf derselben Fährte jagenden Börsenwölfe in die Haare.

Mit dem Sturze Strousbergs hörte auch die letzte Gründerthätigkeit der an ihr überhaupt nur beteiligten, verhältnissmässig wenig zahlreichen hohen Aristokraten auf, bis auf einige schwächliche Versuche im selbstständigen Eisenbahnbau. Allein es ist eine grobe Unwahrheit, wenn einige con-

servative Blätter, voran das Organ der Agrarier, die liberale Partei allein für den ganzen Gründungsschwindel verantwortlich zu machen suchen, das ist ebenso tendenziös und ungerechtfertigt, wie Laskers Schmähungen einiger nicht liberalen Gründer. Auch sitzen heute noch im Herrenhause eine Anzahl von Aristokraten, welche man als Gründer von Profession bezeichnen muss. Die Neigung, schnell und ohne Arbeit reich zu werden, ist zwar kein Standesprivilegium und zeigt sich bei allen Parteien, allein es muss festgehalten werden, dass in der klerikalen Partei keine und in der altconservativen fast gar keine Gründer gefunden werden. So stark hat sich doch das Ehrgefühl in dieser Partei bewährt. Von den hohen Aristokraten der freiconservativen Partei haben sich allerdings eine Anzahl dem Gründerlastor ergeben, sie haben Schande auf ihren Stand gehäuft und den Bourgeois-Blättern ein Recht gegeben, von aristokratischen Gründern zu sprechen.

Dagegen treten selbst diese beim Beginn der eigentlichen Gründerperiode, d. J. 1871 und 72, bereits von der Bühne ab, und nun wirft sich die liberale Partei köpflings in die Gründerei, ihre aristokratischen Vorgänger weit, weit übertreffend. Nur einige, wenige Aristokraten machen diesen Tanz mit und werden von ihren Standesgenossen geschnitten und gesellschaftlich gemieden.

Endlich ist von conservativer Seite die erste energische Reaction gegen das Gründerwesen und die es ermöglichende Gesetzgebung ausgegangen, eine Reaction, deren Verdienst allerdings nicht auf Seiten der conservativen Abgeordneten — in den letzten Jahren Männer von seltener Unfähigkeit — sondern eines Theils der conservativen Presse ruht, und auch hier wieder nicht bei dem Hauptblatt der Partei, der «Kreuzzeitung», gesucht werden darf.

Gründungs - Wahnsinn.

Mit dem Jahre 1872 beginnt in Deutschland eine zweijährige Gründungs-Raserei, wie sie die Geschichte keines Landes bis dato aufzuweisen hat. Es thaten sich viele Gründergruppen auf, die in der Regel je für sich operirten, gelegentlich jedoch auch mit anderen sich ad hoc, um einen besonders grossen Schwindel los zu lassen, vereinigten. Die meisten dieser Gruppen befanden sich nicht in der glücklichen Lage, politische Agenten zu besitzen, konnten also nicht auf die Gesetzgebung oder Verwaltung im Interesse ihrer Geschäfte einwirken. Sie beuteten nur das Privatpublikum aus. Je mehr aber solche Gruppen Politiker gewonnen hatten, desto erfolgreicher wurden ihre Unternehmungen, indem sie dieselben auf Staat und Gesellschaft ausdehnten und beide plünderten.

Herr Otto Glagau hat in seinem hoch interessanten und verdienstvollen Buche: «Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin», dessen zweiter Theil bald erscheinen wird, diese Gründerthätigkeit in fesselnder Weise geschildert. Hier kann nur auf die gefährlichsten der «politischen Gründer» Rücksicht genommen werden. Wie sie sich das Parlament dienstbar machten, davon wurde bereits gesprochen. Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass sie auch von der Regierung direct unterstützt wurden. Das Haus Leo Delbrück & Co. hat von der Reichsregierung Vorschub erhalten, durch die bereits erwähnte Concessionirung der «Actien-Gesellschaft für Boden- und Communal-Credit für Elsass-Lothringen». S. Abel jun. ist durch den «Welfenfonds» unterstützt. Ebenso Bleichröder. Der «Welfenfonds» bestand aus den Capitalabfindungen, welche von der Krone Preussen an die entthronten Fürsten von Hessen und Hannover für Confiscirung der Domänen und Schlösser dieser Exmonarchen gezahlt, vorläufig aber von einer besonderen Behörde in Berlin verwaltet werden sollten, damit die Fürsten den Capitalstock nicht zu feindlichen Unternehmungen gegen Preussen missbrauchen könnten. Da diese Unternehmungen angeblich geplant und angebahnt wurden,

beantragte die Regierung 1868, dass sie vorläufig die Einkünfte aus diesen Fonds einziehen und zur Bekämpfung der feindlichen Agitationen der Welfen und Hessen verwenden dürfe. Man müsse, sagte Graf Bismarck, «deren Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen». Der Landtag gab diese Genehmigung und entband die Regierung von der Rechnungslegung über die Verwendung der Einkünfte aus diesen Fonds. Sie sollen zum Theil zur Beeinflussung, namentlich der ausländischen Presse, im Sinne der deutschen Politik verwendet worden sein. Vor etwa einem Jahre ist das hessische Vermögen an die Erben des verstorbenen Kurfürsten herausgegeben worden. Dagegen besitzt die Regierung noch die Verfügung über die 16,000,000 Thlr. des Welfenfonds. Die durch das Gründungsgesetz angeordnete Verwaltungsbehörde des Fonds ist nie gebildet worden. Im Sommer 1876 kam es vielmehr heraus, dass zwar der Finanzminister die Einkünfte aus demselben verwalte, dass aber Herr von Bleichröder den Capitalstock nutzbar mache. Nun liegt die Befürchtung nahe und ihr ist unwidersprochen in der «Reichsglocke» Ausdruck gegeben worden, dass Herr von Bleichröder den Fonds in ganz faulen Papieren, die zum grösseren Theil auf seine eigenen Gründungen fundirt sind, wie Posen-Kreuzburger-Eisenbahn, zum geringeren Theil in den von S. Abel finanzierten Berlin-Dresdener-Eisenbahn-Actien angelegt habe. Man wird diese Zuwendung von Geldern, die der Regierung zur Verwaltung anvertraut waren, an Gründer wohl eine Staatshilfe nennen dürfen. Sollte der Fonds dadurch gefährdet werden, so kann die Regierung in sehr unangenehme Verwickelungen gerathen, da der König von Hannover nur einen unverheiratheten Sohn hat. Sterben beide Männer ohne männliche Nachkommen, so beerbt sie der Prinz von Wales, dem man den ungeschmälerten Capitalstock des Welfenfonds nicht vorenthalten darf. Wenn dann Bleichröder nicht mehr solvent genug sein sollte, um die 16,000,000 Thlr. baar zurückzuerstatten, so dürften die Staatsmänner, welche von der Bildung der gesetzlichen Verwaltungsbehörde absahen und ihr Herrn Gerson von Bleichröder

substituirten, persönlich für die verloren gegangene Summe in Anspruch zu nehmen sein.

Die Disconto-Gesellschaft erfreut sich bis heute der Gunst Camphausens, der ihr nicht nur mehrere Millionen Thaler zu 2 $\frac{1}{4}$ Procent ohne Sicherstellung vorschoss, sondern die Preussische Seehandlung, eine Staatsbank, vollständig zu ihrer Verfügung stellte. Dieselbe ist nicht nur eine Gründer- und Jobberbank geworden, sondern hat auch den Mittelsmann und das Aushängeschild für anrühige Geschäfte der Disconto-Gesellschaft gemacht und den Staat direct ebenso wie das Publikum schädigen helfen zu Gunsten der Disconto-Gesellschaft.

Wenden wir uns nun zu der in diese Periode fallenden Gründerthätigkeit der beiden, bis zu ihrem Beginn befreundeten, «grossen und patriotischen Geldmächte»!

Das Haus S. Bleichröder war ursprünglich allein mit der Berliner Agentur des Hauses Rothschild betraut. Jemehr der politische Einfluss der Disconto-Gesellschaft wuchs, desto mehr näherte sich Rothschild der aufgehenden Sonne. Dies erweckte schon den Neid Bleichröders.

Noch viel mehr Grund zur Unzufriedenheit mit Hansemann erhielt Bleichröder durch das Benehmen desselben bei der Beerbung Strousberg's. Um für die Abtragung derjenigen Entschädigungssumme, welche Strousberg an die Rumänische Eisenbahn-Gesellschaft wegen unvollendeten Baues zu zahlen hatte, die erforderlichen Geldmittel flüssig zu machen, war Strousberg gezwungen, einen Theil seines Besitzes zu verkaufen. Anstatt aber, dass Hansemann, welcher die Interessen der Rumänischen Actionäre wahrzunehmen vorgab, den Verkaufswerth der von Strousberg angebotenen Werke seinem gesammten Betrage nach zur Deckung von dessen Schuld an die Rumänische Eisenbahn-Gesellschaft verwandte, kaufte er die Werke Strousbergs für sich und die Disconto-Gesellschaft und verwandte nur einen Theil des Erlöses zur Abtragung jener Schuld, während er den Restbetrag der Schuld auf das sonstige Eigenthum Strousbergs hypotheziren liess, sodass die Rumänische Eisenbahn-Gesellschaft jetzt mit dieser Forderung ausgefallen ist. Nach einer andern Version

liess er den Rest von 2 Millionen Thaler für die Disconto-Gesellschaft eintragen und erstet jetzt die Strousberg'schen Herrschaften für sich persönlich, sodass die Disconto-Gesellschaft ausfällt. Die Berichte beider Gesellschaften sind künstlich so dunkel gehalten, dass es unmöglich ist, zu constatiren, welche von beiden Versionen die richtige ist. Eine ist es aber jedenfalls. Es muss bemerkt werden, dass die Staatsanwaltschaft, der alle diese Sachen durch verschiedene Denunciationen nahe gelegt worden sind, beharrlich jedes Einschreiten gegen Herrn von Hanseemann ablehnt.

Auf die oben angegebene Weise hatte nun Hanseemann persönlich oder die Disconto-Gesellschaft von Strousberg die Dortmunder Hütte, Glückauf-Tiefbau und Othfresen für den enormen Preis von 6,000,000 Thlr. übernommen. Diesen neuen Besitz benutzte Hanseemann, um sich eines sehr kostspieligen alten Privatbesitzes zu entledigen. Er hatte, wie im I. Capitel angeführt, mit Goldschmidt die Henrichshütte persönlich übernehmen müssen und schuldete der Disconto-Gesellschaft 1863 hieraus 1,200,000 Thlr., die durch Einbehalten von $\frac{1}{8}$ der Tantième der Inhaber und des Verwaltungsrathes zu Gunsten der Disconto-Gesellschaft getilgt werden sollten. Um den Besitz im Kleinen los zu werden, verwandelte Hanseemann das Unternehmen der Henrichshütte 1863 in eine Commandit- und 1869 in eine Actiengesellschaft mit 2,250,000 Thlr. angeblichem Actiencapitalwerth, blieb jedoch mit seinen Actien sitzen, denn pro 1870 hatte man mit Ach und Krach nur $3\frac{1}{2}$ Proc. Dividende vertheilen können. Der Verwaltungsrath dieses Hanseemannschen Familienbesitzes bestand aus Scheele, Miquel, Bauendahl, v. Hanseemann, J. Kauffmann, Salomonsohn, Peters und C. Waldthausen-Aachen. Auf dies Conto war Hanseemann der Disconto-Gesellschaft am 29. October 1872 noch 902,131 Thlr. schuldig. An diesem Tage beschloss die General-Versammlung der Disconto-Gesellschaft, 5 Mill. Thaler neue Action der Disconto-Gesellschaft auszugeben. Der Verwaltungsrath und die Direction verzichteten auf $\frac{1}{8}$ ihrer Tantième von dem vergrösserten Capital für die Zukunft, und dafür übernahm der Reservefonds der Disconto-Gesellschaft die Hanseemann'sche

Schuld von 902,131 Thlr., d. h. die Actionäre der Disconto-Gesellschaft schenkten sie ihm dafür, dass er sich in Zukunft mit 20 Proc. Tantième von dem erhöhten Grundcapital von 20,000,000 Thlr. begnügen wollte, während er bisher 25 Proc. von nur 15,000,000 Thlr. Grundcapital bezogen hatte! Gewiss ein hübsches Geschäft, das Herr v. Hansemann da machte!

Nun erhöhte Hansemann das Capital der Henrichshütte auf 2,500,000 Thlr., d. h. er sagte, sie soll von jetzt ab so viel werth sein, kaufte das Unternehmen Neuschottland für 2,500,000 Thlr. und schmiss diese beiden Unternehmungen mit jenen Strousberg'schen Hütten und Gruben zusammen, die auf 6,000,000 Thlr. geschätzt wurden. Das Actien-Capital der aus der Zusammenschweissung dieser drei Unternehmungen gegründeten «Dortmunder-Union» wurde zuerst auf 11,000,000 Thlr. festgesetzt; für je 100 Thlr. Henrichshütte und Neuschottland erhielt man 100 Thlr. «Union». Schon im October 1872 wurde das Capital auf 13,200,000 Thaler erhöht. Hiermit wurde nun ein ungeheurer, stünd- und frevelhafter Schwindel getrieben. Des Scheines halber hatte man zu jenen Objecten noch ein Paar kleine Hütten und Terrains gekauft. Rentabel war nur Neuschottland. Der Werth des Ganzen wurde damals von Kennern auf 3—4,000,000 Thaler geschätzt. Man emittirte die Actien angeblich zu 108 Proc., schwindelte sie aber successive bis auf 180 Proc., was einen fictiven Werth von 23²/₁₀₀ Mill. Thalern repräsentirt! Hansemann konnte die Henrichshütte, welche im Jahre 1870 an Bruttogewinn 185,000 Thlr. gebracht hatte, wovon 171,000 Thlr. Abschreibungen abgingen, so dass der Nettoertrag = 14,000 betrug, und worauf er der Disconto-Gesellschaft 902,000 Thlr. schuldete, zu 4,500,000 Thlr. verwerthen! Und diesen fluchwürdigen Schwindel nannte Miquel im Reichstage «das correcteste Geschäft», das bloss durch «verkehrte Maassregeln der Direction und die schlimme Lage der Eisenindustrie überhaupt in hoffentlich vorübergehende Schwierigkeiten gekommen sei.» Niemand entgegnete ihm, dass er selbst ja Verwaltungsrath der Union und Henrichshütte gewesen. Neben ihm sassen noch darin: v. Hansemann, W. Bauendahl, W. v. Born, C. v. Born, v. Bernuth, J. M. Frens-

dorff-Hannover, H. Gericke-Mühlheim, G. Hansemann, J. Loeb, Russell, Geh. Rath Dr. Esse, Fr. Grillo, Kauffmann, A. v. Oppenheim, W. Peters, C. M. v. Rothschild, Scheele, R. Schulte-Gevelsberg, C. Waldthausen, Geh. Rath Wehrmann. Die Gesellschaft vertheilte pro 1873 = 12 Proc. Dividende; von da ab keine. Die Tantième dieser Herren pro 1873 belief sich auf 141,555 Thlr., wovon sie grossmüthig die Hälfte «zum Wohl der Arbeiter» verwendeten. Diese «Leute in hochachtbarer Position», zu welchem Prädikat sie gerichtlich verurtheilt sind, üben ja bekanntlich stets Wohlthaten aus, wenn sie Menschen betrügen. Die Directoren erhielten 12,000 Thlr. Gehalt und 3000 Thlr. Tantième. Man hatte deren 3 und 2 Stellvertreter. Director wurde später ein früherer Unterofficier, Ottermann, der auch als Director der Rumänischen Bahnen fungirte! Schon 1873 beschloss man, 6,000,000 Thlr. 6-procentige Prioritäten auszugeben, von denen aber nur 5,000,000 Thlr. emittirt, d. h. in die Kästen der Gründer gelegt wurden. Die Disconto-Gesellschaft übernahm hiervon 3,333,000 Thlr. Die königlich preussische Seehandlung betheiligte sich an der Uebnahme der Prioritäten dieser Gesellschaft! Die Actien der Union stehen jetzt 6—8 Proc., sind aber völlig werthlos.

In Bezug auf diese schwindelhafteste Gründung, die überhaupt — im grossen Stil — in dieser Periode vorkam, enthält der Bericht der Disconto-Gesellschaft pro 1875 folgende schamlose Stelle: «Die Errichtung der Gesellschaft Union war das correcteste und loyalste Geschäft. Sie fiel in eine Zeit, wo die Eisenpreise noch normal waren, und keine Ueberspannung in der Schätzung industrieller Werthe vorhanden war. Nicht in der Bildung, sondern in der Entwicklung der Union lag die Ursache des nachherigen Uebels. Als die Eisenconjunction plötzlich und stark in die Höhe ging, aus den Actien der Union unter fortdauernder Steigerung des Courses ein Spielpapier wurde, gingen mit dieser Bewegung in der unmittelbaren Leitung das objective Urtheil und die Zügel der Ordnung verloren. Was im Zusammenhang mit den allgemeinen Leiden der Eisen-Industrie folgte, ist aus dem Berichten der Dortmunder Union von den Jahren 1874

und 1875 bekannt. Thatsächlich und urkundlich steht fest, dass die Disconto-Gesellschaft ihre Pflicht als abmahnender Bankier nicht versäumt, und lange, ehe Herr Russell die Reorganisation in die Hand nahm, Alles aufgeboten hat, um dem Uebel der finanziellen Ueberbürdung der Union Einhalt zu thun. Schon jetzt ist in dieser Beziehung mit der erfolgreich durchgeführten Reorganisation eine Wendung zum Bessern eingetreten, und dürfte die Erfahrung lehren, dass die Disconto-Gesellschaft in ihrem Verhalten hierbei, ebensowohl dem eigenen Interesse, wie hiermit verbunden dem Interesse der Union entsprechend richtig gehandelt hat.»

Hingegen steht fest, dass Hansemann und Complicen die Objecte der Union weit über den Werth anrechneten, selbst durch ihre Börsenagenten die Actien trieben und zum Spielpapier machten und nicht die Verwaltung der Union von unsinnigen Geschäften abmahnen konnten, da ja die Disconto-Gesellschaft mit der Union dieselbe Verwaltung hatte! Lauter Lug und Trug!

Wir können es uns nicht versagen, Strousberg's sehr competentes Urtheil über diese Gründung hier folgen zu lassen. Er sagt: «Die Agiotage in diesem Falle war so unberechtigt, dass man sie geradezu als unmoralisch bezeichnen kann. Was würde Herr Lasker sagen, wenn die Disconto-Gesellschaft diese Fabriken für 11,000,000 Thaler gekauft und für 15,000,000 Actien ausgegeben hätte? Und doch geschah dies in anderer, legaler (!) und vornehmer (!) Weise; im Course nämlich, zu dem diese Actien auf den Markt gebracht wurden, lag mehr als diese Differenz. Die Zeiten waren günstig und der Emissionscredit der Disconto-Gesellschaft gross (weil man sich von ihren Verwaltungsräthen keinen Schwindel versah), man hat beides benutzt, und damit war der Process lange noch nicht fertig; zu den Emissionscoursen bekam das Publikum die Actien noch lange nicht; erst wurde es ordentlich lustern gemacht, damit es zum besten Preise kaufe, und wenn gar keine Fehler begangen worden, sich die Anlagen vollständig rentirt hätten und die Actien eventuell pari werth gewesen wären, so würde das Publikum doch immer schon, abgesehen

von Speculationsverlusten, über 13,000,000 Thaler an Agios verloren haben.»

Die Disconto-Gesellschaft hatte Herrn Bleichröder eine «Betheiligung» bei der Gründung der Union versprochen, hielt aber nicht Wort, und als Bleichröder sich beklagte, bot Hansemann ihm eine «Entschädigung» an. Indignirt lehnte Herr Gerson von Bleichröder dies «Trinkgeld» ab, und die Feindschaft zwischen beiden Häusern brach laut und hell aus.

Der Hausfreund des preussischen Ministerpräsidenten entzweit sich mit dem Hausfreund des preussischen Vice-ministerpräsidenten, weil dieser jenen an der Theilnahme an einem grossartigen Raubzuge gegen das deutsche Publikum nicht betheiligt hat. Wahrlich, ein Schauspiel für — Socialdemokraten! Und dabei blieben diese finanziellen Bösewichter bis auf den heutigen Tag Hausfreunde jener höchsten preussischen Staatsbeamten.

Höchst originell ist es, wie sich Herr Gerson v. Bleichröder an Herrn von Hansemann rächte; er machte es in genialster Weise so, dass das deutsche Volk die Kosten der Rache bezahlte, er gründete nämlich schleunigst ein Unternehmen, das womöglich noch schwindelhafter war als die Union; mindestens war es ebenso ober- und unterfaul. Als Spiessgesellen für diesen Beutezug gegen die deutsche Nation gesellte er sich den Grafen Hugo von Henckel-Donnersmarck bei.

Der schlesische Ritter hatte 1870 vom preussischen Staat — es ist, als könnten Disconto-Bleichröder gar keinen Schwindel loslassen, an dessen letzter Untiefe man nicht auf den «Racker von Staat» stiesse — die Königshütte für 1,300,000 Thlr. gekauft und hierzu noch das Laurawerk erworben. Hieraus schweissten Henckel-Bleichröder unter freundlicher Assistenz von Landau, v. Kardorff u. A. die Actiengesellschaft «Königs- und Laurahütte» zusammen, auf die sie das bescheidene Actiencapital von 6,000,000 Thlr. packten, das bereits 1873 auf 9,000,000 Thlr. erhöht wurde. Reeller Werth angeblich ca. 2,000,000 Thlr. Zum Schabernack für Herrn von Hansemann, der «Union» nur auf 180 Proc. hinauftreiben konnte, «poussirte» das Bleichröder-

Consortium «O Laura-Actien» auf 261 $\frac{1}{4}$ Proc., leider musste das deutsche Volk die Schmerzensgelder — Hansemann's tragen. Heute stehen die Actien 57, natürlich noch um gut die Hälfte zu hoch. An Dividenden vertheilte man von 1871—75 = 12 $\frac{1}{4}$, 29, 20, 10, 2 Proc.; Tantiömen berechneten sich die getreuen Verwalter fremder Gelder 1871 = 44,100 Thlr., 1872 = 271,000 Thlr. General-Director ist Herr Richter, der an der Spitze derjenigen Schutzzöllner steht, welche die Aufhebung des Eisenzolles bekämpfen. Folgende malitöse Frage der «Reichsglocke» ist nicht so unberechtigt: «Wie hoch muss der Eisenzoll sein, damit «Laura» bei 9,000,000 Thlr. Actiencapital rentirt?» Der Verwaltungsrath besteht aus Gerson von Bleichröder, v. Kardorff, J. Landau, v. Westenholz-Hamburg, H. Heimann, Geh. Rath v. Carnall-Breslau, Geh. Rath Krienes-Breslau, F. Friedensburg-Breslau, L. Behrens-Hamburg, Egells, Bergrath Fioenus, Wirkl. Legationsrath Graf P. Hatzfeld, L. Ravené.

Diese beiden colossalen industriellen Unternehmungen haben nicht nur durch die Agiotage in ihren Actien, die mit gewaltigem Coursrückgang zum Schaden der Actionäre endete, das Publikum ausgebeutet, sondern sie haben auch den soliden Industriellen der Eisenbranche Abbruch gethan. Ihre Directionen unterboten bei Lieferungen principiell alle Concurrenten, um alle niederzueconcurriren, bankrott zu machen, auszukaufen und sich das Monopol für den Absatz in ihrer Gegend zu verschaffen. Um die auf diese Weise übernommenen zahlreichen Aufträge ausführen zu können, zogen sie die geübtesten Arbeiter aus den Werkstätten ihrer Concurrenten, indem sie den Lohn enorm erhöhten. Jetzt werfen sie die Arbeiter zu Tausenden auf die Strasse. Auch eine eminent antisociale Leistung, worauf die Quittung im Wachsen der Zahl der Socialdemokraten erfolgt. Natürlich schädigten sie die soliden Unternehmer, aber sie erreichten ihren Zweck nicht, sondern erlitten selbst ungeheure Verluste.

In Verbindung mit der Laurahtütte entstand die Posen-Kreuzburger Bahn, von Bleichröder, J. Landau, v. Kardorff, Graf Bethusy-Huc und Friedenthal gegründet, die auch durch den Welfenfonds unterstützt wurde. Diese Bahn hat nur die

eine Bestimmung, der Laurahütte den Weg bis auf den Stettiner Markt um ca. 5 Meilen zu verkürzen. Weiter hat sie, hart an der Grenze hinstreichend, ohne jedes seitliche Verkehrsgebiet, auf Gottes Welt keinen Zweck. Solche reissinnlose Bahnen wurden diesen «Reichsfreunden» concessionirt und sollen jetzt gar vom Staat theuer angekauft werden, weil sie, naturgemäss zu ewiger Unrentabilität verdammt, ihre Erbauer, Bleichröder und Consorten, bankrott zu machen drohen. Ist aber Bleichröder bankrott, so ist der Welfenfonds pleite, ist der Welfenfonds pleite so . . . doch, wir wollen den Herrn Staatsanwalt nicht allzusehr in Versuchung führen.

Natürlich musste nun auch Hansemann für seine «Union» eine aparte Bahn haben. Er baute also die Münster-Emscheder Bahn, an der die Disconto-Gesellschaft jetzt hart laborirt. Um Posen-Kreuzburg zu bauen und Laurahütte-Eisen zu verwerthen, gründete Bleichröder mit Rothschild in Frankfurt, Friedenthal-Breslau, J. Landau und v. Kardorff die «Deutsche Reichs- und Continental-Eisenbahn-Bau-Gesellschaft», die den ganzen Eisenbahnbau in Deutschland an sich reissen sollte, aber nach Uebernahme einer Anzahl von Bauverpflichtungen arg in die Klemme kam. Auf das Grundcapital von 10,000,000 Thlr. wurden 40 Proc. eingezahlt, die Actien auf 123 getrieben, so dass der Interimsschein 63 kostete. Jetzt hat man ihn für 25. Sie übernahm auch den Bau der Weimar-Gera-Eisenbahn, deren Gründer Bleichröder und Landau ebenfalls sind. Wie nun Bleichröder als Eisenbahnbauer in dieser Gesellschaft mit sich selbst als Vertreter der Eisenbahnactionäre Geschäftsmachte, geht aus Folgendem lehrreich hervor.

Bleichröder, Landau, v. Kardorff und Genossen übertrugen obiger Gesellschaft, d. h. sich selbst, den Bau. Die Actien wurden, abzüglich 1,164,000 Thaler, welche die Adjacenten nahmen, der Deutschen Reichs- und Continental-Eisenbahn-Bau-Gesellschaft von den Bankiers zu 78 Proc. abgenommen und diese bezogen noch ausserdem 650,000 Thaler Provision, so dass für 10,836,000 Thaler Actien nur 7,800,000 Thaler der Baugesellschaft zum Bau disponibel

blieben. Rechnet man hierzu die von den Adjacenten auf-gebrachte Summe, so erhellt, dass zum Bau anstatt 12,000,000 Thaler nicht voll 9,000,000 Thaler verbaut werden konnten. Eröffnet ist die Bahn zwar, fertig aber nicht. Neulich hiess es, die Gesellschaft wolle eine Priorität aufnehmen und die Baugesellschaft verklagen! Letztere Nachricht soll wohl dazu dienen, dem Publikum die Priorität schmackhaft zu machen.

Solche Geschäfte mit sich selbst kommen bei beiden Häusern oft vor. Zusammen machten sie Hansemann und Bleichröder bei den Rumänischen Bahnen. Bei der Gott-hardtbahn lieferte sich selbst Hansemann die Schienen aus der Dortmunder Union, u. s. w.

Strousberg nennt dies: Geschäfte, die der Commissionär «in sich» macht und bei der der Actionär allemal betrogen wird. Ueber den Fall bei Kreuzburg-Posen und den ganz ähnlichen bei der Berlin-Dresdener Bahn sagt Strousberg: «Die Bau-Gesellschaften wurden General-Unternehmer und Capital-Zeichner, und die Mitglieder der Aufsichtsräthe der Baugesellschaft bildeten den ganzen oder einen wesentlichen Theil des Aufsichtsrathes der Bahnen, bei denen die Bau-Gesellschaft Bau-Unternehmer war. Hier war also im Wesentlichen, wenn auch nicht dem Namen nach, Bauherr und Bau-Unternehmer eins, und die Gelegenheit und das Interesse war vorhanden, die Actionäre zu Gunsten der Bau-Gesellschaft zu schädigen. Wie dieses geschehen konnte, ist einleuchtend: Der Bau-Contract konnte zu günstig und die Aufsicht lässig sein.»

So ist es denn zu erklären, dass der Erdkörper der kaum eröffneten Posen-Kreuzburger Bahn bereits wieder einfällt. «Diese Identität des Unternehmers und Bauherrn ist der Regierung (welcher die Aufsicht und Bauabnahmepflicht obliegt) wahrscheinlich nicht aufgefallen.» — bemerkt Strousberg höchst boshaft.

Zwischen beiden rivalisirenden Häusern, Disconto-Bleichröder, entstand nun ein förmliches Wettfeiern im Gründen-Bleichröder schuf:

Bergwerk «Hibernia-Schamrock» mit Conrad (Handels-Gesellschaft zu Berlin»), Mulwani u. A. Director wurde

Bürgermeister und Abgeordneter Weber, Laskers Specialfreund und Fractionsgenosse. Die Actien wurden bei Einführung in die Börse am 13. März 1873 gleich von 130 bis 150 Proc. getrieben und stehen jetzt 37. Dividende pro 73 = 13, 1874 = 6, 1875 = 2½ Procent. Capital 5,000,000 Thlr. Er theilte sich ferner an Gründung und Erweiterung von »Menden und Schwerte«, »Messener Bergwerke«, »Phönix«.

Die Disconto-Gesellschaft leistete auf diesem Gebiet: Bergwerk »Gelsenkirchen«, zusammen mit der Norddeutschen Bank in Hamburg (Godeffroy, Westenholz), Bankverein Schaafhausen (Wendelstadt, Movius, Königs, Mevissen, vom Rath, Wittgenstein), Provinzial-Disconto, Rothschild-Frankfurt, Sal. Oppenheim, Eltzbacher, J. Landau, Bauendahl, Grillo, Frensdorff. Das Grundcapital beträgt 4,500,000 Thlr. Die Actien wurden sofort am ersten Tage auf 133 Proc. getrieben, stiegen auf 172, stehen jetzt ca. 88. Dividende pro 1873 = 25, 74 = 17, 75 = 10 Procent. Auch von diesen Actien hat die königl. preussische Seehandlung welche übernommen!! Die Disconto-Gesellschaft theilte sich ferner an den Bergwerken »Bensberg-Gladbach«, »Bochum«, »Vereinigter Bonifacius«, »Phönix«.

An Industriegesellschaften leistete sie weniger. Hansemann sitzt friedlich neben Bleichröder in der »Berliner Immobilien-Actien-Gesellschaft«. Auf diesem Gebiet ist ihm Bleichröder über, der sich noch theilte an den Gesellschaften: »Deutsche Spiegelglas-Gesellschaft«, »Nordstern, Lebensversicherungs-Gesellschaft«, »Tivoli-Brauerei«, »Central-Telegraphen-Compagnie«, endlich an »Oeffentliche Wasseranstalten« und »Zoologischer Garten«, welche beide Theilnahmen zur Genügeleistung »bürgerlicher Wohlthätigkeit« gehören.

An Bankbetheiligungen und Gründungen hat Bleichröder viel geleistet. Er ist dabei in der »Berliner Handels-Gesellschaft« mit Conrad, Gelpcke, A. Mendelssohn, Borsig, Zwicker, V. v. Magnus, Güterbock — wegen Zeichnung auf die französische Anleihe während des Krieges als Landesverräter verurtheilt, aber begnadigt — Jaques, Windhorn, Mevissen, A. v. Oppenheim; »Preussische Central-Bodencredit«, wie

schon gesagt; «Sächsische Bank» mit v. Kaskel, R. v. Magnus, F. Mart. Magnus, Sal. Oppenheim, H. C. Plant — wegen Betrugs verurtheilt — Fürst Schönburg-Waldburg, Graf Königsbrück; «Internationale Bank zu Luxemburg» mit Mevissen, A. v. Oppenheim, R. v. Erlanger, D. Oppenheim-Cöln, V. Wendelstadt — wegen Betrugs verurtheilt — Königs; «Breslauer Disconto-Gesellschaft Friedenthal & Co.» mit J. Landau, v. Wallenberg-Pachaly, E. Oppenheim, Molinari, P. G. Friedenthal, Isidor Friedenthal; «Braunschweigische Credit-Anstalt», Provinzial-Actien-Bank zu Posen». Nicht, dass er überall Verwaltungsrath wäre, aber in den meisten; den anderen half er beim Entstehen und Gebären junger Actien.

Viel weniger extensiv, dafür aber intensiver hat die Disconto-Gesellschaft auf diesem Gebiet gearbeitet. Sie wollte der königlich preussischen Hauptbank Concurrenz machen und schuf deshalb die «Provinzial Disconto-Gesellschaft», welche in allen bedeutenden Städten Deutschlands eigene Banken errichten oder sich bei bestehenden Bankhäusern betheiligen sollte und von der Disconto-Gesellschaft in Berlin einheitlich geleitet wurde. Die Direction dieser Bank bestand aus den Herren v. Hanseemann, Miquél, Salomonsohn und Reinhardt, war also dieselbe wie die der Disconto-Gesellschaft, nur dass Hecker durch Reinhardt ersetzt wurde. Im Verwaltungsrath sassen Scheele, W. Bauendahl, M. Goldschmidt, R. Hardt, J. Kauffmann, M. Reichenheim, Wilckens, v. Eckardstein, v. Hanseemann, Miquél, Hecker, Salomonsohn, G. Reimer, A. Lent, A. de Werth-Elberfeld, Geh. Oberfinanzrath Mölle, J. W. Schulten. Die Statuten sind schon so mörderlich wie möglich. Es ist auf ein fortwährendes «Jungen» abgesehen, was aber durch den «Krach» verhindert wurde. Die 10,000,000 Thlr. Actien wurden unter die Gründer vertheilt. Darauf führt man sie am 22. November 1871 zu 120 Procent bei der Börse ein, treibt sie sofort auf 131, und dann in kurzer Frist weiter bis 186 Procent. Einzahlung 60 Procent, d. h. man zahlte für einen Interimsschein von 60 Thlr. nominell 146 Thlr. baar. Jetzt stehen diese Actien 79 Procent, d. h. man zahlt für denselben Schein jetzt 39 Thlr. Diese Bank etablirte sich nun selbstständig in

Hannover, Bernburg, Elberfeld, Strassburg, Hamburg, Ludwigshafen, Aachen, Duisburg, Braunschweig, Halle. Sie wollte dadurch der zu schaffenden Reichsbank den Kundenkreis vorweg nehmen. Natürlich ging den Berliner Leitern die Uebersicht um so mehr verloren, als sie kreuz und in die quer das Tochterinstitut bei ihren eigenen Disconto-Gesellschafts-Gründungen beteiligten, und die junge Bank hätte längst liquidiren müssen, wenn eine Liquidation bei der Verwicklung und Verquickung der Geschäfte durchführbar wäre.

Das Hauptgeschäft der Disconto-Gesellschaft aber lag auf dem Gebiet der Eisenbahnen, die sie successive alle unter ihre Herrschaft bringen wollte. Deshalb hatte sie sich nicht bloss die Concession für «Dortmund-Gronau», sondern auch für «Marienburg-Mlawa» geben lassen und kaufte sie fast alle Prioritäten an, welche zu jener Zeit an den Markt kamen. Um den Ankauf eines Postens solcher Fonds der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn kam sie in heftigen Conflict mit der Darmstädter Bank für Handel und Industrie, obschon in deren Verwaltung die Herrn Hansemann fest befreundeten A. v. Oppenheim, Wendelstadt, Mevissen, Königs u. A. sitzen.

Am Ende dieser Gründerperiode, d. h. 1873, sehen wir also die beiden feindlichen Gruppen an der Spitze einer Reihe von abhängigen Instituten, wetteifernd, immer mehr dergleichen unter ihre Führung zu bringen. Bleichröder disponirt über die 16 Millionen Thaler des Welfenfonds, aus dem er nur S. Abel jun. eine Kleinigkeit für Berlin-Dresden abgegeben hat, die Disconto-Gesellschaft schöpft aus der Seehandlung. Bei den Rumänischen Bahnen haben beide gemeinschaftlich die Seehandlung und die Reichshauptkasse zu ihrer Disposition. Beide Gruppen besitzen affiliirte Bankinstitute durch ganz Deutschland, beide grosse eigene Eisenwerke, beide je 2 eigene Bahnen, und die Disconto-Gesellschaft verfolgt noch immer den Plan, alle Bahnen an sich zu bringen, kauft auch 1873 noch die Mecklenburgischen Staatsbahnen. Die Regierung sieht dieser Bildung zweier gewaltiger Finanzmächte im Staat nicht nur ruhig zu, sondern begünstigt ihre Geschäfte, deren Schwindelhaftigkeit zum

Theil schon damals kein Geheimniss mehr war. Sie verliert einen tüchtigen Beamten nach dem andern, der aus ihrem Dienst in den lucrativeren der Bankiers übergeht; sie weiss und duldet, dass ein Parlamentarier nach dem andern, ja, diplomatische, mit den wichtigsten und geheimsten Staatsangelegenheiten betraute Beamte des auswärtigen Amtes, in die Abhängigkeit von den Bankhäusern geräth und anerkennt nicht nur in diesen Finanzagenten politische Männer, sondern hört auf ihren Rath vornehmlich, obschon es auf der Hand liegt, dass derselbe ein geschäftlich interessirter ist. Die Minister selbst gehen in intimster Weise mit diesen blutigen Gründern um. Fürst Bismarck's Familie verkehrt in Bleichröder's Hause, obschon gewisse Officiercorps dasselbe nicht betreten dürfen. Camphausen und Scheidtmann (Seehandlungsrath) sind die Intimi Hansemann's, Lothar Bucher ist sein Sommergast auf Schloss Lanken. Delbrück begünstigt offen das verwandte Haus Leo Delbrück & Co., Hammacher, ein vielfacher Gründermillionär und stiller Hauptfaiseur der national-liberalen Partei, ist Freund und Rathgeber von Delbrück und Falk und befördert schliesslich seinen guten Freund Achenbach auf den Ministerstuhl. Lasker arbeitet für das Haus Bleichröder und — nimmt mit seines Freundes und Fractions-Genossen Weber Hülfe Einsicht von dessen hochinteressanten Geschäftsbüchern. Das Judenthum dringt mit seinen Agenten in alle einflussreichen Kreise. Das auswärtige Amt wimmelt von Ganz- und Halbsemiten. Die ganze Presse ist den Gründern dienstbar. Die conservative Kreuzzeitung, seit October 1872 unter der Leitung des Herrn von Nathusius-Ludom, des Neffen von Scheele, dessen Verwandte, v. Nathusius-Hundisburg und andere Nathusiusse ebenfalls Verwaltungsräthe von Disconto-Ablagerungsstätten sind, schweigt zu allem Schwindel und cultivirt sogar mehr und mehr in ihrem Theil «Gewerbe, Handel und Industrie» und in «Eingesandt» über dem Inseratenstrich die verschämte Reklame, nimmt alle Gründerannoncen auf und verliert kein Wort der Warnung. Kurz, wir sind auf dem besten Wege zur Judenherrschaft, da hatte der liebe Gott ein Einsehen und schuf den — «Krach»!

III. Buch.

Liquidation.

Vorboten des Krach.

Die Disconto-Gesellschaft konnte, trotzdem sie ihr Capital auf 20,000,000 Thlr. gebracht und die Provincial-Disconto-Gesellschaft mit ihren 6,000,000 Thlr. zu ihrer Verfügung hatte, unmöglich alle aufgenommenen Fonds der Eisenbahnen und der industriellen Unternehmungen im Tresor behalten. Sie wollte ja eigentlich auch nur den Commissionär machen. Trotzdem nun durch die Milliarden, mittelst deren Staatsschulden abgezahlt wurden, viel Geld unter das Publikum kam und dies durch die Presse umsomehr geneigt gemacht war, immer neue Papiere ohne Prüfung des Werths zu nehmen — wenn sie nur von einem «grossen Hause, das seine Kinder nicht im Stiche lassen dürfe», emittirt waren —, als diese grossen Häuser für eine andauernde Hausse sorgten, so konnte das Publikum bei dem besten Willen nicht all' die neuen Werthe abnehmen, und die Disconto-Gesellschaft behielt riesige Summen von Actien im Kasten.

Ihr sprang Herr Camphausen gern bei. Er lieh ihr erstens 3 Millionen Thaler zu $2\frac{3}{4}$ Procent ohne Hinterlage aus der preussischen Staatskasse. Er discountirte und lombardirte durch die Seehandlung. Herr von Dechend, der Präsident der königlich preussischen Hauptbank, sah mit Kopfschütteln das Gründertreiben. Die Gründer zogen Einer auf den Andern Rittwechsel und discountirten sie bei der Bank. Die Wiener Gründer, welche mit den Berlinern zusammen «arbeiteten», setzten bis für 50,000,000 Thlr. solche

Wechsel nach Berlin ab. Schon im September 1872 erhöhte Herr von Dechend den Discout. Endlich, im December, refusirte die Hauptbank Wechsel, die augenscheinlich nur zum «Geldmachen» von Gründern in Umlauf gesetzt wurden und denen kein «legitimes Geschäft» zu Grunde lag. Gegen diese Maassregel sendete die Breslauer Handelskammer im December eine Beschwerde-Commission, aus den blutigen Gründern Friedenthal u. v. Ruffer bestehend, nach Berlin. Herr von Benda, der neben Eugen Richter am offenherzigsten stets die Partei der Börse im Parlament nahm, interpellirte Herrn v. Dechend im Abgeordnetenhaus. Trotz seiner glänzenden Rechtfertigung wurde doch ein solcher Druck auf den Bank-Präsidenten getübt, dass er am 20. December die Breslauer Filiale anwies, wieder Gründerwechsel zu discountiren! Die Disconto-Gesellschaft aber schickte ganze Waschkörbe voll Wechsel und Fonds nach der Camphausenschen Seehandlung, holte Geld dafür und durchkreuzte somit Dechend's weise Politik, welche dem Gründertreiben bereits im Herbst 1872 vielleicht ein Ende bereitet hätte, wenn im Ministerium nicht eine dicke Gründerfreundschaft geherrscht hätte. Herr Camphausen ist direct mit verantwortlich für einen grossen Theil der vom September 1872 ab noch in Scene gesetzten Gründungen und für die dadurch dem Publikum zugefügten Verluste. Herr von Kardorff griff, wie wir sehen werden, ihn deshalb im Parlament an und er rechtfertigte im August 1876 in einer Wahlrede jenen Angriff folgendermaassen: «Ich würde Herrn Camphausen nicht angegriffen haben, wenn nicht alle meine Bemühungen auf Abhilfe der beregten Uebelstände vergeblich gewesen. Wenn ich dabei etwas gereizt gewesen, so lag der Grund darin, dass ich die Vernehmung des Bankpräsidenten Herrn Dechend beantragt hatte, weil während der Berathung über das Bankgesetz der Minister dem Bankpräsidenten darüber Vorwürfe gemacht, dass die Bank die Ueberspeculation begünstigt habe, und gerade zu derselben Zeit Millionen von der Seehandlung an Handelshäuser zu billigem Zinssatze abgegeben wurden. Die Stellung des Finanzministers habe ich nicht erschüttert; ein Finanzminister erschüttert seine Stellung nur

selber, wenn er den wirthschaftlichen Verhältnissen nicht Rechnung trägt, und die Förderung des Wohlstandes des Landes ausser Acht lässt».

Am interessantesten ist aber Miquèl's Verhalten, der nach Herrn von Dechend im Abgeordnetenhaus eine moralische Rede über das Verwerfliche der Gründungen hielt, er, der grosse Gründer, — namentlich aber vor ausländischen, rumänischen Werthen warnte. Das Publikum solle lieber «hiesige industrielle Fonds kaufen». So benutzte er die gute Gelegenheit, das Publikum auf die demnächst zu emittirenden «Gelsenkirchner» gierig zu machen, die «Rumänier» waren ja meist schon abgesetzt!

Demnach krachte und knackte es an allen Ecken und Enden Anfangs 1873, und nun wurde ein Spectakelstück infamster Art in Scene gesetzt, um das Publikum zu beschäftigen, während man gleichzeitig ein noch nie dagewesenes Attentat auf die Staatskassen plante und auch, gedeckt durch den Staub der Lasker'schen Enthüllungen — im «Invalidenfonds» zur Ausführung brachte.

Der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Wehrmann, der den Vortrag bei Sr. Majestät hatte, war krank und dienstunfähig. Dem Range nach musste ihn Herr Wagener ersetzen. Wehrmann war der Disconto-Gesellschaft sehr geneigt. Bis zum Antritt dieser einflussreichen Stellung im Cabinet Sr. Majestät war er ihr Verwaltungsrath gewesen. Darauf wurde sein missrathener Sohn von eben dieser Gesellschaft angestellt, und nach seiner Pensionirung trat Wehrmann wieder in den Verwaltungsrath der Disconto-Gesellschaft und sogar der «Union» ein. In diese so einflussreiche Stellung im Cabinet des Kaisers sollte nun Herr Wagener einrücken, der allen Liberalen, besonders Herrn Camphausen, schon von 1848 her verhasst war, der alle Geschäfte der Disconto-Gesellschaft durchschaute, sie jedenfalls durchkreuzt haben würde. Und man hatte gerade ein Geschäft vor, wobei man auf das Herz Sr. Majestät wirken musste, die Gründung eines Fonds für die ruhmvollen Invaliden, den die Disconto-Gesellschaft dann plündern wollte und geplündert hat. Diesen Fonds hat notorisch die Disconto-Gesellschaft

erfunden. Das betreffende Gesetz ist der Regierung, wie Windthorst bei anderer Gelegenheit treffend sagte, «apportirt» worden.

Sonnemann, eine der charakteristischsten Typen unserer «volksfreundlichen» jüdischen Schwindelpolitiker, ist selbst bei einer Unzahl von Gründungen betheilt worden. Die Disconto-Gesellschaft aber muss diesen einflussreichen Mann «geschnitten» haben, denn er planderte zuweilen in seiner «Frankfurter Zeitung» die unangenehmsten Sachen aus. So berichtet er darin Anfangs Februar 1872, die Disconto-Gesellschaft habe 16,000,000 Thlr. Bergisch-Märkische und 5—6,000,000 Thlr. Magdeburg-Halberstädter Prioritäten «für einen zu lösenden Invalidenfonds» angekauft. Niemand ahnte damals etwas von solchem Fonds, und schon kaufte die Disconto-Gesellschaft Prioritäten, die sie ihm später wirklich aufgehalst hat! Ein ganzes Jahr gebrauchten die politischen Agenten der Disconto-Gesellschaft, um die Regierung für den horrenden, aller Volkswirtschaftswissenschaft in's Gesicht schlagenden Plan eines sich successive selbst aufzehrenden Staatsfonds, aus dem die Invalidenpensionen bezahlt werden sollten, zu gewinnen. Im März 1873 brachte Delbrück die Vorlage im Reichstage ein. Vorher aber wurde Wagener beseitigt, der jedenfalls Sr. Majestät «den eigentlichen Zweck» dieses Fonds enthüllt haben würde.

Es ist hochkomisch, dass Herr Lasker es wagen konnte, Herrn Wagener in einem Hause, das mit Gründern gespickt war, als Gründer zu erklären und ihn verurtheilen zu lassen. Er gesellte ihm noch zwei Aristokraten, Fürsten Putbus und Prinzen Birou von Curland, bei. Bekanntlich schilderte er die Gründung und den Bau der «Pommerschen Centralbahn» und der «Berliner Nordbahn».

Nun ist zu bemerken, dass Wagener erstens spekulative Zwecke professionell und gewohnheitsmässig nicht verfolgt hat. Er war bis 1869 Verwaltungsrath der Schuster'schen Gewerbebank, die in der That socialpolitische Zwecke so lange verfolgte, als Wagener und v. Olfers betheilt waren: Förderung des Credits der Handwerker. Sie hatte bis 1870 nur 1, bis 1872 nur 2 Millionen Grundcapital. Auf die

14 Aufsichtsrathsmitglieder kamen pro 1869 ca. 11,800 Thlr. Tantième. Wir werden nachher Miquel-Wehrmann'sche Tantièmen kennen lernen. Die Gründerthätigkeit der Bank begann erst 1872, das Grundkapital wurde von 1871 ab auf 6,000,000 Thlr. successive erhöht. Die Bank vertheilte pro 1871 an nur noch 12 Aufsichtsräthe, unter denen Wagener nicht mehr war, 50,126 Thlr. Tantième. Der auf 9 Mitglieder zusammengescholzene Verwaltungsrath erhielt pro 1872 ca. 90,000 Thlr. Tantième. Wagener hat also an der Gründerperiode der Bank mit ihren Gewinnsten keinen Antheil gehabt.

Dagegen hat er die «Pommersche Centralbahn» gegründet. Seit ein Dutzend Jahren bemühten sich die Kreise Dramburg-Neustettin um eine Eisenbahn, unterhandelten mit allen möglichen Finanziers, ohne «Meinung» für ihre abgelegene Gegend zu finden, bombardirten ihren Abgeordneten, Wagener, unausgesetzt, ihnen auf dem Wege der Staats- oder Actienunternehmung zu einer Bahn zu verhelfen. Endlich theilten ihm zwei Landräthe mit, dass er auf keine Wiederwahl zu rechnen habe, wenn er nicht für eine Bahn Sorge. Da entschloss er sich 1870, mit Hülfe der Schusterschen Bank eine Actien-Gesellschaft zum Bau zu gründen. Das Capital wurde auf 7,360,000 Thlr, halb Actien, halb Prioritäts-Stammactien für 146, Kilometer bemessen, d. h. auf 50,000 Thlr. pro Kilometer. Berlin-Gürlitz kostet 73,000 Thlr., Halle-Sorau-Guben 83,000 Thlr., Hannover-Altenbeken für die gebauten Strecken 112,000 Thlr., wobei zu berücksichtigen ist, dass alle 3 Bahnen ca. die Hälfte des Capitals durch höher zu begebende Obligationen deckten. Trotzdem wäre die Bahn, selbst nach Laskers Enthüllungen, fertig geworden, wenn die Regierung die Ausgabe von 1,000,000 Thlr. Obligationen gestattet hätte, ohne jene Enthüllungen kam die Bahn mit dem präliminirten Capital zu Stande, denn sie war, das hat gerade die Untersuchungscommission wider Willen ermittelt, viel solider gegründet, als jene Bahnen.

Die Bahn war, wie alle jene andoren, nach dem für Privatbahnen, Dank dem Gesetz von 1838, allein möglichen System Strousberg gebaut. Allein die Gründer waren be-

scheidener als es sonst bei neuen Eisenbahnunternehmungen in Preussen Mode ist. Sie hatten sich, ihrer Drei, nur 40,000 Thlr. Entschädigung für ihre Mühe bewilligen lassen, und an der Berliner Börse spottete man, ihnen geschehe von Lasker ganz Recht, da sie durch solche Lumperei «das Geschäft» geschädigt hätten.

Eine königliche Untersuchungscommission wurde eingesetzt, an deren Spitze der Präsident der Seehandlung, Günther, stand, der den Eisenbahn- und Gründungsschwindel ja genau kennen musste. Unerhörter Weise erhielt der Ankläger Lasker zugleich Sitz in der Commission als Richter. Der Bericht der Commission liegt gedruckt vor und beweist, dass es Lasker gelang, die liberalen Gründer zu schonen und nur die von ihm angegriffenen Gründerdilettanten auf allen ihren Wegen zu verfolgen.

Der Commissionsbericht über die «Pommersche Centralbahn» füllt 51 Seiten, der über 25 andere Bahngründungen und Projecte nur — — 100 Seiten!! Bei der Wagenerischen Bahn werden alle Scheinzeichner mit Namen und Zeichnungsbetrag genannt, dies geschieht bei keiner anderen. Bei diesen wird vielmehr stets auf «Specialacten» verwiesen, die niemals dem Publikum zugänglich gemacht worden sind. Trotzdem ergab der Bericht viel Gravirenderes über andere Bahnen, namentlich über Hannover-Altenbeken, Berlin-Lehrte, Halle-Sorau-Guben u. A. als über die Centralbahn. Fürst Putbus von der Nordbahn wurde von einem militärischen Ehrengericht auf Grund der Untersuchung der Commission freigesprochen, ein Skrutinial-Verfahren gegen Wagener ergab keinen Anhalt für Einleitung des Disciplinarverfahrens. Trotzdem musste er aus dem Staatsdienste scheiden und legte sein Mandat zum Reichstage nieder. Bennigsen, Kardoff, Prinz Handjery, Braun u. A., die ebenso und meist mehr compromittirt waren, durch den Bericht der Commission allein, abgesehen von ihren anderen Gründungen, sind heute noch Abgeordnete oder Beamte.

Es war grauenregend, die tiefe Heuchelei zu sehen, mit der die Abgeordneten, welche fast alle die Gründerei und die professionellen Gründer in ihrer Mitte kannten, den

Enthüllungen Laskers über die Unthaten dreier notorischen Dilettanten im Gründen zuhörten. Besonders tadelnswerth war das Benehmen der Conservativen, die unter sich selbst einige Gründer hatten, dass sie nicht sofort den Spiess umkehrten und eine genaue Untersuchung aller, auch der liberalen Gründungen, forderten. Niemand wagte, Lasker entgegenzutreten, der «Bleichröder's Geschäftsblätter kannte». «Dieser Schuss ging dicht an meinem Rücken vorbei», soll ein hoher Herr gesagt haben.

Der Fürst Bismarck besuchte Wagener und hat ihn 1874 in officieller Sendung nach Eisenach verwendet. Augenscheinlich hat man ihn zum Schweigen und Dulden bewogen durch Verheissung einer späteren Rehabilitirung. Diese ist nicht erfolgt. Wenn er damals in den Reichstag ging und seine Vertheidigung in einen Angriff verwandelte, so konnte er damals schon den ganzen liberalen Schwindel über den Haufen werfen. Er würde damit dem Lande einen enormen Dienst erwiesen haben. Uns will scheinen, dass er sich Simson (Richter 16, v. 26—30) zum Muster genommen hat: Simson wartete mit seiner Rache bekanntlich auch ziemlich lange und nahm sie dann sehr gründlich.

Strousberg spricht sich über diesen Vorgang folgendermaassen aus:

«Politische Intoleranz ist eine Eigenschaft, die den Liberalen aller Länder anklebt; sie sind stets mehr oder weniger Sansculottes und Fanatiker . . . Partei-Leidenschaft im höchsten Grade wird Jeder bei Lasker wahrgenommen haben, und diese allein erklärt die unversöhnliche Stellung, die er gegen Wagener eingenommen hat; wie auch Partei-Sympathie andererseits die Rücksicht, mit der er Partei-Genossen behandelt hat, begreiflich macht». (Diese letztere Parteilichkeit hat v. Diest in: «der sittliche Boden im Staatsleben» überzeugend und aktenmässig nachgewiesen). «Wagener war langjähriger politischer Gegner, er soll in früheren Jahren in Verbindung mit der Kreuzzeitung, die ihr wohlbekanntes Treiben heute noch ohne ihn mit ungeschwächter Kraft fortsetzt, Viele schwer verletzt und Vielen bitteres Unrecht gethan haben. Er bekleidete eine einfluss-

reiche Stellung und war politisch unbequem. Sein Gebahren in Sachen der Pommerschen Central-Bahn gab genügende Anknüpfungspunkte für einen vernichtenden Angriff, und diese Gelegenheit wurde rücksichtslos benutzt . . . Es ist richtig, dass die Stellung Wagener's ihm die äusserste Rücksicht auferlegte; es scheint bewiesen, dass er darin gefehlt und es ist klar, dass er, Schuster und der dritte Colleague bei Gründung der Pommerschen Central-Bahn so manipulirten, dass sie das Gesetz der Form, nicht aber dem Geiste nach befolgten, dass sie also leere Formen erfüllten und dabei Profit ohne Risiko, Macht ohne Verantwortlichkeit anstrebten, und es kann nicht geleugnet werden, dass dieses für einen hohen Rath der Krone compromittirend ist. Nichts desto weniger wäre der Angriff nie so bitter ausgefallen, wenn er nicht durch Parteilass angestachelt gewesen wäre. Schliesslich hat man die Sache aber übertrieben. In wie weit Wageners Stellung ihm bei Erlangung der Concession zu Statten kam, weis ich nicht zu beurtheilen.» (Gar nicht! Die Concession war schon vor einem Jahrzehnt an ein Consortium, in dem Graf Kleist-Juchow sass, ertheilt, unter der Bedingung, dass dasselbe die Bahn ohne Staatsgarantie baute. Es konnte damit nicht fertig werden und übertrug gern und ohne jede Entschädigung die Vorarbeiten an Wagener, als der Aussicht hatte, das Geld, mit Hülfe der Schusterschen Bank, ohne Staatsgarantie aufzubringen). «Eins ist nur klar, dass die Concessionäre dieser Bahn, wenn sie dieselbe ausgeführt und sich sonst nichts hätten zu Schulden kommen lassen, Orden und Auszeichnung verdient hätten. Die Bahn war eine Nothwendigkeit für einen vernachlässigten armen Landestheil und, durch Hebung desselben, ein Verdienst um den Staat. Als Spekulation, selbst richtig geleitet, konnte sie nie Vortheil bringen. Wenn dieses eingoräumt wird, so fällt die Beschuldigung des Missbrauchs amtlichen Einflusses fort, denn er erfolgte für einen im Staats-Interesse guten Zweck. Ferner hatte Geh. Rath Wagener, als Rittergutsbesitzer, an der projectirten Bahn ein Interesse und ein Recht dazu, deren Herstellung anzustreben. Falsch wäre es nur, wenn er anderen Bewerbern, oder einer anderen Richtung

den Rang abgelaufen hätte, und dies war nicht der Fall. Wenn, wie mir dies unzweifelhaft, Wagener in den letzten zwei Punkten nicht zu tadeln ist, so füllt ein grosser Theil der Beschuldigung zu Boden, und es bleibt nur die Frage, ob er im Erstreben von Profit die Grenze des Rechtlichen und Schicklichen überschritten hat. Ersteres ist eine Frage für die Beschuldigten und den Staatsanwalt, wo, wie ich schon erwähnte, jede fremde Anregung eine Anmaassung und jeder Dilettantendienst eine Bösherzigkeit documentirt; die Schicklichkeitsfrage aber betraf die Ressornt-Chefs des Herrn.» (Die Erlaubniss zum Bahnbau von seinen Ressornt-Chefs besass Wagener schriftlich. Was den erstrebten Profit anlangte, so war er absolut und relativ der geringste, der bei irgend einer Privatbahn-Gründung jener Periode gesucht wurde, denn bezogen hat ihn Wagener gar nicht.) «Hier konnte es unter Umständen die Pflicht des Volksvertreters werden, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dies aber erst, nachdem eine Abhülfe Seitens der Vorgesetzten verweigert worden war. Eine Inscenirung, wie die im vorliegenden Fall gewählte, war unnöthig, discreditirend für den Beamtenstand, unbequem für den Vorgesetzten und hart für den Betroffenen. Aus jeder Silbe, aus dem ganzen Gebahren, athmet Rache, nicht Gerechtigkeit. Ich habe gar keinen Grund, Wagener zu vertheidigen . . . Mich empört hier nur die Ungerechtigkeit, Rachsucht und Uebertreibung».

Das Schicksal der Nordbahn und der Centralbahn ist nun besonders lehrreich. Natürlich waren die noch unbegebenen Actien derselben seit den Lasker'schen Enthüllungen nicht, zu keinem Preise, an den Mann zu bringen. Vergebens petitionirten die Organe jener Bahnen bei der Regierung um Erlaubniss, Prioritäts-Obligationen ausgeben zu dürfen. Was man Hannover-Altenbeken und allen übrigen Bahnen fast ohne Ausnahme bereitwillig gewährt hatte, diesen zu Sündenböcken ausersehenen Gründungen schlug die Regierung dies unbedenkliche Auskunftsmittel ab. Nach den Lasker'schen Enthüllungen noch unterstützte die Reichs- und Staatsregierung die Altenbekener, Magdeburg-Halberstädter, Halle-Sorau-Gubener und andere Bahnen durch Ankauf

ihrer Prioritäten für die «invaliden Staatsfonds». Die Posen Kreuzburger Actien hatte schon der «Welfenfonds» aufgenommen. Natürlich existirte solche Subvention nicht für die von Lasker und seinen liberalen Freunden dem Untergange geweihten «conservativen» Bahnen. Auch keine Staatsgarantie wurde — wie später für Halle-Sorau-Guben, — bewilligt, ja, man kaufte die halb vollendeten Bahnen auch nicht für den Staat, sondern man liess sie in Concurs gerathen und erstand sie dann endlich aus dem Zwangsverkauf für den Staat. Man sollte meinen, dass hiermit die Regierung einen Präcedenzfall constituirt habe, durch den für alle ähnlichen Fälle ihr Verhalten fest bestimmt sei; indess da würde man sehr irren, denn nicht nur hat sie 1876 eine Garantie für Halle-Sorau-Guben, wie wir sehen werden, beantragt und durchgesetzt, sondern sie hat im selben Jahre auch den Ankauf von Berlin-Dresden beantragt. Dies Verfahren der Regierung ist parteiisch und durch Nichts zu rechtfertigen. Der verhasste Wagener wurde nicht nur gestürzt, sondern er wurde mit seinen Mitconcessionären auch finanziell ruinirt und die Actionäre verloren jeden eingeschossenen Pfennig. Man erstand die Bahnen für den «Abbruchswerth»!

Auch nicht einmal wurden die von Lasker Angegriffenen mit gleichem Maasse gemessen. Wagener musste das Parlament räumen. Prinz Biron und Fürst Putbus aber behielten ihre Sitze im Herrenhause. Wagener wurde in der Presse unerhört beschimpft und gesellschaftlich geächtet, von der hohen Bureaukratie ausgestossen und «geschnitten». Biron und Putbus erscheinen nach wie vor bei Hofe. Und doch hatte Wagener nur eine Bahn durch seinen Wahlkreis gebaut, Biron und Putbus aber haben Geschäfte aus dem Gründen gemacht. Biron ist freilich nur noch bei der Breslau-Warschauer Bahn betheilig, Putbus dagegen ist ein professioneller, wenn auch unerfahrener Gründer. Wir haben seinen Namen schon gefunden im VIII. Capitel bei den Henckel'schen Gesellschaften und der Halle-Sorau-Gubener Bahn. Er hat aber noch mit dem geadelten Bankier F. W. von Krause, dem Hauptimporteur der «Russen», dem Polizei-Präsidenten Berlins, v. Wurmb u. A. die Schwindel-

gesellschaft «Flora» gegründet, welche jetzt im Concourse ist und deren Gründungsgeschichte sich für den Staatsanwalt durchaus als Untersuchungsobject eignet. Bei Gründung der Nordbahn hatten Biron und Putbus den Herrn von Bülow, der dies Factum bisher auf unerklärliche Weise vor der Oeffentlichkeit geheim zu halten gewusst und den auch Lasker nicht denunciirt hat, zum Collegen, der heute preussischer Staatsminister und Alter Ego des Fürsten Bismarck ist! Alle diese Leute stehen heute noch hoch in Ehren, Wagener aber wurde als Opfer für die Gründerei abgeschlachtet. Bisher hat Wagener, wie gesagt, geschwiegen und die Lasker'schen Enthüllungen haben ihren Zweck erreicht. Lasker hatte zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Wagener musste aus dem Staatsdienst scheiden und konnte somit die beabsichtigte Plünderung der Staatskassen durch die Disconto-Gesellschaft nicht hintertreiben, und das Publikum wurde mit der «Enthüllung über den Eisenbahnschwindel» so beschäftigt, dass es weder den Gründungsschwindel in Bergwerken noch die Invalidenfonds-Gründung und -Plünderung bemerkte. Strousberg sagt offen, er habe Grund zu glauben, dass die grossen Bankiers die Lasker'schen Angriffe grösstentheils veranlasst hätten. Sie erreichten ihren Zweck. Unter dem Staub, den Lasker aufwirbelte, ging «Gelsenkirchen» in Scene und am 22. Mai wurde der «Invalidenfonds» gestiftet.

Neben diesem wurde noch ein Reichstagsgebäude- und ein Festungsbaufonds gestiftet. Diese 3 Fonds erhielten 247 Mill. Thaler Capital. Es sollte eine besondere Behörde zur Verwaltung dieser Gelder eingesetzt werden. Als diese aber am 1. October in Function trat, fand sie, in Widerspruch mit den klaren Worten des Gesetzes, den Fonds fast vollständig angelegt, und zwar hatte die Seehandlung auf Anordnung des Reichskanzleramtes den Ankauf besorgt. Der erste Ankauf geschah sogar schon am 1. Februar 1873, als noch gar kein Gesetz über Schöpfung des Fonds vorhanden war!

Es waren an ungarantirten Eisenbahn-Prioritäten vom Reichskanzleramt angeschafft für 92,658,300 Thlr. nominell.

Die zur Verwaltung jener Fonds eingesetzte Behörde kaufte noch für 1 Mill. Thaler dazu. Die Preise waren sehr hoch, durchschnittlich $99\frac{1}{2}$ Proc. für $4\frac{1}{2}$ proc. ungarantirte Prioritäten. Und man kaufte solcher Papiere noch mehr, so dass die drei Fonds deren im October 1875 für $322\frac{1}{2}$ Mill. Mark besaßen. Dies Geschäft wurde nach dem bei allen Gründungen beliebten Schema gemacht. Otto Glagau stellt dies Schema Seite 47 ff. seines trefflichen Buches fest. Fabrikbesitzer Flau möchte seine Fabrik von 250,000 Thlr. Werth los sein. Er verkauft die Fabrik für 400,000 Thlr. an den Gründer Bär. Bär verkauft nun die Fabrik weiter an ein Gründungscomité, die Mutter der neuen Actiengesellschaft, Wolf, Fuchs und Co. für 1,000,000 Thlr. So ging die Sache auch hier zu: die Disconto-Gesellschaft spielt die Rolle des Fabrikbesitzers Flau. Sie besitzt 242,000,000 M. Prioritäten verschiedener Bahnen, die sie successive und meist ziemlich niedrig, sagen wir durchschnittlich zu 95 Proc., erworben hat. Sie will dieselben los sein und setzt sich in Verbindung — nicht mit dem Gründer Bär, sondern mit der königl. preussischen Seehandlung, welche ihr diese Fonds zum Durchschnittscourse von $99\frac{1}{2}$ Proc. abkauft. Nicht der Gründer Bär, sondern die königl. preussische Seehandlung sucht nun eine Actiengesellschaft Fuchs, Wolf und Co., der sie diese Prioritäten anschmieren kann. Als solche zu bemogelnde Gesellschaft präsentirt sich das Reichskanzleramt, welches einen Invalidenfonds placiren soll und, wie Geheimrath Michaelis sagte, nicht wusste, wo es Papiere herbekommen sollte. Diesem Fonds lässt nun die Seehandlung die soeben für $99\frac{1}{2}$ Proc. erworbenen Prioritäten zu $99\frac{5}{8}$ Proc. ab. Nun konnte Minister Delbrück 1875 im Reichstage «wahrheitsgemäss» — solche Leute lügen nie, die treiben nur «politische Heuchelei» — erklären, die Fonds seien alle von der Seehandlung gegen sehr mässige Provision erworben!

Im April 1873 wurde auch noch ein vierter Fonds zur Dotation der preussischen Provinzen durch Gesetz in Höhe von 18 Mill. Mark geschaffen und vorläufig unter Verwaltung des Herrn Camphausen gestellt.

Bei den Debatten über die 3 Reichsfonds hatte man vor Allem die Sicherheit der Anlage betont und doch schloss man landschaftliche Pfandbriefe von der Ankaufsfähigkeit aus und gestattete «vorläufig» den Ankauf von Eisenbahn-Prioritäten. Für den Provinzialfonds war aber gesetzlich die Belegung in solchen Fonds nicht gestattet, er hätte also von Camphausen «pupillarisch sicher» angelegt werden müssen. Das passte aber dem grossen Gönner des Herrn von Hanseemann nicht; dieser Hort des Constitutionalismus berief sich einige Abgeordnete, nämlich die Juden Friedenthal und Lasker und einige andere Freunde derselben zusammen und holte ihren Rath darüber ein, wie man diese Millionen am zweckmässigsten «fructificire». Das Parlament ad hoc mit eigenem Mandat rieth natürlich, Prioritäten zu kaufen. Was auch geschah. Die Disconto-Gesellschaft lieferte demgemäss an die 3 Reichsfonds für 96 $\frac{1}{2}$ Mill. M. Prioritäten der fusionirten Hannover-Altenbekener und Magdeburg-Halberstädter Bahnen, für 93 Mill. M. Köln-Mindener, für 46 Mill. M. Bergisch-Märkische; an den Provinzialfonds für 3 Mill. M. Hannover-Altenbekener, für 3 Mill. M. Berlin-Görlitzer. Für 1, Mill. M. Halle-Sorau-Gubener wurden dem letzten Fonds von der Berliner Handels-Gesellschaft (Conrad, v. Bleichröder) aufgehängt. Bei einem Posten von 66 Mill. M. Magdeburg-Halberstädter «verdiente» nachweislich die Disconto-Gesellschaft 1,800,000 M. Der ganze Profit der Disconto-Gesellschaft auf Staatskosten ist nicht nachweisbar, muss aber colossal sein.

Die mit solcher Staatsunterstützung — weiter ist der zu theure Ankauf der Prioritäten nichts — begnadigten Bahnen sind zum Theil schon von Strousberg und seinen aristokratischen Helfershelfern geplündert, zum Theil nur von dem liberalen Anhang der Disconto-Gesellschaft, meist aber von Beiden. Es musste eine Zeit kommen, in welcher die Staatsregierung die nothwendigen Verluste an den Papieren so fauler Bahnen nicht mehr vertuschen konnte, und sie kam.

Krach und Staatshilfe.

Im Mai 1873 brach die grosse Katastrophe über Oesterreich herein, ohne dass dies auf die Berliner Börse grossen Eindruck gemacht hätte; allein der pharisäische Stolz, mit dem man auf die «viel solideren Verhältnisse» daheim pochte, war durch die Thatsachen wenig gerechtfertigt, und so kam denn nicht nur eine Krisis wie 1856—57, sondern ein gar gewaltiger «Krach», der auch gar nicht ein Ende nehmen will, sondern den Charakter einer unheilbaren, schleichenden Krankheit trägt, die, wie es scheint, zum Ende, zum Tode, d. h. zum Bankerott führen soll.

Man kann sich darüber nicht wundern, dass die gegründeten Unternehmungen das den Actionären für dieselben angerechnete Capital nicht zum landesüblichen Fuss verzinsen, da ein grosser Theil dieses Capitals ja nicht in den Gründungen «arbeitet», sondern sich in den Taschen der Gründer befindet. Auch werden die meisten Gründungs-Objecte zu leichtsinnig und zu kostspielig verwaltet. Indess eine mässige Rente sollte man immerhin erwarten dürfen. Es stellt sich aber heraus, dass nicht nur diese ausbleibt, sondern dass auch alle Unternehmungen, welche vom Schwindel nicht angesteckt wurden, leiden, und nun schon drei Jahre hindurch von Monat zu Monat schlechtere Geschäfte machen.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Arbeit sein, über die Natur der Krisen bei dem System des sich selbst überlassenen Verkehrs und des immer weiter sich ausbildenden internationalen Handels hier eine wissenschaftliche Untersuchung anzustellen, etwa zu erörtern, wie es kommt, dass breite Volksmassen, viele, viele Millionen Menschen, die an sich productionsfähig und arbeitslustig sind, feiern müssen, weil sie selbst consumtionsunfähig sind aus Mangel an Cash, obschon sie gern consumiren möchten. Dies würde sofort in den Abgrund der nicht mehr zu verkleisternden socialen Frage hinabführen, während dies Büttlein doch dem Gipfel des Schwindels gewidmet ist, der die sociale Frage freilich so ernst macht.

Dahingegen wird gestattet sein, darauf hinzuweisen, dass von Jahr zu Jahr mehr die verderblichen Wirthschaftsgesetze ihre Wirkung äussern, welche seit dem Jahre 1867 in Deutschland gemacht worden sind. Konnten wir die Conservativen von dem Gründungsschwindel nicht ganz frei sprechen, so müssen wir allerdings sagen, dass sie an dem Umsturz aller alten Ordnung auf dem Wirthschaftsgebiet unschuldig sind. Dieselbe hat Fürst Bismarck mit «seinen» Ministern, seinen Beamten — Delbrück, Camphausen, Achenbach, Michaelis — und mit der liberalen Partei im Parlament allein verschuldet und allein zu verantworten. Selbstverständlich kann die neue Gewerbeordnung erst nach und nach ihre verderbliche Wirkung ausüben. Allein jetzt, nach 7 Jahren, hat sie bereits einen guten Theil des alten, soliden Handwerkerstandes vernichtet und die technisch-moralische Erziehung unserer Industriejugend gründlich verschlechtert.

Der fast vollständig durchgeführte Freihandel macht sich auch erst in Jahren bemerklich, da der Verkehr Zeit braucht, um neue Bahnen einzuschlagen. Jetzt haben die durch billigeres Capital, Rohmaterial und billigeren Transport vor unseren Fabrikanten prämiirten Engländer den Weg bis in unsere eigenen Fabrikbezirke gefunden. Endlich treibt das ganz alberne System der Gewichtszölle anstatt der Werthzölle, das bloss der Denkfaulheit der hohen Beamten seine Entstehung verdankt, unsere Fabrikanten auf den Weg der Massenproduktion roher Fabrikate. Und so erschallt denn aus competentestem Munde von der Ausstellung zu Philadelphia das Urtheil über die Resultate der Bismarck-schen Wirthschaftspolitik herüber: «Billig und schlecht»!

Unsere Freihandelspolitik ist, wie wir bereits im Eingange bemerkt haben, ebenfalls eine Copie des französischen Musters, aber selbstverständlich eine unverstandene, unverständige, verballhornte Copie. Napoleon III. that so viel für verbesserte Communicationen, für Eröffnung neuer Absatzwege und hütete sich so sehr, die soliden Grundlagen der industriellen Produktion, durch Auflösung der Handwerksinstitutionen etwa, zu vernichten, dass er um so eher auf die Bahn der Ermässigung der Schutzzölle treten konnte,

als er das thörichte Deutschland zum Nachbarn hatte, das dem französischen Import bald einen ergiebigen Markt öffnete. Zudem haben uns die Franzosen keineswegs das alberne Gewichtszollsystem vorgemacht, sondern sie blieben bei dem verständigen Werthzolle stehen. Bezüglich dieses Blödsinnes sind wir freilich originell gewesen. Auch haben sie keineswegs ihre Grenzen weit geöffnet, ihre Industrie ist vielmehr in den wichtigsten Branchen noch 2 bis 3 mal höher geschützt als die unsrige. Und wo der handelsverträgliche Schutz nicht ausreicht, hilft die französische Handelspraxis nach, z. B. durch Bewilligung der *acquits à caution*, welche eine Prämie auf die Ausfuhr französischen Eisens nach Deutschland setzen. Die französische Handelspolitik war klug und weise, die unsrige ist einfach bornirt. Das beweisen jetzt sogar die Socialdemokraten in sehr verständigen Leitartikeln. Hasselmann ist wirklich und ohne allen Scherz gescheuter als Delbrück, Michaelis und Camphausen zusammengenommen sind.

Dass hauptsächlich die wahnsinnigen Zollgesetze den Ruin unserer Industrie mit verschulden, kann man deutlich am Rückgang der Industrie von Elsass-Lothringen sehen. Die Baumwollen-Industrie muss ebenfalls sich auf Herstellung grober Massenfabrikate werfen, und die Eisenindustriellen sind bereits dabei, jenseits der Grenzen Fabriken zu errichten, um allmählich ihre Leute und ihre Maschinen nach Frankreich zu bringen und dort eine Existenz zu suchen, die sie im deutschen Reiche nicht finden können. Elsass-Lothringen verarmt unter deutscher Herrschaft, obschon es viel weniger Steuern zahlt, als die benachbarten französischen Departements.

Aus diesen Gründen haben wir in Deutschland keine vorübergehende Krisis, sondern eine sich andauernd verschlimmernde Krankheit aller wirthschaftlichen Zustände.

Natürlich mussten die grossen Gründerhäuser, deren Tresors ja nicht voll baaren Geldes, sondern voll «industrieller Werthe» liegen, diese Krisis sehr schwer empfinden: die Fonds nahm ihnen aus dem Publikum Niemand ab. Erstens wurde das Publikum von Monat zu Monat selbst ärmer, und zweitens traute es selbst den «feinsten und grössten Häusern»

mit Recht nicht mehr, zumal diese, trotz der riesigsten Opfer, den Cours ihrer eigenen Papiere nicht hoch halten konnten. Disconto-Commandit-Antheile sanken von 350 auf 110 Proc.! Die in den Tresors der Gründerhäuser liegenden «Werthe» waren nicht nur unverkäuflich, sondern sie brachten meist auch gar keine oder doch nur eine geringe Dividende. Einige Unternehmungen, namentlich Eisenbahnen, drohten sogar mit dem Bankerott. Eine grosse Anzahl von Gründern, nämlich solche, die keine politische Macht hinter sich hatten und nicht aus den Staatskassen subventionirt wurden, sind schon pleite.

Natürlich richteten sich die Augen der grossen, über politischen Einfluss verfügenden Gründer sofort wieder auf den lieben Staat. Jetzt schriegen die Millionäre nach Staats-hülfe! Wir haben hier, da sie gewährt wurde, wieder ein Stück Socialismus, der aber ebenso After-Socialismus ist, wie der Pereiresche After-St. Simonismus war.

Diese Statshülfe wurde nun in herzlichster Uebereinstimmung vom Reichskanzleramt, vom preussischen Ministerium und vom Landtage und Reichstage gewährt. Ueberall hatten die Gründer Freunde oder Agenten.

Die Reichsregierung kam der Börse zu Hülfe durch das Münzgesetz. Es entstand die Silberentwerthung und das Treiben des Goldagio's. Die Bankiers, namentlich die patriotischen Häuser Plaut, Warschauer u. A. kauften die soeben geprägten neuen Goldmünzen auf, indem sie Silber dafür in die Staatskassen schickten, schmolzen dieselben ein und verkauften die Barren theurer an die Münze, als sie die geprägten Münzen bezahlt hatten. Viele Millionen Thaler sind an den schmutzigen Händen dieser «Arbitrageurs» kleben geblieben, Dank einer verkehrten Münzpolitik Delbrück-Camphausens.

Alsdann hob man die königl. preussische Hauptbank, die nur zum Theil mit Privatmitteln, zum Theil mit Staatsgeld dotirt war, auf und schuf für das deutsche Reich eine Reichsbank, die nur aus Actiencapital dotirt war. Hierbei wurde nun wieder eine gewaltige Agiotage getrieben und diejenigen, denen es gelang, mit Reichsbankactien bedacht

zu werden, verdienten grosse Summen. Leider kennt man die Liste der mit Antheilscheinen Begnadigten noch nicht, aber auch sie wird ermittelt werden und entsetzliche Streiflichter über die Versumpfteit unserer Zustände verbreiten. Die Hauptsache aber ist, dass bei der Reichsbank den ausschliesslichen Einfluss die Grosscapitalisten üben und der Einfluss der Regierung ein verschiedener ist. Der engere Ausschuss bestimmt über die Geschäftsführung. Er besteht aus folgenden Herren: 1) Gerson von Bleichröder; 2) Gelpcke (Berliner Handels-Gesellschaft); 3) Zwicker (Gebr. Schickler); 4) Warschauer; 5) Plaut; 6) A. Meyer (E. J. Meyer); 7) S. Behrend (Gebr. Behrend und Co.); 8) Arndt (E. N. Engelhard); 9) A. Borsig; 10) Mendelssohn; 11) A. v. Hansemann — alle in Berlin; 12) M. C. v. Rothschild-Frankfurt; 13) Th. Stern-Frankfurt; 14) P. Rauers-Hamburg (Norddeutsche Bank); 15) Abr. v. Oppenheim-Köln.

Unsere süddeutschen Bundesgenossen, die Sachsen, Hessen etc. beklagen sich mit Recht, dass der Hauptbank, welcher in ihren Landen so bedeutende Monopole eingeräumt sind, ausschliesslich Berlin-Frankfurt-Hamburger Finanzmagnaten vorstehen. Diese Bank ist in der That selbst ein Monopol einer engbefreundeten Clique: Bleichröder, Zwicker, Borsig, A. Meyer, Mendelssohn, Gelpcke, Warschauer, Oppenheim sitzen in der Berliner Handels-Gesellschaft; Warschauer, Gelpcke, Mendelssohn, Zwicker, Arndt, Behrend, Meyer im Berliner Kassen-Verein; Bleichröder, Hansemann, Gelpcke, Henoeh, Zwicker in der Berliner Immobilien-Actien-Gesellschaft; Hansemann und Bleichröder sind abwechselnd Agenten von Rothschild; Hansemann ist verwandt mit Oppenheim; Bleichröder und Hansemann sind durch viele Geschäfte mit der von Rauers geleiteten Bank verbunden. Zehn bis zwölf von diesen 15 Herren sind — Juden.

Die 15 Stellvertreter sind: 1) L. W. Simon (im Kassen-Verein); 2) Liebermann; 3) Schüler (F. M. Magnus); 4) Julius Bleichröder (Neffe von Gerson v. Bleichröder); 5) R. Hardt (Disconto-Gesellschaft); 6) Ravené (Schwager v. Hansemann's); 7) G. Keibel; 8) v. Eckardstein (Semit, Disconto-Gesellschaft); 9) Th. Sarre; 10) B. Simon (Veit und Co.); 11) Meyer-Cohn;

12) E. Riess (Kassen-Verein); 13) S. Simonsohn; 14) Helfft (Disconto-Gesellschaft und Kassen-Verein); 15) Henoch. — Dies sind lauter Berliner, darunter neun Semiten oder Vertreter jüdischer Bankhäuser. Diesen verwandten und geschäftlich in ein Paar grosse Rattenkönige verwachsenen, meist jüdischen Bankiers ist die Kaiserlich Deutsche Reichsbank, das Geschöpf Bamberger-Delbrück-Camphausen's, ausgeliefert worden. Das kann unseren Bundesgenossen freilich wenig gefallen! Diese Berliner Juden und Judengenossen haben nicht nur selbst natürlich jeden Credit bei der Bank, als Inhaber vieler Antheilscheine den höchsten Nutzen von ihren Geschäften, sondern sie machen für das ganze Reich den «Preis des Credits», vertheuern oder verbilligen ihn nach ihrem Bedürfniss, da der Bankdiscont den normalen Preis des Credits angiebt. Das Präsidium muss sich natürlich den Befehlen des Ausschusses fügen. Jetzt darf Herr von Dechend nicht mehr den Gründern Schwierigkeiten machen, selbst wenn er es thun wollte. Wie Minister, die doch das Staats- und nicht das Judenwohl vertreten sollen, diese wichtige Function in die Hände jener Judenclique spielen konnten, das ist vorläufig noch ein Räthsel, aber hoffentlich nicht für ewig.

Wir kommen nun zu dem nackten Börsen-Lassalleanismus, der unverschleierte Subvention grosser Spekulanten mit Staatsmitteln und damit zu einer Periode, welche den letzten Jahren des napoleonischen Empire gleicht, als dessen Regierung den — misslungenen — Versuch machte, die mit Staatsconnivenz grossgezogenen, verschwindelten Finanzinstitute durch Staatsunterstützung vor dem Zusammenbruch zu retten.

Da haben wir zuerst das Geschäft der «Berliner Stadtbahn.» Ein ganz unaustilgbarer Schandfleck!

Wir haben schon auf die Gemeingefährlichkeit des nationalliberalen Abgeordneten Hammacher hingewiesen. Er ist die Seele der «Deutschen Eisenbahnbau-Gesellschaft», welche namentlich Eisenbahnen in grossem Stil bauen sollte; für Concessionen war durch ihre Verbindungen gesorgt. Strousberg erzählt, dass Hammacher und Paderstein ihm eine

Concession, die Hammacher durch seinen Einfluss sich verschaffen wollte, um einen hohen Preis hätten verkaufen wollen. Gegründet wurde die Gesellschaft 1872 von der Deutschen Union-Bank (fortschrittlicher Abgeordneter Stadtrath Hagen, nationalliberaler Abgeordneter Dr. Hammacher, Liebermann, W. von Krause, nationalliberaler Abgeordneter Dr. Braun etc.), der Internationalen Bank zu Hamburg (Godeffroy, Westenholz), der Mitteldeutschen Creditbank (Oberländer, nationalliberaler Abgeordneter Consul G. Müller), dem Schlesischen Bankverein (Graf G. Henckel von Donnersmarck, Prinz Carl Hohenlohe, Graf Hoverden, Graf Schaffgotsch, Schweitzer), Henoch und Goldschmidt und G. Müller. Die neue Gründung wurde geleitet und berathen von Consul G. Müller, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath und vortragendem Rath im Reichskanzleramt Hartwig, der natürlich seinen Dienst quittirte, wohl aber nicht ohne Freunde und Einfluss blieb, Baurath Mellin, Sohn des früheren General-Bau-Directors von Preussen, dem Herrn Hammacher und verschiedenen Bankiers. Das Actiencapital wurde auf 6,100,000 Thaler gebracht. Die Gesellschaft übernahm den Bau verschiedener Bahnen, die sie aber nicht fertig stellen konnte, und erwarb die Concession zur Berliner Stadtbahn. Diese sollte vom Ostbahnhof nach Charlottenburg durch ganz Berlin, oder vielmehr drüber wegführen. Hierbei wurde nun colossal «gemacht». Man kaufte zu fabelhaften Preisen für ca. 12,000,000 Thlr. Grundstücke in Berlin. Einige Commissionäre wurden allein hierbei durch die bewilligten 2 Proc. Provisionen reiche Leute. Die II. Emission von Baubank-Actien, durch die das Capital auf 20,000,000 Thlr. gebracht werden sollte, scheiterte, da jeder Berliner den Schwindel durchschaute. Die Gesellschaft konnte ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und stand vor dem Bankerott. Da wandte sie sich an den Staat um Hilfe. Er gewährte sie. Namentlich der edle Miquel sprach im Abgeordnetenhanse für das Project. Die Bahn sei eine militairische Nothwendigkeit. Im Falle eines Krieges mit Russland könne die Armee von Westen 4 Tage schneller durch Berlin befördert werden als ohne diese Bahn. Man hat immer ein patriotisches Mäntelchen

für's eigene Geschäft. Es kam durch Gesetz eine neue Actien-Gesellschaft, «Berliner-Stadt-Eisenbahn» zu Stande, bei der sich der Staat als Actionär betheiligte. Der Staat Preussen sollte geben 7, die Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn 2, die Magdeburg-Halberstädter 2, die Berlin-Hamburger 1, die Deutsche Eisenbahnbau-Gesellschaft 4 Mill. Thaler. Die Grundstücke wurden der Gesellschaft zu 10 Proc. unter dem Buchwerth, d. h. zum Dreifachen etwa des heutigen Werthes, abgenommen. Schon jetzt zeigt sich, dass weder die Magdeburg-Halberstädter Bahn noch die Baugesellschaft ihre Quote von zusammen 6 Mill. Thalern bezahlen können, dass der Anschlag viel zu niedrig ist, und — der Staat wird wohl noch 15—20 Mill. Thaler zuzahlen müssen! Die Baugesellschaft ist aber so grundliederlich verwaltet, dass ihre Actien, trotz dieser enormen Staatshilfe, 9 Proc. notiren.

Die Regierung hat hieraus nicht gelernt, dass sie, ebensowenig wie ihrer Zeit die Napoleonische, solche Pleitegesellschaften nicht retten kann, denn sie macht diese Rettungsversuche auch heute noch bei den feindlichen Brüdern Disconto-Bleichröder.

Kostbar ist dem Staat die Rede des ehrenfesten Volkstribun Miquél, d. h. eigentlich kostspielig ist sie ihm geworden. Der Ehrenmann betheuerte, der Gesetzentwurf sei sehr vortheilhaft für den Staat und man solle doch ja schnell zugreifen. Auf Grund seiner grossen Erfahrung in solchen Sachen versicherte er, dass sonst der Staat, bei der steigenden Grundstückconjunctur, die Berliner Terrains der Gesellschaft in einigen Jahren viel theurer werde bezahlen müssen. Sie würden heute, wie gesagt, zum halben Preise, den die neue Gesellschaft dafür zahlte, zu erwerben sein, und wo ist die steigende Grundstückconjunctur, wenn in einer Woche 53 Subhastationen vom Stadtgericht zu Berlin ausgeschrieben werden? Das sind Volksverräther, aber keine Volksvertreter, diese Miquél's und Consorten; Volkszerreter allenfalls!

Die feindlichen Brüder.

Die Disconto-Gesellschaft constatirt in ihrem Geschäftsbericht pro 1878, dass Eisenbahn-Prioritäten im Laufe des Jahres «um so gesuchter in den Vordergrund traten, als sich zur Anlage gewisser Kategorien dieser Effecten durch Errichtung des Reichsinvalidenfonds und ähnlicher Fonds ein grösseres Absatzgebiet eröffnete». Der Bericht verschweigt, dass Herr von Hansemann durch seine Agenten der Regierung die Idee dieser, jetzt fast unrealisirbaren Fonds apportiren und im Reichstage durchdrücken liess, ja, dass er fast allein den Nutzen von ihnen zog. Denn es ist charakteristisch, dass grössere Posten Prioritäten ausschliesslich von der Disconto-Gesellschaft geliefert wurden. Namentlich fällt es auf, dass man keine Bleichröder'schen «Werthe» im Invalidenfonds findet, weder Posen-Kreuzburger noch Weimar-Geraer. Er war allein auf die «Fructificirung» der 16 Millionen Thaler des Welfenfonds beschränkt, der arme Bleichröder!

War er schon wegen der Eindrängung in die Rothschild'sche Agentur und alleiniger Ausbeutung des Publikums bei der Dortmunder Union, böse auf die Disconto-Gesellschaft gewesen, so erreichte sein Zorn auf dieselbe seinen Gipfel, als er vom Raub an den «vier invaliden Staatsfonds» gar nichts erhielt:

„Zwei Weiber in einem Haus,
Zwei Katzen und eine Maus,
Ein Knochen und zwei Hunde:
Das giebt keine ruhige Stunde!“

Warum hatte die Disconto-Gesellschaft diesen letzten colossalen Knochen auch ganz allein abgeschält!

Die Disconto-Gesellschaft war, wie gesagt, intim mit Camphausen. Das Haus Leo Delbrück & Co. natürlich mit Minister Delbrück. Beide selbstständige Gründerhäuser näherten sich. Camphausen und Delbrück waren sehr befreundet. Dagegen schätzte Fürst Bismarck Herrn Gerson von Bleichröder hoch. Er hatte auch mehr Sympathie für den Chef der parlamentarischen Cohorte Bleichröder's, Herrn von Kardorff, der der freiconservativen, der Minister- und

Botschafter-Fraction, angehörte, als für die national-liberalen und gar die uneingestandenenen fortschrittlichen Stipendiaten Hansemann's. Schon wurde dem Fürsten-Reichskanzler die Coterie Delbrück-Camphausen, welche eine eigene parlamentarische Partei besass, unbequem, aber sie war noch zu mächtig, um sie offen bekämpfen zu können. Der Krieg begann im Stillen, hinter den Coulissen. Zunächst hatte die Disconto-Gesellschaft noch Siege zu verzeichnen und trug sich mit noch grösseren Hoffnungen. Je fühlbarer sich die Krisis im Verlaufe des Jahres 1873 machte, desto mehr begriff die Disconto-Gesellschaft, dass der riesige Plan, alle Staatsbahnen in Actienbahnen zu verwandeln, für dies Mal gescheitert sei. Auch Haus Rothschild strebte danach, seine enormen Bahn-Engagements zu lösen. Beide befreundete Gruppen kamen auf den naheliegenden Gedanken, diese Verpflichtungen auf den Staat abzuwälzen. Rothschild hat bekanntlich inzwischen seinen Plan theilweise realisiert: er verkaufte die lombardischen Bahnen an den italienischen Staat.

So beschloss denn nun Herr von Hansemann, allmählich der Reichsregierung die Idee des «Reichseisenbahnsystems» apportiren zu lassen. Das Reich sollte alle Bahnen kaufen. Allein der Preis musste hoch sein, sonst war für ihn und seine Freunde nichts zu verdienen. Man hielt also den wirklichen Plan zunächst sorgsam geheim und spielte zunächst den «reichsfreundlichen» Trumpf aus, die Macht des Kaisers in den deutschen Vasallenstaaten sei eine sehr geringe und müsse vergrössert werden. Namentlich müsse ein Reichseisenbahnamt geschaffen werden, das die Oberaufsicht über alle Eisenbahnangelegenheiten im ganzen Reich streng handhabe. Der Gedanke fand bei der centralisationslustigen Reichsregierung Beifall. Mitte 1873 wurde das Reichseisenbahnamt geschaffen und — dem 1869 aus dem Staatsdienst getretenen Herrn Scheele übertragen, obschon derselbe sich bei allen schwindelhaften Gründungen der Disconto-Gesellschaft betheiligt hatte.

Die Zeitungen rühmten den Patriotismus Scheele's, der «auf mehr als 60,000 Thlr. jährliche Einnahmen bei der

Disconto-Gesellschaft und affiliirten Instituten verzichtet habe und sich mit 5000 Thlr. Reichsgehalt begnüge». Freilich hatte Scheele soviel und mehr «verdient». Er war Verwaltungsrath bei folgenden Gesellschaften: Disconto-Gesellschaft, Dortmunder Union, Erste Preussische Hypotheken-Actien-Gesellschaft, Preussische Central-Bodencredit-Actien-Gesellschaft, Provinzial-Disconto-Gesellschaft, Rumänische Eisenbahn-Actien-Gesellschaft, Berlin-Anhalter, Magdeburg-Halberstädter, und einigen anderen Bahnen. Und diesen blutigen Gründer stellte die Reichsregierung mit Minister-rang an!!

Nach diesem Erfolge plante die Hansemann'sche Consorteria Grosses: Sie wollte den Staat ganz unter ihre Gewalt bringen. Miquel sollte an Delbrück's Stelle Präsident des Reichskanzleramtes und v. Bennigsen Minister des Innern werden. Erster Rath im Staatsministerium war, nach Wehrmann's Abschied, Schumann, früherer Verwaltungsrath der Disconto-Gesellschaft, geworden, und als auch der 1876 abtrat, hiess es, Lothar Bucher, der schon dem alten David Hansemann literarische Dienste erwiesen und des jungen Hansemann Freund ist, solle Unterstaatssecretär werden und den Vortrag bei Sr. Majestät erhalten. In eingeweihten Kreisen bezeichnete man damals Miquel offen als den von Bismarck protegirten Nachfolger Delbrück's, der «alt und stumpf werde, besonders seit er, der Sechsziger, eine junge Frau genommen.» Am Sturze Delbrück's arbeitete das feindliche Brüderpaar Disconto-Bleichröder wieder gemeinschaftlich, Bleichröder konnte den Ankauf aller Bahnen durch das Reich auch gut gebrauchen, da er mit Weimar-Gera und Posen-Kreuzburg festsass. Aber er hatte noch seinen kleinen Privatplan: Als Hauptbesitzer von Laurahütte-Actien lag ihm am Steigen der Eisenpreise. Delbrück war Freihändler und setzte 1873 im Reichstage den Beschluss durch, dass vom 1. Januar 1877 ab jeder Eisenzoll fallen solle. Geschah dies, so musste der Eisenpreis noch tiefer sinken. Laurahütte, etwa 2, höchstens 3 Millionen Thaler werth, ist mit 9 Millionen Actien-capital belastet. Diese Actien mussten also fast werthlos werden. Bleichröder

wurde plötzlich Schutzzöllner, sein politischer Macher, von Kardorff, studirte Carey und debutirte 1875 mit einer schutzzöllnerischen Broschüre: «Gegen den Strom». Er griff fortan wiederholt die Freihändler Delbrück und Camphausen im Parlament an, Bleichröder that dies in «seinen Vorträgen» beim Fürsten Bismarck und in der von ihm abhängigen Presse. Delbrück hatte, als Stockbureaukrat, im Parlament weniger Anhang als Camphausen, der seit 1848 der liberalen Partei angenehm ist und sich wiederholt als parlamentarisch-constitutioneller Musterminister gerirte. Auch war Delbrück, der öfter mit Bismarck amtlich zu thun hatte als Camphausen, dem Fürsten noch unbequemer geworden als dieser. Delbrück war also leichter zu stürzen. Gegen ihn richteten sich die ersten Angriffe.

Bleichröder hatte, als Geheimer Rath und politischer Vertreter des Reichskanzlers, sowie als Verwalter des Welfenfonds, viel Einfluss auf die auswärtige Presse, die vornehmlich aus dessen Reventüen gespeist wurde. Er benutzte ihn, um 1874 Herrn Delbrück in einem Wiener Blatt durch folgenden Artikel anzufallen:

«Man fängt (im Reichskanzleramt) an einzusehen, dass Deutschland von seinem wachsenden Geldreichthume bisher keine Früchte gezogen, sondern nur bedauerliche Folgen verspürt hat. Man erlaubt sich, die Verwendung der Entschädigungsgelder einer Kritik zu unterziehen . . . Man fragt sich ferner, ob die letzten Maassnahmen, statt auf rein kame-ralistischem, nicht lieber auf kaufmännischem Wege hätten versucht werden sollen (Bleichröder würde die Milliarden ganz anders «fructificirt» haben.) Man hat auch die handels- und verkehrspolitischen Maassregeln, die Herabsetzung der Eisenzölle, die Tariferhöhungen der Eisenbahnen in's Auge gefasst und die Dinge von einem anderen, als dem bisherigen Standpunkte zu beurtheilen versucht. An diese sachlichen Gründe reihen sich persönliche. Von den Differenzen zwischen Bankpräsidium (Dechend) und dem finanziellen spiritus rector (Camphausen, Delbrück's Freund) der Reichsregierung ist schon Manches in's Publikum gedrungen. Auch über die Spannung des letzteren (d. h.

Delbrück's) mit dem grössten deutschen Bankhause (Rothschild) wusste man viel zu erzählen. Gleichzeitig ist aber gerade der Berliner Vertreter jenes Bankhauses (der Geheime Rath Herr Gerson von Bleichröder) eine persona gratissima an maassgebender Stelle. Dass sich aus alledem ein Dekorationswechsel anbahnt, kann als Thatsache angenommen werden.»

Herr Miquel präparirte sich nun ernstlich, seinen Traum von 1848 wahr zu machen. Damals spielte er den communistischen Demagogen im Göttinger akademischen Turnverein und rief einmal aus: «Was wir mit diesen Ministern wollen? Sie herunter und wir hinauf!» Jetzt wollte er «hinauf». Er legte seine Directorstelle in der Disconto-Gesellschaft im November 1873 nieder und blieb nur noch Verwaltungsrath, um doch nicht direct vom Gründer- auf den Ministerstuhl zu steigen, auch wohl noch deshalb, weil ihm der Status der Bank allmählich selbst «faul» vorkam und er nicht, falls sie einmal «krachen» sollte, als persönlich haftender Gesellschafter sein so schnell erworbenes fürstliches Vermögen riskiren wollte. Er zog sich in den weniger verantwortungsvollen Verwaltungsrath der Disconto-Gesellschaft zurück. Herr Scheele aber ging sofort an seine eigentliche Aufgabe. Es handelte sich für Disconto-Bleichröder darum, dem Reich die Privatbahnen möglichst theuer zu verkaufen. Nach dem preussischen Eisenbahngesetz muss der Staat, wenn er eine Bahn kauft, wozu er nach gewissen Jahren das Recht hat, das Fünfundzwanzigfache des Durchschnittsreinertrages der letzten fünf Jahre der Gesellschaft baar zahlen. Es kam also dem Disconto-Bleichröder-Ring darauf an, diesen rechnungsmässigen Reinertrag möglichst hoch zu machen. Die einzige That des Herrn Scheele war nun die, dass er eine Frachttariferhöhung von 20 Procent durchsetzte.

Die Brutto-Eisenbahn-Einnahme betrug 1873 = 610 Mill. M., wovon 65 Procent auf den Güterverkehr kommen. Der Nettoertrag war 180,9 Mill. Mark. Man rechnete, dass die Tariferhöhung den Ertrag des Güterverkehrs um 15 Procent und die durchschnittliche Reineinnahme aller deutschen Bahnen von 4,1 auf 5,3, also um 1,4 erhöhen würde. Durch

diese schlaue Maassregel wird der Preis, den das Reich oder der Staat, wenn er die Bahnen nach dem preussischen Eisenbahngesetz kauft, um 35 Procent erhöht!

Nachdem die Tariferhöhung durchgesetzt war, wurde das persönliche Opfer des Herrn Scheele überflüssig und er legte im Juli 1874 sein Amt nieder. Die Leo Delbrück'sche Coterie wünschte nun ihren Direktor der Deutschen Eisenbahnbau-Gesellschaft, Herrn Hartwig, zu seinem Nachfolger zu machen. Dies gelang nicht. Minister Delbrück wackelte 1874 schon stark. Ein Beamter, Maybach, trat an Scheele's Stelle.

Die Eisenbahnen müssen Postsachen gegen mässige, feste Gebühr befördern. Um die Einnahmen der Bahnen zu erhöhen und ihren Preis beim Ankauf durch den Staat zu steigern, forderte man liberaler Seits im Parlament, dass die Post wie jeder andere Frachtgeber bezahlen solle. Da entfuhr dem nicht zur Consorteria gehörigen General-Post-director Stephan ein Wort, was an Itzenplitz's Ausspruch: «Er habe keine Actien, aber die Börse wisse recht gut, welcher Minister solche besitze», erinnert. Stephan rief nämlich aus, «das Reichsfass solle wieder einmal angezapft werden». Das Experiment gelang diesmal den «Reichskellermeistern» nicht. Interessant ist, dass der Fortschrittler, Herr Eugen Richter, sich zum beredten Anwalt der «Reichsfassanzapfer», bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten, machte. Dagegen gewann man den Fürsten Bismarck für das Project des Ankaufs aller Bahnen für das Reich vollständig. Da er hierbei im Bundesrath auf den heftigsten Widerspruch stiess, so fasste er den Plan, zunächst alle preussischen Privatbahnen vom Staat Preussen ankaufen zu lassen und alsdann alle preussischen Staatsbahnen «für den Kosten- und Erwerbspreis» an das Reich zu überlassen.

Auch dieser Gedanke ist augenscheinlich ein «appor-tirter», denn er passt dem «Ring» trefflich. Im Bundesrath sitzen die Vertreter der Bundesstaaten, welche die Finanzkünste der «Reichskellermeister» längst durchschaut haben. Oder meint man, die sächsischen, bayrischen und anderen

Bundesrathsmitglieder wüssten nicht, wer den Invalidenfonds, der doch aus Reichsmitteln dotirt ist, geplündert hat?

Wenn sie wirklich die Zustimmung zum Erwerb der Privatbahnen geben sollten, so würden sie es nur thun, wenn die Bahnen taxirt und zum reellen Werth erworben würden. Alsdann fiel der Jobberverdienst der Börse fort. Den will sie aber gerade machen, und ihr convenirt der Erwerb nach dem preussischen Eisenbahngesetz, besonders nachdem sie den rechnungsmässigen Reinertrag durch Scheele's Bemühung künstlich emporgeschraubt hat. Die Börse discountirt sogar schon den zu machenden Raub, denn anders ist die Hausse in Hannover-Altenbekener und anderen Bahnactien nicht zu erklären. Wir stehen also wieder vor einer schematisch richtigen Gründung: Der Haupteisenbahnbesitzer Flau (Disconto-Bleichröder) will seine Bahnen an das Consortium Fuchs und Wolf (Deutsches Reich) los sein. Flau verkauft sie an den Gründer Bär (Staat Preussen) zum Fünfundzwanzigfachen des künstlich erzeugten Reinertrags und macht hier seinen «correcten» Schmu. Bär überlässt grossmüthig das Gründungsobject an das Consortium Fuchs und Wolf (an das Deutsche Reich) zum Selbstkostenpreise! So wurde es ja auch beim Invalidenfonds gemacht: Flau war Disconto-Gesellschaft, Bär war die Seehandlung, und die geprellte Actien-Gesellschaft Fuchs und Wolf war der Invalidenfonds.

Man sieht, dass mit geringem Aufwand von Ideen und geistigen Mitteln die enormsten Resultate zu erzielen sind! Wir werden sehen, durch welche Maassregeln das preussische Ministerium und der preussische Landtag für diesen Raubzug gegen die Staatskassen empfänglich gemacht werden sollen!

Indess dürfte sich kaum behaupten lassen, dass die Rolle, welche die Seehandlung bei dem Geschäft der Disconto-Gesellschaft mit dem Invalidenfonds gespielt hat, und die der Staat Preussen beim Reichsbahngeschäft spielen soll, nämlich die des Gründercommissionärs und Scheinkäufers, eine würdige ist. Die deutschen Vasallenregierungen werden natürlich auch dies Manöver durchschauen, allein sie haben leider eben so wenig die Macht, es zu verhindern, wie sie die Plünderung der Gelder ihrer und unserer Invaliden

hintertreiben konnten. Fest steht freilich, dass das Reichseisenbahnproject bereits die Vasallenstaaten sehr aufgeregt hat, und zwar Volk und Regierung gleichmässig. Der Partikularismus hat daraus eine mächtige Waffe gegen das Reich gewonnen. Kommt nun noch eine Ausführung des Projects hinzu, welche geradezu gesagt der Berliner Schwindelbörse viele Millionen Thaler Reichsgelder zuwendet, so wird sich die Liebe für das neue deutsche Reich in den deutschen Klein- und Mittelstaaten wohl nicht gerade sehr vermehren. Es ist als ein grober politischer Fehler zu bezeichnen, dass man von Berlin aus diesen Keil in die junge und noch sehr lockere Reichseinheit treibt. Man verletzt das schon so tief gekränkte Souverainitätsgefühl und — den Geldbeutel in den Kleinstaaten gleichmässig, trifft also Herz und Magen derselben mit harter Faust, und bekanntlich dictiren Herz und Magen zusammen im gegebenen Falle auch — die Handlungen. Es ist anzunehmen, dass der Dank für diese Reichspolitik nicht ausbleiben und einstmals in sehr fatalen Thaten seinen Ausdruck finden wird.

Mit dem Project an sich, die Privatbahnen in Staatsbahnen allnählich überzuführen, kann man sich freilich einverstanden erklären, natürlich unter der Bedingung, dass erstere zum wahren Werth erworben werden. Selbst dann aber dürfte es sich empfehlen, sie den einzelnen Staaten zu überlassen, in denen sie sich befinden, und nur etwa gewisse Hauptlinien oder mehrere Staaten durchschneidende Bahnen direct für das Reich zu verwalten. Für eine gleichmässige Eisenbahnpolitik ist ja dann leicht durch das verständig zu entwickelnde Reichseisenbahnamt zu sorgen.

Wir können es uns nicht versagen, hier eine principielle Bemerkung nebenbei zu machen, welche wir bereits in der «Reichsglocke» entwickelten, die aber von der ganzen deutschen Presse nicht beachtet worden ist:

Das Reichseisenbahnproject ist wieder ein recht thätiges Stück practischen Socialismus. Die Socialdemokraten L. Blanc und Lassalle behaupten, dass nur der grösste Capitalist, der Staat, dem Missbrauch der Grosscapitalisten ein Ende machen werde. Sie wollen das Monopol der

letzteren für gewisse Productionszweige, in denen es sich besonders fühlbar gemacht hat, dadurch brechen, dass diese Productionen an Arbeiter-Associationen übertragen werden, denen der Staat das Erwerbs- und Betriebscapital vorschießt und deren Geschäftsgebahren er vorläufig controlirt. Diese Productiv-Associationen bemächtigen sich allmählich der Gesamtproduction und treten in ein Verhältniss der Solidarität zu einander. Endlich hat alles Privateigenthum an den Werkzeugen der Production und dem Grund und Boden aufgehört und ist in den Collectivbesitz des ganzen Volkes übergegangen.

Wir befinden uns nun auf dem Wege der Aufsaugung des Individualbesitzes durch den Collectivbesitz, nur dass er als Staatsbesitz, durch Staatsbetrieb ausgebeutet, erscheint. Bismarck sagt, genau wie L. Blanc: «Der Unfug der grossen Eisenbahngesellschaften ist zu gross, sie müssen verschwinden». Aber er sagt nicht: «wir wollen sie an Arbeiter-Associationen zur selbstständigen Bewirthschaftung übertragen», sondern er sagt: «wir wollen sie für den Staat ankaufen». So wird sich, unserer Ansicht nach, der Socialismus zunächst in Form der Staatsindustrie bei uns zur Geltung bringen. Man täusche sich nur ja nicht darüber, alles, was auf wirthschaftlichem Gebiet centralistisch und für Staatsomnipotenz wirkt, ist socialistisch, und ein Schritt zieht nothwendig und schnell den andern nach sich.

So ist es im römischen Kaiserreich auch ergangen. Die Handwerksgenossenschaften büssten mehr und mehr — im dritten Jahrhundert namentlich — ihren privaten Charakter ein und näherten sich dem Staatsamt. Bezeichnender Weise gingen die Transportvermittler auf diesem Wege voran, gerade wie man heute die Eisenbahnen in Staatsanstalten verwandeln will. Das Getreide zur Ernährung der Römer wurde von den Naviculariis, den Staatsschiffern, herbeigeschafft. Diesen war Weg und Dauer der Reise vorgeschrieben, jeder Privattransport verboten und ein fester Lohn von $\frac{1}{25}$ des transportirten Getreides von Staatswegen zugewiesen. Endlich wurden alle Handwerke erbliche Staatsämter. Dies ist die typische Form des cäsaristischen Socialismus: der

Kaiserpalast, rechts davon die Staatsfabrik, links die Kaserne, um die Staatssclaven in Ordnung und bei der Arbeit zu halten.

Die Armee des deutschen Reiches ist darin ein Vorbild. Zwar thut sie das nicht, was Schiller seinen Wallenstein von ihr fordern lässt, sie gebiert sich nicht selbst, das besorgen andere Leute für sie, allein sie schafft und producirt sich jetzt bereits fast Alles selbst, was sie braucht. Der Militairfiskus ist der «Industriechef» der Armee und das Vorbild des «Eisenbahnchefs», «des Postchefs» kurz des «Social-Cäsar» in seinen noch unendlich zu vermehrenden Functionen. Der Militairfiskus besitzt eigene Wohnungen für Armee und Zubehör, die Kaserne. Er backt selbst, wenigstens vielfach und für viele Regimenter. Er fabricirt Pulver, Waffen, Kanonen. Er ist Armeeschneider und -Schuster, kurz, er ist der Chef einer gewaltigen Productivassociation, deren Zweck leider nicht die Production im volkwirthschaftlichen Sinne, sondern die Bedarfsbefriedigung eines Staats im Staat, der Armee, ist.

Meint man, der Eisenbahnfiscus werde dem Beispiel nicht folgen? Sicher wird er es thun. Er wird die Locomotiven in eigenen Fabriken bauen, wie er ja schon eigene Reparaturwerkstätten hat. Er wird Borsig todt concurriren oder ihm seine Fabrik abkaufen, wahrscheinlich, indem er sich zuerst zu dessen Gläubiger macht, wie der Staat heute schon Krupp's und Gruson's Gläubiger ist. Warum soll er die Waggons von Privaten kaufen? Lächerlich! Er wird sie in eigenen Wagenbauanstalten erbauen. Die Kohlen, die bezieht er schon zum Theil aus eigenen Kohlengruben und er kann ja noch mehr dergleichen ankaufen. Das nöthige Eisen, er wird es in eigenen Bergwerken graben, in Staatshütten verarbeiten. Die Millionen Eisenbahn-Telegraphen-Postbeamten, die fiskalischen Berg- und Hüttenarbeiter, Maschinenfabrikanten u. s. w., u. s. w., sie alle werden gern in Staatswohnungen ziehen. Warum soll der Staat nicht für sie Brod backen, wie für seine Soldaten? Wozu das Bild weiter ausmalen! Wir stehen am Beginne einer Aera des cäsaristischen Socialismus, wobei es uns natürlich nicht einfällt,

zu behaupten, der Fürst Bismarck wüsste, dass er Socialist ist und Socialismus plant und treibt. Gott bewahre! Das unterscheidet ihn eben von Napoleon III. Napoleon war Socialist aus Ueberzeugung und mit vollem Wissen dessen, was er that. Bismarck ist der Socialist wider Wissen und Willen und es berührt den, der den Socialismus in seinen verschiedenen Schattirungen kennt, stets hochkomisch, wenn er sieht und hört, wie Bismarck die Socialdemokraten bekämpft und durch seine Officiösen als abscheuliche Menschen schildern lässt, da er doch viel erfolgreicher dem Socialismus selbst vorarbeitet als Hasenklever und Bebel zusammengekommen. Alles, was die Capitalassociation fördert, fördert deren Uebergang in die Staatsverwaltung und steht sonach im Gegensatz zur Production unter freier Selbstverantwortlichkeit der Individuen, ist also antiindividualistisch, d. h. socialistisch. Bismarck hat das Wachsthum des mit Disconto-Bleichröder verwachsenen capitalistischen Rattenkönigs gefördert. Dieser Rattenkönig hat ca. zwanzig grosse Bahnen in Abhängigkeit von sich gebracht und kann jetzt nichts mit ihnen anfangen, er kann den gewaltigen Bissen nicht hinunterwürgen, der ihm im Halse stecken blieb und ihn zu ersticken droht. Jetzt schreit derselbe Rattenkönig den Staat um Hülfe an, dass dieser die zu grossen Bissen seinerseits hinabschlinge, und der liebe Staat will das auch gern thun. Voilà tout!

Das famose Reichseisenbahnproject hat im September noch eine andere Gestalt erhalten und wird in dieser dem Reichskanzler auf dem reichsfreundlichsten Präsentirteller apportirt — von der Handelskammer zu Elberfeld. Es soll eine Reichs-Eisenbahn-Actien-Gesellschaft gegründet werden, der alle Privatbahn-Gesellschaften und auch die Staaten und das Reich als Actionäre beitreten. Das Reich garantirt den Inhabern der unificirten Eisenbahn-Titres eine Rente von 3 Procent und theilt den Ueberschuss über $4\frac{1}{2}$ Procent mit den Actionären. Wir haben hier wieder den Credit-Mobilier mit seinen grossen, einheitlichen Obligationen, die er in's Publikum bringt und als deren Sicherheit die Papiere aller Privat- und Staatsbahnen Deutschlands deponirt sind. Nun

kommt aber eine wesentliche Abweichung: Bei der deutschen Nachbildung ist das Reich selbst der grösste Actionär. Und dieser grösste Actionär garantirt den übrigen Actionären ein Minimum von 3 Procent Rente. Dies ist eine ganz neue Form von Actiengesellschaft und von Crédit Mobilier zugleich!

Machen wir uns ein Bild dieser riesenhaften Actiengesellschaft!

Nach Hübener's statistischer Tabelle pro 1876 hatte Deutschland 12,06½ Kilom. Staats- und 15,89¼ Kilom. Privatbahnen. Es sind jetzt bereits mehr, da nach Ausweis des Reichseisenbahnamtes die Privatbahnen Deutschlands excl. Bayerns und mit Abrechnung einiger kleinen Strecken ult. Juni 1876 schon 16,393 Kilom. Länge hatten. Rechnen wir also rund 17,000 Kilom. Privat- und 13,000 Kilom. Staatsbahnen. Nach dem angezogenen Bericht des Reichs-Eisenbahnamtes kosteten die dort in Rechnung gestellten Privatbahnen durchschnittlich pro Kilom. 263,000 M. Nehmen wir diesen Preis auch für die Staatsbahnen an, so erhalten wir ein Actiencapital von 7,890 Mill. M., wovon 3,439 Mill. M. Staats- und 4,451 Mill. M. Privat-Actien sein würden. Die Garantieverpflichtung des Reichs würde sich demnach auf 133,½ Mill. M. jährlich belaufen. Wahrscheinlich würde diese Summe noch höher ausfallen, da man ja alle Anstrengungen machen wird, um den Preis der Privatbahnen hochzuschrauben und ihnen mehr Titres der Reichsactien-Gesellschaft zuzuwenden. Diese interessante Gesellschaft, und das wird gerade zu ihrem Lobe angeführt, würde ein Gegenstück zur Reichsbank sein, in welcher der «Engere Ausschuss», d. h. die Berliner Juden, den Ausschlag über die ganze Eisenbahnpolitik gäben. Es würde sich schliesslich empfehlen, die ganze Staatsverwaltung einer Actiengesellschaft — in Pacht zu geben. Frankreich hatte unter dem Ancien Régime bekanntlich Finanzpächter.

Weshalb man wohl auf diese haarsträubende Idee einer Reichsactien-Gesellschaft verfallen ist? Nun, die misslungene Hundertmillionen-Staatsanleihe Preussens für Eisenbahnzwecke vom Sommer 1876 hat den Bankiers den Beweis

geliefert, dass der Staatscredit Preussens, Dank der «genialen» Wirthschaftspolitik des Landes seit 10 Jahren, bereits im Versagen und Versiegen ist. Eine gewaltige Reichsanleihe von p. p. 5 bis 6 Milliarden Mark würde wahrscheinlich garnicht, jedenfalls nur mit enormem Coursverlust zu placiren sein. Dahingegen dürfte ein jährlicher Zuschuss, eine Garantiesumme, wenn nicht auf dem Wege der Steuern so auf dem der alljährlich wiederkehrenden Staatsanleihen noch für eine Reihe von Jahren beizutreiben sein. Im September 1876 wurden die Bedingungen bekannt, unter denen die Türkei mit Serbien Frieden schliessen wollte. Darunter befand sich die Zahlung einer grösseren Kriegskostenentschädigung. Falls aber der creditlose Staat Serbien diese Summe, wie vorauszusehen, nicht aufbringen könne, solle ein jährlicher Tribut an die hohe Pforte acceptirt werden. Die Börse taxirt den Staatscredit Deutschlands bereits so, wie die Türkei den Serbiens. Sechs Milliarden pumpt uns das europäische Bankjudenthum nicht mehr, aber einen jährlichen Börsentribut treibt der Executor schon noch eine Anzahl von Jahren hindurch von den deutschen Steuerzahlern bei. Mit Hülfe der politischen Agenten kann man für die schlechteste Pleitebahn möglichst viel Titres der Reichsgesellschaft erhaschen, und durch Bestechung der Presse in diesen neuen «Werthen» eine noch nicht dagewesene Agiotage veranstalten. Auf beide Fälle wird von den Boursiers «verdient», und darauf allein kommt es an. Oesterreich zahlt bereits jährlich 26 Millionen Gulden Garantiesubvention an Privatbahnen, das ist doch für unser Judenthum ein sehr nachahmenswerthes Beispiel!

Es ist anzunehmen, dass Disconto-Bleichröder auch mit dem Project einer Reichseisenbahn-Actiengesellschaft einverstanden sind, und so hat die Sache ja alle Aussicht auf Verwirklichung. Leider sind die feindlichen Brüder in einigen anderen Punkten uneinig, wie wir zu unserem Bedauern demnächst mittheilen müssen. Doch muss zuvor noch einer höchst merkwürdigen Erscheinung auf dem Gebiet der Presse gedacht werden, der «Deutschen Eisenbahn-Zeitung», jetzt «Deutsche Reichsglocke» genannt, welche in der Geschichte

dieser mehr und mehr versumpfenden Geschichtsperiode eine höchst merkwürdige Stellung einnimmt und vielleicht zur Beschleunigung des Verwesungsprocesses nicht unwesentlich beigetragen hat.

Die „Deutsche Eisenbahn-Zeitung“.

Der gewaltige Gründungsschwindel und die mit ihm wachsende Corruption der Politiker im Parlament ging parallel mit einer immer weitere Kreise ergreifenden Corruption der politischen Presse. Nicht nur, dass zahlreiche Börsenzeitungen entstanden, welche nebenbei einen, durchschnittlich liberalen, politischen Theil führten, sondern die Börse gewann nach und nach maassgebenden Einfluss auf die rein politische Presse, natürlich auf dem Wege der Bestechung.

Ein sehr wirksamer aber immerhin noch verhältnissmässig anständiger Bestechungsmodus war die Zuwendung grosser Inserate. Tadelte nun ein Blatt irgend eine Gründung, so sandten die befreundeten Gründer dem Blatt in Zukunft kein Inserat mehr, gerade so, wie ein Blatt die Zuwendung des officiösen Waschzettels und officiöser Nachrichten aus dem Auswärtigen Amt verliert, wenn es irgend eine Regierungsmaassregel kritisirt. Hierdurch gelang es in kurzer Zeit, jede abfällige Kritik in der Presse zu verhindern.

Aber man verlangte auch directe Reclame im redactionellen Theil. Die Gründer schickten also mit dem Inserat zugleich eine Notiz, welche das Blatt im redactionellen Theil aufnehmen musste, wenn es ferner auf Inseratenzuwendung rechnen wollte. Diese Notizen stimmen fast in allen Zeitungen wörtlich überein. Auch in der «Kreuz-Zeitung» fanden sie langsam aber sehr merklich wachsend Aufnahme, seit Herr von Nathusius-Ludom, der Neffe des Herrn Scheele, die Redaction dieses Blattes übernommen.

Wichtiger war noch die Reclame, welche durch geschickte Abfassung des Berichtes über den Verlauf der Berliner Börse gemacht wurde. Da wurde sorgsam jede Hausse in Dis-

conto, Laura, Dortmunder Union etc. verzeichnet und somit das Publikum zu immer neuen Ankäufen gereizt. Auch diese Reclame findet sich, meist übereinstimmend, in der «Kreuz-Zeitung», «Post», «Norddeutschen Allgemeinen» u. s. w.

Viele Blätter arbeiteten auf diese Weise im Dienst der Börse nur für das Inserat. Andere verlangten, und wenn sie einflussreich waren — erlangten mehr. Man «betheiligte» ihre Verleger, Redacteurs oder Börsenberichterstatter, einzeln oder Alle mit einander am Gründergeschäft, indem man ihnen Actien *al pari* überliess, ohne dass sie Einzahlung zu leisten hatten. Wenn das Gründerconsortium seine Geschäfte abwickelte, erhielt der Betheiligte das Agio. Scheiterte die Gründung, und waren die Actien nicht *über pari* zu begeben, so nahm der Pressmensch die Actien natürlich nicht ab, hatte also keinen Verlust. Solche Geschäfte sind z. B. der Berliner «National-Zeitung», dem Abgeordneten und Eigenthümer der «Frankfurter Zeitung», Herrn Sonnemann, dem «Berliner Börsencourier» nachgewiesen worden.

Daneben tauchten Leute auf, welche Blätter gründeten, um von Gründern Subvention, Antheil am Raub, zu erpressen. Sie drohten mit Enthüllungen des Schwindels bei dieser oder jener Gründung, wenn man sie nicht theilige und erreichten meist ihren Zweck. Da sie den Gründern, so zu sagen, die Pistole auf die Brust setzten und bei jeder neuen Gründung neue Ansprüche erhoben, so nannte man sie «Revolverjournalisten».

Endlich entstand, aus einem unbedeutenden Localblatte Charlottenburgs, ein sehr merkwürdiges Pressorgan, das sich «Deutsche Eisenbahn-Zeitung» nannte, und dessen Redaction 1874 nach Berlin übersiedelte. Geleitet wurde das Blatt von einem Herrn Joachim-Gehlsen, welcher in seinen jüngeren Jahren als Buchdrucker einen grossen Theil der Welt durchwandert und sich endlich literarisch an den verschiedensten Blättern beschäftigt hatte. Das Blatt stellte sich offen den Zweck, die Lasker'schen Enthüllungen auf ihren wahren Werth zurückzuführen, der Welt den Nachweis zu liefern, dass es ein liberales Parteimanöver und nicht eine vom reinsten Patriotismus und von edler sittlicher Entrüstung

getragene Handlung gewesen, durch die Lasker einige conservative Gründerdilettanten an den Pranger gestellt, dass dies vielmehr hauptsächlich geschehen sei, um die eigenen, weit gefährlicheren gründerischen Stamm- und Parteigenossen der Aufmerksamkeit des Publikums zu entziehen. Charakteristisch ist es, dass die ersten Fonds zur Begründung des Blattes von zwei jüdisch-liberalen Gründern geliefert wurden, Herren S. Abel jun. und «Bankassessor» Hermann Löwenfeld. Abel «finanzierte» die Berlin-Dresdener Bahn. Da nach Laskers Enthüllungen Niemand Fonds junger Bahnen kaufte, sah S. Abel seinen Bankerott vor Augen — der denn auch, trotz Unterstützung durch den «Welfenfonds», hereingebrochen ist —, wenn es nicht gelang, den Lasker'schen Schwindel zu enthüllen. Daher half er die «Eisenbahn-Zeitung» gründen.

Der Redacteur schilderte nun einerseits ganz wahrheitsgetreu, wie die Eisenbahnbaupraxis in Preussen gewesen, wie alle von Lasker getadelten Praktiken mit Vorwissen der Regierung bei allen Bahnbauten des letzten Jahrzehnts, und zwar von den liberalen Gründern noch rücksichtsloser geübt seien als von Wagener-Biron-Putbns. Andererseits lenkte das Blatt die Aufmerksamkeit des Publikums auf die eigentliche Gründerei der verflossenen Jahre, die fast ausschliesslich von Liberalen und Juden betrieben war.

Es begann nun eine Reaction gegen das Gründerthum auch in einigen andern Blättern. Seit December 1874 veröffentlichte Otto Glagau in der weitverbreiteten «Gartenlaube» eine Reihe von Artikeln über den Gründungsschwindel. Dieselben schilderten in voller Lebenswahrheit systematisch die Hergänge bei dem grossen Ausbeutungsprozess von der Gründung bis zur Liquidation. Glagau behauptete, dass neunzig Procent aller Gründer Juden seien. Herr Glagau liess diese ausgezeichneten Arbeiten nun gesammelt und vermehrt erscheinen, und er verheisst demnächst sogar eine Folge des schon erschienenen Werkes, welches im Parlament wiederholt citirt wurde und zur Aufklärung des Publikums in hochverdienstlicher Weise gewirkt hat. Auch die von dem Agrarier Niendorf geleitete «Deutsche Landes-Zeitung» be-

gann einer nicht unrühmlichen Feldzug gegen die Juden und Gründer, der indess seit Begründung der «deutsch-conservativen Partei» einzuschlummern scheint. Die «Staatsbürger-Zeitung», ein im kleinen Mittelstande viel gelesenes Blatt, brachte hin und wieder ganz vorzüglich geschriebene Artikel über die Plünderung des «Invalidenfonds», die Corruption in der Redaction der «National-Zeitung» und die Feilheit des Abgeordneten und Besitzers der «Frankfurter-Zeitung», Sonnemann. Am consequentesten blieb die «Eisenbahn-Zeitung» auf der Spur der Gründer. Bis Frühjahr 1875 beschränkte sich das Blatt auf die jungen Bahnen und lieferte den Nachweis, dass die Freunde und Parteigenossen Lasker's, die Herren Braun-Wiesbaden, von Bennigsen, Adikes, die Freiconservativen Graf Münster, von Kardorff, eben Dasselbe und Schlimmeres gethan als die von Lasker «Enthüllten». Darauf untersuchte die Redaction den Zustand der Hypotheken-Actien-Banken und gelangte endlich zur Disconto-Gesellschaft und damit folgerichtig auf den eigentlichen Boden des gefährlichsten Gründerthums, sowie zu der Unterstützung, welche die Staatsregierung und das Parlament demselben lieh. Im Juni 1875 schon veröffentlichte Gehlsen einen Artikel «Camphausen-Hansemann», der dies skandalöse Verhältniss offen darlegte.

Am 1. August publicirte er den ersten Artikel einer ganzen Serie, welcher die Ueberschrift trug: «Der Schwindel en gros und die Rumänische Eisenbahn-Actien-Gesellschaft». Diese Artikel waren nicht überall mit der erforderlichen Sorgfalt geschrieben, ihr Inhalt hat sich aber im Wesentlichen voll bestätigt. Der Redacteur griff in ihnen die Gründer der «Rumänischen Eisenbahn-Actien-Gesellschaft» rücksichtslos an, die Herren von Hansemann, von Bleichröder, Miquel, Riem, Reinhardt, Scheele u. s. w. Er nannte sie Schwindler und Betrüger. Die Angegriffenen wagten nicht, Herrn Gehlsen wegen Verleumdung zu belangen, allein der Staatsanwalt, der sonst Beleidigungsanklagen in der Regel abweist, verfolgte ausnahmsweise den Redacteur wegen «Beleidigung». In solchen Prozessen ist der Wahrheitsbeweis nur auf Entscheidung des Gerichts

zulässig. Der Angeklagte erbot sich, die Wahrheit der behaupteten Schwindeleien nachzuweisen. Auffallender Weise protestirte der Staatsanwalt dagegen, allein der Gerichtshof beschloss, ihn in eingeschränkter Weise zu gestatten, und nun erwies Gehlsen zwar nicht Alles, was er behauptet hatte, aber doch viel ungeheurer Anstössiges. Es erfolgte zwar eine Verurtheilung des Redacteurs in zwei Instanzen, allein noch ist die Sache nicht aus der Welt, da nun Gehlsen ein Criminalverfahren gegen die Denuncianten beantragt hat. Es muss erwähnt werden, dass die der Disconto-Gesellschaft ergebene Presse behauptet hatte, Gehlsen habe mit diesen Artikeln einen Erpressungsversuch gemacht, und dass der Staatsanwalt hierfür den Beweis zu führen suchte. Derselbe misslang total und liess den Eindruck eines misslungenen Bestechungsversuches zurück. Seitdem hat diese Verdächtigung der Tendenzen Gehlsen's, wenigstens in der Presse, aufgehört und es ist ihm bisher eine unehrenhafte Handlung nicht nachgewiesen worden.

Dagegen hat man mehrfach auf andere Weise versucht, den Mann «unschädlich» zu machen. Gleich nach dem ersten Termin in diesem Skandalprocess, der eine ungeheure Schande auf die Millionäre und ihre politischen Helfershelfer häufte, brachte die «National-Zeitung» einen Artikel über den «politischen Wahnsinn». In aufgeregten Zeiten würden nicht selten sonst ganz verständige Leute von einer Monomanie befallen. Eine solche herrsche jetzt, der Verfolgungs- oder Denunciationswahnsinn. Die Sache hatte ihre sehr ernste Seite. Das Zeugniß eines gewissenlosen Arztes genügt, um einen Menschen als verrückt in ein Irrenhaus einsperren zu lassen und dadurch vollkommen «unschädlich» zu machen. Nach dieser Seite haben die Enthüllungen, welche der «Volksstaat» im Sommer 1876 über das Schicksal eines Herrn von Puttkamer machte, ein ungeheures und sehr — peinliches Aufsehen gemacht. Dieser v. Puttkamer, ein durch vielfaches Unglück verbitterter Mann, beschuldigt u. A. den Fürsten Bismarck, die pommersche Lehnordnung 1867 durch Gesetz um desswegen geändert zu haben, damit des Fürsten Frau, eine geborene von Puttkamer, erberech-

tigt werde. Ihm, dem «**Enthüller**», und anderen Lehnsvettern, sei dadurch ein grosses Vermögen entgangen und der Frau des Fürsten zugefallen. Dieser Herr von Puttkamer wurde als «**verrückt**» aufgehoben und in eine Irrenanstalt bei Berlin gebracht. Nach längerer Zeit entsprang er, floh nach der Schweiz, und der «**Volksstaat**» veröffentlicht nun amtliche Berichte von Aerzten und Beamten aus der Schweiz, wonach Herr von Puttkamer daselbst als ganz vernünftiger Mensch lebt. — Die Freunde des Herrn Gehlsen wurden von diesem merkwürdigen Artikel des nationalliberalen Moniteurs sehr «**eigenthümlich**» berührt. Man hat indess bisher nicht gehört, dass er ärztlich für toll erklärt worden sei.

Als später in der «**Reichsglocke**», wie die «**Eisenbahn-Zeitung**» jetzt heisst, die Enthüllungen über die Plünderung der Staatsfonds begannen, brach die ganze Meute, von der «**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**» bis zur «**Tribüne**», also officiöse und nationalliberale Blätter, los. Sie drohten, nächstens würden die frechen Verleumder, welche sich hinter das Centrum versteckten, zur Rechenschaft gezogen, vernichtet und entlarvt werden. Alle diese Drohungen hat die «**Eisenbahn-Zeitung**» regelmässig abgedruckt und erklärt, sie warte mit Ruhe der Dinge, die da kommen sollten. Die Artikel über die Staatsfonds wurden mit Absicht so geschrieben, dass sie Minister und Abgeordnete beleidigten, und sogar dem Staatsanwalt wurde offen mit einem Verfahren gedroht, wie es der Journalist Mandt in Brüssel gegen den königlichen Oberprocurator angewendet hatte, als er Lagrand und das diesem Schwindler günstige Ministerium stürzte.

Alle diese blutigen Beleidigungen wurden ruhig eingesteckt, und es ist dem Blatt, trotz einer wahrhaft kynischen Schreibweise, bisher nicht gelungen, «**die Beraubung des Staats durch die Disconto-Gesellschaft und Bleichröder**» in irgend einer Form vor die Gerichte zu bringen.

Es war kein Geheimniss, dass Verfasser Herrn Gehlsen in jener Zeit, d. h. vom October 1875 ab, literarisch unterstützte. Da erlaubte sich der «**klassische Gründer**» (siehe O. Glagau, der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin, Seite 168) Dr. L. Bamberger, Abgeordneter für Bingen, im

Reichstage den Verfasser einen «Revolverjournalisten» zu nennen. Auf Pistolen gefordert, «kniff» der Held von Kirchheim-Boland, Verfasser wurde wegen Herausforderung angeklagt und zu Festungshaft verurtheilt. In Gegenwart von Staatsanwalt und Richtercollegium erklärte er den anwesenden Bamberger für «satisfactionsunfähig», ohne dass dieser protestirt oder der Gerichtshof den Zeugen Bamberger geschützt hätte. Nun aber kommt das Bezeichnende für unsere Zustände: In Frankreich würde ein solcher Mensch sofort sein Mandat niederlegen müssen und politisch wie gesellschaftlich todt sein. Ganz anders in Deutschland. Bamberger ist heute noch anerkannter Führer der National-liberalen und die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung», damals nur officiöses Organ des Fürsten-Reichskanzler, heute ausserdem auch noch der deutsch-conservativen Partei, sprach nach dieser — für französische Begriffe genügenden — moralischen Vernichtung Bamberger's die Hoffnung aus, dass er mit seinem Anhang aus dem «rechten Flügel» der national-liberalen Partei sich der zu bildenden conservativen Partei anschliessen und einer ihrer Führer werden möge. — Wir werden weiterhin noch einmal auf das betrauerliche Schauspiel zurückkommen, welches die Verkommenheit eines grossen Theils der sogenannten «Gesellschaft» im deutschen Reiche zur Zeit bietet. Natürlich stellt der Reichstag, wenn er Satisfaction verweigernde Mitglieder, die bekanntlich durch das Gericht wegen im Parlament begangener Beleidigungen nicht belangt werden können, nicht ausstösst, seine Mitglieder unter die Censur der Reitpeitsche. Und es ist auch seitdem bereits ein Abgeordneter und blutiger Gründer auf offener Strasse durchgeprügelt worden, als er gerade das Abgeordnetenhaus verliess. Der Name dieses ersten Opfers des nach dem Bamberger'schen Falle einzig möglichen Lynchverfahrens gegen schuftige Parlamentsmitglieder verdient der Nachwelt aufbewahrt zu werden. Es ist der Abgeordnete für Königsborg in Pr., Geheimer Ober-Regierungsrath und Ober-Bürgermeister a. D. Kieschke, Director der Deutschen Baugesellschaft (A. Delbrück, Bensemänn, Georg Halske, E. v. d. Heydt, B. Oppenheim), Gründer des «Kaiserhof» und Haupt-

mitunterstützer Lasker's in seinem Angriff auf den Gründerdilettanten Wagener. Otto Glagau beschreibt S. 212 seines oft citirten Buches die sittliche Entrüstung, mit welcher dieser geohrfeigte Hauptgründer gegen «Staatshülfe und Schädigung des Nationalvermögens» deklamirt habe. — Man halte das Nennen solcher Namen nicht für überflüssig oder halte es gar für Ausfluss von Skandalsucht. Wenn auch in einem grossen Theil der oberen Gesellschaftsschicht das Gefühl von Ehre und Scham vollständig verloren gegangen ist und die goldbeladene Schande und Schmach dem dürftigen Ehrenmann offen vorgezogen wird, so ruht im Mittel- und Arbeiterstande — freilich noch latent — ein guter Fonds. Dieser Fonds «sittlicher Wärme» muss nur frei gemacht werden, und das geschieht am besten, wenn man mit Bismarck nennt: «un chat un chat et Collin un coquin».

Während dieser Vorgänge im Parlament und ihrem Wiederhall in der Presse, fuhr die «Eisenbahn-Zeitung» unbeirrt mit ihren Enthüllungen fort und gewann von Monat zu Monat an Gediegenheit des Inhalts und an Einfluss.

Das Blatt hatte schon seit 1874 treffliche Leitartikel über social-politische Themata gebracht, welche man dem Geheimen Rath Wagener zuschrieb. Vom October 1875 ab erschienen Artikel in der «Eisenbahn-Zeitung», deren Verfasser bisher unbekannt geblieben sind, die aber den höchsten Gesellschaftsschichten und theilweise der Diplomatie angehören müssen. Dieselben machten den Fürsten Bismarck in seiner auswärtigen und Wirthschaftspolitik zum Gegenstande einer geistreichen, aber beissenden und hasserfüllten Kritik. Diese mit vieler Sachkenntniss geschriebenen Aufsätze eröffneten dem Blatte einen Zugang zu den höchsten Gesellschaftskreisen. Endlich arbeitete der Verfasser dieser Studie seit October 1875 ca. dreiviertel Jahre lang an der «Eisenbahn-Zeitung» und schrieb volkswirtschaftliche, finanzpolitische Artikel, namentlich aber die Kritiken über die Belegung der Staatsgelder in faulen Papieren und über das ganze System Delbrück-Camphausen-Hansemann. Er nahm hiermit nur eine Arbeit wieder auf, die er seit 1870 schon

in der «Berliner Revue» begonnen hatte und deren Resultate er jetzt in diesem Buche zusammenfasst.

Endlich erschien im Herbst 1876 eine kleine Broschüre des Herrn von Diest-Daber: «Der sittliche Boden im Staatsleben», worin nicht nur der Abgeordnete Lasker gründlich abgeführt und der Nachweis geliefert wurde, dass derselbe bereits 1870 bemerkt hatte, wie Miquel, Kardorff, Adickes u. A. Gesetze in ihrem geschäftlichen Interesse machten und wie sich die Zahl dieser politischen Börsenagenten im Parlament zusehends vermehrte, sondern auch der versteckte Angriff der Kreuzzeitungs-Aera-Artikel gegen den Fürsten Bismarck mit grösserer Deutlichkeit wiederholt wurde. Die «Deutsche Reichs-Glocke» beschuldigte nun auf Grund dieser Broschüre den Reichskanzler offen einer Consortial-Betheiligung in gewinnstüchtiger Absicht bei Gründung der Preussischen Central-Boden-Credit-Actien-Gesellschaft, eines Amtsvergehens, das das Strafgesetz mit Gefängniss und unter Umständen mit Zuchthaus bestraft. Das Blatt erklärte offen, eine Verleumdungsklage des Fürsten zu provociren, um den Wahrheitsbeweis zu liefern.

Was hieraus werden wird, ist jetzt noch nicht abzusehen.

Die nun zu schildernde Periode der über das Ausbeutertreiben seit October 1875 systematisch erfolgenden Aufklärung des Publikums ist hauptsächlich auch eine Geschichte der «Eisenbahn-Zeitung», die jetzt «Deutsche Reichsglocke» heisst und dieser wollen wir uns jetzt zuwenden.

Blossstellung der Regierung.

Bereits im Mai 1875 machte die «Eisenbahn-Zeitung» die auffällige Begünstigung der Disconto-Gesellschaft mittels der Seehandlung durch Minister Camphausen zum Gegenstande ihrer Kritik. Herr von Bleichröder, der bei Spolirung der invaliden Staatsfonds übergangen war, liess durch den Abgeordneten von Kardorff am 10. Juni bei diesem wunder Fleck einsetzen: Camphausen habe durch Darlehen von

Millionen zu 2 $\frac{1}{4}$ Procent ohne Unterlage (an die Disconto-Gesellschaft) die Bankpolitik Dechend's durchkreuzt, der den Gründern das Handwerk durch Creditentziehung legen wollte. Die Seehandlung habe sich als Aushängeschild für Emissionen fauler Gründerpapiere (Dortmunder Union) und unsolider Eisenbahn-Prioritäten missbrauchen lassen, sie sei Schuld an der Ueberspeculation. Unsere Wirthschaftspolitik sei verkehrt und erzeuge eine Unterbilanz. Herr Camphausen sei Schuld hieran. — Von da ab arbeitete Bleichröder mit seinem Anhang offen am Sturz Delbrück-Camphausens.

Sofort erfolgte von anderer Seite der Gegenrieb, und zwar bediente man sich eines sehr seltsamen Armes, um ihn zu führen.

Eine Anzahl sehr ehrenwerther conservativer Adeliger hatte Kenntniss von einem Theil der Beziehungen unserer Minister zu Bankiers und nahm Anstoss daran. Sie suchten schon im Mai 1875 einen Mann, der dies Verhältniss beleuchten möchte und fanden hierzu den Herrn Dr. Perrot geneigt. Die «Kreuz-Zeitung» stellte ihm zu diesem Zweck ihre Spalten zur Verfügung. Welche Proceduren mit den Artikeln vor dem Druck erfolgten, entzieht sich noch der Oeffentlichkeit. Allein man muss sich erinnern, dass der Redacteur der «Kreuz-Zeitung», Herr von Nathusius-Ludom, der Neffe des Herrn Scheele und v. Nathusius-Hundisburg (Pr. Central-Boden-Credit), sowie ein Verwandter zweier Nathusiusse bei der Magdeburg-Halberstädter Bahn ist, also dem Disconto-Ring hierdurch sehr nahe steht. Bewusst oder unbewusst mag er bei Aufnahme und vielleicht auch Inspiration dieser Artikel Einflüssen von daher nachgegeben haben. Jedenfalls konnten sie der Disconto-Gesellschaft nicht bequemer kommen, wenn sie von Miquel selbst geschrieben worden wären.

In diesen Artikeln findet eine vollständige Fälschung der Thatsachen statt: Es hiess, der Fürst Bismarck habe dem Consortium Bleichröder-Delbrück-Camphausen die intellectuelle Inspiration der norddeutschen Wirthschaftsgesetzgebung so zu sagen vollständig in Entreprise gegeben. Herr v. Bleichröder sei der nationalwirthschaftliche spiritus fami-

liaris des deutschen Reiches, dessen Politik eine Judenpolitik sei. Lasker, Bamberger und Oppenheim seien die eigentlichen Führer der national-liberalen Majorität, «Miquèl repräsentirt dabei die christliche Minorität des Bankier-Liberalismus, welcher mit der semitischen Führung durch Dick und Dünn geht». Herr von Bleichröder habe die Entdeckung des sich selbst aufzehrenden Invalidenfonds gemacht. Endlich wird des Kardorff'schen Angriffs auf Camphausen wegen der Seehandlung als eines Bleichröder'schen Manövers gedacht.

Nur das Letztere ist Wahrheit, alles Uebrige Fabel, und wir nehmen an, dass diese ganze Artikel-Serie nur im Interesse der Disconto-Gesellschaft Aufnahme in der «Kreuz-Zeitung» fand. Natürlich waren die konservativen Veranstanter und höchst wahrscheinlich Herr Perrot, ja vielleicht auch Herr von Nathusius-Ludom selbst, sich dieser Bedeutung der Sache nicht bewusst. Wenigstens liegt für das Gegentheil bisher kein directer Beweis vor, und wir möchten nicht irgend Jemand auf Grund eines trügerischen Indicienbeweises anschuldigen. Die Disconto-Gesellschaft wird nur gelegentlich des Kardorff'schen Angriffes erwähnt, obschon sie durch Miquèl und ihre anderen Agenten auf die Wirthschaftspolitik allein schon seit 1872 gewirkt hat und obschon seit jener Zeit vergebens Bleichröder beim Fürsten Bismarck gegen diese Macht intriguirte. Es existirte kein «Consortium Bleichröder-Delbrück-Camphausen», sondern ein Consortium I «Hansemann (Miquèl, Scheele)-Delbrück-Camphausen»; machte Alles und lebte in heftigster Fehde mit Consortium II «Bleichröder-Kardorff». Letzterem Consortium neigte sich Fürst Bismarck mehr und mehr zu. Consortium I setzte den Freihandel durch, Consortium II stand und steht an der Spitze der Agitation für hohe Eisenzölle (Laurahütte). Der Invalidenfonds ist schon 1872 von der Disconto-Gesellschaft erfunden und 1873 von ihr allein, mit Ausschluss Bleichröder's, geplündert worden. Die Enthüllung in der Kreuz-Zeitung über Bleichröder's Erfindung des Invalidenfonds war so vollkommen wahrheitswidrig und für Bleichröder verletzend,

lass sie diesen veranlasste, späterhin die ersten zuverlässigen Enthüllungen über diesen Schwindel zu machen.

Eine solche, ganz schiefe Darstellung der Verhältnisse liente dazu, Bleichröder die Verantwortlichkeit für Thaten aufzubürden, an denen er nicht nur unschuldig war, sondern die er sogar zu verhindern sich bemüht hatte. Fürst Bismarck wurde ferner, wie schon gesagt, verdächtigt, er habe mit Bleichröder unehrenhafte Geschäfte gemacht. Es fiel sehr auf, dass der Fürst das Blatt nicht unter Anklage stellte. Der socialdemokratische «Volksstaat» reproducirte den Angriff und schrieb Monate lang in jeder Nummer: «Er hat noch nicht geklagt». Einer der conservativen Urheber der Artikel sprach sich offen zu Jedem, der es hören wollte, aus: «Kein Staatsanwalt wird deswegen die Anklage erheben. Grund: Man kann ja die Wahrheit aller Behauptungen beweisen». Fürst Bismarck hat später im Parlament gesagt, die grössten juristischen Autoritäten hätten erklärt, die Artikel seien «so geschickt» abgefasst, dass eine Verurtheilung auf Grund derselben nicht erfolgen könne, deshalb habe er die Anklage unterlassen. Es wurde hiegegen geltend gemacht, dass der Fürst doch sonst bei Anklagen nicht so penibel vorgehe, dass er sich sogar gedruckter Anklageformulare bediene und niemals vorher Rechtsgutachten einhole, bevor er Anklage erhebe, dass 19 Procent der so zahlreichen Pressprocesse allein auf das Conto der Bismarck-Beleidigungen kämen, dass die Richter sogar mit grosser Strenge in solchen Fällen voringen, indem sie sich der Ansicht des Staatsanwalts Simon in Berlin anschlossen, der Fürst, der mehr sei als ein Durchschnittsmensch, sei besonders leicht, sogar schon «hypothetisch» zu beleidigen und solche leiseste Beleidigung des überlebengrossen Mannes sei besonders sträflich. Der Präsident des Stadtgerichtshofes, Herr Majunke zu hoher Gefängnisstrafe verurtheilte, Herr Meissner, motivirte dies Urtheil mit dem Umstande, dass «Fürst Bismarck an der Spitze des Staates stehe», eine Motivirung, die geradezu eine Majestätsbeleidigung in sich schliesst: An der Spitze des Staates steht, Gott sei Dank, noch Se. Majestät der Kaiser und König, Wilhelm I.! — Bei dieser notori-

schen Fürsorge des in Rede kommenden Berliner Dreimännercollegiums, der Stadtrichter Reich-Osowski-Makomaski, nahm es sehr Wunder, dass Fürst Bismarck nicht den Versuch machte, ob dieser so perfide Angriff hochstehender Männer, dessen vorsichtige Form gerade von seiner Raffinirtheit Zeugniß, ablegte, nicht bestrafbar z. i. Da der Fürst fortfährt, Anklagen wegen der grössten Kleinigkeiten gegen die unbedeutendsten Leute, sogar gegen ein Dienstmädchen (!) zu erheben, so hat sich in grossen Kreisen bedauerlicher Weise die Ueberzeugung verbreitet, er habe in der That eine gerichtliche Untersuchung seiner Beziehungen zu Herrn von Bleichröder zu scheuen. Die Socialdemokratie zieht aus solchen Verdächtigungen hoher Staatsmänner einen grossen Theil ihrer Kraft über die Gemüther des zur Zeit darbanden Volkes. Wir unsererseits halten die zur Zeit des Kaisers Tiberius erfundenen Majestätsbeleidigungs-Processse, welche man neuerdings auf Minister- und Beamtenbeleidigung ausdehnt, für überaus nutzlos nicht nur, sondern direct schädlich für die bestehende Autorität. Man kommt in gewissen glücklicheren Ländern trefflich ohne sie aus. Bedient man sich ihrer aber überhaupt, so sind sie in erster Linie da angezeigt, wo eine Verdächtigung der Integrität nach der pekuniären Seite hin vorliegt. Dass die «Kreuz-Zeitung» später selbst erklärt hat, sie habe verdächtige Geschäfte des Fürsten nicht andeuten wollen, ändert nichts, da diese Erklärung eine notorische Lüge ist, welche ausser dem Verfasser noch viele andere Conservative jeden Augenblick vor Gericht als solche feststellen können.

Herr v. Bleichröder blieb den Dank auf diese Aera-Artikel der Discont-Gesellschaft nicht schuldig.

Unmittelbar nach Kardorff's Rede deuteten die «Eisenbahn-Zeitung», «Deutsche Landes-Zeitung» und «Volks-Zeitung» an, dass Camphausen-Delbrück die Disconto-Gesellschaft nicht nur durch das Darlehn zu 2 $\frac{3}{4}$ Procent unterstützt, sondern dass sie auch die Anlegung der Staatsfonds ihr zugewendet hätten. Da befleckte sich die von Lasker-Bennigsen-Miquel herausgegebene oder doch inspirirte «Berliner Allg. Corresp.», die officielle Correspondenz der

national-liberalen Partei, Ende Juni mit der frechen Lüge, die Disconto-Gesellschaft sei nicht mit Belegung von Geldern für diese Fonds beauftragt gewesen, sondern die Seehandlung. Wir haben bereits nachgewiesen, dass die Seehandlung bloss vorgeschoben war. Ende September liess nun Bleichröder durch die damals von ihm (Welfenfonds) subventionirte «Neue Freie Presse» in Wien die erste authentische Nachricht über das Invalidenfonds-Geschäft in die Welt setzen, indem er verrieth, die Disconto-Gesellschaft habe für 74 Mill. Mark Magdeburg-Halberstädter und für $7\frac{1}{4}$ Mill. Mark Hannover-Altenbekener (Bennigsen'sches Papier) für die Fonds geliefert. Dieser Behauptung wurde Anfangs October von dem Hauptorgan der Disconto-Gesellschaft, der «Berliner Börsen-Zeitung» nochmals energisch widersprochen, mit einer sehr unverblühten Drohung gegen Bleichröder.

Die «Eisenbahn-Zeitung» deckte die Verlogenheit dieser Behauptung am 3. October auf, und bezeichnete gleichzeitig die Aera-Artikel als eine Coulisse, hinter der sich die eigentlich Schuldigen: Miquel, Scheele, Disconto-Gesellschaft zu verkriechen suchten.

Das Invalidenfondsgesetz hatte die Belegung von Geldern für die drei Reichs-Fonds in ungarantirten Prioritäten «nur vorläufig» zugelassen. Dieselben sollten bis 1. Juli 1876 durch andere namentlich bezeichnete Fonds ersetzt werden. Nun hatte aber die Disconto-Gesellschaft den Fonds notorisch unrealisirbare, weil zum Theil unsichere, zum Theil völlig werthlose Prioritäten aufgehängt, welche die Regierung nicht verkaufen konnte. Sie kam also dem Reichstage mit einem Gesetz, dass eine Fristverlängerung von 4 Jahren für die Veräusserung beantragte.

Was sollte diese Frist nutzen? Die werthlosen Fonds erhalten durch Ablagerung doch keinen höheren Werth, wie Tabak oder Wein? Nun, man lancirte seitdem das «Reichseisenbahnproject» in die Oeffentlichkeit. Das Reich sollte alle Bahnen, also auch die, deren faule Papiere die Fonds besaßen, kaufen, dann wurden diese Prioritäten Staatspapiere und also «fein», auf diese Weise liess sich der begangene höllische Schwindel verdecken. Wirklich ein

raffinirt nichtswürdiger Plan, der natürlich wie Disconto-Gesellschaft ausging, von den um ihre Lichkeit bangen Ministern aber späterhin bereitwillig wurde. Für ihn tritt später auch Bleichröder den «Welfenfonds» ebenfalls mit Eisenbahn-M spickt hat.

Am 9. November kam diese Vorlage zur er im Reichstage. Fürst Bismarck wollte noch Windthorst wollte die Angelegenheit in eine Con wiesen haben, da er sonst sofort «concret» wi Delbrück suchte nochmals die Disconto-Ges decken, indem er das alte Märchen von der aufwärmte. Ein Mitglied der Verwaltungs-Beh validenfonds, v. Nostitz-Wallwitz, erklärte, di seien fast alle vor Zusammentritt der competere «auf Befehl des Reichskanzlers» angekauft. E von der Fortschrittspartei behauptete, der abwe kanzler trage allein die ganze Schuld und — den Minister schwiegen dazu!

Es wurde, um Windthorst's Enthüllungen zuschneiden, die Sache an die Budget-Commissio deren Vorsitzender — — Herr von Bennigsen faule Altenbekener Prioritäten auch im Besitz de sich befinden! Die «Eisenbahn-Zeitung» brach Artikel über diese Sitzung, in der sie richtig dass das Corruptions-System der liberalen Con enthüllt sei und vor dem Bankerott stehe. «D wichtigste Frage ist: Wird Fürst Bismarck die selbst in die Hand nehmen, was er noch kar er mit in den Bankerott verwickelt und mit liqu Er hat die Wahl, aber auch nur diese Wahl».

Der Artikel zog dem Redacteur 14 Tag — wegen Bismarck-Beleidigung zu. Das Blatt nun in einer Reihe von Artikeln aus den gedruckten Berichten der Disconto-Gesellschaft selbst, wel Summen fauler Papiere die Disconto-Gesellscha Fonds geliefert habe. Bei einzelnen Posten b Zeitung sogar den von der Disconto-Gesellscha

machten Gewinn. Die Regierungsvertreter hatten sich, sogar noch in der ersten Commissions-Sitzung, geweigert, den Ankaufspreis und die Modalitäten des Kaufs mitzuthellen. Jene Enthüllungen der «Eisenbahn-Zeitung» machten das Verschleierungssystem unnöthig, und jetzt kam die schamlose Plünderung der Staatskassen durch die Disconto-Gesellschaft an's Licht.

Nun haben hinter den Coullissen Vorgänge gespielt, die wohl erst später genau bekannt werden. Fürst Bismarck kehrte zurück. Es ging das Gerücht, er wolle Frieden mit Rom machen.

Als das Invalidenfonds-Gesetz zur zweiten Lesung kam, wurde Windthorst nicht «concret», Herr v. Schorlemer-Alst griff die Regierung nur schüchtern, die compromittirten Parlamentsgenossen Miquél, Bennigsen gar nicht an, und als Herr v. Ludwig dies später that, wurde er vom Führer seiner Fraction, Windthorst, öffentlich desavouirt. Delbrück beging die grosse Unklugheit, die Verantwortlichkeit für die Belegung der Fonds von den Schultern des Reichskanzlers auf seine eigenen zu nehmen, und die liberale Majorität des Reichstages gab Herrn Delbrück ein Vertrauensvotum!

Es ist anzunehmen, dass in hohen und militairischen Kreisen die Dotation der Disconto-Gesellschaft mit dem Gelde, das für Invalide bestimmt war, verstimmte und dass der unvorsichtige Uebernehmer der Verantwortlichkeit hierfür, Delbrück, jetzt in jenen Kreisen jede Stütze verlor. Er fiel dann auch nicht allzulange darauf, unbeklagt und unbeweint.

Im Abgeordnetenhause kam später der von Camphausen eben so «fabrlässig» angelegte «Provinzialfonds» zur Sprache. Die Sache endete genau wie die des Invalidenfonds im Reichstage. Das Centrum schwieg, und die unfähigen Conservativen blamirten sich. Letztere brachten darauf die Resultate der Lasker'schen Eisenbahn-Untersuchungs-Commission, welche mehr Gravirendes für Liberale als für Conservative enthalten, im Abgeordnetenhause zur Sprache. Herr von Below-Saleske hatte einen Hauptangriff auf die liberalen Gründer versprochen. Da tauchte plötzlich das Gerücht auf, Fürst Bismarck wolle wieder conser-

vativ werden. Unterhandlungen zwischen ihm und
vativen Leuten begannen. Herr von Below hatte
Unterredung mit dem Fürsten und — reiste plötzlich
Berlin ab zu seiner erkrankten und inzwischen auch
storbenen Frau. Die zurückgebliebenen Conservativen
unfähig, den von Below geplanten Angriff durchzuführen,
liessen sich von den überlegenen liberalen Rednern
lich abführen. Herr von Below aber soll sogar an
von Bennigsen ein Entschuldigungsschreiben gerichtet
Beim Provinzialfonds passirte noch ein frecher Schwund
Die Provinzen mussten die Fonds, welche in ihm lagen,
1876 zur Vertheilung kamen, zum Course vom 1. October
December 1875 abnehmen. Nun trat plötzlich in der
Decemberwoche eine Hausse in diesen Fonds an der
in; Anfangs Januar sanken die künstlich getriebenen
wieder auf ihr altes Niveau. Diese Courstreiberei
ur den Zweck haben, die Schädigung der Provinzen
wahrlässige Belegung des Herrn Camphausen zu verhindern.
Der Minister wurde auch deshalb im Abgeordnetenhaus
interpellirt, schämte sich aber nicht zu erklären, Feinde
Regierung hätten wahrscheinlich diese Courstreiberei in
gesetzt, um ihr Verlegenheiten zu bereiten. Mit vernünftiger
dem Hohn bemächtigte sich die «Eisenbahn-Zeitung»
originellen Ausrede; sie nannte die Namen der Mitglieder,
welche die Scheinkäufe an der Börse notirt hatten,
forderte in einem von Ministerbeleidigung strotzenden Artikel
das staatsanwaltliche Einschreiten gegen die Schuldigen.
Der Staatsanwalt ist in Preussen leider vom Justizministerium
abhängig. Wegen aller der von Beleidigungen der Mitglieder
wimmelnden Artikel der «Eisenbahn-Zeitung» über
Schwindel mit den «invaliden Staatsfonds», die mir
sicht so geschrieben waren, um einen Process zu erlangen,
das Blatt zu provociren und somit diesen Schwund zu verhindern,
richt zu bringen, ist nie eine Anklage erhoben, obschon
Blatt mehr als ein Dutzend Anklagen wegen ganz
deutender Bismarckbeleidigungen zu ertragen hatte.
Sache war zu schmutzig, als dass die Regierung hätte
können, sie der gerichtlichen Untersuchung Preis zu geben.

Natürlich schritt der Staatsanwalt auch nicht gegen die schwindlerischen Courtstreiber ein.

In den Provinzial-Landtagen kam diese Sache nochmals zur Sprache. Im Brandenburgischen Provinzial-Landtage hielt Herr von Winterfeld-Menkin eine scharfe Rede gegen die Regierung. Es wurde eine Commission zur Prüfung der Sache eingesetzt. Im August erklärte dieselbe, die Regierung treffe kein Tadel, und mit tiefem Schweigen nahm der Provinzial-Landtag diese Resolution des Grafen von Kleist-Tschernowitz an. Es war der erste Liebesdienst, den die junge deutsch-conservative Partei der Regierung that und die erste unaustilgbare Schmach, die sie damit auf sich selbst häufte. Noch ein grosser Skandal befleckte die Wintersession des preussischen Landtages.

Der Provinzialfonds besass Prioritäten der «Halle-Sorau-Gubener» Bahn. Diese stand vor der Insolvenzerklärung. Die Berliner Handels-Gesellschaft, bei der Herr von Bleichröder Verwaltungsrath ist, hatte die letzte Emission Prioritäten der Bahn mit Hülfe der Seehandlung beliehen, die Disconto-Gesellschaft hatte dem Invalidenfonds Prioritäten dieser Bahn aufgehängt und besass selbst noch dergleichen in ihrem Tresor. Der Betriebsüberschuss der Bahn betrug pro 1873 = 106,000 Thlr., pro 1874 = 227,000 Thlr., zur Verzinsung der Prioritäten waren in jenen Jahren erforderlich 325,000 Thlr. und 447,000 Thlr.; die Bahn wirthschaftete also mit einer colossalen Unterbilanz. Sie musste zum Concourse kommen, und alsdann verloren die Disconto-Gesellschaft, die Handels-Gesellschaft und der Provinzialfonds das ganze Geld, welches sie hier investirt hatten, von zusammen ca. $4\frac{1}{2}$ Mill. Thaler. Der Provinzialfonds besass ca. für 600,000 Thlr. solcher «Ladenhüter». Um diese zu retten, brachte die Regierung eine Vorlage ein, wonach sie die Garantie für 380,000 Thlr. Prioritätszinsen übernehmen, d. h. jährlich präsumtiv 150,000 Thlr. zuschiessen wollte. Herrenhaus und Abgeordnetenhaus willigten ein: Conservative und Liberale waren bei dieser Bahn compromittirt. Wie wir in einem früheren Capitel nachgewiesen, war die Bahn eine Strousberg'sche Gründung, deren erste Verwaltung von Henckel'schen Aristokraten geleitet

war, bei der viele Hochtories, Freiconservative namentlich, als Scheinzeichner «verdient» hatten. Später war die Bahn in die Hände der Disconto-Gesellschaft gerathen und endlich gar in die der Handels-Gesellschaft. Alle Parteien hatten ein Interesse daran, die Sache möglichst stillschweigend aus der Welt zu schaffen, alle, nur das Centrum nicht. Dies aber verhielt sich abermals sehr zahm, nur Schröder-Lippstadt konnte seinem Hohn keinen Zügel anlegen. Das Centrum hatte von der ersten Berathung über den Invalidenfonds bis zur letzten über Halle-Sorau-Guben es in der Hand, sowohl die deutsche Reichs- wie die preussische Staatsregierung zu stürzen, und benutzte seine Macht nicht. Dies ist nur zu begreifen, wenn man die hinter den Coullissen spieelenden Ausgleichsverhandlungen zwischen Bismarck und Rom in Rechnung zieht und bedenkt, dass sie sich nicht auf die Bemühungen des Cardinals Hohenlohe in Rom beschränkten.

Auch die Eisenbahn «Berliu-Dresden» steht vor dem Bankerott. Sie wurde vom Prinzen Handjery mit Hülfe des Bankhauses S. Abel jun., natürlich nach dem System Stroussberg, gegründet. Obschon die Regierung bei der «Pommerschen Central-» und «Berliner Nordbahn» jede Subvention von der Hand gewiesen und die Bahnen aus dem Concourse erst gekauft hatte, beliebte sie hier ein anderes Verfahren. Sie brachte eine Gesetzworlage ein, wonach der Staat die Pleitebahn kaufen sollte, und zwar nicht auf Grund einer sachverständigen Werthtaxe. Diese Vorlage fiel im Abgeordnetenhaus: S. Abel jun. hatte keine genügende Anzahl politischer Agenten, um die Sache hier durchzudrücken. Die Regierung freilich gab sich alle Mühe, auch diesen Gründer vor dem Bankerott zu retten, dem er inzwischen verfallen ist, und Camphausen beging sogar den politischen Fehler, darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es für Preussen sein müsse, eine Bahn zu besitzen, «die direct ins Herz des Königreichs Sachsen führe». Eine officielle Zeitung der sächsischen Regierung verfehlte nicht, auf dies merkwürdige «Wohlwollen» Preussens gegen einen 1870 so bewährten Bundesgenossen aufmerksam zu machen. Es giebt fast

keinen Fehler, dessen die gegenwärtige deutsche Reichs- und preussische Staatsregierung sich nicht schon schuldig gemacht hätte, bloss um ihre skandalösen Beziehungen zu Berliner Finanziers zu verschleiern.

Gelegentlich der Berlin-Dresdener Bahn ist darauf hingewiesen worden, dass Fürst Bismarck notorisch auf Vorstellungen ihm persönlich als vertrauenswürdig erscheinender Leute viel Werth legt. Ein solcher Mann ist Herr von Bleichröder und ist auch der Cösliner Jude Behrend. Letzterer besass in Berlin eine Papierfabrik. Er gründete in Varzin eine Holzstofffabrik und trat dadurch zum Fürsten Bismarck in ein Vertrags- und Geschäftsverhältniss, das letzterem eine vortheilhafte Verwerthung der Varziner Wälder ermöglichte. Es ist unwidersprochen in der «Reichsglocke» behauptet worden, der Fürst habe Behrend auch Betriebscapital zu 8 Procent jährlich geliehen. Aus dem Holzstoff der Varziner Wälder wurden in der Cösliner Fabrik Papiere für die deutsche Reichspost, Telegraphie und die Staats-Eisenbahnen zu Depeschen, Couverts, Billets, Postkarten etc. gemacht. Die socialdemokratischen Blätter haben nicht verfehlt, auf die «schiefe Stellung» hinzuweisen, in die der Reichskanzler dadurch kam, dass er mit der ihm untergebenen Reichsverwaltung, wenn auch indirect durch Behrend, in Geschäftsbeziehungen trat. Wenn auch Behrend diese Staatsarbeiten als Mindestfordernder in öffentlicher Submission zugeschlagen erhalten haben sollte — die Oberrechnungskammer hätte sonst wohl diese Geschäfte monirt — so wird man doch sagen müssen, dass der ohnehin durch des Kaisers Gnade so reich dotirte Kanzler selbst den bösen Schein hätte meiden und den Geschäftsabschluss Behrend's mit der Reichs- und Staatsregierung hintertreiben müssen. Da er es nicht that, so hat er der Umsturzpartei eine böse Waffe geliefert.

Man behauptet aber, Behrend habe den Reichskanzler auch vermocht, dass er Papiere der Berlin-Dresdener Bahn für den Welfenfonds ankaupte und später für Ankauf der Berlin-Dresdener Bahn wirkte, um das in solchen faulen Papieren belegte Capital Georg V. zu retten, dessen Verwal-

zung er und Camphausen — Herrn von Bleichröder
haben! Man behauptet dies mit um so mehr An
Glaubwürdigkeit, als nach Ablehnung des Ankaufs
Durch den Staat in Folge der Nichtverkäufe
Berlin-Dresdener Fonds — die Actien standen ult.
die Prioritäten 36 Procent — S. Abel jun. Bankr
und in Folge dieses Bankrotts sowohl die No
Papierfabrik zu Cöslin wie Herr Behrend selbst i
geriethen — denn S. Abel jun. ist der Bankier
Behrend! Man sagt nun, die Regierung wolle d
Landtage abermals die vom alten bereits abgelehnt
wieder zugehen lassen, um wenigstens den W
vor argem Verlust zu bewahren, natürlich auf l
Steuerzahler!

Anmerkung: Die «Deutsche Reichsglocke»
December 1876 ein sehr herbes Schicksal gehabt,
Reicht nicht von ihr verwunden werden wird. Sie
der gesammten deutschen Presse als ein verwor
gebrandmarkt worden, das in leichtfertigster We
Schneiderei treibe, und zwar wegen eines Artikels, i
der Stadtgerichtsdirector Reich zu Berlin heftig
worden war. Man hat dabei ganz ausser Acht
wie jener Artikel in das Blatt hineingekommen is
Vor länger als einem halben Jahre legte Herr
Gehlsen die verantwortliche Redaction des Blat
Folge einer Verurtheilung zu fünf Monaten Gefäng
Bismarck-Bleichröder-Hanseman-Beleidigung,
neumdung — nieder und übertrug dieselbe Herr
behielt jedoch die Leitung des Blattes in Hän
November wurde Herr Talchau plötzlich verhaftet,
er bis dahin verurtheilt, ja auch nur angeklag
wäre. An seine Stelle trat ein Herr Schellenberg,
Mann; der nie an irgend einer Zeitung mitgearl
und hier erst redigiren lernen wollte. Er hatte ei
liche Wahl getroffen. Natürlich lag die ganze
Redaction jetzt erst recht auf den Schultern
Gehlsen, da der junge verantwortliche Redacteur

selbstständigen Handlung noch unfähig war. Am 6. December erhielt Herr Gehlsen unter der Hand die Nachricht, dass er verhaftet werden solle, und zwar, damit an ihm der Zeugnisszwang geübt werde. Man wollte von ihm eine Aussage darüber erzwingen, ob der Legationssecretär, Herr Otto von Loë, einige, dem Fürsten Bismarck unangenehme Artikel der «Reichs-Glocke» geschrieben habe. Herr Gehlsen entzog sich dieser Verhaftung durch die Flucht nach der Schweiz, und die Redaction der «Reichs-Glocke» lag nun in Händen eines jungen Mannes, der etwa 6 Wochen lang überhaupt erst sich mit der Presse beschäftigt hatte! Das heisst natürlich, das Blatt hatte eigentlich keine Redaction!

Herr Schellenberg stellte die nächste Nummer, so gut es ging, aus den noch vorhandenen Manuscripten zusammen. Er fand den Artikel gegen Reich schon gesetzt vor und nahm ihn arglos auf. Wenn Herr Gehlsen am Orte gewesen wäre, so würde eine genaue Recherche über die Zuverlässigkeit des Inhalts dem Abdruck des Artikels vorhergegangen sein. Diese Recherche ist jetzt unterblieben. Räthselhaft bleibt es bisher, wie jener Artikel in die Redaction gelangte. Das Blatt selbst spricht sich hierüber, sowie über seine Aufgabe und sein Schicksal folgendermaassen aus:

«In der Absicht, unsere Zeitung zu vernichten, ist ein Bubentück raffinirtester Art eronnen und verübt worden.

Es ist mit Hülfe einer schmähhchen Mystification gelungen, ehrenrührigen Anschuldigungen gegen ein Mitglied des Berliner Stadtgerichts in unserer Zeitung Aufnahme zu verschaffen.

Das Opfer dieser Mystification ist schwer bestraft.

Dieses Opfer ist aber selbstverständlich nicht der wirklich Schuldige, denn der wirklich Schuldige ist nicht derjenige, welcher im guten Glauben an die Wahrheit jener gegen einen Richter erhobenen Anklagen den Muth gehabt hat, diese Anklagen zu veröffentlichen.

Der wirklich Schuldige ist derjenige, welcher die Redaction in den Glauben versetzt hat, dass es sich um «Wahrheit», und somit mit Rücksicht auf die Integrität des Richterstandes, um eine Thatsache von höchster Bedeutung handle.

Der wirklich Schuldige hat die Absicht gehabt, dem Ruf der «Reichsglocke» einen tödtlichen Streich zu ver-

setzen; es war nicht ein Feind des Herrn Stadtgerichtsdirectors Reich, denn er musste, wie jeder Mensch vom allerprimitivsten Denken sich sagen, dass diese Verleumdung dem Stadtgerichtsdirector Reich nicht schaden, sondern durch die unausbleibliche Aufklärung des Sachverhalts nur nützen und ihm, als einem unschuldig Verfolgten, Sympathie erwerben würde, um die er sich sonst vielleicht vergebens bemüht hätte.

Der anonyme Denunziant gehört jedenfalls zu den Kreisen, die die Reichsglocke tödtlich hassen, oder er ist ein bezahltes Werkzeug dieser Kreise.

Höchst charakteristisch ist bei der Affaire der Umstand, dass, wie sich jetzt durch den Prozess gegen Schellenberg herausgestellt hat, die Unwahrheit der gegen Reich erhobenen Beschuldigungen bei der Behörde, wo bereits früher eine ähnliche Denunziation stattgefunden hatte, schon ermittelt war. Auch ist es nicht richtig, wie vielfach behauptet wird, dass Schellenberg verhaftet wurde, nachdem die «Reichsglocke» mit dem Reichschen Artikel schon zur Ausgabe gelangt war. Schellenberg ist verhaftet, ehe die Reichsglocke ausgegeben wurde, und ehe das Pflichtexemplar bei der Polizei eingereicht war. Es ist vor der Verhaftung eine Erkundigung eingezogen worden, ob die betreffende Nummer im Druck bereits fertig sei.

Wir wünschen, dass es dem Eifer des Staatsanwalts gelingt, den schurkischen Feind der «Reichsglocke» zu entdecken und im Interesse der Wahrheit und der «Reichsglocke», zur wohlverdienten Strafe zu ziehen.

Es wird sich dann zeigen, ob dieser Mensch, wie der Herr Staatsanwalt für möglich gehalten hat, ein Schandfleck des Richterstandes ist, oder den Schandfleck einer anderen Gesellschaftsklasse bildet.

Leider hat Herr Gehlsen zu unserm Bedauern sich entfernt, aus dem bereits in der vorigen Nummer angeführten Grunde, und ist somit seinerseits nicht in der Lage, an seinem Theile zur Aufklärung des Bubenstücks beizutragen. Es würde bei seiner Anwesenheit vielleicht schon jetzt möglich sein, der Welt zu beweisen, in wie raffinirter Weise die heimtückische Lüge in unsere Redaction hineingetragen worden ist.

Verlangen dürfen wir schon jetzt, dass alle anständigen Leute dazu beitragen, dass der Zweck, den man erreichen wollte, nämlich unsere ehrlichen Bestrebungen in dem Schmutze dieser Verleumdungen zu ersticken, nicht erreicht wird; dass sie anerkennen, wie diese Angelegenheit in perfider Weise mit Unrecht zu einer Verurtheilung derjenigen Ziele ausgebeutet wird, für welche die «Reichsglocke» stets muthig eingetreten ist.

Die Reichsglocke hatte sich keine andere Aufgabe gestellt, als unnachsichtlich allen Frevlern die Larve vom Gesicht

zu reißen, allen, welche in gedeckter Stellung die Hauptverantwortung für das namenlose wirthschaftliche Elend Deutschlands, für den Gründungsschwindel, für das «Bleichröderthum» und für die damit zusammenhängende gesellschaftliche Corruption tragen, allen, welche dafür verantwortlich sind, dass die Uebersetzungstreue und der moralische Muth der deutschen Nation in den Parlamenten, in der Presse und im Beamtenstande an dem Machtcultus zu Grunde geht.

Nicht mit allgemein tönenden Phrasen, sondern durch concrete einzelne Fälle haben wir der Nation die Augen zu öffnen, und ihr klar zu machen gesucht, auf welchen Wegen sie wandelt.

Nicht durch die Lust am Scandal haben wir scandalöse Vorgänge finanzieller, diplomatischer und juristischer Natur besprochen, sondern im Gefühl der Entrüstung und getragen von dem Bewusstsein, dass eine Nation dem Verderben entgegen geht, wenn sie das Gefühl für Sitte und Ehre verliert.

Nicht etwa die «frivole, nichtsnutzige Untergrabung der Autorität», wie uns vorgeworfen wird, ist das Motiv unserer Angriffe, sondern die Entlarvung der verächtlichen, niedrigsten Reptilität, welche ihrerseits der Autorität schadet, jener Reptilität, welche aus slavischer Unterwerfung auch das gut heisst, was schlecht ist, welche überall schweigt, wo jeder unabhängige und von Gerechtigkeitsgefühl getragene Mann laut und vernehmlich seine Stimme erheben sollte, selbst auf die Gefahr hin, der Autorität zu missfallen.

Nur die Autorität wollten wir gewahrt sehen, welche, von sitlichen Grundanschauungen getragen, die Forderungen der Gerechtigkeit, nicht die Bedürfnisse persönlicher Machtbefugnisse zur Richtschnur ihres Handelns nimmt.

Wir wollen freilich zugeben, dass Form und Ton nicht immer der tiefen Bedeutung und dem hohen Werth der guten Sache entsprach, welche wir vertreten haben; wir sind auch freimüthig genug anzuerkennen, dass zwischen Weizen sich zuweilen Spreu befand, die von einer sorgsam Redaction dem Winde statt der Presse hätte übergeben werden müssen. Aber die Dinge, die gesagt werden mussten, konnten nicht anders als schmerzlich berühren. Denn es ist natürlich, dass in dem Maasse, in welchem die Schmeicheltöne der offiziösen Presse die Nation in Schlaf gesungen haben, in dem Maasse die scharfen Laute der Kritik unsanft das Ohr der, wie wir hoffen, erwachenden Nation berührt haben.

Wir haben uns daher nicht gewundert, wenn die Einen beschämt sich in tiefes Schweigen hüllten, als wir ihnen die Maske der Reptilität, der Offiziosität und des correcten Gründerthums unbarmherzig von ihrem erschreckten Gesicht entfernten, wenn die Anderen, im Bewusstsein ihrer Machtmittel, uns der Schmä-

sucht und tückischen Bosheit ziehen, ohne den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen. Aber verächtlich finden wir das indianerhafte Wuthgeheul derer, welche die Falle, in die wir gelockt sind, zum nichtigen Vorwande benutzen, um durch völlig inhaltlose, unsere Sprache an Cynismus weit übertreffende Beschimpfungen sich für die Wahrheiten, die wir ihnen gesagt haben, jetzt zu rächen suchen.

Verächtlich finden wir die Tiraden einer, den pharisäischen Tugendmantel um ihre Blößen schlagenden Zeitung über die «unheimlichen Gestalten, die im Hintergrunde vorüberhuschen», während wahrlich gerade diese Zeitung allen Grund hat, über manche ihrer Beziehungen, wie diejenigen ihres «Schweigers» zu gewissen Aktiengesellschaften, zu schweigen. — Langweilig, wie immer, finden wir die Ermahnungen jener von dem Fieber der Aeraartikel und Protesterkklärungen geheilten, gebesserten, zu Kreuz gekrochenen Zeitung.

Verächtlich finden wir die scheinheilige Sprache derer, die da sagen:

«Wir hätten erwarten sollen, dass die «Reichsglocke» durch ihr schamloses Auftreten sich in allen Kreisen, in denen Ehre und Sittlichkeit noch etwas gilt, zurückgewiesen sehen würde, wir bedauern, dass das Blatt vielfach Eingang gefunden, wo man aus Scheu vor dem moralischen Schmutz es sich hätte fern halten sollen».

Wir erwidern, dass Tausende von Lesern, bei denen Ehre und Sittlichkeit noch gilt, der Tendenz und dem Wirken unseres Blattes ihre Zustimmung nicht versagten, weil wir dargethan haben, wie viel moralischer Schmutz da existirt, wo es am wenigsten zu erwarten war, weil wir an schlagenden, unzähligen Beispielen bewiesen haben, dass Ehre und Sittlichkeit der ganzen Nation auf dem Spiele steht, wenn Viele derjenigen, welche die Träger der Ehre und der Sittlichkeit sein sollten, sich dieser ihrer Verantwortlichkeit nicht hinreichend bewusst sind.

Es ist nicht unsere Schuld, dass, wenn wir mit der Fackel des freimüthigen Wortes überall dahin gelenchtet haben, wo Unehre, Unsittlichkeit, Unwahrheit und Corruption im Glanze des Ruhms und des Wohllebens sich breit macht: dass das Licht dieser Fackel, welches wir, um unserer Pflicht zu genügen, verbreiteten, auf «dunkle Flecken» und auf «Schmutz» gefallen ist.

Die Schuld tragen die, welche wir bekämpfen.

Mag die «Reichsglocke» fortbestehen oder an den Folgen eines Bubenstreichs, und an den Hindernissen unserer Zwangsmittel untergehen, sie wird als ein Product unserer, nach Abhülfe verlangenden Zustände, in ihrer geschichtlichen ersten Bedeutung von allen unabhängig Denkenden gewürdigt werden, ihr wird die

Anerkennung nicht versagt werden, dass sie muthig und rückhaltlos mit gutem Willen, wenn auch nicht immer mit den richtigen Mitteln, eingetreten ist für den materiellen und moralischen Nothstand der Nation.

Es ist verdienstlicher bei unseren Presszuständen, Kritik zu üben, als aus selbststüchtigen Beweggründen Hallelujah zu singen».

Es bleibt bei der bisher räthselhaften Affaire nun noch die Schnelligkeit zu bewundern, mit welcher der unglückliche Schellenberg verurtheilt wurde: In fünf Tagen war Alles geschehen! Dabei erschien der junge Mann ohne Vertheidiger auf der Anklagebank, und die Widerlegung der Verleumdung des Herrn Reich bezog sich nur auf den dritten Theil des incriminirten Artikels!

Es war in dem Artikel behauptet worden, erstens, dass Herr Reich Gelder, die ihm zur Bezahlung eines Gastmahls übergeben waren, unterschlagen habe. Dies wurde als un- wahr nachgewiesen. Nur ein kleiner Rest der Rechnung war etwas verspätet gezahlt worden. Zweitens war behauptet, Herr Reich sei im Disciplinarwege wegen unpassenden Betragens in und ausser dem Amt mit einem Verweis bestraft und deswegen nicht mehr zum Schwurgerichtspräsidenten ernannt worden. Der Artikel folgerte, dass ein solcher Mann sich nicht zum Vorsitzenden für Press- und politische Prozesse eigne, in denen es hauptsächlich auf die Beobachtung des öffentlichen Anstands und Tacts ankomme: Diese zweite und für die richterliche Stellung des Herrn Reich weitaus wichtigere Anschuldigung ist vom Staatsanwalt mit keinem Worte berührt und nicht widerlegt worden. Da der Angeklagte ohne Vertheidiger erschienen und zur Selbstvertheidigung vollkommen unfähig war, so ist von seiner Seite diese wichtige Angelegenheit auch nicht zur Geltung gebracht worden.

Die Acten über diese Katastrophe der «Reichs-Glocke» sind noch lange nicht geschlossen, und es ist zu hoffen, dass einst «etwas mehr Licht» auf ihre letzten Stunden fallen wird.

Der Schwindler Noth und letzte Hoffnung.

Wir haben in den vorhergehenden Capiteln nachgewiesen, dass die grossen, zu «patriotischen und leistungsfähigen Geldmächten» heranzuziehenden Häuser, Disconto-Bleichröder, bis 1872 einig waren und sich mit dem riesenhaften, französischen Mustern nachgebildeten Plane trugen, den Personal- und Hypothekencredit Deutschlands zu monopolisiren, sich seiner sämtlichen Eisenbahnen zu bemächtigen und zunächst auch die Eisenindustrie durch grosse, jede Concurrenz ausschliessende Unternehmungen von sich abhängig zu machen. Wir sahen ferner, wie sie sich über der Strousberg'schen Beute entzweiten und von da ab bekämpften. Sie hängen dem Staat für Welfen-, Invaliden-, Festungs- und Reichstagsbau- und Provinzialfonds schlechte Papiere auf und finden sich in Mitte der Krisis endlich in der Lage, trotzdem so mit unrealisirbaren Werthen belastet zu sein, dass ihnen der Bankerott in sicherer Aussicht steht, wenn sie nicht wenigstens alle Eisenbahnfonds ihrer Tresors in Staatspapiere verwandeln. Sie hecken also, wie sie bereits die Staatsfonds früher erfanden, das Reichseisenbahnproject aus, «apportiren» es der Regierung, und diese geht auch darauf ein. Ueber die verzweifelte finanzielle Lage dieser «Reichskellermeister» oder «Reichsprioritätsfreunde», wie sie die «Reichsglocke» zu nennen pflegt, müssen nun noch einige Details beigebracht werden.

Die Bleichrödergruppe, zu der namentlich v. Kardorff und der bekaunte «unorthographische» Jude J. Landau gehören, welcher stolz von sich sagte: «Ich bin die Geldmacht!», hat die Eisenbahnen Posen-Kreuzburg und Weimar-Gera gebaut. Erstere mit 12, letztere 6 $\frac{1}{2}$ Mill. Capital. Beide Bahnen sind noch nicht fertig, jedenfalls unrentabel und deren Papiere sogut wie unverkäuflich; nur Actien der letzteren Bahn sind an die Börse gekommen und stehen 58 b, haben also auch nur einen «gemachten» Cours. Die Finanzgruppe ist tief engagirt bei der Deutschen-Reichs- und Continental-Eisenbahnbau-Gesellschaft mit 4,000,000 Thaler baarem Capital und einem nominellen Course von 68 Proc.,

bei Königs- und Laurahütte mit 9,000,000 Thaler Capital, Cours 66 b; bei der St. Gotthard- und Rumänischen Bahn sehr, sehr tief. Kleinere Engagements entziehen sich der öffentlichen Kenntniss. Allein schon diese aufgezählten überschreiten weit das Vermögen jener Finanziers. Wenn ihnen also der Staat nicht mindestens die deutschen Eisenbahnfonds abnimmt, so müssen sie liquidiren. Der Welfenfonds allein würde sie nicht retten, selbst wenn sie ihn dauernd zu ihrer Verfügung behielten.

Die Geschäfte der Disconto-Gesellschaft kann man besser übersehen, obschon sie ihre Jahresberichte so dunkel wie möglich und jedenfalls dunkeler hält, als es der Geist des Actiengesetzes erlaubt. Es ist da ein riesenhafter Aufschwung zu constatiren, dem aber seit 1873 ein ebenso furchtbarer Zusammenbruch folgt, wie sich das auch aus dem Course ergibt. Die Disconto-Commandit-Antheile standen am Beginn der Schwindelperiode, ult. 1868 = 121 Proc., wurden bis über 350 Proc. hinaufgetrieben und notiren Sommer 1876 ca. 108—118 Proc., also niedriger als vor dem «Aufschwung». Es ist lehrreich hier eine Uebersicht der Lage dieser Bank am Schlusse der letzten 7 Jahre folgen zu lassen.

In je 1000 Thalern betragen:

Das Capital der Bank:	Tantième		Dividende	
	der Inhaber:	des Verwaltungsrathes:	Summa:	Proc.
1869 = 10,000	162	32	950	9 $\frac{1}{2}$
1870 = 10,902	265	53	1,300	13
1871 = 13,282	702	140	2,880	24
1872 = 20,000	982	196	4,320	27
1873 = 20,000	519	106	2,800	14
1874 = 20,000	370	84	2,400	12
1875 = 20,000	138	31	1,400	7
durchschn. 16,300	Sa. 3,138	642	16,050	durchschn. 15 $\frac{1}{6}$

Der Reservefonds enthielt ult. 1868 = 847,000 Thaler, ult. 1875 = 4,238,000 Thaler, also mehr 3,391,000 Thaler. Wenn nun der Stand der Gesellschaft 1876 noch ebenso solide wäre als ult. 1868, so hätte das durchschnittlich ar-

beitende Capital von 16, Mill. Thalern in 7 Jahren die enorme Summe von 23,321,000 Thlr. oder jährlich 3,331,000 Thlr. = 24 Proc. gebracht, welche Summe unter alle Beteiligten vertheilt wurde. Enorm ist der Verdienst der Geschäftsinhaber, seit 1869 vier an Zahl. Herr Miquel hat seinen Antheil bezogen von November 1869 bis dahin 1873 und dann als Vorsitzender des Verwaltungsraths bis Frühjahr 1876. Freilich flossen 4,300,000 Thlr. aus dem Agio bei Begebung neuer Actien, d. h. die Actionäre haben den ganzen gegenwärtigen Reservefonds aufgebracht.

Gegenwärtig ist der Stand der Disconto-Gesellschaft aber ein höchst bedenklicher. Sie hat sosehr alles Vertrauen verloren, dass die ihr anvertrauten Depositen, welche ult. 1872 = 5,575,000 Thlr., 1873 = 21,596,000 Thlr., 1874 = 12,167,000 Thlr. betrug, ult. 1875 auf 3,067,000 Thlr. herabgesunken waren. Dagegen stand das eigene Effecten-Conto 1872 auf 10,186,000 Thlr., 1873 = 15,846,000 Thlr., 1874 = 11,807,000 Thlr., 1875 = 13,721,000 Thlr.; das Debitoren-Conto 1872 auf = 26,912,000 Thlr., 1873 = 31,626,000 Thlr., 1874 = 29,702,000 Thlr., 1875 = 21,005,000 Thlr. Bei diesen colossalen Engagements in Effecten und Debitoren hat sich die Reserve nicht etwa erhöht sondern vermindert. Sie betrug 1872 = 7,328,000 Thlr., 1873 = 7,813,000 Thlr., 1874 = 7,621,000 Thlr. und war durch Verluste ult. 1875 auf 4,238,000 Thlr. zusammengeschmolzen!

Die Bank treibt das System der Verdunkelung und Verschleierung in ihren Jahresberichten so arg, dass sie deshalb bereits bei der Staatsanwaltschaft denunciirt worden ist. Sie specialisirt die Effecten nicht und hat sogar seit 1869 ihre Bethheiligung bei den Bahnen Dortmund-Gronau-Enschede und Marienburg-Mlawka mit keinem Worte in ihren Berichten erwähnt! Das Engagement der Disconto-Gesellschaft bei diesen beiden Bahnen, deren Fonds, weil unverkäuflich, gar nicht an der Börse gehandelt werden, dürfte 6—8 Mill. Thaler betragen. Sie sitzt ferner auf bei der Provinzial-Disconto-Gesellschaft, sehr stark bei der Gottard- und Rumänischen Bahn, bei der Dortmunder Union — allein mit 3,300,000 Thlr. Prioritäten, ohne die Actien zu

rechnen — dem Gelsenkirchener Bergwerk und bei sehr vielen Eisenbahnen. Endlich kauft sie, resp. ihr Leiter v. Hansemann, jetzt eine Strousberg'sche Herrschaft über die andere, um ihre «Hypothek zu retten», die sie darauf eintragen liess. Sachverständige versichern, dass jene Herrschaften durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Proc. der darauf lastenden Schulden eintrügen!

Man sieht, beide Finanzgrössen sind bankerott, wenn der Staat sie nicht subventionirt. Nun hat freilich der Staat nicht nur kein Interesse an der Rettung der beiden Bankhäuser, vielmehr müsste es seinen Leitern lieb sein, wenn solche grossen Finanzmächte zusammenbrächen, die ja über Machtmittel verfügen, welche grösser sind als die des Monarchen selbst. Der König kann Beamte nur anstellen, wenn sie vorschriftsmässige Examina gemacht haben. Die Gehälter sind knapp bemessen, das Avancement ist durch strenge Normen geregelt. Ein auf eine höhere Gehaltsstufe beförderter Beamter, der Abgeordneter zugleich ist, muss sein Mandat niederlegen. Wieviel grösser ist die Gnade, welche Herr von Hansemann verhängen kann über die, so ihm dienen! In den drei guten Jahren 1871—73 kamen auf den Kopf des Inhabers fast 200,000 Thaler jährliche Tantième, auf den des Verwaltungsraths mehr als ein preussisches Ministergehalt. Und seine Getreuen wurden mit einer Cumulation einträglicher Aemter bedacht. Herr Miquél war u. A. auch noch Director oder Verwaltungsrath bei der Dortmunder Union, Provinzial-Disconto-Gesellschaft, Preussischen Central-Boden-Credit-Gesellschaft, Bochumer Bergwerk, der Rumänischen, St. Gotthard- (Stellvertreter Hansemann's), Braunschweiger Bahn u. s. w., u. s. w. Und dieser «correcte Ehrenmann» erzählte im Parlament, er habe bei Uebernahme seiner Stellung in der Disconto-Gesellschaft auf 6—8000 Thlr. jährlich gerechnet, obschon doch bereits im Jahre seines Eintritts die Inhaber der Disconto Gesellschaft zusammen 162,000 Thlr. Tantième erhielten und er die Inhaberstelle sehr gut mit anderen lucrativen Posten zu vereinigen wusste. Herr Scheele verdiente weniger als Miquél, nur ca. 60,000 Thaler jährlich. Der Verwaltungsrath der Disconto-Gesell-

schaft nahm mehr Geld aus dieser Sinecure, wie sie Miquel selbst schildert, ein, als das gesammte preussische Staatsministerium an Gehalt bezog! Diese Tantiemen sind offen und mit Recht als ein schändlicher Corruptionsfonds bezeichnet worden, gegen den der Reptilienfonds verschwindet. Und welche Gelegenheit hatten diese Verwaltungsräthe zur gewinnbringenden Spekulation an der Börse! Sie befanden sich in der Lage von Spielern, welche alle Karten kennen, während das Publikum nur die eigene kannte.

Diese, mit solchen Corruptionsmitteln ausgestatteten Finanziers zogen nun einen Beamten und Abgeordneten nach dem anderen in ihre Netze. Eine weise Regierung hätte alle erlaubten Mittel anwenden müssen, die Corruptionsmächte unschädlich zu machen. Wir sehen sie aber auch heute noch bestrebt, dieselben zu stützen und sogar auf Kosten der Staatsbürger zu subventioniren.

Es muss noch einer besonders oft genannten Bahn hier Erwähnung gethan werden, die mit Recht anrühlich ist und demnächst, mit viel Aussicht auf Erfolg, sich an den Staat um Subvention auf dem Wege des Ankaufs oder der Zinsengarantie wenden muss. Es ist die Hannover-Altenbekener Eisenbahn.

Sie wurde dem Grafen Münster, unserem Botschafter in London, v. Bennigsen, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses und Landesdirector von Hannover, dem national-liberalen Abgeordneten Adikes und anderen Herren concessionirt. Trotz eingegangener Verpflichtung, nicht in Generalentreprise zu bauen, übertrugen diese Herren den Bau an einen gewissen Cohn. Strousberg sagt: «Derselbe hat unter Stellung der Actienzeichner meinerseits und gegen eine Entschädigung mir seinen Contract cedirt». Es verschwand eine beträchtliche Gründertantieme von circa 300,000 Thlr. Die Berichte und Bilanzen wimmeln von Unregelmässigkeiten und Gesetzesverletzungen und sind Gegenstand einer Denunciation bei der Staatsanwaltschaft. Die Bahn fusionirte sich mit der ebenfalls ganz faulen Magdeburg-Halberstädter. Beide werden von dem Disconto-

ring bewirthschaftet, wie das schon früher gegebene Verzeichniss ihrer Verwaltungsräthe ergibt.

Strousberg schildert diesen Zusammenhang der Dinge folgendermaassen:

«Nach Regelung der Rumänischen Angelegenheit bin ich darauf angewiesen gewesen, mich mit der Disconto-Gesellschaft auf guten Fuss zu stellen. Die Magdeburg-Halberstädter Bahn stand damals in intimen Beziehungen zu diesem Institut (d. h. sie wurde von der Disconto-Gesellschaft beherrscht; Scheele ist Vorsitzender ihres Verwaltungsraths) und wollte unter allen Umständen die Hannover-Altenbekener Bahn in ihre Hände bekommen, um durch sie für die Berlin-Lehrter gewisse Zwecke zu erreichen. Ich habe schon erwähnt, dass Hannover-Altenbeken sich nur verzinsen konnte, wenn ihr die Concession nach dem Kohlenrevier gegeben wurde. Diese wurde aber einer Unternehmer-Gesellschaft ertheilt, wobei ausser Geheimrath Hartwig noch ein Assessor aus dem Handels-Ministerium als Director fungirte. Ob der Einfluss der Magdeburg-Halberstädter und Disconto-Gesellschaft auch benutzt wurde, um Hannover-Altenbeken lahm zu legen, weiss ich nicht. Genug diese Bahn, in ihrer Gestaltung so unrentabel, konnte der Halberstädter Gesellschaft unberechenbaren Nutzen bringen; kaufen mochte letztere sie aber nicht, denn sie konnte den Vortheil viel billiger haben, und so veranlasste sie die Disconto-Gesellschaft, mit mir wegen Uebernahme einer Summe Prioritäts-Stamm-Actien in Unterhandlung zu treten, wenn ich dieselbe und die Halberstädter Bahn an meinem Bau theiligen würde. Ich war kampfunfähig und musste mit schwerem Herzen einen Vertrag eingehen, der seinem Charakter nach fast als unmoralisch zu bezeichnen ist und in der Ausführung mich auf's Acusserste geschädigt hat. Laut diesem Vertrage verkaufte ich der Disconto-Gesellschaft und Halberstädter Bahn eine Anzahl Millionen Stamm-Prioritäts-Actien der Hannover-Altenbekener Bahn zu einem, dem damaligen Course nur angemessenen Preise und theiligte die beiden Institute als Theilnehmer an meiner Bau-Entreprise unter folgenden Be-

dingungen: Sie übernahmen keine Verpflichtungen nach Aussen und hatten keine Zuschüsse zu zahlen, wenn sich ein Verlust herausstellte, der auch factisch sich erwiesen hat, weil mir die Leistungen für baar, worauf ich gerechnet hatte, mit Hülfe meiner Socien entzogen wurden. Den Gewinn-Antheil hatte ich mit 600,000 Thlr. positiv als Minimum zu garantiren und war à Conto dessen verpflichtet, monatlich von den à Conto-Zahlungen, die mir die Bahn leistete, einen gewissen Procentsatz zu zahlen. Hierauf sind effectiv 200,000 Thlr. gezahlt worden. Die Action brauchte die Magdeburg-Halberstädter Bahn, um mit der Hannover-Altenbekener einen Contract abzuschliessen (d. h. um die eigentlichen Actionäre der Hannover-Altenbekener Bahn auf der General-Versammlung zu majorisiren) . . . Es handelte sich nun darum, die Genehmigung zur Ausgabe von Obligationen (für Hannover-Altenbeken) zu erwirken, und da man annahm, dass die Disconto-Gesellschaft und die Magdeburg-Halberstädter Bahn den nöthigen Einfluss (beim Ministerium) besässen, so wurde ein Betriebsübernahme-Contract mit Letzterer geschlossen. Die Direction der Letzteren wurde auch hier Direction, und Mitglieder der Disconto und Halberstädter traten in den Aufsichtsrath (von Hannover-Altenbeken). Das geforderte Privilegium wurde bereitwilligst ertheilt (der Central- und Nordbahn aber nicht. Wer hat nun den grössten Einfluss getübt, Herr Lasker? Etwa Wagener-Putbus oder Miquèl-Scheel-Bennigsen??), und die Bahn damit fertig gebaut. Durch die Vorenthaltung meiner Gelder war ich gezwungen, die Disconto-Gesellschaft um Hülfe anzugehen, und diese gewährte mir ein Darlehn von 350,000 Thlr., denn es passte ihr nicht, dass ich in Verlegenheit kam, ehe ich mich mit der Bahn bezüglich meines Baucontracts geeinigt hatte, da sonst ihr Profitantheil verloren und die anderen Zwecke vereitelt worden wären. Als Sicherheit liess sich die Disconto-Gesellschaft verschiedene Objecte und auch meine Forderung gegen Hannover-Altenbeken verpfänden mit der Verpflichtung, die ersteren herauszugeben, sobald sie im Besitze des Restes ihres Profitantheils von 400,000 Thlr. gelangt sein würde.

Die Halberstädter war, wie ich glaube, auch bei diesem Arrangement betheilig. Meine Forderung wurde, soweit dieses thunlich, bei dieser Gelegenheit geprüft, und man muss die Ueberzeugung gewonnen haben, dass dieselbe begründet war. Ich übertrug alle Rechte daraus an die Disconto-Gesellschaft, mit der Verpflichtung, für mich klagbar zu werden oder mich dazu zu bevollmächtigen. Nun wurde jeder Druck auf mich ausgeübt; meine Socien stellten sich als machtlos hin, obgleich sie alle Macht hatten, das Privilegium sollte oder konnte nicht eher ertheilt werden, bis ich den Bau aufgegeben, und so war ich gezwungen, einen Contract zu schliessen, wonach ich auf den Weiterbau verzichtete; à Conto der letzten Monatsarbeiten war mir eine gewisse Summe zu zahlen, meine Forderungen sollte ich später liquidiren und für meine Lieferungscontracte, diejenigen, die ich schon früher erwähnt habe, wurden mir 400,000 Thlr. baar gezahlt und diese von der Disconto-Gesellschaft für sich und Halberstadt als Rest des garantirten Gewinnes von 600,000 Thlr., der somit voll bezahlt wurde, behalten. . . . Selbstverständlich wird die Bahn nie prosperiren; denn obgleich die Baugesellschaft (Hartwig), welche die Concession nach Westfalen hatte, dieselbe nicht mehr besitzt (diese Baugesellschaft ist verkracht), so liegt es nicht im Interesse der Halberstädter Bahn, Hannover-Altenbeken unabhängig zu machen. Verträge werden mit angrenzenden Bahnen geschlossen werden, die dem Verkehr im Interesse der Halberstädter Bahn zu Gute kommen; auf jeder anderen Seite wird die eigenthümliche Gestaltung der Hannover-Altenbekener zu demselben Zwecke benutzt werden, und wenn auch die Actien, die Halberstadt besitzt und trotz ihres niedrigen Courses in ihrer Bilanz zu pari anführt (ungesetzlich! geschieht, um Dividende für Halberstadt bezahlen zu können, obschon bereits Unterbilanz dort herrscht) nichts bringen sollten, so wird der indirecte Vorthail für Halberstadt dies weit aufwiegen; die übrigen Actionäre bei Hannover-Altenbeken werden aber nie etwas bekommen».

So also wurde diese Bahn mit Hülfe der Disconto-

Gesellschaft geplündert. Erst nimmt Cohn für sich und seine Helfershelfer 300,000 Thlr., dann Disconto-Halberstadt 600,000 Thlr., dann schneidet man der Bahn den Verkehr ab zu Gunsten von Halberstadt, und dabei bleibt v. Bennigsen ruhig im Verwaltungsrath von Hannover-Altenbeken und sagt kein Wort zu solchem Schwindel!

Beide Bahnen liessen sich stets neue Concessionen geben und bauten mit dem für neue Linien gelösten Gelde alte Linien aus. Jetzt kann Magdeburg-Halberstadt die Linie Magdeburg-Erfurt aus Geldmangel nicht bauen, obschon die hierauf fundirten Actien Lit. C. im Betrage von 10,000,000 Thlr. emittirt sind und das daraus gelöste Geld verschwunden ist. Ebenso kann Hannover-Altenbeken die Linien Goslar-Grauhof und Hildesheim-Braunschweig nicht bauen, obschon die 2,225,000 Thlr. Prioritäten, welche auf diese Strecken fundirt sind, bereits ebenfalls verschwanden. Von diesen «Luftbahnactien» hat sogar das vorsorgliche Ministerconsortium Delbrück-Camphausen-(Bismarck?) welche in die invaliden Staatsfonds aufgenommen! Natürlich charakterisirt sich diese Verwendung von Geldern zu Zwecken, für die sie nicht bestimmt sind, als «Untreue» im Sinne des Strafgesetzes, aber trotz der Notorietät dieser Verbrechen schreitet kein Staatsanwalt gegen die hochstehenden Gründer ein, und diese fahren fort, im Parlament eine Rolle zu spielen, ja, Bennigsen präsidiert sogar dem Abgeordnetenhause und Lasker, der erst angeblich jeden Schwindel, schliesslich wenigstens jeden Eisenbahnschwindel aufdecken wollte, ist und bleibt sein bester Freund! Und solche Leute, die werden nun die von ihnen selbst ausgeplünderten Bahnen für theures Geld an den Staat verkaufen und selbst das entsprechende Gesetz als brave Volksvertreter machen helfen! Wie es übrigens bei pflichtmässiger Aufsicht des preussischen Handelsministers Achenbach geschehen konnte, dass die Verwaltung jener Bahnen die für Magdeburg-Erfurt und Goslar-Grauhof bestimmten Gelder zu anderen Zwecken veruntreuen konnten, ist bisher auch noch dunkel und wird nicht eher aufgeklärt werden, als bis die Consorteria nicht mehr die Parlamente beherrscht.

Augenblickliche Situation und Aussichten.

Die wirthschaftliche Lage Deutschlands ist zur Zeit eine äusserst traurige und überdies trostlose, weil weder die Regierung noch irgend eine politische Partei bisher im Stande war, mit einem Reformplan aufzutreten, der nicht von vornherein den Klassen- und einseitigen Interessensstempel aufgedrückt trug. Der deutsche Export nimmt von Jahr zu Jahr ab, da, wie der competenteste und unverdächtigste Kritiker, Professor Reuleaux nachweist, unsere Industrie zwar billig aber schlecht und geschmacklos producirt und der Ackerbau nicht mehr das Bedürfniss der Bevölkerung deckt. Es kommt noch hinzu die Unsolidität in der Lieferung unserer Exporteurs, welche uns mehr und mehr den Weltmarkt verschliesst. Der Import aus anderen Ländern nimmt zwar hie und da auch ab, aber einfach aus dem Grunde, weil sich unsere Consumtionskraft ebenso vermindert als unsere productive Kraft. Ein Volk, welches nichts einnimmt, kann auch nichts ausgeben. Der Fürst Bismarck hat das Zurückgehen unserer industriellen Leistung im Parlament auf die Rechnung der socialdemokratischen Agitation gesetzt. Mit Unrecht. Die Socialdemokraten führten den Nachweis, dass gerade die Industrie der von den Socialdemokraten vorzugsweise eroberten Orte in Philadelphia noch am besten sich gemacht habe, und das ist nicht auffallend, da geistige Beschäftigung immer bildet. Die Hingabe an socialistische Lectüre und Forschung hat diese bildende Wirkung natürlich sogut wie eine andere geistige Arbeit, und der zum Forschen und Nachdenken gelangte Mensch arbeitet qualitativ besser als der geistig stumpfe. Uebrigens ist der Pariser Arbeiter ebenfalls und seit den dreissiger Jahren Socialist und doch allen Arbeitern der Welt an Geschmack und eleganter Leistung ein Vorbild.

Minister Camphausen hat den Rückgang unserer Industrie in zu hohen Arbeitslöhnen gefunden und vorgeschlagen, man möge dieselben ermässigen. Der Handelsminister Achenbach ist dem Rathe nachgekommen durch Herabsetzung fiskalischer Löhne bei Bahnen, Bergwerken u. s. w. Er hat auch

den Arbeitern vorgeworfen, sie leisteten weniger als früher. Professor Nasse hat aus Berichten des Handelsministers selbst über bergmännische fiskalische Betriebsresultate dem Minister Unkenntniss seines Ressort und Unwahrheit nachgewiesen, was die angebliche Verminderung der Arbeitsleistung anlangt. Professor A. Wagner hat dem Viceministerpräsidenten vorgehalten, dass seine Behauptung, zu hohe Löhne trügen die Schuld der Krisis, jedenfalls nicht wissenschaftlich erwiesen, höchst wahrscheinlich aber falsch sei, grund- und beweislose Beschuldigungen der Arbeiter durch einen so hohen Staatsbeamten aber die Volksmassc erbittern und den socialen Frieden gefährden müssten. Auch sind die Löhne in Frankreich mindestens ebenso hoch als in Deutschland, in England erheblich höher, und doch können wir mit beiden Ländern nicht concurriren.

Es ist freilich wahr, dass sich der Arbeiterbevölkerung ein grosser Missmuth bemächtigt hat, der nicht ohne nachtheiligen Einfluss auf ihre Leistung blieb, allein diese Unzufriedenheit ist das Resultat falscher Behandlung, der sie durch Gesetzgebung und Unternehmer unterworfen wurden und die Verantwortlichkeit fällt zum grössten Theil einer verkehrten Gesetzgebung zur Last. Der Missmuth des verarmenden Mittel- und kleinen Beamtenstandes ist übrigens nicht geringer als der der Arbeiter. Die moderne Gesetzgebung trägt auch die grösste Schuld an der Krisis.

So lange die Conservativen am Ruder in Preussen waren, bewiesen sie sich auf wirthschaftlichem Gebiet unfruchtbar, impotent. Die Gesetzgebung blieb hinter dringenden Zeitforderungen zurück. Seit die Liberalen — von 1866 ab — herrschen, hat man nicht reformirt, sondern rasirt.

Die Lasker-Miquél'sche Gewerbeordnung und die von eben diesen Herren herstammende Actiengesetzgebung vernichtete das Handwerk und beschleunigte die Entstehung grosser Fabriken. Handwerker machten mehr und mehr den Fabrikarbeitern Platz. Man trug aber weder für gute technische und moralische Erziehung noch für Sicherheit und Annehmlichkeit der Existenz der Fabrikarbeiter Sorge. Daher von Jahr zu Jahr mehr Schluderarbeiter und mehr

Unzufriedene, d. h. Socialdemokraten. Endlich auch immer schlechtere Industrieproducte.

Die industrielle Production und der Grosshandel gelangte immer mehr in Abhängigkeit von Banken, von Grosscapitalisten. Diese sind zumeist Juden. Jüdische Fabrikanten und Händler werden immer zahlreicher. Diese vornehmlich arbeiten auf «billige aber schlechte» Leistung, und die christlichen Concurrenten müssen um so mehr auf diesen Weg treten, weil die Zollgesetzgebung mit ihren Gewichtszöllen die rohe Massenproduction gegenüber der feinen, leichten Waare prämiirt. Die treffliche Baumwollen-Industrie des Elsass verschlechtert sich bereits aus diesem Grunde. Wir können den schädlichen Einfluss des Judenthums auf unsere Industrie nicht controliren, da dasselbe bereits durch den liberalen Minister, Grafen Schwerin, die bis dahin confessionelle in eine confessionslose Generalstatistik umwandeln liess! Die Juden suchen eben überall ihr Thun und Treiben zu verbergen. Sie werden bald sagen wie die alten Römer: Wenn unsere Sklaven anfangen, uns zu zählen, so ist es aus mit unserer Herrschaft.

Der zu schnelle Uebergang zum Freihandel hat bereits für viele ausländischen Industrien Exportprämien geschaffen, wenn sie den deutschen Markt aufsuchen. Dank billiger Wasserfracht und der Differenzialtarife liefern Fabrikanten Englands Waaren für weniger Fracht ins Herz Deutschlands, als schlesische oder rheinländische Industrielle zahlen müssen. Franzosen gewähren ihren Eisenexporteurs Prämien bei der Ausfuhr nach Deutschland. Andererseits verschliessen uns Russland und Amerika ihre Grenzen durch hohe Zölle, die meist einen Prohibitiv-Charakter tragen, selbst Oesterreich, Frankreich und Italien sichern ihren Markt mehr vor ausländischer Concurrenz als wir. Kurz, wir ersticken unter fremder Einfuhr und verarmen durch gehemmte Ausfuhr, unsere Handelsbilanz wird schlecht und schlechter, schon verlieren wir täglich ca. 1 Million Thaler an das Ausland, und haben bereits mehr als die 5 von Frankreich erhaltenen Milliarden wieder über die Grenze gesendet, um unser wirthschaftliches Deficit auszugleichen. Schon ist unser baares

Capital für diesen Behuf unzureichend und wir denken daran, das Deficit durch Hinaussendung von Schuldtitres zu bedecken, wie die Türkei. Die Regierung sucht bereits Anleihen in Amsterdam zu placiren! Natürlich! Die Steuerkraft lässt nach. Fürst Bismarck hat ein Finanzprogramm im Reichstage entwickelt, das beweist, wie er sich über die Ursache unserer Calamität vollkommen unklar ist. Er meinte, das englische Volk trüge seine Steuern leichter als das deutsche, weil es fast nur indirecte Steuern zahle. Das A und O seiner Finanzkunst läuft auf Verminderung der directen und Vermehrung der indirecten Steuern hinaus. In England verhalten sich freilich die directen zu den indirecten Steuern wie 1 : $3\frac{2}{3}$, in Deutschland wie 1 : $1\frac{1}{2}$, aber dies Verhältniss ist es nicht, welches die Steuern in England leichter erträglich macht als in Deutschland, sondern der Umstand, dass in England auf den Kopf der Bevölkerung mehr als das Dreifache des Einkommens und nicht voll das Dreifache der Steuern kommt als in Deutschland. Der Engländer mit durchschnittlich 675 M. Einkommen zahlt leichter 34 M. Steuer jährlich, als der Deutsche mit 231 M. Einkommen 12 M. Steuer. Bismarcks Standpunkt ist der eines Finanzpächters, der sich fragt, durch welche Kunststücke er aus dem Volk einen gewissen Steuerbedarf so herausziehe, dass es das Volk am wenigsten merken und controliren könne. Ein Staatsmann im Colbertschen Sinne würde es als seine erste Aufgabe ansehen, des Volkes productive Kraft und damit sein Einkommen zu vermehren. Ist dies geschehen, so hat freilich in zweiter Linie der Steuermodus auch seine Berechtigung. Schon hat man von einer Staatsanleihe zu productiven Zwecken im Betrage von 100 Mill. M. nur den vierten Theil gezeichnet erhalten. Welches Resultat wird die Zeichnung auf Anleihen zur Bedeckung von Deficits ergeben, und wir stehen vor der Aera des Deficit, trotz aller Steuerkünsteleien. Die Ausgaben des Staats, namentlich für militärische Zwecke, wachsen, das Volkseinkommen nimmt ab. Das ist das perennirende Deficit mit der Perspective auf den Staatsbankerott.

Der Nationalreichthum vermindert sich und im Volk

selbst nimmt noch schneller die Wohlhabenheit, d. h. die Zahl kleiner aber Selbstständigkeit verleihender Vermögen ab. Die Gründerei und der sündhafte, durch das Actiengesetz ermöglichte und durch das laxe Strafgesetz begünstigte Schwindel an der Börse hat die Capitalien deplacirt, und zwar in unwirtschaftlicher Weise. Er lockte sie aus den Taschen kleiner, selbstständig producirender oder für das Alter bescheidene Renten sammelnder Leute in die Arnheims reicher Juden und Judengenossen. Die Scheidung in Reich und Arm hat sich ungebührlich schnell vollzogen, Klassen-gegensätze haben sich verschärft, Klassenhass ist gross gezogen worden. In dem «sittlich verkommenen Frankreich» wird der «Vertrauensbruch» strenger bestraft als Diebstahl. Miquél ist durch professionellen Vertrauensbruch zum Millionär geworden. Er hat hervorragenden Antheil am deutschen Strafgesetz und ist heute noch Vorsitzender der Reichsjustiz-commission. Der Bock als Gärtner! Natürlich kennt unser Code pénal keine Strafe für Vertrauensbruch, sonst sässen einige Väter desselben ja bereits im Zuchthause. — Zur Unzufriedenheit mit der eigenen ökonomischen Lage kam vielfach das Gefühl religiöser Bedrückung. Die Socialdemokratie wurde mächtiger und radikaler zugleich, die katholischen Massen geriethen in eine bedenkliche Aufregung, revolutionäre Evolutionen mit religiös-socialen Charakter werden wahrscheinlich für den Fall eines auswärtigen Conflicts, der die gewaltige Armee an den Grenzen engagirt. Es wird dunkel in Deutschland und die Nacht will sich herniedersenken.

Von der Regierung ist Hülfe nicht zu erwarten, soweit die gegenwärtigen Minister in Frage kommen. Fürst Bismarck versteht notorisch von wirtschaftlichen Dingen Nichts. Sein Eingreifen, weil unsachverständig, hat nur Schaden angerichtet und würde nur noch mehr schaden, wie aus seiner Parteinahme für Eisenzölle ohne systematische Reform der Handelsverträge in social-protectionistischem Sinne hervorgeht. Delbrück war Fanatiker des laissez-faire. Er wollte das Actiengesetz nicht revidiren, bevor das Handelsgesetz ebenfalls umgearbeitet würde, die Sache eile auch nicht, da, sagte er vor Jahr und Tag, die Krisis im Abnehmen

sei. Er hat — Gott sei Dank — Abschied genommen, die Krisis — leider nicht. Sein Nachfolger, Hoffmann, ist «noch nicht orientirt oder vielmehr instruirt». Wie gar keinen Einfluss das Volk trotz allem angeblichen Constitutionalismus auf die Regierung hat, geht schlagend aus dem Umstande hervor, dass man ihm einen die Handelspolitik leitenden Minister giebt, dessen wirthschaftliche Ansichten ein Geheimniss sind! Die «Reichsglocke» sagte bei seiner Ernennung höhnlisch, Bismarck müsse ihn erst anstreichen, bevor man seine Farbe erkennen könne. Leider weiss man noch nicht, ob Bismarck den Pinsel in Bleichröder's protectionistisches Grün oder in Michaelis' freihändlerisches Grau tauchen wird.

Von den Parteien ist auch nichts zu hoffen. Der dürre Gaul des Principis ist von ihnen längst abgesattelt und man hat das runde Interessenrösslein keck bestiegen. Die liberale Partei ist durch ihre Führer in das Fahrwasser des Grosscapitals geführt und schwimmt mit dem Courszettel. Ihr Prinzip ist: hohe Courso! Jetzt verheisst die schutzzöllnerische Partei ein Steigen derselben, und wie die Bienen vom Itande des Schnapsglases, fallen sie in die geistige Flüssigkeit die Löwe, Berger, Hammacher, Kardorff, Miquél und der Rest der «volkswirthschaftlichen und Finanzcapacitäten», wie sie Windthorst's Ironie betitelte.

Die Schutzzöllner haben einen Central-Verband für die Industrie geschaffen, an dessen Spitze v. Kardorff und Reimann, beides Gründer, stehen. Er will jede Industrie schützen mit 8—10 Procent vom Werth. Bei Seite steht der Verein der Eisenindustriellen, mit dem Generaldirector Richter von Bleichröder's Laurahütte an der Spitze. Er schliesst sich dem Central-Verbande nicht an, weil er durch den Zutritt Bleichröder's zum Fürsten Bismarck den Eisenzoll leichter durchzudrücken hofft, als Zölle für die gesammte Industrie.

Die Handwerker würden mit dem Industrieschutz zufrieden sein, allein sie rufen auch nach Schutz für das kleine Gewerbe, und das convenirt den Grossindustriellen nicht. Beide Interessengruppen finden, dass der Arbeiterstand immer zügelloser werde und verlangen straffe Zucht und Ordnung, Contractbruchsstrafen.

Hiermit ist wiederum den Arbeitern nicht gedient und sie erklären, Schutzzoll oder Freihandel sei ihnen so lange gleichgültig, als die Masse der Arbeiter doch nur ein Object der Ausbeutung durch Fabrikanten, Handwerker und Grundbesitzer sei.

Die Grundbesitzer, der Kern der Agrarier und Deutsch-Conservativen, wollen vom Schutzzoll womöglich nichts wissen, dagegen sympathisiren sie mit den Handwerkern und Fabrikanten bezüglich der gegen die Ungebundenheit der Arbeiter geplanten Maassregeln. Sie verlangen Steuererleichterung, Steuerreform, Ueberlassung der Grundsteuer an Kreise und Communen, Einführung der Börsensteuer — die freilich jetzt nicht viel ergeben würde, aber im Princip natürlich sehr gerechtfertigt ist.

Am Zustandekommen dieser Partei ist viel gearbeitet worden, und doch ist sie bisher nichts weniger als zweifelsohne und vielversprechend.

Die Agrarier thaten sich bereits vor Jahren auf, aus dem Congress der Landwirthe heraus. Schon 1869 wurden hier Wünsche einer politischen Geltendmachung ihrer Interessen laut. Verfasser empfahl («Berliner Revue» v. 19. Febr. 1869), als der Erste in der Presse, die Bildung einer «politischen Grundbesitzerpartei» und entwickelte die Grundzüge zu einem Programm derselben im 56. und 57. Bande jener Zeitschrift. Vom 21. April 1869 ab folgte die damals von Wegner redigirte «Deutsche landwirthschaftliche Zeitung», von 1870 ab «Niendorf's Zeitung für Landwirthe und Grundbesitzer», der «Revue». Von der Wagener'schen Seite, der die «Revue» stets gedient hat, wurde die Idee einer politischen Agrarpartei im Jahre 1870 durch eine Broschüre: «Die Zukunftspartei» eingehend nach allen Seiten entwickelt. Verfasser arbeitete 1871 darauf am Zustandekommen des jetzigen Hauptorgans der Partei, der «Deutschen Landes-Zeitung», welche die Vertretung des vom 15. Mai 1869 datirenden «Breslauer Programmes» sich zur Aufgabe machte. Es gelang Herrn Niendorf bald, den Verfasser von der ihm übertragenen Leitung des politischen Theiles des Blattes und aus der neuen Partei selbst zu verdrängen. Der politisch-

geschäftliche Umgang mit den, meist adeligen Gutsherrn hat seine Härten, wenn man nicht die Stellung welche sie den Inspectoren auf ihren Gütern einzu pflegen. Es lagen aber ferner sehr gewichtige politische Meinungsverschiedenheiten vor. Verfasser empfahl sein Blatt der Agrarier den gesetzlichen Normal-Arbeits-Grundlage einer socialen Reform. Der hochgeehrte und adelige Vorstand intervenirte und erklärte, «der Arbeitstag werde Angesichts des Gesetzes von Anfang an Nachfrage stets eine theoretische Fiction bleiben». Die verschiedenen Ansichten war ein Zusammenwirken und

Durch geschmeidiges Anschmiegen an die gewöhnlichen Gewohnheiten seiner Protectoren und bedingte Vertreten ihrer Lieblingsideen in der Presse hat Herr Clorf die Leitung einer nach Zahl und Einfluss in Preussens respectablen Partei in seine Hand bekommen. Die Agrarier beherrschen den Congress der Landwirthe. Sie haben durch die geradezu gefährlichen Umgang einiger Führer die dem Conservatismus zuneigenden (A. Wagner, v. d. Goltz u. A. aus demselben verdammten Class in ihren Versammlungen eine Opposition nicht laut wird. Die Redaction ihres Blattes kann es nicht nach kaum mit dem «Neuen Socialdemokrat», der Unschafflichkeit des Inhaltes nach nicht mit den socialdemokratischen Blättern Deutschlands aufrechnen.

Die Agrarier nun bilden den Kern der «conservativen Partei». Seit 1874 schon ging das Gerücht, dass Bismarck sei der Liberalen satt und müde, er würde die Neubildung einer grossen, conservativen Partei, sich ihr fortan zu regieren. Die Nachricht erhielt Bismarck durch die Sendung Wagener's zum Kathedersocialdemokratischen Congress vom Oktober 1874. Wagener war vom Reich abgeschickt und hatte den Verfasser «als Sachverständigen wie es in der Einladung hiess, mitgenommen. Letzterer der Fürst den Vorschlägen, die das Resultat dieser Verhandlungen waren, keine Folge gegeben.

Die angeblich conservativen Neigungen Bismarck's hielten eine noch grössere Glaubwürdigkeit dadurch

er Herrn von Blanckenburg im Sommer 1874 zum landwirthschaftlichen Minister machen wollte, was letzterer aber ablehnte, und dass er Sr. Majestät im Februar 1875 die Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der Lage der Landarbeiter, eigentlich aber der ganzen wirthschaftlichen Entwicklung Deutschlands, empfahl, auf Grund eines Antrages von Rodbertus, A. Wagner und dem Verfasser. Indess ist auch diesem Antrage nicht Folge gegeben, und an Stelle Blanckenburgs wurde der semitische Grossindustrielle Friedenthal, Mitglied der freiconservativen Fraction, landwirthschaftlicher Minister. Gleichzeitig erfuhr man zuverlässig, dass Bismarck an Ersetzung des «kranken» Delbrück durch Miquel und Eulenburgs durch v. Bennigsen denke.

Man hat gesagt, Bismarck habe wirklich damals «conservativ werden wollen», sich aber von der Unmöglichkeit der Bildung einer starken und doch «gefügigen» conservativen Partei überzeugt und seinen Frieden mit den Liberalen gemacht. Ebenso glaubwürdig ist behauptet worden, er habe Wagener und Blanckenburg nur vorgeschoben, um die Liberalen zu schrecken und gefügiger zu machen. Letzteres würde ihm vollkommen gelungen sein.

Endlich kamen im November 1875 die skandalösen Vorgänge bei Belegung der vier Staatsfonds zur öffentlichen Kenntniss. Es war voranzusehen, dass auch der Welfenfonds Gegenstand einer Beleuchtung werden würde und die Geschichte der Milliarden ebenfalls. Die officiöse «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» schrieb über diese drohenden Enthüllungen zwar Mitte November noch, dass «alle unsauberer Verdächtigungen an dem glänzenden Panzer der Integrität unserer Staatsleiter machtlos abgleiten würden». Wir glauben im Laufe dieses Buches nachgewiesen zu haben, dass die Handlungen unserer Staatsmänner, soweit Finanzgeschäfte mit den Bankhäusern Leo Delbrück, Bleichröder und Hansemann in Rede kommen, nur aus Mangel an Integrität oder an dem gewöhnlichen und durchschnittlichen Geschäftsverstande der Minister zu erklären sind. Nun ist es fatal, wenn eine Regierung von einer grossen Partei im Parlament auf

Mangel an Integrität oder Durchschnittsverstand ernsthaft geprüft wird.

Damals haben die dem Verfasser nahe stehenden Personen und er selbst einem grossen Missverständnis sich hingegeben. Es wurden zunächst durch Graf Spee, im November, Verhandlungen von Berlin aus mit Rom anzuknüpfen versucht; die Sendung des Cardinals Hohenlohe folgte. Die wohlwollende Behandlung, welche von wohlunterrichteten Personen dem auf Aenderung der Wirthschaftspolitik im protectionistisch-socialistischen Sinne hinauslaufenden Antrag wurde, den Verfasser mit Rodbertus im October auf dem Kathedersocialistencongress eingebracht hatte, sowie andere Anzeichen, schienen auf die Absicht des Fürsten Bismarck zu deuten, sich der Liberalen zu entledigen und eine conservative Reformpolitik zu treiben, den Frieden mit der katholischen Kirche zu schliessen. Das beste Mittel hierzu erschien der Sturz der liberalen Minister und die Vernichtung der liberalen Partei durch das von Lasker gegen Wagener mit Glück erprobte Manöver, nämlich dadurch, dass man dem Volke zeigte, wie diese Leute mit seinem Geld umgegangen seien. Natürlich glaubte man damals, dass Bismarck an der Verwirthschaftung der Staatsfonds ganz unschuldig sei.

Es erfolgten nun in der «Eisenbahn-Zeitung» die Enthüllungen über die «invaliden Staatsfonds»; das Centrum und die Conservativen machten einen Anlauf gegen die Regierung — — aber beide Parteien machten keinen Ernst. Dagegen wurden die, zunächst durch Wageners Vermitteln vom Grafen Finckenstein und Udo Stollberg mit dem Fürsten Bismarck gepflogenen Verhandlungen schliesslich mit Umgehung Wageners zu Ende geführt: die deutsch-conservative Partei erschien, geführt von lauter unbedeutenden Personen, im Sommer 1876 auf der Bühne, zum Drittel altconservativ durch die «Kreuz-Zeitung», zum zweiten Drittel agrarisch durch die «Deutsche Landes-Zeitung» und zum dritten Drittel bismarckisch, durch die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung». Das Programm war unklar. Gleichzeitig stellte die «Deutsche Landes-Zeitung» den bis dahin meist m

Energie geführten Feldzug gegen die «Gründer» ein, der Brandenburgische Provinzial-Landtag, welcher vor wenig Monaten Herrn Camphausen so heftig wegen der Belegung des Provinzialfonds angegriffen hatte, gab ihm in einer debattenlosen Sitzung ein Ehrenzeugniß, die Freundschaft der «deutsch-conservativen Partei» mit Fürst Bismarck wurde besiegelt. Das stillschweigende Uebereinkommen war: keine unangenehmen Enthüllungen mehr! Endlich verlautete, Anfangs September, dass Cardinal Hohenlohe einen neuen, ernsthaften Versuch mache, den Papst — zum Frieden zu bewegen. Die «Reichsglocke» aber sagte, der Friede zwischen Staat und Kirche solle auf den Trümmern des Invaliden- und Welfenfonds geschlossen werden, und den Fortgang der Friedensverhandlungen könne man am Steigen der Course von «Hannover-Altenbeken» sehen! Welch eine Wendung durch Gottes Fügung! Die Herren Miquel und Bennigsen erfinden und schützen den Culturkampf, um gründen zu können, u. A. auch Hannover-Altenbeken; und jetzt soll und muss der Culturkampf beendet werden, um die Gründungen von Miquel und Bennigsen — darunter auch Hannover-Altenbeken — vor dem Bankerott zu retten!

Der Landrath des Posenschen Kreises Samter, Herr von Knobloch, hat das Stichwort ausgegeben, die neue conservative (?) Partei müsse vor allen Dingen das Princip haben, Bismarck zu unterstützen. Ein anderes geht auch aus ihrem Programm nicht hervor. Ueber die wirthschaftliche Reform enthält es nur Zweideutigkeiten. Die «Kreuz-Zeitung» aber stellt sich nach wie vor auf den Boden der Reaction: Wie dem Handwerkerstande zu helfen, das sei so leicht nicht zu sagen. Bezüglich der Geschichte und National-ökonomie entwickelt das Blatt eine haarsträubende Unwissenheit. Die alten Zünfte werden als himmlisch-friedfertige Institutionen gepriesen, obschon Strike, Lockout und Bürgerkrieg ihre Geschichte bezeichnen; das Handwerk soll gehoben werden — auf dem Boden des Freihandels, obschon es auf dem «geschützten Markt» erblühte; der Normalarbeitstag sei das Fundament der socialdemokratischen Theorie, während er doch im ganzen Mittelalter bestand; der Werth

einer Sache werde durch den Dienst bestimmt, den sie leiste, d. h. eine Sache hat ebensoviel Werthe als sie ihrer Dienste in verschiedenem Grade benöthigte Taxatoren hat, also keinen festen Wert'n -- und so geht das weiter, ein Geschreibsel, durchaus auf der Höhe der bekannten Stilübungen Karlchen Miesnick's im Kladderadatsch.

Wenn diese Partei in der That mit Hilfe des Fürsten Bismarck in der nächsten Zeit die Wirthschaftspolitik Deutschlands bestimmen sollte, so darf man freilich vor unangenehmen Enthüllungen sicher sein, aber zu jeder Reform wird sich diese Coalition unfähig zeigen, da man weder Kenntnisse noch Principien sondern nur vorgefasste Meinungen und interessante Neigungen einzusetzen hat. Freilich ist es möglich, dass sich ein tüchtiger und brauchbarer Kern aus der Masse « leerer Nieten » herauschält. Doch dafür hat man bisher noch keinen Anhalt.

Fassen wir einmal unsere Parteiconstellation in grossen Zügen auf!

Auszuscheiden ist die katholische Partei, eine Kampfepartei ad hoc, die sich in Interessengruppen theilen wird, sobald sie ihr höheres, religiöses Princip durchgefochten hat. Denn die Principien der Parteibildung sind subordinirt. Am höchsten steht die Religion, dann folgt das ökonomische Interesse und dann die Nationalität.

Abgesehen also vom Centrum, haben wir zwei Interessensklassen: Besitzende und Besitzlose. Letztere sind nicht mehr überwiegend indifferent. Die Denkenden sind entweder auswanderungslustig oder socialdemokratisch. Erstere scheiden sich in zwei Gruppen, Capital-Liberale und Agrar-Conservative. Der Kampf beider ist eigentlich der des verschuldeten Grundbesitzers gegen seine Hypotheken- und Wechselgläubiger. Der Erfolg kann nicht zweifelhaft sein. Letzterer wird seinem Schuldner den Hals abschneiden und sich an seine Stelle setzen: « Ote toi, que je m'y mette! » Daran wird Herr Niendorf gewiss nichts ändern.

Herr von Subhastanski auf und zu Klein-Bankerotten zankt sich mit seinem Gläubiger Itzig und ruft den Staat um Schutz an. Wird ihm wenig nutzen. Itzig subhastirt

ihn fort und schickt seinen Sohn als Besitzer nach Klein-Bankerotten. Natürlich lässt sich der nun taufen und wird dann als «Herr von Itzig» in den Adelstand erhoben. Dessen Sohn erhält dann die Redaction der hoffentlich dann noch blühenden «Kreuz-Zeitung», die er in Erholungspausen zwischen Jagd, Diner und ähnlichen ernstern Arbeiten, «christlich-conservativ» redigirt. Die Tagelöhner, Knechte und Hofgänger auf Klein-Bankerotten denken: «Es ist uns ganz egal, ob der gnädige Herr von Subhastanski oder Itzigsohn im Schlosse wohnt. Arbeiten müssen wir für beide gleich lange und Lohn giebt uns der Eine keinen Groschen mehr als der Andere». Auf Klein-Bankerotten denken diese «Leute der schwülen Faust» an die Auswanderung. Auf dem benachbarten Gross-Bankerotten sagen sie, wenn sie unter sich sind: «Wäre doch erst die Zeit da, in der wir das Schloss anstecken, Herrn von Subhastanski neben Itzigsohn an die beiden Thürpfosten aufhängen und uns in das Land theilen könnten, wie es die Franzosen vor 80 Jahren thaten. Wir haben dort im Jahre 1870—71 wohl viele Bauern aber keine Rittergutsbesitzer gesehen, und es geht in Frankreich doch auch ohne diese!»

Wir hatten die Absicht, zwischen Herrn von Subhastanski und den Arbeitern auf Klein-Bankerotten ein besseres Verhältniss, ein Bündniss gegen den Herrn Itzig, herzustellen. Aber der Pleite-Baron ist dazu noch zu vornehm. Nun, der Stolz wird sich wohl legen. Heute aber hat die national-liberale Correspondenz Recht, wenn sie, der wachsenden Socialdemokratie gegenüber, die Agitation der Agrarier eine selbstmörderische nennt. Wollen und können die Agrarier sich mit der Masse des Volkes nicht gegen das Grosscapital ernstlich verbünden, so müssen sie sich mit den Capitalisten zusammenthun und vereint die Masse in Unterwerfung und Arbeit zu halten suchen. Itzigsohn lässt gewiss dann Herrn von Subhastanski als seinen Inspector auf Klein-Bankerotten. Was uns anlangt, so sehen wir dieser Politik der Agrarier, nach hinten und vorn — gegen Capital und Arbeit — zugleich auszuschlagen, mit untergeschlagenen Armen und

in der sicheren Erwartung zu, sie demnächst auf den Rücken fallen zu sehen.

Dies ist also die Lage des Landes, die Zusammensetzung der Regierung und die Situation der Parteien. Alles gleich trostlos. Trostloser ist noch die Physiognomie der Gesellschaft.

Fangen wir mit dem an, was man in hauptstädtischen Kreisen mit «Gesellschaft» par excellence bezeichnet! Sie begann früher bekanntlich «beim Baron». Heute ist mancher Baron davon excludirt, wie Baron von Hansemann, von Bleichröder z. B. Freilich spielt in ihr die Aristokratie der Geburt eine hervorragende Rolle, allein in deren Salons trifft man den bürgerlichen Gelehrten und Künstler; den Tageschriftsteller freilich nur ausnahmsweise; diese letzteren Herren sind in Berlin meist Juden, zum grossen Theil auch höchst unbedeutende Phraseurs. In diesen wirklich guten Salons würde man vergebens den Gründer, den aristokratischen Gründeragenten und ebenso vergebens einen unsrer Minister, mit Ausnahme Eulenburg's und der militairischen Mitglieder des Cabinets suchen.

Dagegen haben die Gründer sich ostensibel in den Vordergrund gedrängt. Sie lassen Pferde rennen, geben glänzende Dinners und Bälle. Strousberg richtete sich, als das Adelige Casino ihn nicht aufnehmen wollte, einen besonderen Adelsclub ein, an dem seine aristokratischen Protegés sich betheiligen mussten.

Der Millionair-Club vereinigt nicht nur die Haute-Finance, sondern auch Minister Camphausen ist Stammgast «am Tisch der Karpfenköpfe» in demselben. Camphausen, Delbrück, Falk, Achenbach, Hammacher, Miquél u. A. sind die regelmässigen Gäste Ravenés und seines Schwagers Hansemann. Das Haus des Herrn von Bleichröder darf zwar von den Officieren des Regiments Garde du corps nicht betreten werden, geniesst aber die hohe Ehre, Familienmitglieder des Fürsten-Reichskanzlers zu bewirthen. Die Botschafter und Gesandten legen sich die gêne auf, bei Bleichröder zu speisen, weil sie sich dadurch mit Recht oder Unrecht — dem Fürsten Bismarck zu verpflichten hoffen, denn Bleichröder ist der Mann, «den der Fürst gerne wollte

ehren (Esther Cap. 6 Vers 6). Natürlich sieht man in diesen Salons kaum je einen Besucher der oben geschilderten guten Salons, und Herrn von Bleichröder und Genossen vermisst man gern in diesen. Der Umgang hoher Staatsdiener mit den berichtigtesten Gründern ist oft und mit Recht herbe getadelt worden, bisher ohne Erfolg.

Der Mittelstand ist durch die Gründer ausgebeutet, durch die Geschäftslosigkeit verarmt er immer mehr, religiös ist er meist indifferent. Er giebt sich einem hoffnungslosen Pessimismus hin.

Die Arbeiter sind zum Theil religiös erbittert, zum Theil von der Socialdemokratie gewonnen und also revolutionär gesonnen, zum grösseren Theil noch eine stumpfe Masse, die indessen, hier wie überall und zu allen Zeiten, bei ausbrechender Unruhe mit Skandal und Aufruhr machen wird.

Die Gesellschaft giebt das treue Bild eines niedergehenden Volkes!

Nachrede.

Am Ende unserer Arbeit stellen wir uns die Frage, ob wir die Aufgabe gelöst haben, für welche wir zur Feder griffen.

Wir wollten beweisen, dass die Corruption der höheren Schichten der Gesellschaft weit genug vorgeschritten ist, um diese Gesellschaft zur leichten Beute der Socialdemokratie zu machen.

Nun, es scheint, dass wir den versprochenen Beweis erbracht haben.

Wir haben gezeigt, wie seit 1848 die traditionelle landesväterliche Politik der Hohenzollern als ein überwundener Standpunkt angesehen wird. — Wir haben gezeigt, dass seit dem Beginn der Bismarckischen Aera der Staatswagen auf dem eingeschlagenen halbbrecherischen Wege mit steigender Dampfesgeschwindigkeit weiter dem Abgrunde zurollt. Das auf Vermehrung der Productivkraft unseres unwirthlichen Landes gerichtete Streben ist nicht allein in den Hintergrund getreten, sondern vollständig aufgegeben. Es ist ersetzt durch ein System der Aussaugung und Ausraubung des Volkes durch Blutsauger, welche sich der Gunst der obersten Regierungsbehörden, des Fürsten Bismarck und einiger «seiner» Minister in hohem Grade erfreuen, ein System der Ausraubung, welches nicht etwa die Folge unglücklicher Zeiten ist, und nicht mit dem Anspruch an die Nation entschuldigt werden kann, dass sie unabweisbare nationale Aufgaben lösen soll. Es ist erfunden oder nachgeahmt, um die ekelhafte Gier nach raschem Geldgewinn

der herrschenden jüdischen wie christlichen Gründer-Clique zu befriedigen.

Wir haben gezeigt, dass die bewährten Traditionen, deren die landesherrliche Autorität sich bediente, um das Wohl des Landes zu fördern, nicht etwa abgelöst worden sind von Organen, die sich gebildet hätten aus dem Zusammenwirken aller wirthschaftlichen Kräfte der Nation. — Wir haben vielmehr gezeigt, dass die Stelle der fürsorgenden Autoritäten eingenommen worden ist von den Missgeburten eines durchaus barbarischen Egoismus der politisch-finanziellen Consorteria.

Diese Clique musste liberal sein, um die leichten Kunststücke des Liberalismus — der als hohles Product flacher Köpfe längst da erkannt worden ist, wo er geboren wurde — vor dem blöden Auge des deutschen Michel noch einmal aufzuführen, um ihn zur Zerstörung alles dessen zu reizen, was ihm von seinen Vorfahren überkommen war wie ein Besitzthum für alle Zeiten.

Es musste tabula rasa gemacht werden, weil die Nationalräuber und Volksschänder den Widerstand beseitigen mussten, welchen sie in den Traditionen gefunden haben würden.

Unheimliche Gestalten sind an unserem Auge vorübergezogen, die widerlichen Rattenkönige — die Disconto-Bleichröder-Delbrück-Ringe — sind uns immer und immer wieder erschienen, so bald wir nach dem Grunde des Ruins forschten, dem das deutsche Volk verfallen ist.

Wir sahen, wie der erste gewaltsame Angriff, den die Discontogesellschaft auf die hundert Millionen Prämienanleihe unternahm, an dem damals noch ungebrochenen Widerstande des Herrenhauses scheiterte.

Dann tritt der Bleichröder-Ring auf, und nachdem er den Sinn der leitenden Personen gefangen, setzt er ein noch gefährlicheres Raubunternehmen — die Central-Boden-Creditgesellschaft — in Scene. Aller Widerstand ist gebrochen und die Mittel, mit denen er gebrochen wurde, sind kein Geheimniss.

Darauf erschallt das Gettummel des grossen Krieges!

Das Volk zieht aus von heiligem Feuer getrieben und kehrt als Sieger heim.

Es kehrt zurück, aber es findet in der langersehnten Heimath die unheiligsten Flammen — angefacht von denen, die kein Blut für die nationale Sache vergossen, wenn auch auf ihrem Kleide das Ehrenzeichen des Tapfern glänzt.

Der Tanz um das goldene Kalb beginnt. Die Juden machen Ronde. Die Grössten drängen sich in den Kreis.

Dem Arbeiter, dem Landmann, welcher die reiche Kriegsbeute errungen, fällt von dem Milliardensegnen kein Pfennig in den Schooss. Unternehmungen ohne irgend welchen Boden, ohne irgend welchen nachweisbaren Zweck, treten in so ungeheurer Zahl auf, dass ein Wörterbuch unverständlicher Worte erfunden werden muss, um das einzige, fast auf alle passende Wort: « Allgemeine Ausraubungs-Actiengesellschaft » stets auf's Neue zu umschreiben.

Der deutsche Schwindel überschreitet bald die Grenzen des Reiches. In Rumänien, in dem Gotthard-Tunnel compromittirt er den deutschen Namen. In Philadelphia wird er auf frischer That widerwärtiger Untüchtigkeit ertappt.

Die Invaliden betrügt er um ihr peculium. Der zum Schutz unserer Grenzen bestimmte Festungsbaufonds wird vergründet. Das Depot, welches eine vertriebene Königsfamilie gezwungen in unseren Händen zurückgelassen hat, wird einem Gründer anvertraut, seine Reventüen werden zu unlauterem Zweck verwendet, der Capitalstock selbst wahrscheinlich in seinem Bestande geschmälert.

Die blosse Idee, dass es zurückgegeben werden soll, stösst auf barsche Abwehr.

Der Hohn, mit dem der Antrag der früheren Unterthanen des vertriebenen Königs beantwortet wird, verdeckt schlecht die Beklemmungen der bisherigen Verwalter des anvertrauten Gutes.

Der Friede der Confessionen wird gestört.

Das brutale hochmüthige Wort « Cultur-Kampf » wird zum Schlagwort, als wenn der Liberalismus das unzweifelhafte Privilegium der Cultur für sich in Anspruch nehmen dürfte, als ob es patriotisch, sittlich wäre, sich eines Kampfes

zwischen Bürgern desselben Landes zu rühmen. Dass der «Cultur-Kampf» so wie Fürst Bismarck ihn führt oder führen lässt, zum Bürgerkrieg führt, ist diesen Patrioten einerlei.

Dann kommt der Krach!

Der Staat soll helfen. Um die entwertheten Papiere wieder salonfähig und depotfähig zu machen, soll das Reichsfass angezapft werden. Ob wir Canäle haben, ob wir die nöthigen Eisenbahnen bauen, ob wir Strassen anlegen, ob den Landwirthen die Möglichkeit bleiben soll, den Rohstoff der ersten Lebensbedürfnisse zu produciren: Alles das ist gleichgültig. Wenn nur die Gründerclique nicht fallirt. Mögen auch einige «Kleine» zu Grunde gehen. Aber die Matadore soll man nicht antasten. Der Staatsanwalt straft den Angriff doppelt, der gegen die «hohe sociale Position» geführt wird. Auch die Hypothese, dass die «hohe sociale Position» nicht auf geraden Wegen erklimmen wurde, ist strafbar.

Alle Begriffe haben sich verwirrt. Die alte und allein richtige Vorstellung, dass der vornehme Mann sich in seinem Urtheile über anständig wie unanständig niemals von Rücksicht auf Geld leiten lassen dürfe, wird täglich mehr in die Rumpelkammer der Vorurtheile geworfen. Rohe Gentisse, um derentwillen kein Mensch auch nur eines Schrittes breit von seinem geraden Wege abweichen sollte, machen Herzöge, Fürsten, Bürger, Kaufleute zu Sklaven.

Und doch hat die «Cultur», von der Ihr sprecht, dabei nichts gewonnen!

Ihr seid Barbaren wie zuvor! Platte, elende, halbgebildete Producte der schlechtesten Zeitungsliteratur. «Man lernt viel in Deutschland und weiss wenig» — höhnt ein Stroussberg! Was Ihr Erziehung und Cultur nennt, Ihr habt es während eines Monats auf dem Boulevard des Italiens aufgeschnappt, den Ihr für Frankreich haltet, und Ihr verhökert die Albernheiten des Boulevard mit eckensteherischem Accent unter den Linden.

Aber unter Euch geht ein täglich schwellendes Heer von bitterbösen Proletariern, die Euch in Stille und mit Geduld, aber mit verbissener Entschlossenheit nach dem

Leben und dem bischen Flittergolde trachten, was Euch noch übrig geblieben ist.

Nur in der Armee ist noch sittlicher Halt. Der «Lieutenant» ist der Träger der Principien, auf welchen das Gebäude der Gesellschaft ruht. Er allein ist der selbstlosen Hingebung an das Ganze noch fähig, welche den Menschen zum Herrn seiner selbst und zum Bändiger seiner wilden Mitmenschen macht.

Aber auch ihm wird es schwer gemacht, seinen Grundsätzen treu zu bleiben. Man sieht es gern, wenn er die Gesellschaften des geadelten Grossgründers besucht, der — den bürgerlichen Lieutenant von der Liste der Eingeladenen streicht. Sein General darf ihm nicht mehr den Besuch eines verrufenen Gründerclubs untersagen, in dem freilich der Aristokrat neben dem Jobber sitzt. Indess er bleibt auch ohne Befehl weg aus dem Kreise, in den er nicht hineingehört.

Wer aber ist Schuld!

Wir scheuen uns nicht es zu sagen: Der Mann ist Schuld, der seine immense Macht nie ein einziges Mal gebraucht hat, um diesem Verderben Einhalt zu thun. Wer so den Stempel seines Wesens seiner Zeit aufdrückt und aufzudrücken den Anspruch macht, wie der Fürst Bismarck, der ist verantwortlich für die Gestalt des Zeichens, welches unsere Gesellschaft an der Stirne trägt.

Wenn ein Mann von solcher Autorität durch sein Leibblatt einen für satisfactionsunfähig erklärten Exrevolutionär zum Führer «seiner» Partei proklamiren lässt und ihn in seinem Salon bei sich sieht, wenn er dem gierigsten und lertüchtigsten Gründer Europas die Hand drückt und in seinem Hause verkehrt, ihn als täglichen Gast empfängt, so ist es natürlich, dass die Idolatren aller Stände, welche ihn absehen, wie er sich räuspert und wie er spuckt, sich zur Ehre rechnen, mit dem Haupt des Ringes in intimsten Beziehungen zu stehen. Was Wunder, dass Hofadel, Hofmarschälle, Ceremonienmeister und Hofdamen ihm ihre Ersparnisse anvertrauen und an seinem Tische sitzen, ohne deswegen ihrer

Ersparnisse sicher zu sein, und dass man im Parlament den gebrandmarkten Feigling achtungsvoll anhört, dem der gewaltige Kanzler wohl will!

Es giebt keinen Minister irgend eines europäischen Staates, der in so freundschaftlichen Beziehungen zu einem Upstart des Geldprotzenthums stände, wie der Fürst Bismarck zu seinem Hausjuden Bleichröder.

Man würde Unrecht haben, wenn man sagen wollte, dass unser Zeitalter, unser Land so faul und corrumpt sei, wie das Frankreich Ludwig des Fünfzehnten. Aber das wollen wir sagen, und dafür wollen wir einstehen, dass die Corruption unerhörte Dimensionen angenommen hat in Deutschland, seit das System Bismarck daselbst herrscht.

Dieses System ist dafür verantwortlich, dass die deutsche Nation sich der grossen Geschicke nicht würdig gezeigt hat, zu denen sie nach den Kriegen von 1866 und 1870 berufen schien.

Die glücklichen Kriege, welche Kaiser Wilhelm und seine Generale geführt haben, sind nicht der Anfang einer neuen Culturepoche, sondern das Ende der christlichen Civilisation, deren Träger wir zu sein wähten. Das System, welches auf uns lastet wie ein Alp, trägt vom Christenthum keine Spur. Ueberall nur ein Gott, vor dem sich Alles beugt und Alle: Gott Mammon und seine schmutzigen Priester: Alle, nur die Armee nicht und der Kriegsherr!

Sadowa und Sedan sind nicht Glanzpunkte einer höheren, sich fortsetzenden Bewegung, sondern das Resultat der vom Kaiser mit väterlicher Sorgfalt geförderten militairischen Vortrefflichkeit.

Das deutsche Reich in seiner heutigen Gestalt ist nicht der Gesamtausdruck aller in der Nation schlummernden Kräfte. Diese werden vielmehr unterdrückt und an der Entfaltung gehindert durch den furchtbaren Druck, den der Capitalismus auf uns übt, eine Capitalherrschaft, die ihre Entstehung allein dem Umstande dankt, dass Fürst Bismarck ihr seinen gewaltigen Arm lieh. Und wer sich dagegen auflehnt, der ist ein Reichsfeind, der wird geächtet, zermalmt. Unter dem Schutz dieses Armes gedeiht und blüht sie, die

Geldtyrannei, und der jüdisch-christliche Schwindel, und sie wieder erzeugen diese ekelhafte, lackirte, geschmacklose Barbarei, welche auf ihren Plattfüssen die Staffage vom Mühlendamm durch die Strassen unserer grossen Städte trägt, und, wo sie sich im Auslande neben die Vertreter weniger genial bewirthschafteter Nationen als Mitbewerber zu stellen wagt, verächtlich zurückgestossen wird.

Nachweisbar ist, dass der Fürst Bismarck die Verantwortlichkeit für diese unerhörte Misswirthschaft nicht von seinen Schultern auf andere Schultern abladen kann oder will. Er musste es thun, wenn er es thun wollte oder konnte, als die Plünderung derjenigen Fonds zur öffentlichen Cognition kam, in denen der blutige Ehrensold unserer Tapferen sicher hätte ruhen sollen wie in einem Gotteskasten. Ihm lag der Schutz und Hort über diesem Gotteskasten ob, und als es herauskam, dass er angetastet war, da hat der Fürst nicht die Plünderer mit dem Tritt seines schweren Fusses in den verdienten Abgrund der Schande und Strafe hinabgetreten, sondern er hat ihn erhoben gegen die wenigen armen Männer, welche den Muth hatten, den Raubthieren die Beute entreissen zu wollen; erhoben hat er diesen Fuss, und wer weiss, wie bald er niedertreten wird auf die, welche nichts ihm entgegenzuhalten haben, wie reine Hände und ein Herz voll Ehre und Vaterlandslicbe. Da er sie nicht fahren lassen wollte, welche plünderten, was nicht sein, was unser war, so müssen wir uns von ihm wenden.

Er hat von seiner Macht einen so rücksichtslosen Gebrauch gemacht, dass wir uns in einem Zustande des Servilismus befinden, der auf der civilisirten Welt keine Analogie und in der Geschichte nur eine Parallele findet; und selbst diese einzige Parallele ist — eine Fabel, die Fabel von Gessler's Hut!

Ein Berliner Gerichtshof erklärt den Fürsten für den Mann, der an der Spitze des Staats steht, ein Flugblatt der angeblichen Conservativen erzählt, dass der Fürst die Minister entlässt, und doch ist er nicht unser Monarch! Die deutsche Presse schweigt über ihn, wo sie nicht schmeicheln kann, denn die Kritik ist gefährlich und der Staats-

anwalt vertritt mit Erfolg vor Gericht den Satz, dass der Fürst, weil mehr als ein Durchschnittsmensch, bereits hypothetisch beleidigt werden könne.

Schon sind wir ein unbegriffenes Schauspiel dem Auslande. In Amerika schreibt man: «Die jetzige deutsche Regierung ist eine der absolutesten, welche je die Welt gesehen hat. Es hat Autokratien gegeben, aber nie gab es eine so gründliche und systematische Herrschaft des Staates über das Individuum. Das deutsche Reich ist die Verkörperung des Bevormundungssystems. Der Staat ist Alles, der Bürger nichts. Es ist das Prinzip der universellen Beaufsichtigung. Die politische Unwissenheit des Volkes ist beinahe unfassbar. Das Volk gewöhnt sich an das Bevormundungssystem und liebt es sogar auf Kosten der persönlichen Freiheit».

Der «Staat», das «Reich», die «Regierung», alle diese Begriffe, sie sind immer nur die Umschreibung eines Begriffes, des «Säkularmenschen Bismarck»!

Wer so Alles an sich reißt, ist auch verantwortlich für Alles! Den Ruhm, den Alle erstritten, hat er für sich allein geerntet. Quod multorum fuit unus habet. — Den Reichtum, der Allen gehört, haben seine Freunde, die Gründer, vertheilt. Mit zorniger Gewalt verlangt er Gesetze, welche die Autorität schützen sollen, und das — — Parlament bewilligt ihm Gesetze, indem es vergisst, wessen Autorität es schützt, wessen Sünden es gutheißt, was aus der Autorität geworden ist. Sogar die Gesetze der Nachbarstaaten verwirft er, verlangt ihre Verschüfung und drückt den Bismarckstempel in den Code pénal der Belgier.

Es ist ein arges Regiment, unter dem wir leben. Sein Name aber ist Bismarck!

Nicht ohne mitleidiges Lächeln können wir dem naiven Streben der schwächlichen, sogenannten Conservativen zusehen, welche sich abmühen, den Inhaber solcher Macht in den Netzen ihrer inhaltslosen Programme zu fangen.

Euch wird er fangen, ihr Schwächlinge!

Auf Euren Nacken wird er seinen schweren Fuss setzen und Euch nicht wieder aufstehen lassen, als bis Euer

demüthiges Antlitz die Spuren des Stempels seiner Sohlen trägt!

In uns liegt die Frage anders.

Wir wissen jetzt bestimmt, dass mit dem Fürsten Bismarck die Einkehr in gesündere Zustände nicht mehr möglich ist. Vergebens haben ihn die ältesten Freunde, Freunde seiner Jugend und seiner besten Jahre gewarnt, gebeten, ihn zu trennen gesucht von Menschen, deren Hauch verpestet, die nur seine starke Hand vor dem Staatsanwalt mühsam noch schützt. Er hat die Zeit der Gnade ungenutzt verstreichen lassen.

Wir wissen, dass, wenn die Regierung des Landes anderen Händen seit 1871 anvertraut gewesen wäre, wenn einfache schlichte Männer in des Königs Rath gesessen hätten, keine Einzige der entsetzlichen Gründungen, welche den Courszettel der Berliner Börse schänden, existiren würde. Wir wissen, dass der «Culturkampf» die deutsche Nation nicht zerklüften, die Noth nicht in Palästen und Hütten wohnen würde. Solange der Fürst Bismarck das allein mächtige Idol bleibt, wird die deutsche Nation dem Reich, das Reich dem Kanzler geopfert werden, und der Kanzler — gehört den Juden und Gründern. Daher giebt es für unsere Politik nur eine gebundene Marschrout:

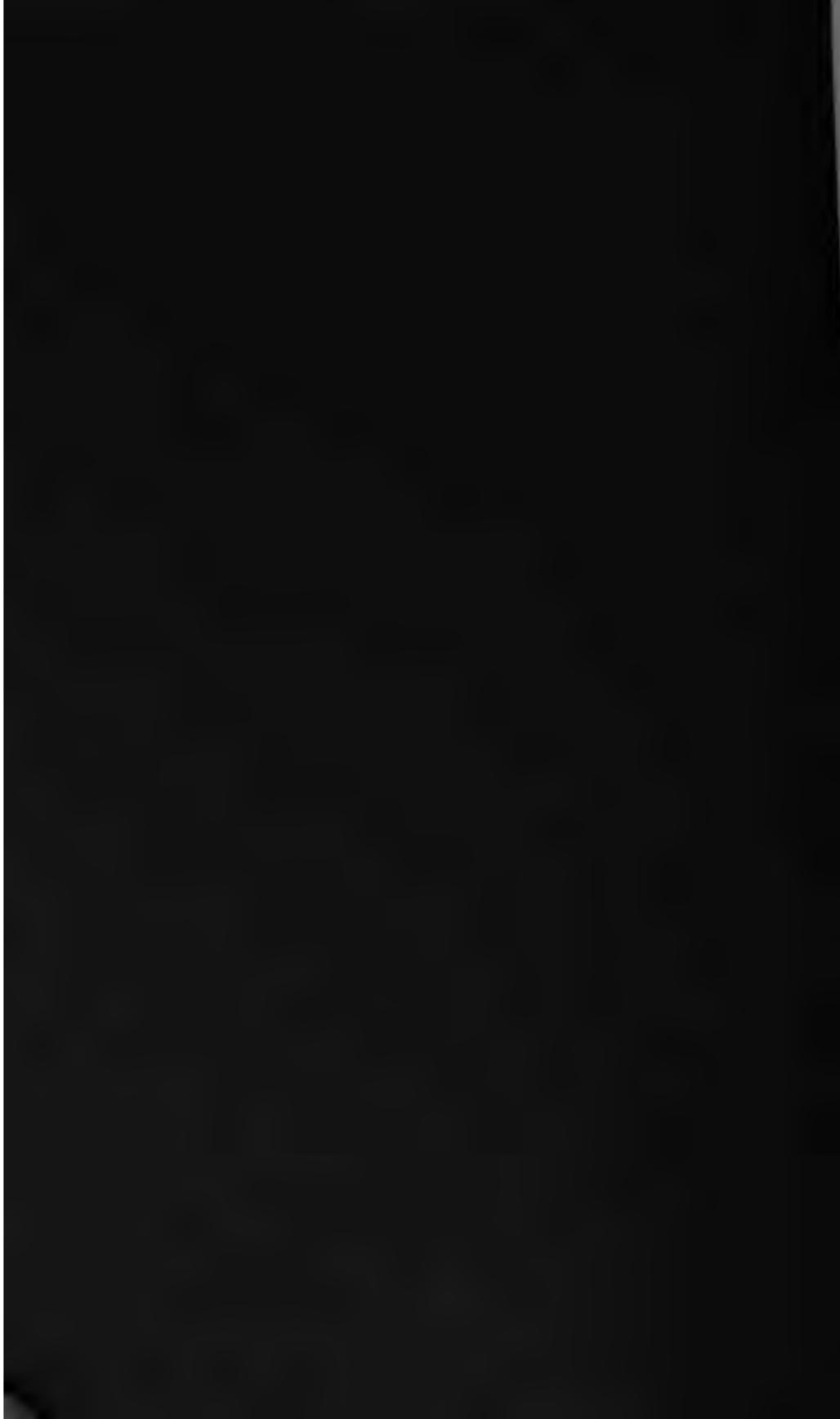
Beseitigung des jetzigen Systems und seines Trägers.

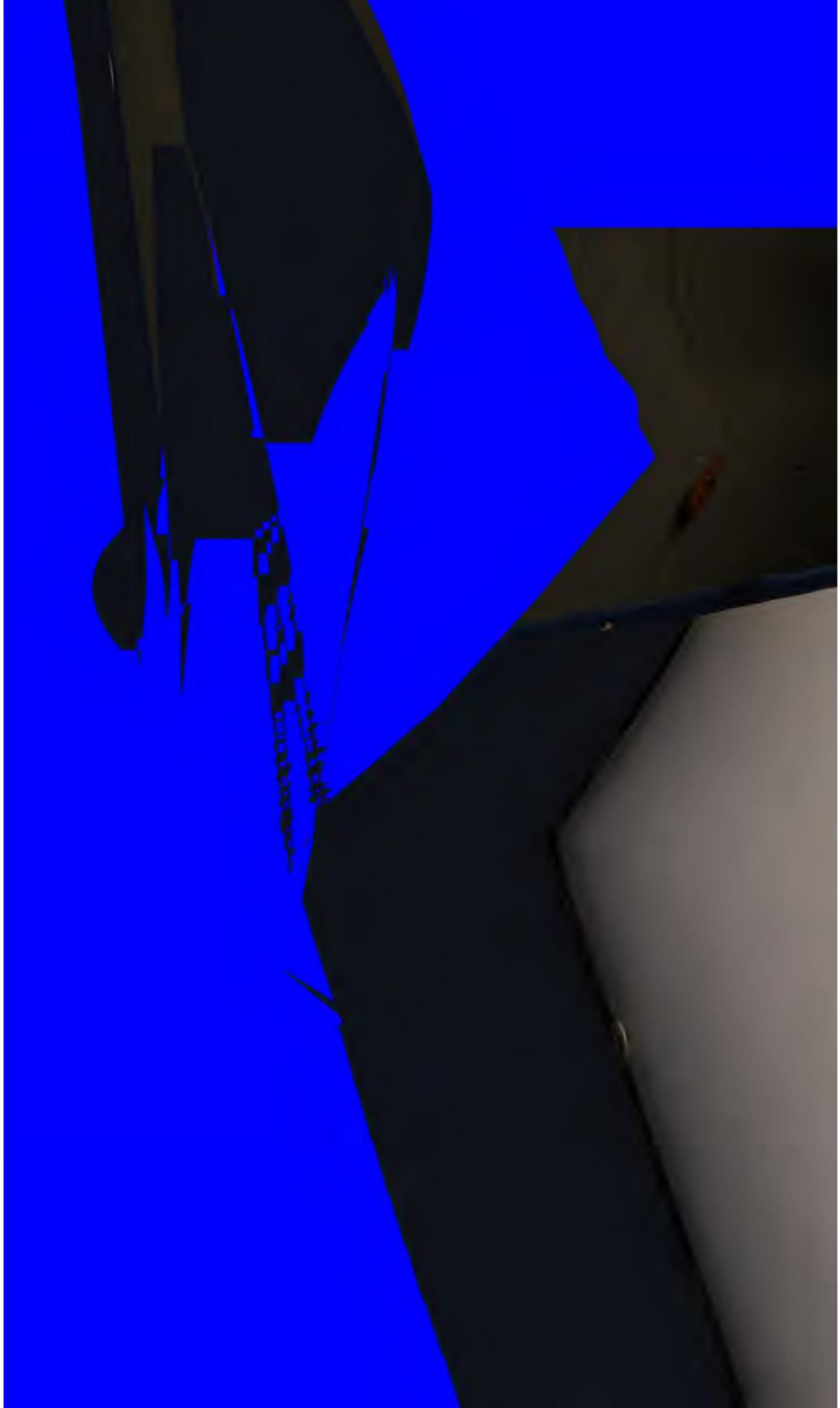


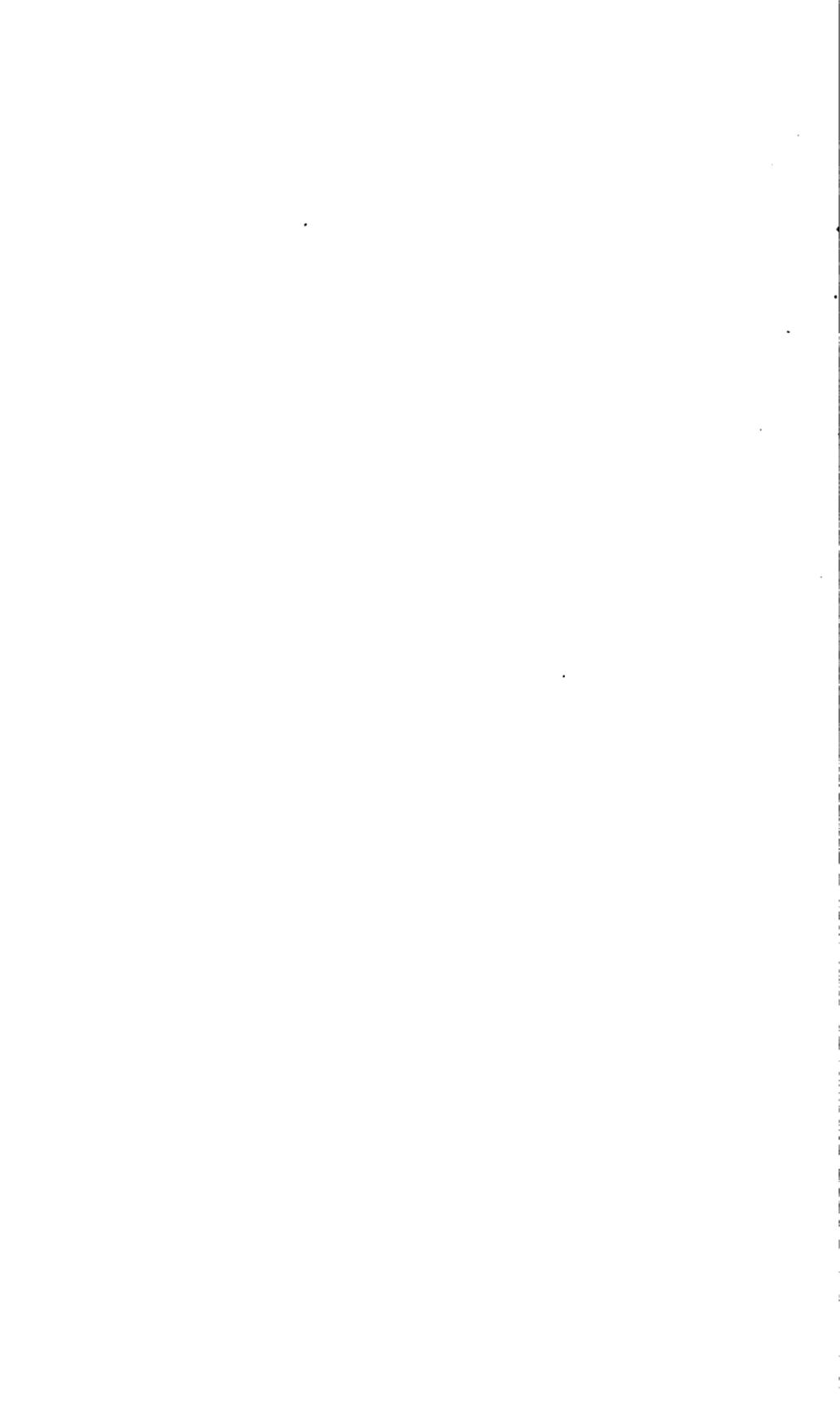














14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.

RENEWALS ONLY—TEL. NO. 642-3405

**This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.**

Renewed books are subject to immediate recall.

	JUL 31 1970 06
REC'D LC	JUL 18 70-3PM 2
	SEP 2 1984
	RECEIVED BY
	OCT 26 1984
JAN 29 1987	CIRCULATION DEPT
REC. CEE	AUG 17 1981

LD21A-60m-3,'70
(N5382s10)476-A-32

General Library
University of California
Berkeley

